



universität
wien

DIPLOMARBEIT

Titel der Diplomarbeit

„Ernährungssicherung und Land Grabbing“

Verfasserin

Maria Sofaly

angestrebter akademischer Grad

Magistra (Mag.)

Wien, 2011

Studienkennzahl lt. Studienblatt:

A 057 390

Studienrichtung lt. Zulassungsbescheid:

Internationale Entwicklung

Betreuerin:

Dr. Birgit Englert

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis	5
Abkürzungsverzeichnis.....	6
1 Einleitung.....	9
1.1 Begriffserklärung und Definition	10
1.2 Forschungsfrage und Forschungsthese	11
1.3 Methode	12
2 Die Nahrungsmittelkrise	14
2.1. Kurzfristige Ursachen des Nahrungsmittelpreisanstieges	18
2.1.1 Das Nahrungsmittelangebot	19
2.1.2 Veränderung der weltweiten Lagerbestände.....	21
2.1.3 Exportstops und Preiskontrollen	22
2.1.4 Schlechte klimatische Verhältnisse	23
2.1.5 Steigende Ölpreise	23
2.1.6 Agrotreibstoffe.....	24
2.1.7 Spekulationen.....	24
2.1.8 Abwertung des US Dollars	26
2.2 Strukturelle Faktoren	26
2.2.1 Liberalisierung und Deregulierung der Märkte	28
2.2.2 EU Agrarpolitik.....	29
2.2.3 Konzentration auf Export (Cash Crops) und non-food Produkte.....	30
2.2.4 Rückgang der Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor	31
2.2.5 Internationale Abkommen und Handelsbeziehungen.....	32
3. Der Diskurs um das Konzept der Ernährungssicherung.....	34
3.1 Das Recht auf Nahrung	34
3.2 Die Entstehung des Konzepts der Ernährungssicherung	36
3.2 Handelsliberalisierung und Ernährungssicherung.....	40
3.3 Das Einbeziehen qualitativer Faktoren	44
3.4 Die Formulierung ambitionierter Ziele: die Welternährungsgipfel und Milleniumentwicklungsziele	46
4 Land Grabbing.....	57
4.1 Die fortschreitende Kommerzialisierung von Land.....	57
4.2 Was ist Land Grabbing?	62
4.3 Eine neue Entwicklung?	66
4.4 Land Grab oder Auslandsdirektinvestition?.....	70
4.5 Die neuen Landbesitzer und der Ansturm auf landwirtschaftliche Nutzflächen .	73
4.5.1 Die Akteure und ihre Motivation	74
4.5.2 Globales Ausmaß der Landnahmen.....	77
4.5.3 Konsequenzen und Risiken für die betroffene Bevölkerung.....	80
4.5 Land Grabbing im Kontext	84
4.5.1 Berichterstattung und Transparenz.....	84
4.5.2 Landwirtschaft rückt wieder ins Zentrum	86
5 Strategien zur Erreichung von Ernährungssicherung und die Verbindung zu Land Grabbing	93
5.1 Die Weltbank	95
5.1.1 Liberalisierung und Privatisierung.....	96
5.1.2 Investitionen, Wachstum und Produktivität	98
5.1.3 Geistiges Eigentum und GMO in der Landwirtschaft	99
5.1.4 Landreform	103
5.2 Die Weltbank und Land Grabbing	106

5.3 Land Grabbing und die Strategien der FAO, G8, EU und La Via Campesina im Vergleich	119
6 Schluss	140
7 Literaturverzeichnis	146
8 Anhang	165
Zusammenfassung	165
Abstract	166
Curriculum Vitae	167

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Grundnahrungsmittelpreise von 1960-2008

Abbildung 2: Wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Getreideimporten

Abbildung 3: Anzahl der unterernährten Bevölkerung in ausgewählten Regionen von 1990-92 bis 2008

Abbildung 4: Typologie der Land Akquisitionen

Abbildung 5: Verteilung der Projekte und Größe der Landflächen auf die unterschiedlichen Gebiete mit Information über die Anbauprodukte

Abbildung 6: Investor- und Zielregionen in Bezug auf überseeische Investitionen für die landwirtschaftliche Produktion

Abbildung 7: ODA Anteil für Landwirtschaft und totale ODA

Abbildung 8: Sierra Leone: IFC/FIAS Einsatz und Land Grabbing

Abbildung 9: Gewinne der weltgrößten Saatgut/Pestizid Firmen von 2007 auf 2008

Abbildung 10: Länder mit den meisten *Bilateral Investment Treaties*

Abkürzungsverzeichnis

AAA: Advancing African Agriculture

AAI: Agribusiness Action Initiative

BITs: Bilateral Investment Treaties

CAADP: Comprehensive Africa Agriculture Development Programme

CAFTA: Central America Free Trade Agreement

CFA: Comprehensive Framework for Action

CGIAR: Consultative Group on International Agricultural Research

CSO: Civil Society Organization

EC: European Commission

EPA: Economic Partnership Agreement

EU: Europäische Union

FAO: Food and Agricultural Organization

FDI: Foreign Direct Investment

FF: Food Facility

F&E: Forschung und Entwicklung

FIAS: Foreign Investment Advisory Service

GAP: Gemeinsame Agrarpolitik

GATS: General Agreement on Trade in Services

GATT: General Agreement on Trade and Tariffs

GFRP: Global Food Response Programme

GMO: Genetically Modified Organism

GPAFS: Global Partnership for Agriculture and Food Security

GTZ: Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit

HIPC: Heavily Indebted Poor Countries Initiative

HLTF: High-Level Task Force on Food Security

IAASTD: International Assessment of Agricultural Knowledge, Science and Technology
for Development

IBRD: International Bank for Reconstruction and Development

ICARRD: International Conference on Agrarian Reform and Rural Development

ICSID: International Centre for Settlement of Investment Disputes

IDA: International Development Association

IFAD: International Fund for Agricultural Development

IFC: International Finance Cooperation
 IFPRI: International Food Policy Research Institute
 IIED: International Institute for Environment and Development
 IMF: International Monetary Fund
 IPR: Intellectual Property Rights
 IUCN: International Union for Conservation of Nature
 LIFDC's: Low-Income Food Deficit Countries
 LRAN: Land Research Action Network
 MALR: Market-assisted Landreform
 MDG: Millenium Development Goals
 MIGA: Multilateral Investment Guarantee Agency
 MST: Movimento dos Trabalhadores Rurais Sem Terra= Bewegung der Landarbeiter ohne Boden
 NAFTA: North American Free Trade Agreement
 NEPAD: New Partnership for African Development
 ODA: Official Development Aid
 OECD: Organization for Economic Co-operation and Development
 OPEC: Organization of the Petroleum Exporting Countries
 PANPP: Pan African Non-Petroleum Producers Association
 PRGF: Poverty Reduction Growth Facility
 PRSP: Poverty Reduction Strategy Papers
 PSAC: Programmatic Structural Adjustment Credit
 RAI: Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources
 RED: Renewable Energy Directive
 SAP: Structural Adjustment Programme
 TNC: Transnational Cooperation
 TRIPS: Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights
 UNCTAD: United Nations Conference on Trade and Development
 UNO: United Nations Organization
 UPOV: International Union for the Protection of New Varieties of Plants
 VG: FAO Guidelines for the Responsible Governance of Land and Natural Resources
 Tenure
 WB: World Bank

WDR: World Development Report

WFP: World Food Programme

WFS: World Food Summit

WIPO: World Intellectual Property Organization

WTO: World Trade Organization

1 Einleitung

Eines der grundlegendsten Bedürfnisse des Menschen ist die Aufnahme von Nahrung. Wir brauchen sie, damit unsere körperliche und geistige Leistungsfähigkeit sich entwickeln kann und aufrecht erhalten bleibt. Nimmt der Mensch seinen Bedürfnissen entsprechend ausreichende und gesunde Nahrung zu sich, so erhöhen sich die Chancen, dass sein volles Potential zum Tragen kommt. Nahrung ist daher grundlegend für Entwicklung.

Amartya Sen definiert "Entwicklung" als die Erweiterung substantieller Freiheiten von Individuen, indem Freiheitsräume geschaffen werden, die es jedem Menschen ermöglichen, seine Fähigkeiten einzusetzen und sein Leben zu gestalten. Die Erweiterung dieser Freiheiten und die Beseitigung von Unfreiheiten (z.B. Unterdrückung, Not, etc.) sind Zweck und Mittel der Entwicklung.¹ Ausreichende und qualitativ angemessene Nahrung ist die Grundlage menschlicher Existenz und damit einer der wichtigsten Freiheitsräume, die es zu erreichen gilt, wenn Entwicklung stattfinden soll. Viele internationale Organisationen beschäftigen sich schon seit Jahrzehnten mit der Erreichung dieses Zieles, doch äußere Umstände, wirtschaftliche und gesellschaftspolitische Strukturen und fragwürdige Maßnahmen von einflussreichen Akteuren haben dazu geführt, dass Armut und Hunger (vor allem in den letzten Jahren) stark angestiegen sind und globale Ungleichheiten größer wurden. Die Nahrungsmittelkrise 2007-08 mit ihren schweren Folgen für viele Menschen hat gezeigt, dass grundlegende Strukturen, auf welchen der Nahrungsmittelsektor aufgebaut ist, und Faktoren, welche ihn zwangsläufig beeinflussen, nicht nachhaltig sind, wenn es darum geht, Ernährungssicherung in der Zukunft erreichen zu wollen.

Hinzu kommt ein Phänomen, unter kritischem Aspekt auch „Land Grabbing“ genannt, das sich durch die Krise immens beschleunigt hat und folgenschwere Auswirkungen für die davon Betroffenen haben kann. Doch gleichzeitig wird diesem Phänomen das Potential eingeräumt, die jahrelang fehlende Investition in den Agrarsektor der Entwicklungsländer² umzukehren und so Vorteile für das Zielland und seine Bevölkerung zu bringen.

In der vorliegenden Arbeit soll es um die globalen Strategien zur Herstellung von "Ernährungssicherung" gehen und um die Entwicklung des "Land Grabbing" in diesem Zusammenhang.

¹ Sen, 1999, xii

² Der Begriff ist sehr umstritten, da er die Welt in Industrie- und Entwicklungsländer teilt und bei Letzterem einen Zustand suggeriert, der sich in Entwicklung hin zu Ersterem befindet. Aus Mangel an Alternativen werde ich diesen Begriff in der vorliegenden Arbeit trotzdem verwenden, da ich „Länder des Südens“ nicht angemessener finde und Partnerländer in diesem Kontext für Verwirrung stiften könnte.

1. 1 Begriffserklärung und Definition

Der Begriff „Land Grabbing“ wird in den Medien vielfältig verwendet. Wortwörtlich betrachtet bedeutet dieser Begriff Land-an-sich-Reißen oder Nach-Land-Greifen. Neben seiner Bedeutung in der vorliegenden wissenschaftlichen Auseinandersetzung, welche ich im Folgenden noch näher erläutern werde, wird der Begriff auch oft in Zusammenhang mit umstrittenen Landreformen (siehe Zimbabwe), Landbesetzungen (Süd Afrika), Vertreibungen (Diego Garcia³) und anderen Phänomenen gebracht, bei welchen es zu einer umstrittenen Landübernahme gekommen ist.

Dabei fällt auf, dass dieses Wort in diesbezüglichen Auseinandersetzungen nicht neutral verwendet wird. Die als „Land Grabbing“ bezeichnete Tat wird in den meisten Artikeln und Dokumenten negativ bewertet. Zum Beispiel verrät schon der Titel des FAO Dokuments *„Land Grabbing or development opportunity?“*⁴ durch die Gegenüberstellung von zwei Begriffen (nämlich „Land Grabbing“ und „development opportunity“), dass „Land Grabbing“ die schlechte und eine Entwicklungsmöglichkeit die gute Konsequenz wäre, die Investitionen in den Landwirtschaftssektor anderer Länder bringen kann. Auch in vielen Zeitungsartikeln wird die als „Land Grabbing“ definierte Tat als negativ angesehen. Gleichzeitig kommt es bei Landnahmen, die positiv bewertet werden, oftmals nicht zu der Verwendung dieses Begriffs. Im Zusammenhang mit Landbesetzungen durch die *Bewegung der Landlosen* (MST) in Brasilien beispielsweise wird in den Medien das Wort „Land Grabbing“ generell vermieden. Die extreme Konzentration von Landbesitz in Brasilien gibt der Bewegung Legitimation und Rückhalt in der öffentlichen Wahrnehmung. Der Begriff „Land Grabbing“ ist jedoch sehr modern und seine Verwendung nahm erst in jüngster Zeit zu. Die Nicht-Verwendung dieses Begriffes meint also keineswegs immer eine positive Beurteilung der Situation. Auch ist der Begriff vermutlich nicht in allen Sprachen gebräuchlich. Obwohl er so unterschiedlich bewertet wird, möchte ich ihn für die vorliegende Arbeit verwenden, da er die Debatte rund um die Zunahme des Landkaufs durch vor allem ausländische Akteure geprägt hat.

³Diego Garcia ist eine Insel und als solche Teil des Chagos-Archipels im indischen Ozean. Die Bewohner der Insel wurden in den 1970er Jahren zwangsumgesiedelt, damit das US amerikanische Militär einen Stützpunkt dort aufbauen konnte. Siehe z.B.: Pilger, 2007

⁴Cotula/Vermeulen et al., 2009

Dieses Dokument befasst sich mit den Auswirkungen von Landkauf im Ausland als Teil landwirtschaftlicher Investition.

Folgende Definition vom *Oakland Institute*⁵ soll den Begriff in seiner häufigsten Verwendung genauer darstellen:

“(...) The term land grab refers to the purchase or lease of vast tracts of land by wealthier, food-insecure nations and private investors from mostly poor, developing countries in order to produce crops for export”.⁶

Dieser Definition möchte ich mich weitgehend anschließen, jedoch möchte ich die Exportproduktion nicht als alleinigen Grund für den Kauf oder die Pacht von Land nennen, sondern mich mehr auf die Auswirkungen konzentrieren. Auch müssen die Käuferländer nicht zwangsläufig Länder sein, in welchen keine Ernährungssicherung herrscht. Meine Arbeitsdefinition lautet daher folgendermaßen:

Land Grabbing” bezeichnet die langfristige Inbesitznahme oder Kontrolle von großen Landflächen (>10.000 ha) durch (inter)nationale Akteure (Regierungen, private Investoren und Mischformen) auf Grund eines Investitionsinteresses, welches ohne das volle Einverständnis der lokalen Bevölkerung, die das besagte Land in irgendeiner Weise nutzt, realisiert wird, wodurch diese einen Nutzungsverlust erleidet.⁷

Im 2. Teil der Arbeit werde ich noch näher auf die Bedeutung des Begriffs *Land Grabbing* eingehen und die Herleitung meiner Arbeitsdefinition noch detaillierter erläutern.

1.2 Forschungsfrage und Forschungsthese

Die potentielle Gefährdung der Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung ist eng mit diesem Phänomen verbunden, da Land Grabbing oftmals zu einem Ressourcenverlust für die lokale Bevölkerung führt. Gleichzeitig steigt die Zahl der Hungernden enorm an - und das, obwohl eine Vielzahl an Organisationen sich damit beschäftigt, Ernährungssicherung für alle Menschen zu gewährleisten. Mir scheint es daher interessant, die Beziehung zwischen Land Grabbing und aktuellen Strategien für Ernährungssicherung zu untersuchen.

⁵ Die Mission des Oakland Institutes ist es die öffentliche Anteilnahme anzuregen und eine faire und kritische Debatte über soziale, wirtschaftliche und ökologische Anliegen zu gewährleisten.

⁶ Daniel/Mittal, 2009,1

⁷ Diese Definition ist angelehnt an jene des Oakland Institute's und GRAIN.

Meine Forschungsfrage lautet demnach folgendermaßen:

“Wie verhalten sich die derzeitigen Strategien für Ernährungssicherung und das Phänomen „Land Grabbing“ zueinander? Wo gibt es bei den in dieser Hinsicht tätigen Organisationen, die ich ausgewählt habe, nämlich die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Weltbank (WB), die Europäische Union (EU), die Gruppe der G8 und La Via Campesina, Widersprüche? ”

Meine Hypothese ist, dass die strategischen Antworten auf die Nahrungsmittelkrise von den genannten Organisationen, außer La Via Campesina, Aspekte beinhalten, welche das Land Grabbing vorantreiben. Vor allem die propagierten Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor von Entwicklungsländern stehen großteils im Widerspruch zu den eigentlichen Zielen der genannten Organisationen.

Ich werde die Arbeit in drei Teile gliedern. Im ersten Teil soll das Thema Ernährungssicherung näher behandelt werden. Dabei wird auf die Nahrungsmittelkrise und auf jene Teile der Menschenrechtskonvention eingegangen, die in diesem Zusammenhang Bedeutung haben. Auch das Konzept der Ernährungssicherung und die internationalen Konferenzen, die in dieser Hinsicht wichtig sind, werden im ersten Teil beleuchtet.

Der zweite Teil beschäftigt sich mit dem Phänomen „Land Grabbing“. Es soll ein Überblick über die Motive, die Akteure, den Vorgang an sich, das Ausmaß und die bekannten Auswirkungen gegeben werden. Die Kommerzialisierung von Land, die Entwicklung zum „Land Grabbing“ und der Unterschied zur Auslandsdirektinvestition werden ebenfalls diskutiert.

Im dritten Teil soll die gegenseitige Beeinflussung der momentanen Strategien für Ernährungssicherung und des Phänomens „Land Grabbing“ herausgearbeitet werden.

Unterschiedliche Ansätze werden gegenübergestellt und eventuelle Entwicklungen herausgearbeitet, die mit dem Phänomen des „Land Grabbings“ in Verbindung stehen.

1.3 Methode

Da es sich um ein recht junges Phänomen handelt und die Literatur größtenteils in englischer Sprache verfasst ist, möchte ich das existierende Material, bestehend aus

Medienartikel und Dokumenten diverser Organisationen (graue Literatur) auf deutsch bearbeiten um den deutschsprachigen Literaturbestand zum Thema zu erweitern.

Nach einer einführenden Diskussion über die Nahrungsmittelkrise, das Konzept der Ernährungssicherung und nach der Bearbeitung des Land Grabbing Phänomens in Folge, werde ich die Ernährungssicherungsstrategien der ausgewählten Organisationen, die nach der Krise ausgearbeitet wurden, auf Elemente hin untersuchen, die den Land Grabbing Trend verstärken könnten. Auf die Weltbank wird dabei im Besonderen eingegangen werden.

Bei der Arbeit handelt es sich um eine hermeneutische Literaturarbeit. Meine Analyse soll durch eine quellenkritische Beurteilung der Literatur erfolgen und durch die Verknüpfung der Hauptthemenblöcke: das Konzept Ernährungssicherung, das Land Grabbing Phänomen und die Strategien der jeweiligen Organisation zur Beantwortung der Forschungsfragen führen. Diese Synthese soll weiters die Schnittstelle zwischen den teilweise umgesetzten, teilweise angestrebten Maßnahmen für Ernährungssicherung und Land Grabbing nochmals klar aufzeigen.

Die mediale Berichterstattung zum Thema Land Grabbing begann in Folge der Nahrungsmittelkrise im Jahr 2007-08. Während die Grundnahrungsmittelpreise langsam wieder absanken stieg die Berichterstattung weiter an und erreichte Ende 2009 ihren Höhepunkt. Danach verringerten sich die Anzahl der Reports zum Thema wieder.⁸ Das Ausmaß an wissenschaftliche Publikationen hat sich natürlich im Vergleich dazu langsamer erweitert. Die ersten Publikationen kamen von internationalen Organisationen, aber auch von NGO's. Dabei fällt auf, dass viele derartiger Publikationen Medienartikeln als Informationsgrundlage heranziehen.

Fallstudien zum Thema gibt es vergleichsweise wenig da es relativ schwierig ist an detaillierte Informationen zu gelangen.

Nennenswert ist die Arbeit der Organisation GRAIN, welche Berichte und Informationen zum Thema sammelt und diese auf seiner Webseite www.grain.org veröffentlicht.

⁸ Weltbank, 2010, 34

2 Die Nahrungsmittelkrise

Die Ernährungssituation in den vergangenen Jahrzehnten hat sich dahingehend entwickelt, dass der Zugang zu Nahrung für viele Entwicklungsländer immer unsicherer geworden ist. Gleichzeitig konnten Schwellenländer wie Indien und China auf den ersten Blick ihre Ernährungssituation verbessern und in vielen Industriestaaten ist Überfluss vorhanden. In Summe gesehen jedoch stieg die Anzahl der Menschen ohne kontinuierlichen Zugang zu ausreichender und sicherer Nahrung in den letzten Jahren immer mehr an und hat 2009 die Milliardenengrenze überschritten.⁹

Die Gründe für diese ungleiche und schlechter werdende Entwicklung sind vielfältig. Relativ junge Phänomene wie die Globalisierung und der Klimawandel spielen eine große Rolle. Jedoch tragen der unangemessene Umgang mit den Ressourcen unserer Erde, fragwürdige Wirtschafts- und Handelspolitiken, Bevölkerungswachstum, Konzentration von Macht und Reichtum, unzureichend funktionierende politische Systeme, Spekulationen und die zunehmende Konkurrenz um natürliche Ressourcen ebenfalls Mitschuld an der schlechten Ernährungssituation. De facto gab es schon immer Ernährungskrisen, die verhinderten, dass Menschen ausreichend Nahrung zu sich nehmen konnten. Die Gründe dafür waren Naturereignisse, wie zum Beispiel Dürre, Überschwemmungen und Schädlingsbefall, aber auch der Mensch hat durch politische und ökonomische Handlungen (zum Beispiel Kriege) seinen Beitrag zur Entstehung solcher Krisen geleistet.¹⁰

In den Jahren von 2006 bis 2008 breitete sich eine verheerende Nahrungsmittelkrise in vielen Ländern aus, die tausende Menschen in die Armut trieb. Sie ist nicht mit einer „gewöhnlichen“ Krise vergleichbar, wie später im Text dargestellt wird und ihre Ursachen und Auswirkungen zeigen, dass eine Wende bevorsteht. In einer Publikation der FAO ist vom Ende der „billigen Nahrungsmittel“ die Rede und von neuen Faktoren, welche die Preise beeinflussen:

“Agricultural commodity prices have always been highly variable, but around a long-run downward trend. However, some commentators and analysts have suggested that there are now new factors at work (...) that mean {sic!} that food prices will not return to their

⁹ Siehe FAO/WFP, 2009, 11; Die Anzahl der unterernährten Menschen ist auf 1,02 Milliarden im Jahr 2009 angestiegen. Das ist der höchste Level von Menschen, die an chronischem Hunger leiden seit den 1970er Jahren.

¹⁰ Oltersdorf/Weingärtner, 1996, 14

historical trend. As yet, the available evidence is not conclusive, although some market fundamentals could indeed suggest the end of so-called “cheap food”.¹¹

Beachtet man, dass die letzte Krise einen Preisanstieg mit sich brachte, der relativ lang anhielt und nahezu alle wichtigen Grundnahrungsmittel betraf, während bei vergangenen Krisen die Preisspitzen eher kurzlebig und weniger Nahrungsmittel betroffen waren¹², so scheint die oben zitierte Einschätzung des Endes der billigen Nahrungsmittel begründet zu sein. Auch die „neuen Faktoren“, wie die Produktion von Agrotreibstoffen und die vermehrte Spekulation im Landwirtschaftsbereich (siehe weiter unten im Text) zeugen von einer Veränderung, was die zukünftige Preisbildung betrifft.

Der Beginn dieser Nahrungsmittelkrise kann auf die Mitte des Jahres 2006 datiert werden. Zu diesem Zeitpunkt begannen die Preise stark anzusteigen und erreichten ihren Höhepunkt in den ersten vier Monaten des Jahres 2008. Es handelte sich dabei vor allem um sechs Grundnahrungsmittel: Mais, Weizen, Reis, Soja, Rapsöl und Palmöl.¹³ Zwischen März 2007 und März 2008 stieg der Maispreis um 31%, Soja stieg um 87%, Reis um 74% und Weizen um 130%.¹⁴

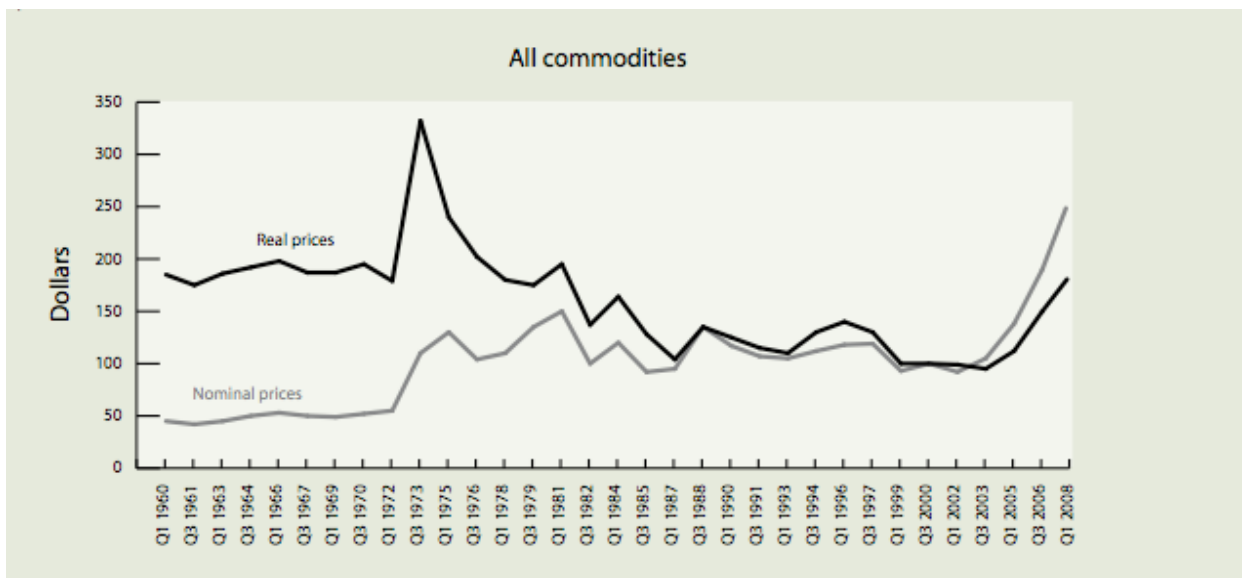


Abbildung 1: Grundnahrungsmittelpreise von 1960-2008¹⁵

Was die Anzahl unternährter Menschen weltweit betrifft, so hat es laut FAO schon vor der Krise einen Anstieg gegeben. Während die Zahl in den 1970er Jahren um 37 Millionen und

¹¹ FAO, 2009a, 4

¹² FAO, 2009a, 11; FAO, 2008c, 3

¹³ IMF, 2008, 96

¹⁴ Holt-Giménez/Peabody, 2008, 1

¹⁵ Abbildung 1: UNCTAD, 2009a, 8

in den 1980er Jahren um 100 Millionen gesenkt werden konnte, waren es zwischen 1990/92 und 2006 lediglich insgesamt 3 Millionen Menschen in Entwicklungsländern, die aus dem Stadium der Unterernährung heraus fielen.

Interessant ist, dass es sich zwischen 1990/92 und 1995/97 um 26 Millionen Menschen handelt, die aus dem Stadium der Unterernährung fielen, dass es aber zwischen 1995/97 und 2001/03 wieder zu einem Anstieg von 23 Millionen kam,¹⁶ also einem Aufwärtstrend, welcher sich fortgesetzt und beschleunigt hat und 2009 die höchste Anzahl an Unterernährten seit den 1970er Jahren hervorbrachte.¹⁷ Was die Situation noch verschlimmerte, waren die Ölpreise, die zur selben Zeit anstiegen, sowie die Finanz- und Wirtschaftskrise, die unmittelbar auf die Nahrungsmittelkrise folgten. Zusammen mit weiteren neuartigen Phänomenen ergab sich eine Krisensituation, die sich von vorangegangenen Krisen stark unterschied. Einzig mit der Krise der 1970er Jahre gibt es einige Parallelen.¹⁸ Im folgenden werden die Charakteristiken der jüngsten Krise im Unterschied zu vorangegangenen Krisen beschrieben.¹⁹

- Betroffen waren viele Regionen der Welt gleichzeitig, während zuvor eher einzelne Länder oder Regionen von derartigen Krisen heimgesucht worden sind. Das führte dazu, dass nicht mehr im selben Ausmaß mit einer Abwertung der Währung auf die Krise der Wirtschaft reagiert werden konnte, da dies nicht alle betroffenen Länder gleichzeitig tun können. Auch die Auslandsüberweisungen haben durch die Wirtschaftskrise drastisch abgenommen. Für die zuvor angewendeten Anpassungsstrategien gibt es somit nur mehr wenig Spielraum.
- Die jüngste Finanz- und Wirtschaftskrise passierte unmittelbar nach der Nahrungsmittelkrise. Dies führte zwar zu einer deutlichen Senkung der Weltmarktpreise, jedoch übertrugen sich diese nicht automatisch auf lokale Märkte. Die lokalen Preise für Grundnahrungsmittel blieben historisch hoch und deutlich über dem Wert zwei Jahre zuvor. Die Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Arbeitslosigkeit führte zu einer weiteren Abnahme der Kaufkraft. Besonders Frauenhaushalte und Landlose waren stark betroffen. Die Folgen waren Einsparungen, vor allem bei Ausbildung, Gesundheit und Nahrung.

¹⁶ FAO, 2006a, 8

Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man in Proportionen rechnet, welche das Bevölkerungswachstum mit einbeziehen. Dadurch ergäbe sich eine kleine Verringerung der Anzahl der Unterernährten.

¹⁷ FAO/WFP, 2009, 11

¹⁸ Siehe dazu: FAO, 2009a, 11f.

¹⁹ FAO/WFP, 2009, 9; siehe auch Boto/La Peccerella, 2009, 8; FAO, 2009a, 11

Im Agricultural Outlook 2009 von OECD/FAO wird darauf hingewiesen, dass durch den Preisanstieg die landwirtschaftliche Produktion global zunahm. Was die Getreideproduktion betrifft, so kam es zu einer Ertragssteigerung von 7% weltweit. Jedoch passierte dies zu einem großen Teil in Industrieländern, da die hohen Weltmarktpreise in vielen Fällen ja nicht auf die lokalen Märkte der Entwicklungsländer übertragen wurden.²⁰

- Entwicklungsländer wurden in den letzten Jahren immer mehr in die Weltwirtschaft eingebunden, was sie den Veränderungen der globalen Märkte mehr ausgesetzt hat.
- Es handelt sich nicht nur um den Preisanstieg einiger weniger, sondern fast aller wichtigen Nahrungsmittel und Futtererzeugnisse. Auch rechnet man damit, dass die Preise trotz des ersten Abklingens auch weiterhin hoch bleiben werden.
- Der Preisanstieg wurde von einer viel höheren Volatilität begleitet als in früheren Krisen. Dies betrifft speziell das Getreide und die Ölsamen. Dadurch erschwert sich der Entscheidungsprozess von Käufern und Verkäufern und die größere Unsicherheit limitiert den Zugang zu Krediten. Dies wiederum kann zu einer Produktionsweise führen, die kein Risiko mehr eingeht.
- Die hohe Sprunghaftigkeit der Preise führt oftmals zu mehr Spekulation, was die Preise wiederum noch mehr destabilisieren kann.
- Durch die Sprunghaftigkeit der Preise kann auch der reale Wechselkurs aus dem Gleichgewicht gebracht werden, was eine weitere Belastung für die jeweilige Wirtschaft bedeuten kann und die Armutsreduktion weiterhin erschwert.
- Das Ausmaß an Spekulationen hat in den letzten Jahren stark zugenommen und ist, laut Oakland Institute²¹ auch ein Faktor, der diese Krise von früheren unterscheidet. Spekulationen hätten eine Preisblase erzeugt und die Preise in die Höhe getrieben. Besorgniserregend seien vor allem Spekulationen im Derivathandel.²²
- Auch die Erzeugung von Agrotreibstoffen, die mit der Nahrungsmittelproduktion konkurriert und durch Nachfrageerzeugung Auswirkungen auf die Preisbildung hat, ist ein neues Phänomen.

Die angeführten Unterschiede sagen aus, dass es sich bei der derzeitigen Ernährungssituation nicht um einen kurzfristigen Schock handelt, ausgelöst durch ein Angebot/Nachfrage Ungleichgewicht, sondern dass ein strukturelles Problem

²⁰OECD/FAO, 2009, 12

²¹ Das Oakland Institut ist ein *policy think tank*, der soziale Bewegungen stärkt. Mittal Anuradha ist als Vorstandsmitglied tätig.

²²Mittal, 2009a, 5f.

dahintersteckt. Es scheint, als würden langfristig ungünstige Entwicklungen nun ans Tageslicht treten und eine Verbesserung der Situation kann nicht durch kurzsichtige und simple Lösungen erzielt werden.

Es gibt viele Studien, die sich mit den Ursachen der Nahrungsmittelkrise (die nicht unabhängig von Finanz-, Energie,- und Wirtschaftskrise betrachtet werden darf) befassen. Multilaterale Organisationen wie die *Food and Agricultural Organisation* (FAO), die Weltbank (WB) und die *Organisation for Economic Co-Operation and Development* (OECD), Forschungsinstitute wie das *International Food Policy Research Institute* (IFPRI), sowie NGOs wie *La via campesina* und FIAN, aber auch bekannte Einzelpersonen wie z.B. Vandana Shiva, eine indische Physikerin und Globalisierungsgegnerin, äußern sich zu diesem Thema.

In einigen Punkten herrscht Konsens, in anderen wiederum geht die Uneinigkeit so weit, dass gegen die Nahrungsmittelkrise gesetzte Maßnahmen von manchen Akteuren als eigentliche Verursacher der Krise verstanden werden. Im Folgenden soll auf die diesbezüglichen Ursachen eingegangen werden.

2.1. Kurzfristige Ursachen des Nahrungsmittelpreisanstieges

Die hohen Preise für Grundnahrungsmittel waren der offensichtlichste Grund für die Krise. In vielen Ländern waren Nahrungsmittel, besonders für einkommensschwache Haushalte, Frauen und Landlose, nicht mehr leistbar.²³ Auch in den Bereichen Bildung und Gesundheit musste, wie oben schon erwähnt, eingespart werden, was sich auf Jobchancen und Lebensqualität nachhaltig auswirkte. Laut FAO stieg der Preisindex für Nahrungsmittel im Jahre 2007 um 27 Prozent an, 2006 waren es nur 7 Prozent gewesen.²⁴

Die eigentliche Frage sollte aber auf den Grund des Anstiegs ausgerichtet sein. Und dieser lässt sich keineswegs allein in einem kurzfristigen Angebot- Nachfrage Ungleichgewicht finden. Das vorliegende Ungleichgewicht, das die Preise in die Höhe getrieben hat, ist auch eine Konsequenz von strukturellen Faktoren und (Fehl)entwicklungen.

Im Folgenden wird auf die Gründe des Nahrungsmittelpreisanstiegs eingegangen, welche sich dem Angebot-Nachfrage Ungleichgewicht zuordnen lassen.

²³ FAO, 2008a, 2

²⁴ FAO, 2009a, 9

2.1.1 Das Nahrungsmittelangebot

Hierzu erwähnt die FAO vor allem das unsicher gewordene Nahrungsmittelangebot am Weltmarkt. Der Grund dafür liegt in einem Produktionsrückgang in manchen Gebieten durch negative Umweltauswirkungen auf Bodenqualität und Wasserverfügbarkeit und somit auf die Ernteerträge. Auch die Reduktion des Grundwasserspiegels durch intensive Bewirtschaftung hat zu einem Rückgang der landwirtschaftlichen Produktion geführt. Was noch dazu kommt, sind Engpässe in Lagerungs- und Verteilungsinfrastruktur, extreme Wetterverhältnisse durch den Klimawandel und der Anstieg des Ölpreises. Öl spielt eine wichtige Rolle in der modernen Landwirtschaft.²⁵ Einerseits wird es für den Antrieb landwirtschaftlicher Maschinen, andererseits für die Herstellung von Stickstoffdünger verwendet. All diese Faktoren wirken sich negativ auf das Angebot auf dem Weltmarkt, aber auch auf jenes von lokalen Märkten aus.

Was die Nachfrage betrifft, so haben wir es mit einer steigenden Weltbevölkerung zu tun; es wird erwartet, dass diese bis 2050 auf 9,1 Milliarden ansteigen wird. Laut einer umfassenden Analyse der FAO heißt das, dass die globale Nahrungsmittelproduktion bis 2050 um 70% steigen muss um alle Menschen zu ernähren.²⁶

Es herrscht Besorgnis darüber, ob dieses Ziel erreicht werden kann, wenn gleichzeitig die Verfügbarkeit von landwirtschaftlichen Flächen abnimmt. Der steigende Bedarf an Nahrungsmitteln erfordert hingegen mehr landwirtschaftliche Anbaufläche mit mehr wirtschaftlicher Produktivität und/oder einen schonenden Umgang mit den derzeit bewirtschafteten Böden.

Ein anderer, etwas mehr umstrittener Faktor ist die Veränderung des Konsummusters vor allem in Schwellenländern wie China und Indien, welche in den vergangenen Jahren starkes ökonomisches Wachstum erfahren haben.²⁷ Ein höheres Einkommen und steigende Urbanisierung verändern die Nahrungspräferenzen, was auch auf dem Weltmarkt spürbar ist. Joachim von Braun, Generaldirektor von IFPRI von 2002 bis 2009, beschreibt eine Verlagerung des Verzehrs weg von Getreidegütern und anderen Grundnahrungsmitteln hin zu Gemüse, Früchten, Fleisch, Milchprodukten und Fisch. Dieser Trend wird sich seiner Ansicht nach in der Zukunft verstärken. Vor allem der Konsum von Fleisch, Eiern und Fisch wird sich voraussichtlich bis 2025 verdoppeln. In China und Indien ist der

²⁵ Cotula/Vermeulen et al., 2009, 53

²⁶ FAO, 2009b, 2; Um diese Steigerung zu erreichen müssten die durchschnittlich jährlichen Nettoinvestitionen in den Landwirtschaftssektor der Entwicklungsländer 83 Milliarden USD betragen. FAO, 2009b, 2

²⁷ Cotula/Vermeulen et al., 2009, 53

Umschwung zu „wertvolleren“ Nahrungsmitteln deutlich feststellbar, während in anderen Ländern ein solcher Prozess noch nicht zu beobachten ist.²⁸

Doch was hat das mit den Nahrungsmittelpreisen zu tun? Der prognostizierte Anstieg des Fleischkonsums würde erstens zu einem größeren Bedarf an Flächen für vor allem Rinderherden führen. Somit konkurrieren Weideflächen mit potentiellen Anbauflächen. Zweitens würde mehr Futtergetreide für die Viehwirtschaft angebaut werden müssen. Auch dafür sind Flächen notwendig, ein Umstand, der die Anbauflächen für den Nahrungsbedarf der Menschen verringert, was eine weitere Verteuerung der Produkte zur Folge haben kann. Drittens würde es zu einem vermehrten Ausstoß von Treibhausgasen (Methan) kommen, wodurch die Erderwärmung weiter fortschreitet, was sich wiederum auf die Fruchtbarkeit der Anbauflächen (Ausbreitung der Wüstengebiete) auswirkt. Der Verlust von Bodenfruchtbarkeit bedeutet eine Zuspitzung der Ernährungssituation vieler Menschen. Viertens ist der Nährwert von Fleisch, in Kalorien gerechnet, weniger ergiebig als der Nährwert von Getreide und Gemüse. So braucht man im Durchschnitt 7 Kalorien aus Getreide, um durchschnittlich 1 Kalorie aus tierischen Lebensmitteln zu gewinnen,²⁹ oder für ein Kilo Rindfleisch braucht man ungefähr sechs Kilo Mais.³⁰

Vandana Shiva stellt sich gegen das Argument, dass Indien durch sein ökonomisches Wachstum neben China Schuld an den steigenden Nahrungsmittelpreisen haben soll. Sie äußert sich dazu folgendermaßen:

„It is being repeatedly stated that price rise is due to “surging demand in emerging economies like China and India. (...) This growth myth is false on many counts. Firstly, while the Indian economy has grown, the majority of Indians have grown poorer because as a result of globalisation, they have lost their land and livelihoods. Most Indians are in fact eating less today than a decade ago, before the era of globalisation and trade liberalization. (...) Economic growth has gone hand in hand with growth in hunger. India is perceived as an economic super power with 9 percent growth. Yet because this growth is based on a large-scale take over of the land of tribals and peasants and large scale destruction of the livelihoods of millions in agriculture, textiles and the small scale

²⁸ Von Braun, 2008a, 86

²⁹ Oltersdorf/Weingärtner, 1996, 27

³⁰ Stratmann/Mante, o.J., 12

industry, poverty has grown, the basic securities have been dismantled by the forces of globalisation.”³¹

Auch die FAO meint, dass der Anstieg der Grundnahrungsmittelpreise seine Ursache nicht in den aufkommenden Märkten Chinas und Indiens hat. Seit Anfang der 1980er Jahre sind die Weizenimporte von 14 Millionen auf 6 Millionen in 2005 gesunken. Das bedeutet, dass die Veränderung im Konsumverhalten durch nationale Produktion befriedigt wurde. Die FAO schließt aber nicht aus, dass die ökonomische Entwicklung der beiden Länder in Zukunft die Nahrungsmittelpreise beeinflussen kann.³²

2.1.2 Veränderung der weltweiten Lagerbestände

Das unsicher gewordene Nahrungsmittelangebot am Weltmarkt, das oben schon erwähnt wurde, hat teilweise auch mit der Veränderung der weltweiten Lagerbestände zu tun. Nahrungsmittellager sind wichtig, um schnell auf Angebot- und Nachfrageschocks reagieren zu können. Sie helfen Preisschwankungen abzuflachen und tragen somit zum Erhalt eines Gleichgewichtes bei. Durch Produktionsrückgänge können die Lagerbestände niedrig sein. Das kann eine Preisvolatilität am Weltmarkt erzeugen, da Unsicherheit über kontinuierliche Lieferungen besteht. Im Jahre 2005 bis 2007 kam es zu extremen Wettersituationen. Dürre und Überschwemmungen führten dazu, dass die größten Getreideproduzenten, China, Indien, die USA und die EU einen Produktionsrückgang verzeichneten. Die Weltgetreideproduktion fiel 2005 um 3,6 Prozent und 2006 um 6,9 Prozent. 2007 nahm die Produktion wieder zu, jedoch auf Kosten der Ölsamenproduktion.³³

Sind die Lagerbestände niedrig in Relation zur Nachfrage, kann es zur Preissteigerung kommen. Ab 2006 wurden die gelagerten Bestände immer weniger und erreichten 2008 einen Tiefstand. Der Trend hin zu sinkenden Lagerbeständen besteht schon seit den 1990er Jahren, maßgeblich beeinflusst durch die Abkommen der Uruguay Runde.³⁴ Wenn dann die wichtigsten Exportländer zur gleichen Zeit einen Produktionsrückgang verzeichnen, so wie dies jüngst bei der Nahrungsmittelkrise der Fall war, dann kann das sinkende Angebot nur schwer durch Lagerbestände kompensiert werden. Eine Preissteigerung ist daher die Folge.

³¹ Shiva, 2008, 2

³² FAO, 2008a, 11; vgl. auch: FAO, 2009a, 19

³³ FAO, 2009a, 17, FAO, 2008a, 10

³⁴ FAO, 2009a, 17

2.1.3 Exportstops und Preiskontrollen

Was weitere Probleme vor allem für Nettonahrungsmittelimporteure mit sich brachte, ist die Durchsetzung von Exportstops und Preiskontrollen einiger Länder (siehe unten) zur Abmilderung der Auswirkungen der hohen Nahrungsmittelpreise auf die eigene Bevölkerung. So haben im April 2008 15 Länder³⁵ Exportrestriktionen auf landwirtschaftliche Waren eingeführt und in 4³⁶ Ländern wurde mit Preiskontrollen reagiert.³⁷ Das IFPRI warnt vor solchen Maßnahmen, da diese der nationalen Nahrungsmittelknappheit zwar kurzfristig Abhilfe schaffen können, langfristig gesehen jedoch negative Auswirkungen auf den internationalen Markt haben (mehr Volatilität, weniger Angebot), was dann wiederum Folgen für das Land selbst hat.

Beispielsweise verlieren Bauern, die jenes Produkt produzieren, auf welches ein Exportstop verhängt wurde, den Anreiz weiterhin in Landwirtschaft zu investieren. Die Konsequenz ist eine Wachstumshemmung der Wirtschaft in der Zukunft. Außerdem stimulieren Exportrestriktionen die Bildung von Kartellen, vermindern das Vertrauen in den Handel und fördern Protektionismus.³⁸ Die Länder, die am meisten unter solchen Maßnahmen leiden, sind jene, die Grundnahrungsmittel importieren müssen. Ihre Versorgung ist damit nicht mehr gewährleistet.

Was bei diesem Punkt gerne übersehen wird, ist, dass viele Entwicklungsländer, welche heute abhängig von Nahrungsmittelimporten sind, vor einigen Jahren ihre Nahrung noch weitgehend selber produziert haben. Haiti ist beispielsweise so ein Fall, denn es produzierte noch vor 30 Jahren all seinen Reis selbst. In den 1980ern jedoch erhielt es Kredite vom IMF, welche an Konditionen gebunden waren. Für den Erhalt der Kredite musste Haiti seine Zölle senken und Strukturanpassungsprogramme, die ein Handelsliberalisierungsprogramm beinhalteten, akzeptieren. Es kam zu Marküberflutung mit Billigprodukten aus den USA, die viele Kleinunternehmer in den Ruin trieb. Heute muss Haiti 80%, des in der Bevölkerung konsumierten Reises vom Ausland importieren und zählt zu den ärmsten Ländern der Erde mit einer hohen Ernährungsunsicherheit.³⁹

Haiti ist damit kein Einzelfall. Zahlreiche Länder weltweit (viele davon in Afrika) wurden durch die auferlegte Handelsliberalisierung von landwirtschaftlichen Produkten in den 80er und 90er Jahren des 20. Jahrhunderts zu Nettoimporteuren umgewandelt. Der Import

³⁵ Argentinien, Bangladesch, Bolivien, Kambodscha, China, Ägypten, Äthiopien, Indien, Kasachstan, Malaysien, Pakistan, Russland, Tansania, Vietnam und Zambia.

³⁶ Benin, China, Malaysien, Senegal.

³⁷ Siehe Von Braun et al., 2008b, 5

³⁸ Von Braun et al, 2008b, 5

³⁹ Human Rights Advocates, 2008, 11f.

billiger Nahrungsmittel änderte auch die Ernährungsgewohnheiten der lokalen Bevölkerung. So wurden lokal angebaute Feldfrüchte in vielen Ländern durch Reis ersetzt.⁴⁰ Durch die Nahrungsmittelkrise stiegen jedoch die Importkosten enorm, verschlimmerten sich das Zahlungsbilanzdefizit und die Verschuldung des jeweiligen Landes stieg weiter an.

Dies soll veranschaulichen, dass ein Land wie Haiti auf den Exportstop damals (siehe oben) besser hätte reagieren können, da die lokale Versorgung noch einigermaßen funktionierte. Heute tragen Exportstops maßgeblich zur Ernährungsunsicherheit bei. Es kann also gesagt werden, dass fehlerhafte Entwicklungen zu Verletzlichkeit von äußeren Faktoren und zu einer zunehmenden Abhängigkeit führen.⁴¹

2.1.4 Schlechte klimatische Verhältnisse

Steigende Nahrungsmittelpreise haben noch weitere Ursachen, die eng miteinander verknüpft sind. Schlechte klimatische Verhältnisse, die dazu führen, dass es zu Ernteausfällen, Lagerbestandsabbau, Angebotsrückgang und Exportstops kommt, haben das Vertrauen in den Markt weltweit minimiert.⁴² Es macht klar, dass der Markt keine sichere und kontinuierliche Versorgung mit Nahrungsmitteln unter den gegebenen Umständen bieten kann, womit Ricardos Theorie über komparative Kostenvorteile, speziell in solch einer Situation, keinen Sinn macht. Selbstversorgung fing deshalb wieder an in einigen Ländern eine Rolle zu spielen.

2.1.5 Steigende Ölpreise

Auch die Ölpreise stiegen (2007/08) zeitgleich mit den Nahrungsmittelpreisen, was die landwirtschaftliche Produktion weiters belastete. Denn Öl wird in der konventionellen Landwirtschaft vor allem für den Transport und die Herstellung von Stickstoffdünger gebraucht und beeinflusst somit maßgeblich die Produktionskosten. Der steigende Ölpreis schuf somit einen Anreiz, auf Alternativen für die Energieherstellung umzusteigen.⁴³ In Agrotreibstoffen glaubten (und glauben) Entscheidungsträger eine Lösung für das Energieproblem gefunden zu haben, welches gleichzeitig die Umweltbelastung reduzieren

⁴⁰ De Schutter, 2008b, 6

⁴¹ Siehe Von Braun/Torero, 2009, 18; Von Braun schlägt vor die Exportstops in einer ad hoc Arbeitsgemeinschaft zu diskutieren und einen Verhaltenskodex und vertrauensbildende Maßnahmen für politische Verhandlungen einzuführen.

⁴² Siehe z.B.: Boto/La Peccerella, 2009, 15

⁴³ Siehe FAO, 2009a, 17, 22

würde. Dass es sich dabei um einen umstrittenen Lösungsansatz handelt, darauf wird im letzten Kapitel näher eingegangen.

2.1.6 Agrotreibstoffe

In Bezug auf die Nahrungsmittelpreiserhöhung spielt die Agrotreibstoffherstellung eine herausragende Rolle, denn diese werden aus Biomasse hergestellt. Die wichtigsten Anbaupflanzen, die für die Produktion verwendet werden, sind: pflanzliche Kernöle, wie Jatropha (Purgiernuss), Palm-, Soja-, Raps- und Sonnenblumenöl für die Herstellung von Biodiesel und stärkehaltige Nahrungsmittel wie Mais, Weizen und Zucker für die Produktion von Ethanol. Dieses wird als Kraftstoff eingesetzt.⁴⁴ Für die Erzeugung werden zusätzlich Anbauflächen gebraucht. Bioethanol braucht außerdem viel Wasser und konkurriert somit mit Flächen, die ein gutes Potential für die Nahrungsmittelproduktion darstellen. Biodiesel kann im Gegensatz dazu auch auf qualitativ schlechten Böden erzeugt werden.⁴⁵

In jeder Hinsicht hat die teilweise Umfunktionierung von Nahrungsmitteln zu Energielieferanten und die damit steigende Nachfrage nach Nahrungsmitteln einen Preisdruck nach oben erzeugt. Ein gutes Beispiel dafür ist auch die Tortillakrise in Mexiko: durch die steigende Nachfrage von Mais für Agrotreibstoffe in den USA kam es zu einem Preisanstieg für Mais, einem wichtigen Grundnahrungsmittel in Mexiko, welches für die Herstellung von Tortillas benötigt wird.

Laut von Braun ist die vermehrte Nachfrage nach Agrotreibstoffen zu 30 Prozent für den durchschnittlichen Anstieg des Weizenpreises verantwortlich.⁴⁶

2.1.7 Spekulationen

Ein weiterer Grund, dessen Signifikanz jedoch heftig umstritten ist, sind Spekulationen. Der Rückgang der weltweiten Lagerbestände und die immer knapper werdenden Landressourcen bieten für viele private Investoren einen Anreiz für spekulative Aktionen im Nahrungsmittelsektor. Außerdem ist nach der Rezession der Immobilien- und Wertpapiermärkte das Interesse an den zukünftigen Landwirtschaftsmärkten gestiegen. Vor der Wirtschaftskrise wurden Investitionen in den Agrarsektor als unsicher betrachtet, da sie auf Grund unvorhersehbarer Ereignisse wie Dürre, Überschwemmungen oder

⁴⁴ Actionaid, 2010, 8

⁴⁵ Kjell, o.J., n.n.

⁴⁶ Von Braun et al., 2008b, 3

politischer Unruhen zu wenig Sicherheit für den Investor boten. Heute hat sich die Lage durch die steigenden Preise geändert: Der Landwirtschaftssektor wird als rentabel für Spekulanten betrachtet.⁴⁷

Von Braun weist darauf hin, dass nicht alle Spekulationen gleich motiviert sind, denn es gibt Händler, die zu ihrer eigenen Absicherung spekulieren (Optionen und Futures), aber auch sogenannte nicht kommerzielle Händler, wie z.B. Hedgefonds, Pensionsfonds, Banken, welche keinen eigentlichen Bedarf haben, sondern deren primäres Interesse es ist, Gewinne zu erwirtschaften. Alle anderen Spekulanten wie Regierungen, Haushalte und kleine Unternehmer fallen unter normalen Bedingungen wenig ins Gewicht.⁴⁸ Bei den sogenannten nicht kommerziellen Spekulationen geht es darum, Profit aus der zukünftigen Preisentwicklung zu schlagen, indem beispielsweise Land gekauft und gehalten wird, um es später zu einem höheren Preis wieder zu verkaufen. Dadurch wird eine künstliche Nachfrage erzeugt, welche sich auf die Preisentwicklung auswirkt. In einer New York Times Ausgabe von April 2008 wird es wie folgt beschrieben:

*„Speculative purchases have no other purpose than to make money for the speculators, who hold their contracts to drive up current prices with the intention not of selling the commodities on the real future market, but of unloading their holdings onto an artificially inflated market, at the expense of the ultimate consumer.“*⁴⁹

Boto und La Peccerella weisen darauf hin, dass es sich bei den Spekulationen um Agrarland hauptsächlich um jenes Land handelt, welches auch für den Anbau von Grundnahrungsmitteln wie Weizen, Mais und Reis geeignet wäre. Damit wird mit Land spekuliert, welches eine fundamentale Bedeutung für Ernährungssicherung hat.⁵⁰

Die FAO betont trotzdem den grundsätzlichen Nutzen von Spekulationen, um die Liquidität am Markt zu erhalten und Bauern vor Preisfluktuationen zu schützen. Je nach Art der Spekulation kann sie aber auch zur Volatilität beitragen.⁵¹

Laut von Braun sind Spekulationen hauptsächlich ein Symptom der Krise und kein wesentlicher Teil der Ursache.⁵² Diesbezüglich herrscht jedoch Uneinigkeit zwischen den verschiedenen Akteuren.

⁴⁷ Über die Rolle von Spekulationen siehe Wahl, 2009, 68-77

⁴⁸ Von Braun et al., 2008b, 5

⁴⁹ Pfaff, 2008, n.n.

⁵⁰ Boto/La Peccerella, 2009, 10

⁵¹ FAO, 2009a, 21

⁵² Von Braun et al., 2008b, 5

2.1.8 Abwertung des US Dollars

Ein weiterer Faktor, der den Preisanstieg beeinflusst hat, war die Abwertung des US Dollars. Die Beziehung zwischen Preisen und Währungen verkompliziert die Einschätzungen über den Preisanstieg, denn nicht in allen Währungen hat sich der Anstieg in gleichem Maße ausgewirkt. In „Anatomy of a crisis“ von Heady und Fan (IFPRI) wird die Dollarabwertung ansatzweise diskutiert. Die Publikation besagt, dass seit 2002 der Dollar stetig gefallen ist und zwar speziell gegenüber dem Euro. Waren für jene Güter, deren Preis in USD angeführt wird, sind den Autoren zufolge um 20% gestiegen. Anders verhält es sich jedoch mit Nahrungsmittelpreisen, die in Euro angeführt werden. Der Anstieg der nominalen Preise von Grundnahrungsmitteln ist 25% geringer, wenn in Euro gemessen wird.⁵³ Das heißt, dass der Preisanstieg jene Länder, die ihre Währung an den Dollar gekoppelt haben, mehr trifft, als jene, die sich beispielsweise auf den Eurokurs stützen. Tatsache ist, dass mehr als 30 Länder ihre Währung an den Dollar binden.

Unter ihnen gibt es dessen ungeachtet auch noch weitere Unterschiede, was den Grad der Betroffenheit vom Nahrungspreisanstieg betrifft. So genannte *Low-Income Food Deficit Countries* (LIFDC's)⁵⁴, die ihre Währung an den Dollar gekoppelt haben, von Weizenimporten abhängig sind und tropische Produkte oder Rohstoffe exportieren (für welche die Preise weniger angestiegen sind), sind vermutlich die am meisten Betroffenen. Auch Länder, in welchen Hunger und Fehlernährung verbreitet sind und welche gleichzeitig auf Ölimporte angewiesen sind, haben stark zu kämpfen.⁵⁵ Der Wechselkurs sollte ebenfalls beachtet werden, denn er bestimmt gemeinsam mit anderen Faktoren darüber, inwieweit internationale Preisänderungen auf lokale Märkte übertragen werden.

2.2 Strukturelle Faktoren

Bis jetzt sind jene Gründe angesprochen worden, bei welchen ein direkter Einfluss auf die Nahrungsmittelpreise wirksam wird. Der Nahrungsmittelkrise liegen aber auch strukturelle Faktoren zu Grunde, welche die Voraussetzung für die relativ kurzfristige Eskalation der Situation darstellen und welche zuließen, dass die Krise in den Jahren 2007 und 2008

⁵³ Shenggen/Heady, 2008, 10

⁵⁴ Die Liste der LIFDCs wurde von der FAO in den 1970er Jahren entwickelt um Analysen und Diskussionen rund um das Thema Ernährungssicherung zu erleichtern. LIFDCs sind Länder die 1) arm sind, mit einem Nettoeinkommen von weniger als USD 1,395 pro Person und 2) Nettoimporteure von Nahrung. FAO Country Profiles: <http://www.fao.org/countryprofiles/lifdc.asp> (26.3.2011)

⁵⁵ FAO, 2009a, 29

weitere 115 Millionen Menschen in den chronischen Hunger trieb.⁵⁶ Diese Faktoren sind zu einem Großteil in politischen, wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und ökologischen Strukturen verankert. In der Debatte über die Nahrungsmittelkrise werden sie immer wieder angesprochen, bei der Berücksichtigung des Lösungsfindungsprozesses behandelt man sie nichtsdestotrotz wie Stiefkinder. Dabei hat gerade diese Nahrungsmittelkrise durch ihre Unterschiede zu vergangenen Krisen veranschaulicht, dass zugrunde liegende Strukturen und Denkweisen verändert werden müssen, um in Zukunft Armutsreduktion und Ernährungssicherung besser gewährleisten zu können.

Ein wesentlicher Faktor, der den Schweregrad der Krise maßgeblich beeinflusst hat, ist die Vulnerabilität der Entwicklungsländer gegenüber internationalen Preisschwankungen. Die zu Grunde liegenden strukturellen Umstände haben stark mit der steigenden Abhängigkeit von Importen zu tun, welche oben am Beispiel von Haiti schon angesprochen wurde. Es ist anzunehmen, dass auf Grund der Eigenart dieser Krise, insbesondere durch die niedrigen Lagerbestände von Weizen und die starke Nachfrage nach Agrotreibstoffen, welche Nahrungsmittel- und Energiemärkte aneinander koppeln, die Preise nicht in absehbarer Zeit wieder sinken werden.⁵⁷ Die Ausweitung des Angebots ist nämlich keineswegs nur auf kurze Zeit beschränkt: nicht nur durch Faktoren, welche Kosten und Verfügbarkeit von notwendigen Inputs für die Produktion betreffen, sondern auch auf Grund der Begrenztheit von Wasser, Boden, Ressourcen im Zuge des Klimawandels.⁵⁸ Auch gibt es keine Anzeichen, die dafür sprechen, dass die Nachfrage nach Grundnahrungsmitteln in den nächsten Jahren zurückgehen wird. Künstlich erzeugte Nachfrage durch Spekulation in Landmärkten spielt eine weitere Rolle. Vollends zeigt die Krise strukturelle Missstände auf und verlangt von nationalen und internationalen Akteuren, langfristige und nachhaltige Lösungen. Die neuen Gegebenheiten fordern neue Antworten und einen Richtungswechsel bei der Maßnahmensetzung. Einige meinen, dass die Krise gerade deshalb auch eine Chance bietet, unfaire, einseitige und veraltete Strukturen aufzubrechen und die Agrarpolitik der aktuellen Situation anzupassen.⁵⁹

Die Agrarpolitik spielt nämlich in der Debatte rund um die Nahrungsmittelkrise eine zentrale Rolle. Kritikpunkte, die in der Diskussion immer wieder auftreten, sind: Förderung von Agribusiness und Marginalisierung von kleinbäuerlichen Betrieben, das

⁵⁶ FAO, 2009a, 6; In Ländern, wo die Armen bis zu 80 Prozent ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgeben, hat sich die Situation besonders verschlimmert.

⁵⁷ FAO, 2009a, 14

⁵⁸ FAO, 2009a, 16

⁵⁹ Siehe Hiller, 2009, 46

System der Agrarsubventionen in der EU und den USA, das Verteilungsungleichgewicht (von Macht, Ressourcen) und der internationale Agrarhandel. Besonders die ungleichen Machtverhältnisse zwischen Staaten, aber auch innerhalb der Staaten, produzieren Strukturen, die nicht von demokratischen Entscheidungsprozessen getragen werden und damit auch zur Benachteiligung großer Bevölkerungsgruppen führen. Im Folgenden soll genauer auf die strukturellen Hintergründe der Nahrungsmittelkrise eingegangen werden.

1.2.1 Liberalisierung und Deregulierung der Märkte

Die Deregulierung und Liberalisierung der Märkte hängt auf verschiedene Weise mit Ernährungssicherung zusammen.

Der oben angeführte Auszug von dem, was die Öffnung der Märkte in Haiti verursacht hat, kann als Beispiel dienen, welche Auswirkungen eine Liberalisierung auf nicht konkurrenzfähige Märkte in Entwicklungsländern haben kann. Mittal, Gründerin des *Oakland Institute*⁶⁰, bezeichnet diese Fälle nicht als Ausnahme, sondern zählt sie vielmehr zum Normalfall:

*„While each country is affected in different food markets, the narratives remain strikingly similar: an import surge of a food staple displaces the domestic market, thereby decreasing domestic production and employment by startling percentages.“*⁶¹

In der Krisensituation wird die erzeugte Abhängigkeit vom Weltmarkt um so sichtbarer, als durch Ernteaufälle, allgemeine Nachfrageerhöhung und Lagerbestandrückgang der Weltmarkt die Nachfrage der einzelnen Ökonomien in Entwicklungsländern nicht mehr stillen kann. Weiters erhöhen die teuren Importe von Nahrungsmitteln die Ausgaben des Staates, womit größere Zahlungsbilanzdefizite entstehen und die Verschuldung ansteigt. Die ökonomischen Auswirkungen zeigen sich in verringertem bis rückläufigem Wachstum. Doch vor allem sind Haushalte betroffen, und zwar jene, die schon zuvor einen großen Anteil ihres Einkommens für Nahrungsmittel ausgegeben haben.

Weiters lässt die Liberalisierung der Agrarpolitik wenig Spielraum, die Effekte der Preissteigerung durch beispielsweise Subventionen abzufangen. Die lebensbedrohlichen

⁶⁰ Das Oakland Institute ist ein progressiver politischer Think Tank, der 2004 gegründet wurde.

⁶¹ Mittal, 2008, 17

Zustände auf Grund der Unsicherheit in der Nahrungsbeschaffung können die politische Stabilität gefährden, wie die Unruhen in Kamerun, Bangladesh, Haiti gezeigt haben.⁶²

Die Strukturen in der Agrarpolitik sind derzeit mehrheitlich so konzipiert, dass diese Großbauern und transnationalen Unternehmen zu Gute kommen und nicht den Kleinbauern. Der Abbau von Zöllen und Handelsbarrieren durch die Strukturanpassungsprogramme des IMF und der WB haben vor allem jenen Produzenten geschadet, welche die billigen Nahrungsmittel vom Ausland preislich nicht unterbieten konnten. Auch die Forschung im landwirtschaftlichen Bereich wendet sich generell mehr den Bedürfnissen von Produzenten mit großflächiger Bewirtschaftung zu.⁶³ Dass die Liberalisierung des internationalen Handels nicht per se schlecht für die ärmeren Ländern ist, wird im nächsten Kapitel nochmals kurz erörtert.

Die Nahrungsmittelkrise und die negativen Folgen internationaler Agrarpolitik haben die Stimmen nach der Selbstversorgung mit Nahrungsmitteln (*food self sufficiency*) immer lauter werden lassen. Der Wunsch nach Unabhängigkeit vom Weltmarkt und nach Förderung der nationalen Nahrungsmittelproduktion ist in einigen Ländern die strategische Antwort auf die hohen Nahrungsmittelpreise.⁶⁴

1.2.2 EU Agrarpolitik

1969 begann sich die Rolle der EU im Weltagrarhandel durch die *Gemeinsame Agrarpolitik* (GAP) zu wandeln. Ihr Ziel war es, die Importabhängigkeit durch vermehrte Produktion von Nahrungsmitteln zu reduzieren. 15 Jahre später war die EU Selbstversorger für fast alle wichtigen Nahrungsmittel, was ihr vor allem durch die Einführung von Exportsubventionen, flexiblen Zöllen, mengenmäßigen Importbeschränkungen und durch sogenannte Interventionspreise gelang. Praktisch komplementär zum Agrarhandel der EU verläuft der Agrarhandel von Afrika: Afrikanische Länder wurden Anfang der 1980er zu Nettoimporteuren von Lebensmitteln, wobei vor allem die Getreideimporte deutlich zunahmen. Grund dafür war der Verfall der Weltmarktpreise, der durch die veränderte europäische Agrarpolitik passierte. Dadurch wurde es für viele Länder billiger, Nahrungsmittel zu importieren, was zur Vernachlässigung der heimischen Produktion führte. Billige Weltmarktpreise machten auch Investitionen in die Nahrungsmittelproduktion unattraktiv. Darüber hinaus nahmen

⁶² Siehe Rudloff, 2009, 3

⁶³ Global Donor Platform for Rural Development, 2008, n.n.

⁶⁴ Demeke et. al (FAO), 2009, 25

die staatlichen Unterstützungsprogramme in afrikanischen Ländern im Zuge der SAP drastisch ab und auch die öffentliche Entwicklungszusammenarbeit (ODA= official development assistance) für den Landwirtschaftssektor wurde zwischen 1980 und 2006 von 20 Prozent auf 4 Prozent gesenkt. Auch Entwicklungsorganisationen wie die Weltbank schrieben dem landwirtschaftlichen Sektor nur geringes Potential zu und kürzten auf Grund dessen landwirtschaftliche Projekte ein.⁶⁵

Inzwischen hat es einige Agrarreformen gegeben und die Agrarsubventionen der EU wurden zwischen 1993 und 2009 von 10,2 Milliarden auf 649 Millionen Euro reduziert um Überschüsse in der Produktion zu vermeiden.⁶⁶ Dennoch verstößt die EU immer wieder gegen das Kohärenzgebot, denn es kommt weiterhin zur Überschussproduktion (z.B. Milch).⁶⁷ Von vielen Seiten kommt der Vorwurf, dass die EU durch ihre Agrarpolitik das Recht auf Nahrung gefährde und die Struktur ihrer Subventionspolitik ändern soll.

1.2.3 Konzentration auf Export (Cash Crops) und non-food Produkte

Schon während der Kolonialisierung wurden in vielen afrikanischen Ländern sogenannte „Cash Crops“ wie Kakao, Baumwolle, Zuckerrohr und Kaffee für den Export gefördert. Die Cash Crops werden typischerweise in Monokulturen produziert und ihr Anbau führte in vielen Fällen dazu, dass traditionelle Anbaugüter durch sie ersetzt wurden. Auch heute ist die Produktion von cash crops in Entwicklungsländern weit verbreitet. Durch die fehlende Nachfrage auf internationalen Märkten für traditionelle afrikanische Feldfrüchte wie Hirse, Yams und Cassava wurden afrikanische Länder bestärkt, cash crops für den Export anzubauen. Sie sahen darin einen größeren Nutzen als in der Produktion von Nahrungsmitteln für den lokalen Markt, da diese vor der Krise ohnehin verhältnismäßig billig importiert werden konnten. Die Spezialisierung auf einige wenige cash crops und die Vernachlässigung des Anbaus von Nahrungsmitteln erhöhte die Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten. Im Zuge der ansteigenden Nahrungsmittelpreise hatte dies besonders gravierende Auswirkungen für das Land zur Folge. Darüber hinaus sind die tatsächlichen Preise dieser Waren sehr sprunghaft: Der Kaffeepreis beispielsweise sank im Jahre 2002 auf ein Drittel seines Preises vom Jahre 1997.⁶⁸

Einen weiteren Anreiz für cash crops bieten Agrotreibstoffe. Diese stoßen einerseits auf große Nachfrage, vor allem in der EU (und erzeugen damit einen garantierten Markt), und

⁶⁵ Siehe Reichert, o.J.,11

⁶⁶ Paasch, 2010, n.n.

⁶⁷ Verbände-Plattform, 2010, 12

⁶⁸ Mittal, 2008, 18f.

andererseits können sie die Abhängigkeit von Ölimporten reduzieren. Senegal hat beispielsweise ein nationales Agrotreibstoffprogramm eingeführt und Nigeria will bis 2020 10 Prozent seines Transporttreibstoffes durch Agrotreibstoffe ersetzen. 2006 wurde sogar ein Abkommen zwischen 15 afrikanischen Staaten zur Etablierung der sogenannten *Pan African Non-Petroleum Producers Association* (PANPP) geschlossen. Diese hat den Sinn, die Agrotreibstoffproduktion der unterzeichnenden Länder voranzutreiben. Die Organisation wird auch *grüne OPEC* genannt.⁶⁹

Durch den Anbau von Agrotreibstoffen in den letzten Jahren ist es vermehrt zu Vertreibungen der lokalen Bevölkerung und zu einem lokalen Preisanstieg gekommen. Außerdem sind die Arbeitsbedingungen und das Einkommen der Plantagenarbeiter meistens schlecht.⁷⁰ Hinzu kommen die ökologischen Folgen, welche von Verschlechterung der Bodenqualität bis zur Auszehrung der Wasserressourcen reichen.⁷¹

2.2.4 Rückgang der Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor

Wie im Abschnitt zur EU Agrarpolitik schon angedeutet wurde, hat sich die Bedeutung, die dem Landwirtschaftssektor von Entwicklungsländern international zugeordnet wurde, seit den 1980er beträchtlich verringert. Obwohl schon damals reichlich Erfahrung darüber existierte, dass sich derartige Investitionen positiv auf Wachstum und Entwicklung auswirken, wurden die Ausgaben dafür immer mehr gekürzt. Vor allem die SAP der Weltbank und des IMF initiierten diesen Trend: Für den Erhalt von neuen Krediten wurde die Rolle des öffentlichen Sektors im landwirtschaftlichen Marketing reduziert, landwirtschaftliche Inputs und Subventionen gestrichen, für den Agrarbereich zuständige Agenturen und Ämter minimiert und Wirtschaftsverbände geschlossen. Die Ausgaben der Regierungen für den Bereich gingen somit stark zurück, was auch zu einer Verminderung von privaten Investitionen führte. Auch die nationale Finanzierung von landwirtschaftlicher Forschung verminderte sich, in Subsahara- Afrika zwischen 1981 und 2000 sogar um 27 Prozent. Dem nicht genug, wurde auch die ODA für den landwirtschaftlichen Sektor gesenkt, worauf später im Text nochmals genauer eingegangen wird. Durch diese Unterfinanzierung des Agrarsektors wurde das Vermögen von

⁶⁹ Friends of the Earth Europe, 2010, 13f

⁷⁰ Actionaid berichtet von Menschenrechtsverletzungen in Brasilien, einem der größten Produzenten von Agrotreibstoffen: sklavenähnliche Bedingungen, ausbeuterische Zulieferungssystemen, dürftige Sanitäreinrichtungen, schlechte Nahrungsmittel- und Wasserqualität und überfüllte Behausungen. Actionaid, 2010, 27

⁷¹ Actionaid, 2010, 12; Monokulturen sind stark schädlingsanfällig und brauchen viel Pflanzenschutzmittel, wodurch die Grundwasserbelastung steigt.

Entwicklungsländern, die eigene landwirtschaftliche Produktion aufrecht zu erhalten, geschwächt und die Abhängigkeit von importierten Nahrungsmitteln erhöht.⁷²

2.2.5 Internationale Abkommen und Handelsbeziehungen

Einige Theorien über die Gründe und Ursachen der Nahrungsmittelkrise besagen, dass die Vielzahl an Handelsabkommen ebenfalls einen Nährboden für die Krise gelegt hat. Das *General Agreement on Trade and Tariffs* (GATT), das *Agreement on Trade-Related Aspects of Intellectual Property Rights* (TRIPs) und das *General Agreement on Trade in Services* (GATS), Handelsübereinkommen, die von der WTO verwaltet werden, haben demnach die Kontrolle der Industrieländer über die Ökonomien der Entwicklungsländer weiter verfestigt.⁷³ Dies äußerte sich in der Beseitigung von Importzöllen und der Aufhebung von Subventionen für Kleinproduzenten, was die WTO Richtlinie von seinen Mitgliedern forderte. Ähnlich haben regionale Freihandelsabkommen, wie das *North American Free Trade Agreement* (NAFTA) und das *Central America Free Trade Agreement* (CAFTA) die Handelsliberalisierung vorangetrieben und damit zur Insolvenz von Kleinbauern in Entwicklungsländern beigetragen, was auch zur vermehrten Abhängigkeit von Nahrungsmittelimporten beitrug.

Ein solcher Ansatz führt wieder hin zur Liberalisierung der Märkte; von vielen Akteuren wird dieser Ansatz als struktureller Hauptfaktor der Krise gesehen. La Via Campesina beispielsweise hebt immer wieder den desaströsen Charakter der Handelsliberalisierung hervor:

„(...) this crisis is also the result of many years of destructive policies that have undermined domestic food production. Trade liberalization has waged a virtual war against small producers. Farmers have been forced to produce cash crops for transnational corporations (TNCs) and buy their food on the world market.“⁷⁴

Die EU hingegen sieht im Freihandel ein wirksames Instrument für ökonomisches Wachstum und Armutsreduktion:

„Trade and aid are the twin pillars of EU development policy, with trade acting as a

⁷² Mittal, 2008, 13

⁷³ Vivas, o.J., n.n., <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1774>

⁷⁴ La Via Campesina, 2008, 1

catalyst for economic growth and poverty reduction in developing countries. Free trade is a vital part of the EU development strategy that has already lifted hundreds of millions of people in the developing world out of poverty. “⁷⁵

Diese Analyse steht in krassem Gegensatz zur Realität in den Entwicklungsländern.

⁷⁵ Stevenson, 2010, 4

3. Der Diskurs um das Konzept der Ernährungssicherung

Es ist wichtig, die Hintergründe der Nahrungsmittelkrise, welche im vorigen Kapitel besprochen wurden, zu verstehen, denn durch diese Auslöser wurde nicht nur die Ernährungssicherung der sowieso schon benachteiligten Bevölkerungsgruppen noch mehr gefährdet. Es wurde auch ein Trend eingeleitet, der den Umgang mit Ressourcen auf neue Weise beeinflusst. Daraus ergeben sich Probleme, welche von den zuständigen Institutionen neue und nachhaltige Lösungsansätze fordern um Ernährungssicherung für alle zu gewährleisten.

Doch was steckt eigentlich hinter dem Begriff „Ernährungssicherung“? Wie ist dieses Konzept, das viele in diesem Bereich tätige Organisationen umsetzen wollen, zu Stande gekommen?

Im folgenden Kapitel soll näher darauf eingegangen werden.

3.1 Das Recht auf Nahrung

Schon in der Menschenrechtsdeklaration, die 1948 in Paris von der Generalversammlung der Vereinten Nationen verabschiedet wurde, ist das Recht auf Nahrung verankert:

„Jeder hat das Recht auf einen Lebensstandard, der seine und seiner Familie Gesundheit und Wohl gewährleistet, einschließlich Nahrung, (...)“⁷⁶

Die Menschenrechtsdeklaration ist universal und die in ihr enthaltenen Rechte haben Gültigkeit für jedes menschliche Wesen auf dieser Welt. Dabei spielt es keine Rolle, ob Regierungen die Grundsätze akzeptiert haben oder nicht. Das Recht auf Nahrung ist somit etwas Grundsätzliches und sollte jedem Menschen zuteilwerden.

Die Menschenrechtsdeklaration ist in „The bill of rights“ enthalten, zu welcher zwei weitere Konventionen gehören, nämlich der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ (ICESCR) und der „Internationale Pakt über bürgerliche und politische Rechte“ (ICCPR). Ersterer, in Artikel 11, bezieht sich auf das Recht auf Nahrung und lautet:

⁷⁶ Allgemeine Erklärung der Menschenrechte, 1948, Artikel 25

„1. The States Parties to the present Covenant recognize the right of everyone to an adequate standard of living for himself and his family, including adequate food, clothing and housing, and to the continuous improvement of living conditions. The States Parties will take appropriate steps to ensure the realization of this right, recognizing to this effect the essential importance of international co-operation based on free consent.

2. The States Parties to the present Covenant, recognizing the fundamental right of everyone to be free from hunger, shall take, individually and through international co-operation, the measures, including specific programmes, which are needed: (...)“⁷⁷

Aus dieser Textpassage lässt sich herauslesen, dass der Staat aufgefordert ist, die nötigen Schritte zu tun, um diese Rechte jedem zu gewährleisten. Als multilateraler Vertrag ist der „Internationale Pakt über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte“ rechtskräftig und fordert jene Staaten, welche ihn ratifiziert haben, auf, Maßnahmen zu setzen.

Überwacht wird die Einhaltung des Vertrages über periodische Berichte der jeweiligen Staaten an den Menschenrechtsausschuss. Auch können individuelle Beschwerden entgegengenommen werden, wenn es zu einer Verletzung der angeführten Rechte kommt. Bis dato wurde dieser Vertrag von 160 Staaten ratifiziert (Stand März 2010).⁷⁸

In der Konvention für Kinderrechte ist das Recht auf Nahrung in Artikel 27 verankert:

„Children have the right to a standard of living that is good enough to meet their physical and mental needs. Governments should help families and guardians who cannot afford to provide this, particularly with regard to food, clothing and housing“⁷⁹

Abgesehen von den grundlegenden internationalen Menschenrechten, die von allen Staaten respektiert werden müssen, und von internationalen Verträgen, die- wenn sie ratifiziert worden sind- Staaten verpflichten, die darin festgehaltenen Rechte zu respektieren, zu schützen und zu verwirklichen, gibt es vor allem *eine* wichtige internationale Organisation, die sich um Ernährungsfragen kümmert: die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation der Vereinten Nationen (FAO). Sie existiert seit 1945 und spielt eine herausragende Rolle

⁷⁷ International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights, 1966, Artikel 11

⁷⁸ Siehe: United Nations Treaty Collection:

http://treaties.un.org/Pages/ViewDetails.aspx?src=TREATY&mtldsg_no=IV-3&chapter=4&lang=en

⁷⁹ Unicef, 1989, Artikel 27

hinsichtlich des internationalen Bestrebens, den Hunger in der Welt zu bekämpfen. Sie dient als Forum für das Zusammentreffen aller Nationen, um Methoden und Richtlinien zu diskutieren und stellt Studien, Berichte und statistische Ausarbeitungen rund um das Thema Ernährung und Landwirtschaft zur Verfügung. Ihre Aufgabe ist es, ärmere Länder bei der Modernisierung und Verbesserung der Praktiken in Landwirtschaft, Forstwirtschaft und der Fischerei zu unterstützen und eine angemessene Ernährung für alle möglich zu machen.⁸⁰

3.2 Die Entstehung des Konzepts der Ernährungssicherung

Im Jahre 1972 kam es in einigen Ländern durch schwere Ernteaufschläge zu Nahrungsmittelknappheit und Preissteigerungen. Die Ernteaufschläge trugen sich in den USA zu, welche die betroffenen Entwicklungsländer im Rahmen seiner „Entwicklungshilfestrategie“ zuvor mit seinen Getreideüberschüssen versorgt hatten.⁸¹ Der Exportpreis von Weizen stieg um 103 Prozent und jener von Mais um 58 Prozent. So sanken auch die Nahrungsreserven drastisch ab.⁸² Im Zuge dieser Krise, die auch die bisherige Entwicklungshilfestrategie in Frage stellte, entstand erstmals das Konzept von Ernährungssicherung. Dabei war der Fokus anfänglich auf die Zulieferungsprobleme (Verfügbarkeit auf nationaler und internationaler Ebene) gerichtet. Internationale Verhandlungen über die Welternährungssituation führten schließlich zur ersten Welternährungskonferenz im Jahre 1974 in Rom, wo zur Kooperation für die Etablierung eines effektiven Systems zur Erreichung von Welternährungssicherung aufgerufen wurde. Betrachtet man es genau, so bezieht sich „Welternährung“ hier auf eine ausreichende Pro-Kopf-Produktion im Weltmaßstab und bedeutet nicht zwangsläufig, dass die Anzahl der Hungernden abnimmt. Meyer –Renschhausen wirft der FAO vor, dass es bei diesem Konzept lediglich um die Ausweitung der Weltwirtschaft ginge und das Recht der Armen auf Selbsterwirtschaftung der Nahrungsmittel überhaupt nicht angesprochen wird.⁸³ Weiters untermauert wird dieses Argument durch den Absatz 12 in der Deklaration zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung, welche bei der Welternährungskonferenz adoptiert wurde. Es ist die Rede von „*the common responsibility of the entire international*

⁸⁰ FAO, www.fao.org

⁸¹ Meyer –Renschhausen, 2003, 13

⁸² FAO, 2003, 8

⁸³ Meyer –Renschhausen, 2003,13

community to ensure the availability at all times of adequate world food supplies of basic food-stuffs (...)“.⁸⁴ Hier kommt noch einmal klar heraus, dass der Fokus auf der weltweiten Verfügbarkeit liegt, die Produktion also im Vordergrund steht, wobei gleichgültig zu sein scheint, wo produziert wird. Dass Nahrung „verfügbar“ ist, heißt weiters keineswegs, dass jede/r einzelne auch Zugang zu ihr hat. Diese Komponente taucht erst später in der Debatte über Ernährungssicherung auf.

Zu bemerken ist, dass schon zu dieser Zeit (1974) Reformen im Landwirtschafts-, Steuer-, Kredit- und Investmentbereich als unumgänglich erachtet wurden, um die hinderlichen Faktoren für die Nahrungsmittelproduktion zu beseitigen. Eine ländliche Entwicklung, in die Kleinbauern, Fischer und Landlose integriert werden, wurde bei der Konferenz 1974 ebenfalls als wichtig erachtet, um die Produktion zu erhöhen und Arbeitsplätze zu schaffen.⁸⁵

Es kann also gesagt werden, dass Produktionssteigerung im Weltmaßstab zur Herstellung von Nahrungsmittelverfügbarkeit (zu leistbaren Preisen) auf nationaler und internationaler Ebene als das oberste Ziel bei der Konferenz festgehalten wurde, und dass ländliche Entwicklung und die Miteinbeziehung der Kleinbauern, Fischer und der Landlosen als ein Meilenstein zur Erreichung dieses Zieles gesehen wurde.

Ernährungssicherung wurde am Welternährungsgipfel demnach offiziell wie folgt definiert:

“Availability at all times of adequate world food supplies of basic foodstuffs to sustain a steady expansion of food consumption and to offset fluctuations in production and prices”.⁸⁶

Die Krise in den 1970er Jahren hatte gezeigt, dass Nahrungsmittelhilfe durch die erwirtschafteten Getreideüberschüsse der USA keine nachhaltige Strategie ist, um Ernährungssicherung zu erreichen. Noch dazu war es so, dass die USA diese Rolle seit 1945 zum Großteil alleine übernahmen. Die Welternährungskonferenz 1974, einberufen in einer Krisenzeit, bildete den Startschuss für das Andenken einer neuen Ernährungspolitik. Die Institutionen, die sich in der darauffolgenden Zeit bildeten, waren der Versuch, die Rolle der USA als Nahrungsmittellieferant in Notzeiten durch andere Notfallprogramme

⁸⁴ Universal Declaration on the Eradication of Hunger and Malnutrition 1974, Paragraph 12

⁸⁵ Universal Declaration on the Eradication of Hunger and Malnutrition, 1974, Paragraph 4

⁸⁶ FAO, 1975, n.n.

zu kompensieren. Es wurden auch landwirtschaftliche Forschungsinstitutionen gegründet (CGIAR Group) und Institutionen, die sich auf verschiedenste Weise mit dem Thema „Ernährungssicherung“ beschäftigten.⁸⁷

Es kam also zu einer institutionellen Um- und Neugestaltung, die vor allem das Ziel hatte, Informationssysteme zu verbessern, Ernährungssicherung voranzutreiben und Raum für Dialog über politisch-strategische Belange zu schaffen.⁸⁸

Im Jahre 1983 veränderte sich die Ausrichtung des Konzeptes von Ernährungssicherung der FAO etwas. Der Fokus von Ernährungssicherung war nun nicht mehr allein auf die Dimension der Verfügbarkeit gerichtet, sondern auch auf den Zugang zu Nahrung und das Gleichgewicht zwischen Angebot und Nachfrage. Um den Zugang zu den (verfügbaren) Lebensmitteln, besonders für marginalisierte Bevölkerungsgruppen, zu garantieren, hat die FAO Ernährungssicherung im Jahre 1983 neu definiert:

*„Ensuring that all people at all times have both physical and economic access to the basic food that they need“*⁸⁹

Dabei ist nun nicht mehr die Rede von *„availability of world food supplies“*, also dem Vorhandensein von Nahrung auf nationaler und internationaler Ebene, so wie in der WFS Definition, sondern es geht um physischen und ökonomischen Zugang für das Individuum. Einen wichtigen Beitrag zu diesen Überlegungen lieferte Amartya Sen. Er behauptet in seinem Werk *„Poverty and Famines: An Essay on Entitlement and Deprivation“*, dass die meisten Hungerkrisen nicht durch Nahrungsmittelknappheiten verursacht werden. Ernteausfälle, Dürre und Importreduktionen sind zusätzliche Faktoren, aber das eigentliche Problem bestehe innerhalb des sozialen Systems, welches bestimmt, wie die Nahrung verteilt wird. Er meint, dass das Angebot meistens vorhanden ist, dass die marginalisierte Bevölkerung aber keinen Zugang dazu hat. Er lenkt also die Aufmerksamkeit vom Aspekt der Verfügbarkeit auf das Verteilungssystem von Nahrungsmitteln und den Zugang dazu.⁹⁰

⁸⁷ ODI, 1997, n.n.

⁸⁸ ODI, 1997, n.n.; FAO, 2003, 26

Institutionen die neu-bzw. umgestaltet wurden: International Emergency Food Reserve (IEFR), International Fund for Agricultural Development (IFAD), The World Food Council, Committee on World Food Security (CFS), Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR). Die CGIAR group besteht aus bis dato 15 Research Zentren die in der ganzen Welt verstreut ihren Sitz haben. IFAD ist eines davon.

⁸⁹ FAO, 1983, n.n.

⁹⁰ Sen, 1981, 43

Auch der Weltbank Report „Poverty and Hunger“ 1986 hatte einen großen Einfluss auf die mit dem Zugangs-Element erweiterte Sichtweise im Konzept der Ernährungssicherung. Er besagt, dass die Besorgnis über die Nahrungsmittelproduktion nicht notwendig ist, denn das Problem läge bei dem zu geringen Einkommen von Staaten und Haushalten. Der Fokus in dem Report wird deshalb auf die Ursachen der Ernährungsunsicherheit gelegt. Die Konzentration auf Ernährungssicherung wird abgelehnt, da das Konzept nur lose zusammenhängende Themen unter einen Hut zu bringen versuche:

„The term "food security" came into use ten years ago to describe a broad range of development issues. It is perhaps natural to put new labels on old problems that defy easy solutions, but the price of combining loosely related subjects under a new name can be high. For example, redefining problems of agricultural development and general development as problems of food security does little to increase understanding of either issue.“⁹¹

Der Report hat auch eine weitere, damals noch neue Sichtweise in die Debatte gebracht, und zwar die Unterscheidung zwischen zwei verschiedenen Kategorien von Ernährungsunsicherheit, die chronische und die vorübergehende. Die Erste meint die aus struktureller Armut entstehende Ernährungsunsicherheit und ein niedriges Einkommen; die Zweite meint jene, welche einen temporären Druck auf das Individuum auslöst, beispielsweise durch Naturkatastrophen und wirtschaftliche Krisen.⁹²

Das *Committee on World Food Security*, das 1975 von der UN ins Leben gerufen wurde, um die Entwicklungen bezüglich Ernährungssicherung zu überschauen, hat in den 1980er Jahren Ernährungssicherung als ein dreiteiliges Konzept anerkannt und den Kriterien der Verfügbarkeit und des Zuganges ein weiteres, das der Stabilität, hinzugefügt.⁹³

Mit Verfügbarkeit ist, wie schon oben ausgeführt, das Vorhandensein von ausreichenden Mengen an qualitativ angemessener Nahrung durch lokale Produktion oder Import (auch Nahrungsmittelhilfe in Notfallsituationen) gemeint.

Zugang meint den ungehinderten Zugriff von Individuen auf Ressourcen, um Nahrungsmittel für eine nahrhafte Ernährung zu erlangen.

⁹¹ World Bank, 1986, 13

⁹² FAO, 2006b, n.n.

⁹³ FAO, 2003, 5

Das Kriterium der Stabilität bezieht sich auf die ununterbrochene Verfügbarkeit und den ununterbrochenen Zugang von Individuen, Haushalten und der Bevölkerung insgesamt zu Nahrungsmitteln. Zu keiner Zeit soll der Zugang zu Nahrung gestört sein.⁹⁴

Die Entwicklung von Ernährungssicherung in den darauffolgenden Jahren und deren Überwachung, die teilweise durch die neu gebildeten Institutionen übernommen wurde, zeigen aber eine ambivalente Bilanz: Einerseits haben sich die ca. 800 Millionen Menschen, die zum Zeitpunkt der Konferenz an Unterernährung litten, laut FAO in der Zeit von 1969/1971 bis 1990/1992 von 38% auf 20% verringert.⁹⁵ Die Nahrungsmittelverfügbarkeit für den direkten Konsum stieg zwischen 1960 und 1994-96 um 19 Prozent an.⁹⁶ Doch weder die Steigerung der Nahrungsmittelproduktion noch die Senkung der Zahl an unterernährten Menschen passierte in den hoch verschuldeten, einkommensschwachen Ländern, welche sich zum Großteil in Afrika südlich der Sahara befinden. Dennoch konnten durch Maßnahmen der Konferenz Hungersnöte in einigen Regionen eingedämmt werden: Die Dürrekrise im Westen Darfurs (Sudan) und in Turkana (Kenya) beispielsweise konnten gemildert werden.⁹⁷

Der erwähnte Anstieg der Nahrungsmittelverfügbarkeit muss im Weltmaßstab betrachtet werden. Neue Technologien wurden verbreitet, der Ressourceneinsatz intensiviert und mehr Märkte wurden in das wirtschaftliche Geschehen eingebunden. Die grüne Revolution in den 60er und 70er Jahren, die vermehrt im dicht besiedelten Asien stattfand, hat zu einer enormen Steigerung der Ernteerträge geführt und somit die Weltproduktion in die Höhe getrieben.⁹⁸

3.2 Handelsliberalisierung und Ernährungssicherung

Eine weitere wichtige Veränderung, welche die Nahrungspolitik nachhaltig transformierte, passierte im Rahmen der Uruguay Runde. Die Verhandlungen, die 1986 in Uruguay starteten und 1994 in Marokko mit der Unterzeichnung des Marrakesch Abkommens endeten, brachten eine erstmalige Liberalisierung in den Sektoren der Landwirtschaft und Textilien mit sich. Auch die Errichtung der Welthandelsorganisation (WTO) wurde auf der Uruguay Runde beschlossen und 1995 umgesetzt.

⁹⁴ FAO, 2006b, n.n.

⁹⁵ ODI, 1997, n.n.

⁹⁶ FAO, 2003, 4

⁹⁷ ODI, 1997, n.n.

⁹⁸ ODI, 1997, n.n.

Die Umsetzung der FAO Beschlüsse zur Ernährungssicherung gerieten durch diese Liberalisierung ins Stocken und in den 90er Jahren begann sich das pro Kopf Wachstum der Weltproduktion zu verlangsamen. Die Produktion von Weizen fiel von 342 kg pro Person in der Mitte der 1980er Jahre auf 311 kg pro Person in den Jahren 1993-95. Bis 1998 jedoch stieg die Produktion wieder auf 323 kg pro Person an.⁹⁹

Der große Nachteil für Entwicklungsländer bei der Liberalisierung des Handels von Agrarprodukten ist die sich steigernde Abhängigkeit vom Weltmarkt und die Vernachlässigung der heimischen Produktion. Die Exportsubventionen der EU Staaten, die zu billigen Weltmarktpreisen führten, haben ihren Teil dazu beigetragen.

Für die Kleinbauern sinken die Anreize zu produzieren ab, wenn importierte Nahrungsmittel auf dem Markt billiger erhältlich sind. Sie selbst können in den meisten Fällen am internationalen Handel nicht teilnehmen, indem sie ihre Waren ins Ausland verkaufen, denn dafür müssen gewisse Standards eingehalten werden (Nahrungsmittelsicherheit, Verpackung,...), die weitere Kosten bedeuten würden. Als Folge der Liberalisierung kommt es vermehrt zu einer Verschlimmerung der Lebenssituation von Kleinbauern und Landarbeitern. Bauernsterben und Urbanisierung werden dadurch vorangetrieben.¹⁰⁰

Darüber hinaus hat der Mangel an nationalem, landwirtschaftlichem Wachstum viele Länder der Volatilität der internationalen Märkte ausgesetzt. Dabei machen die importierten Nahrungsmittel, darunter meistens auch Grundnahrungsmittel, einen großen Bestandteil der Mahlzeiten aus. Die folgende Tabelle zeigt die wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von (in diesem Fall) Getreideimporten¹⁰¹:

⁹⁹ FAO, 2003, 4

¹⁰⁰ Siehe Institute for Agriculture and Trade Policy, 2005, 2

¹⁰¹ FAO/WFP, 2009, 22

Developing countries have become increasingly dependent on food imports: grain imports in 70 countries

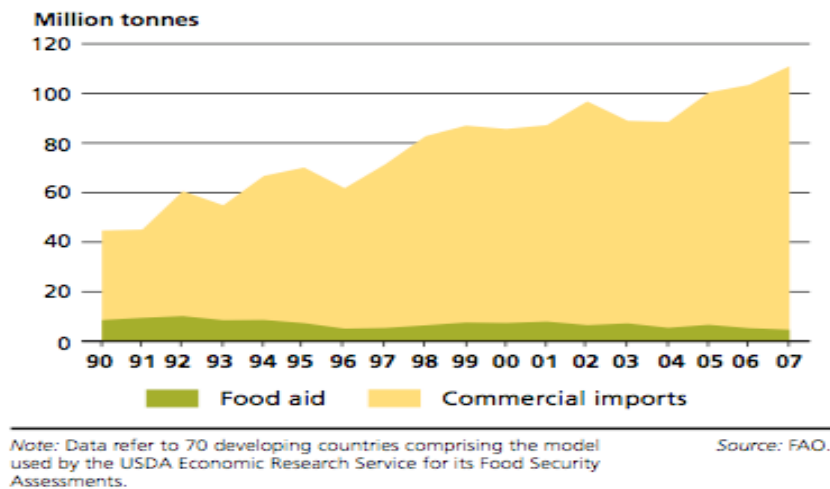


Abbildung 2: Wachsende Abhängigkeit der Entwicklungsländer von Getreideimporten¹⁰²

Kommt es also zu Preisschwankungen, Lieferstopps, Naturkatastrophen, zu Konflikten oder ähnlichen Zuständen, welche die Verfügbarkeit der Nahrungsmittel für (vor allem ärmere) Bevölkerungsschichten gefährden, so ist die Ernährungssicherung bedroht. Kurzfristige Schocks können dabei langfristige Schäden hinterlassen. Wenn eine Bevölkerung temporär deutlich weniger Nahrungsmittel anbauen oder kaufen kann, so wirkt sich dies auf die Entwicklung des Landes und das Humankapital aus. Eine Erholung von solchen Perioden dauert oftmals Jahre.¹⁰³ Auch die FAO bekräftigt, dass eine Liberalisierung das Risiko einer Krise erhöht bzw. die Bevölkerung, zumindest während der Übergangsphase zu neuen Handelssystemen, besonders gefährdet ist.¹⁰⁴

FIAN Direktor Michael Windfuhr geht sogar noch weiter und sieht in der Liberalisierungspolitik eine ernsthafte Gefährdung der Menschenrechte:

“Liberalisation policies are challenging the ability of states to fulfil their human rights obligations regarding the right to food, which include access to productive resources as well as the implementation of the commitments made at the World Food Summit.”¹⁰⁵

Der Zusammenhang zwischen Liberalisierung und Ernährungssicherung ist jedoch sehr komplex und muss deshalb differenziert betrachtet werden. Das *wie* ist dabei sehr

¹⁰² Abbildung 2: FAO/WFP, 2009, 22

¹⁰³ Weltbank, 1986, 42

¹⁰⁴ FAO, 2003, 32

¹⁰⁵ Windfuhr, 2002, n.n.

entscheidend. Manche Entwicklungsländer haben ihre landwirtschaftlichen Sektoren zu schnell und zu exzessiv geöffnet und damit internationalem Wettbewerb ausgesetzt. Wenn grundlegende Institutionen und Infrastruktur noch nicht etabliert sind, schwächt eine Liberalisierung den landwirtschaftlichen Sektor und erzeugt Langzeitschäden, welche sich auf Umwelt, Armut und Ernährungssicherung auswirken. Der gegenseitige Marktzugang zwischen Ländern in verschiedenen „Entwicklungsstadien“ im Agrarbereich bedeutet nicht, dass gleiche Chancen und Möglichkeiten bestehen.¹⁰⁶ Sind faire Bedingungen gegeben, kann der freie, internationale Handel viele Vorteile bringen. Er schützt beispielsweise vor wetterabhängigen Produktionsrisiken und kann somit zu Ernährungssicherung beitragen, wenn ein Land in der Situation ist, den eigenen Markt nicht alleine versorgen zu können. Denn Importrestriktionen können die heimischen Preise erhöhen und damit kontraproduktiv sein, wenn die Preise am Weltmarkt niedriger sind. Komparative Kostenvorteile können dem Land Einnahmen bringen, wenn eine Ware im Inland billiger produziert werden kann als im Ausland, bzw. kann der Staat Kosten sparen, wenn die Herstellung einer Ware im eigenen Land aufwendig und teuer wäre. Forschung und Investition in den Landwirtschaftssektor könnten aber hier weitere Alternativen bieten.¹⁰⁷

Vergessen werden darf nicht, dass die Auswirkungen je nach Land unterschiedlich sind. Dabei kommt es beispielsweise darauf an, ob es Nettoimporteur von Nahrungsmitteln ist oder diese mehrheitlich exportiert, ob es Teil der OECD ist, ob es funktionierende Institutionen hat. Von diesen grundlegenden Strukturen hängt es auch ab, wie sich eine Liberalisierung des Handels im Agrarsektor auf Produktionsstrukturen, Arbeitsmarkt und vor allem auf Ernährungssicherung diverser gesellschaftlicher Gruppen auswirkt.

Die FAO drückt es wie folgt aus:

„ (...) the arguments that openness to trade contributes to economic growth and that this can, in turn, be beneficial for poverty reduction and food security, are well grounded in conventional economic theory and have been supported by a number of empirical studies. (...) At the same time, however, the potential gains from trade liberalization are not guaranteed and will not necessarily be reflected in improved food security status of all groups within society. In particular, there are likely to be significant differences between the impacts on small scale and commercial farmers, rural non-farm producers and urban

¹⁰⁶ IAASTD, 2009, 65

¹⁰⁷ FAO/WFP, 2009, 23

consumers both within and across countries. These need to be considered in identifying the food security implications of trade liberalization.“¹⁰⁸

Ernährungssicherung und internationaler Handel liegen also sehr nahe beieinander und zweiteres beeinflusst ersteres in vielen wichtigen Punkten. Die Ausweitung des Zoll- und Handelsabkommen (GATT) auf den Agrarsektor, das 1994 von allen Entwicklungsländern unterzeichnet wurde bzw. werden musste, führte zu einer Diskursänderung über das Thema „Ernährungssicherung“. Dies hängt mit dem großen Einfluss der Handelspolitik auf vor allem globale und nationale Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, auf Einkommen, Arbeitsplätze (und dadurch auch auf die Einkommensverteilung) und das Staatseinkommen zusammen. Nationale Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln und Staatseinkommen beeinflussen, über das häusliche Einkommen wiederum den Zugang zu Nahrungsmitteln auf der Haushaltsebene durch.¹⁰⁹

3.3 Das Einbeziehen qualitativer Faktoren

Mitte der 1990er Jahre begannen qualitative Faktoren für das Konzept von Ernährungssicherung eine Rolle zu spielen. Ernährungssicherheit, also ein andauernder, gesunder Ernährungszustand aller Menschen, bezogen auf die Versorgung mit Energie, Proteinen und Mikronährstoffen¹¹⁰ und die Abwesenheit von krankmachenden und unbedenklichen Stoffen in der Nahrung, wurde als bestimmend erkannt für ein aktives und gesundes Leben. 1992 fand eine Ernährungskonferenz (ICN= International Conference of Nutrition) in Rom statt, die sich diesem Thema widmete. Ergebnis der Konferenz war die *World Declaration on Nutrition* und ein diesbezüglicher Aktionsplan. Der Artikel 11 der Deklaration lautet folgendermaßen:

„We recognize that the nutritional well-being of all people is a pre-condition for the development of societies and that it should be a key objective of progress in human development, It must be at the center of our socio-economic development plans and strategies. Success is dependent on fostering the participation of the people and the community and multisectoral actions at all levels, taking into account their long-term

¹⁰⁸ FAO, 2003, 16

¹⁰⁹ FAO, 2003, 19

¹¹⁰ Siehe Brot für die Welt 2000, 2

effects. Shorter-term measures to improve nutritional well-being may need to be initiated or strengthened to complement the benefits resulting from longer-term development efforts.“¹¹¹

Qualitative Faktoren beinhalten jedoch nicht nur Ernährungssicherheit, sondern auch die Beachtung von Nahrungsmittelpräferenzen, die sozial oder kulturell bestimmt sind, und eine nachhaltige Produktion dieser Nahrungsmittel. Die Nahrungsmittelpräferenzen wurden ab Mitte der 1990er immer mehr mitgedacht, fanden aber erst in der berühmten Ernährungssicherungsdefinition vom Welternährungsgipfel 1996 Erwähnung.

Die FAO bedauert, dass durch die vermehrte Beachtung dieser kontextspezifischen Faktoren die Definition ihre Einfachheit verliert und nicht mehr als Ziel an sich gelten kann, sondern als Handlungspaket, das lediglich einen Beitrag leistet.¹¹²

Fakt ist, dass es sich um ein komplexes Konzept handelt, das sich mit den Jahren weiterentwickelt hat und umfangreicher geworden ist. Das spiegelt die vielfältige Natur des Problems an sich wider, so wie es auch von der armen Bevölkerung erlebt wird.¹¹³

In den 22 Jahren, die zwischen der Welthungerkonferenz und dem 1. Welternährungsgipfel lagen, haben viele internationale Konferenzen, die in irgendeiner Form mit Ernährungssicherung zu tun hatten, stattgefunden (Die ICN war eine davon). Auch ist die Anzahl jener Organisationen, NGO's und anderer Institute, die sich mit dem Thema auseinandersetzen, stark angestiegen. Allein innerhalb des UN Systems, die internationalen Finanzinstitutionen eingeschlossen, gibt es mindestens 36 Körperschaften, die direkt oder indirekt mit Ernährungssicherung zu tun haben. Durch die institutionelle Um- und Neugestaltung, die nach dem 1. WFS begann und sich weiter fortsetzte, machte es immer mehr den Anschein, als wäre das Thema eine Angelegenheit vieler Institutionen gleichzeitig, woraus sich die Gefahr ergibt, dass sich niemand wirklich verantwortlich fühlt.¹¹⁴

¹¹¹ FAO, World Declaration on Nutrition, 1992, Artikel 11

¹¹² FAO, 2003, 27

¹¹³ ODI, 1997, 4

¹¹⁴ ODI, 1997, 5

3.4 Die Formulierung ambitionierter Ziele: die Welternährungsgipfel und Milleniumentwicklungsziele

Im Jahre 1996 also versammelte sich die internationale Staatengemeinschaft erneut in Rom, um ihren Willen zur Bekämpfung von Hunger und Unterernährung in der Welt zu bekräftigen. Dieser 1. Welternährungsgipfel war der Startschuss zur Formulierung eines ambitionösen, aber durchaus realistischen und wichtigen Zieles, nämlich, die Anzahl der Unterernährten, ausgehend vom Zeitpunkt der Konferenz bis zum Jahre 2015, um die Hälfte zu reduzieren, indem ein besserer Ernährungszustand herbeigeführt wird. Um dies zu erreichen, wurden sieben Verpflichtungserklärungen vereinbart und ein Aktionsplan mit 12 Punkten erstellt.

Darin wird festgelegt, dass die internationale Gemeinschaft und jedes Land individuell Zugang, Stabilität und Verfügbarkeit von Nahrung für alle Menschen bereitstellt. Um dies zu erreichen, muss Armut reduziert werden, eine friedvolle und stabile Umwelt vorhanden sein und fachliche und finanzielle Hilfe zur Verfügung stehen. Im weiteren Sinne geht es um Welternährungssicherung und den Erhalt des Weltfriedens.

Die Definition von Ernährungssicherung wurde, wie schon oben erwähnt, im Zuge des WFS neu formuliert. Demnach existiert Ernährungssicherung auf nationaler, regionaler, globaler, individueller Ebene und auf Haushaltsebene, „*when all people, at all times, have physical and economic access to sufficient, safe and nutritious food to meet their dietary needs and food preferences for an active and healthy life*“.¹¹⁵

In dieser Definition wurde also erstmals in einer offiziellen FAO Definition eine Qualitätskomponente von Nahrung, nämlich Nahrungsmittelsicherheit und Nahrungsmittelpräferenz, mitgedacht. Klares Ziel ist ein gesundes und aktives Leben und nicht nur das alleinige Überleben. Auch die verschiedenen Ebenen, auf welchen Ernährungssicherung gewährleistet werden muss (national, regional, global, individuell und Haushalt) wurden unterschieden und hervorgehoben. Im Aktionsplan wird das Ziel festgelegt, Ernährungssicherung auf diesen fünf Ebenen zu erreichen.

Die Definition basiert, wie auch schon oben erwähnt, auf drei beziehungsweise vier Standbeinen: Verfügbarkeit, Zugang, Stabilität und Nutzung. Das *Committee on World Food Security* führt als drittes Standbein *Stabilität* an und die FAO spricht insgesamt von

¹¹⁵ FAO, World Food Summit Plan of Action, 1996, 1

Nutzung, worunter eine angemessene Konsumation von Nahrung durch das Individuum zu verstehen ist.¹¹⁶

Über den Ausgang und die Sinnhaftigkeit dieser Konferenz gibt es verschiedenste Meinungen. Tim Lang meint, dass der Ärger über die ungleiche Nahrungsmittelverteilung bei der Konferenz 1974 viel stärker spürbar war, ebenso wie der Glaube, dass gegen diese Ungleichheiten etwas getan werden kann und muss.¹¹⁷ Die Verteilung von Reichtum, Zugang, Land, Saatgut und schlussendlich Kontrolle müsse wieder im Zentrum der Aufmerksamkeit stehen.¹¹⁸ Fundamentale, der Nahrungsmittelpolitik zu Grunde liegende Fragen seien nicht behandelt worden, wodurch die Relevanz solcher Zusammenkünfte an Bedeutung verliere.¹¹⁹

Enttäuschung gab es auch seitens des NGO Forums am WFS, welches für die Einführung eines Verhaltenskodex für das Recht auf Nahrung und für eine Ernährungssicherungskonvention plädierte. Die Idee wurde zwar von einigen Regierungen unterstützt, doch für andere war sie inakzeptabel. Schlussendlich haben sich drei internationale NGOs¹²⁰ im Alleingang ans Werk gemacht und finalisierten 1997 den Entwurf. 800 NGOs unterstützten das Projekt.¹²¹

Eine Errungenschaft dieses WFS war die Aufnahme der Forderung nach einer klaren Definition des Rechts auf Nahrung in Artikel 11 des ICESCR in den Aktionsplan des Welternährungsgipfels.

Das Projekt, die Rechte von Artikel 11 der Konvention, die sich auf Nahrung beziehen, klarer darzustellen und Möglichkeiten der Realisierung dieser Rechte vorzuschlagen, um die Ziele des WFS zu erreichen, sollte laut Aktionsplan veranlasst werden. Die Formulierung von freiwilligen Richtlinien („voluntary guidelines“) für Ernährungssicherung sollte dabei in Betracht gezogen werden.¹²² Die Bemühungen, ein besseres Verständnis des Rechts auf Nahrung zu erzeugen und wirkungsvollere Wege der Umsetzung auszuarbeiten, kulminierte im Jahre 1999 in der Aufnahme des *General Comment 12* von der UN Kommission über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte

¹¹⁶ Damit ist vor allem die Zubereitung, die Lagerung und die Zusammensetzung der Nahrung gemeint.

¹¹⁷ Lang, 2002, 267

¹¹⁸ Lang, 2002, 264

¹¹⁹ Lang, 2002, 262

¹²⁰ The International Jacques Maritain Institute, FIAN International (FoodFirst International Action Network) und WANHR (World Alliance for Nutrition and Human Rights).

¹²¹ Rae et al., 2005, 8

¹²² FAO, Rome Declaration on World Food Security, 1996,
<http://www.fao.org/docrep/003/w3613e/w3613e00.htm>

(CESCR). Der *General Comment 12* ist eine geltende Interpretation des Artikel 11 des ICESCR und der dementsprechende Absatz 6 lautet wie folgt:

*„The right to adequate food is realized when every man, woman and child, alone or in community with others, has physical and economic access at all times to adequate food or means for its procurement. The right to adequate food shall therefore not be interpreted in a narrow or restrictive sense which equates it with a minimum package of calories, proteins and other specific nutrients. The right to adequate food will have to be realized progressively. However, States have a core obligation to take the necessary action to mitigate and alleviate hunger as provided for in paragraph 2 of article 11, even in times of natural or other disasters.“*¹²³

Darin wird bekräftigt, dass das Recht auf Nahrung untrennbar mit der Würde des Menschen verbunden und grundlegend für die Erreichung anderer Menschenrechte ist.¹²⁴ In Absatz 15 werden weiters drei Arten von Verpflichtungen behandelt, welche sich durch das Abkommen für Staaten ergeben und zwar der Respekt, der Schutz und die Ausübung des Rechts auf Nahrung.¹²⁵

Die Übernahme des Rechts auf Nahrung in den Aktionsplan des Welternährungsgipfels und der Ausgangsgedanke, dass durch die Sicherung des Rechts auf Nahrung für jeden und jede auch das WFS Ziel erreicht werden könne, zeigt den Ansatz einer Verschränkung der beiden Konzepte, also einem auf Recht basierenden Zugang zu Ernährungssicherung. Die FAO selbst bezeichnet dies als eine bedeutende Leistung, welche den Delegierten zum Welternährungsgipfel anzurechnen ist. Bedeutsam ist in diesem Zusammenhang, dass bereits in vielen Ländern das Recht auf Nahrung in der Verfassung verankert wurde.¹²⁶ 2001 wurde die Definition vom Welternährungsgipfel 1996 dahingehend verändert, dass sie auf den sozialen Zugang erweitert wurde.¹²⁷ Damit ist die faire Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln gemeint, unabhängig von Kultur, Geschlecht und Glauben.

¹²³ Committee on Economic, Social and Cultural Rights, 1999, Absatz 6

¹²⁴ Rae et al., 2005, 5

¹²⁵ Adopted by the Committee on Economic, Social and Cultural Rights, UN Doc. E/C.12/1999/5, 12 May 1999, Absatz 15

¹²⁶ FAO, 2006b, n.n.

¹²⁷ FAO, 2003, 28

Im selben Jahr, kurz vor dem *WFS 5 years later*, wird bekannt gegeben, dass die Ziele des WFS 1996 nicht realisiert worden sind. Das Vorhaben, die Anzahl der an Unterernährung leidenden Menschen um 20 Millionen pro Jahr zu senken (zwischen 1996 und 2015), wurde nicht erreicht. Anstattdessen sank der jährliche Anteil der an Unterernährung leidenden Bevölkerung durchschnittlich nur um 8 Millionen pro Jahr (davon 90 Prozent in China, in Afrika kam es sogar zu einem Anstieg). Bleibt dieser Trend beibehalten, so kann das WFS Ziel für das Jahr 2015 nicht realisiert werden.¹²⁸

Im Jahre 2000 trafen sich die UN Nationen erneut im Namen der Armuts- (und damit auch der Hunger-) reduktion. Bei dieser Zusammenkunft in New York wurde eine neue Deklaration, die *United Nations Millennium Declaration*, verabschiedet. Acht internationale Entwicklungsziele wurden vereinbart (Millenniumentwicklungsziele), welche alle UN Mitgliedsstaaten und viele internationale Organisationen akzeptierten. Auch hier wurde als Deadline das Jahr 2015 festgelegt. Ziel 1 der Deklaration besagt, dass der Anteil der Menschen, die an Hunger leiden, zwischen 1990 und 2015 halbiert werden soll. Im Unterschied zum Ziel der WFS, wo es um die Anzahl der hungernden Menschen geht, handelt es sich bei den MDGs um die Proportion. Dies macht insofern einen Unterschied, als die Proportion der unterernährten Bevölkerung seit 1990/92 bis 2004/06 kontinuierlich sank, auch wenn nicht in der Geschwindigkeit, die für die Erreichung des MDG1 nötig wäre, während die Anzahl der Unterernährten zwischen 1995/97 und 2004/06 in allen unten dargestellten Regionen stetig gestiegen ist, mit Ausnahme von Lateinamerika und der Karibik.¹²⁹

¹²⁸ Mazoyer, 2001, 3

¹²⁹ FAO/WFP, 2009, 8

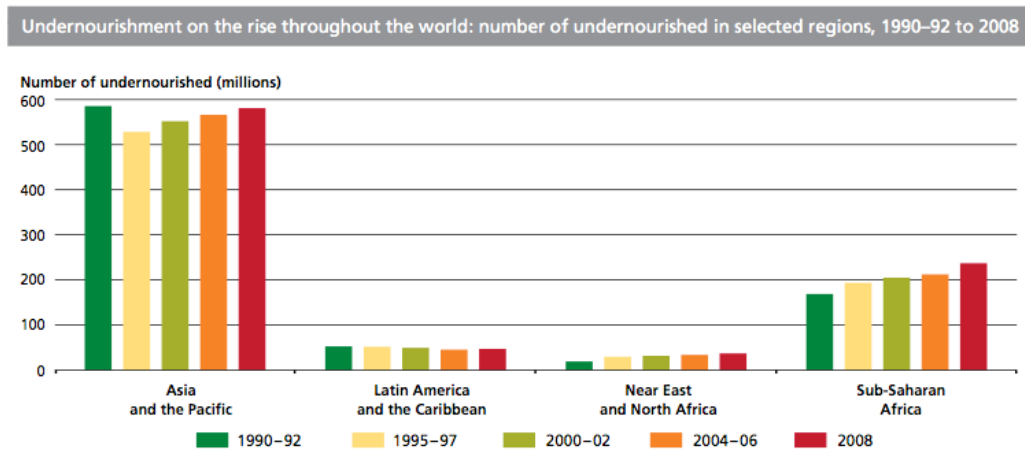


Abbildung 3: Anzahl der unterernährten Bevölkerung in ausgewählten Regionen von 1990-92 bis 2008¹³⁰

Im Jahr 2002 (ein Jahr verspätet) fand der zweite *world food summit: five years later* (WFS:fyl) in Rom statt. Es wurde eine neue Deklaration von den Delegierten unterzeichnet, welche festhält, dass die Anzahl der unterernährten Menschen auf Grund des mangelhaften Erfolgs nun um 22 Millionen pro Jahr sinken (also aus dieser Kategorie herausfallen) müsse, um das Ziel des WFS 1996 noch zu erreichen. Die Deklaration bestätigt darüber hinaus nochmals die Verpflichtungserklärungen von 1996 und nimmt erstmals zum Thema Biotechnologie Bezug (Absatz 25): Forschung in diesem Bereich solle verstärkt werden mit dem Ziel, die Produktivität in Entwicklungsländern voranzutreiben. Außerdem wurde in Absatz 10 festgehalten, dass freiwillige Richtlinien für die schrittweise Durchsetzung des Rechts auf Nahrung auf nationaler Ebene von zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen¹³¹ unter der Schirmherrschaft der FAO innerhalb eines Zeitraums von 2 Jahren verhandelt werden sollen. Diese sollen die Mitgliedstaaten bei der Realisierung des Rechts auf Nahrung unterstützen.¹³² Damit ist ein kleiner Fortschritt gemacht worden, bedenkt man, dass 1996 noch vom In-Betracht-Ziehen der freiwilligen Richtlinien gesprochen wurde.

Weiters ist die Tatsache, dass Richtlinien für das Recht auf Nahrung und nicht für Ernährungssicherung entwickelt werden sollen, ein Zeichen dafür, dass das Recht auf Nahrung eine zentrale Rolle eingenommen hat und nicht mehr nur als Mittel für die Erreichung von Ernährungssicherung gesehen wird.¹³³

¹³⁰ Abbildung 3: FAO/WFP, 2009, 9

¹³¹ Die *Intergovernmental Working Group* ist ein Gremium, das aus Vertreterinnen und Vertretern von Regierungen, UN-Organisationen und NGO-Repräsentanten zusammengesetzt ist.

¹³² FAO, 2002, Declaration of the World Food Summit: Five years later

¹³³ Mechlem, 2004, 642 f.

Zeitgleich zum WFS:fyl fand das *International NGO/CSO* ¹³⁴ *Forum for Food Sovereignty* statt. Der begleitende Slogan zum Forum „Hunger is not a problem of means, but of rights“, sollte die Regierungen zur Rechenschaft ziehen für den mangelnden Fortschritt, der seit dem WFS 1996 gemacht wurde.¹³⁵ In der Abschlusserklärung des Forums wird die Enttäuschung über die Deklaration des WFS: fyl wie folgt erklärt:

*„(...) express our collective disappointment in, and rejection of the official Declaration of the World Food Summit: five years later. Far from analysing and correcting the problems that have made it impossible to make progress over the past five years towards eliminating hunger, this new Plan of Action continues the error of more of the same failed medicine with destructive prescriptions that will make the situation even worse. The 1996 Plan of Action has not failed because of a lack of political will and resources but, rather, it has failed because it supports policies that lead to hunger, policies that support economic liberalization for the south and cultural homogeneity, which are backed by military force if the first wave of prescriptive action fails. Only fundamentally different policies which are based on the dignity and livelihoods of communities can end hunger. We affirm our belief that this is possible and urgently needed. (...)“*¹³⁶

Ein inhaltlicher Streitpunkt war auch das Thema Biotechnologie, welches in der Deklaration zum WFS:fyl angesprochen wurde. Teilnehmer des NGO/CSO Forums äußerten Besorgnis über Gesundheitsrisiken, Biodiversität und steigende Abhängigkeit der Kleinbauern von multinationalen Konzernen. Weiters wurde für eine Konvention für Ernährungssouveränität plädiert, um die Prinzipien der Ernährungssouveränität im internationalen Recht zu verankern.¹³⁷

Drei Jahre später, im November 2004, nahm die FAO die geplanten *freiwilligen Richtlinien* zur Unterstützung der Mitgliedstaaten bei der schrittweisen Umsetzung des Rechts auf Ernährung, welche von zwischenstaatlichen Arbeitsgruppen erarbeitet wurden, an. Damit sind die Staaten nun aufgefordert, an Hand dieser Richtlinien das Recht auf Nahrung umzusetzen.¹³⁸

2007 organisierte die FAO in Zusammenarbeit mit anderen Organisationen eine

¹³⁴ NGO= Non Governmental Organisation, CSO= Civil Society Organisation

¹³⁵ International Service for Human Rights, o.J., 3, <http://olddoc.ishr.ch/hrm/archive/FAO/FAO-WFSfyl.pdf>

¹³⁶ NGO/CSO Forum for Food Sovereignty, 2002, http://practicalaction.org/?id=wfs_statements

¹³⁷ International Service for Human Rights, o.J., 3, <http://olddoc.ishr.ch/hrm/archive/FAO/FAO-WFSfyl.pdf>

¹³⁸ Siehe Lebensministerium, 2005, n.n., <http://www.landnet.at/article/articleview/17650/1/5121>

International Conference on Organic Agriculture and Food Security. Aus dem Hintergrund von anhaltender Armut und Ernährungsunsicherheit, steigendem Bevölkerungswachstum, steigender Nachfrage nach Nahrungsmitteln und dem anwachsenden Druck auf Natur und natürliche Ressourcen, schiebt sich die Frage, wie landwirtschaftliche Produktions- und Verteilungssysteme optimiert werden können,¹³⁹ immer mehr in den Mittelpunkt. Ein großer Anteil der Nahrungsmittelproduktion geschieht durch Kleinbetriebe, vor allem in Afrika. Diese haben oftmals keinen Zugang zu Inputs und sind auf den Regen als Bewässerungsgrundlage angewiesen.¹⁴⁰ Industrielle Landwirtschaftssysteme dagegen haben in den meisten Fällen hohe ökologische Kosten und können sich negativ auf die Gesundheit der Menschen auswirken. Das Ziel der Konferenz war es, Klarheit darüber zu erlangen, wie biologische Landwirtschaft zu Ernährungssicherung beitragen kann und auch darüber, wo ihre Grenzen sind. Es sollte ein besseres Verständnis darüber erworben werden, ob und wie organische Landwirtschaftsmodelle in den unterschiedlichen sozio-kulturellen und biophysischen Milieus Erträge steigern können.¹⁴¹

Ein Ergebnis der Konferenz war, dass, obwohl die Effizienz der biologischen Landwirtschaft noch verbessert werden kann (über beispielsweise mehr Forschung in diesem Bereich), diese eine (bessere) Alternative für nachhaltige Entwicklung bietet. Denn sie gibt Antwort auf die ökologische Verschmutzung der industriellen Landwirtschaftssysteme, auf den fehlenden Zugang zu adäquaten Technologien, auf die institutionelle Marginalisierung der Kleinbauern, auf die langen Wege für die Nahrungsmittelbeschaffung durch kurze Lieferungsketten und damit auch auf die Energiefrage (weniger food miles).¹⁴²

Weiters könnte (nicht zertifizierte) organische Landwirtschaft insbesondere dort Verfügbarkeit und Zugang zu Nahrungsmitteln schaffen, wo Armut und Hunger am stärksten ausgeprägt sind.¹⁴³ Bedauerlicherweise war die landwirtschaftliche Forschung in den letzten 50 Jahren auf industrielle Anbaumethoden fokussiert, welche die verschiedenen Einflussfaktoren auf die unterschiedlichen Anbaumethoden (und Standorte) nicht in

¹³⁹ Optimierte im Sinne einer verbesserten Effizienz in der Landwirtschaft durch: verbesserten Zugang zu Nahrung, relevante Technologien, ökonomische Effizienz, adäquate Nährstoffzusammensetzung, ökologische Qualität und soziale Gerechtigkeit. FAO, 2007a, 2

¹⁴⁰ Sie wirtschaften daher gewollt oder ungewollt auf biologische Weise.

¹⁴¹ FAO, 2007a, 2

¹⁴² FAO, 2007c, 17

¹⁴³ FAO, 2007c, 16

Betracht gezogen haben.¹⁴⁴

Als 2007/2008 die Nahrungsmittelkrise ausbrach und die Preise für viele Grundnahrungsmittel enorm stiegen, rückte die Diskussion um Biolandbau für Ernährungssicherung in den Hintergrund. Es ging zunehmend um Produktions- und Produktivitätssteigerung in der Landwirtschaft, wobei man hier dem Agribusiness Sektor mehr Potential einräumte, obgleich man von ländlicher Entwicklung und Kleinbauernförderung sprach (näheres dazu im 2. Teil). Auch wurden Investitionen (öffentlich und privat) in den Landwirtschaftssektor als zentral erachtet. Interessant ist, dass dieser Aspekt erst zum Zeitpunkt der Krise hervorgehoben wurde, während die Anhebung der ODA für den landwirtschaftlichen Sektor beispielsweise ein Meilenstein zur Erreichung der WFS Ziele und der MDGs hätte sein können. Tatsächlich sank diese aber auch nach 1996 und 2002 immer mehr ab. Diouf (Generaldirektor der FAO) bemerkt, dass viele Entwicklungsländer in Zusammenarbeit mit der FAO Strategien, Maßnahmen und Programme vorbereitet hatten, welche durch angemessene Finanzierung globale Ernährungssicherung garantieren hätten können.¹⁴⁵

2008 fand die *High-Level Conference on World Food Security* statt, die sich den Themen Agrotreibstoffe und Klimawandel widmete, also 2 Faktoren, welche für das Entstehen der Krise entscheidend waren. Auf der Konferenz wurde abermals eine Deklaration verabschiedet und die Ziele des WFS und der MDG erneut bekräftigt. Weiters wurden alle Akteure zu stärkerem Engagement aufgerufen und kurz-, mittel- und langfristige Maßnahmen zur Bekämpfung der Krise vorgeschlagen. Beschwerden über den Inhalt der Deklaration kamen von Argentinien, Kuba und Venezuela, die die eigentlichen Gründe der Krise in der Deklaration nicht angesprochen sahen. Als diese nannten sie vor allem: landwirtschaftliche Subventionen der Industrienationen, die Auswirkung der industriellen Produktionsweise auf das Klima, Spekulation und Konzentration von Reichtum und Macht.¹⁴⁶ Überraschenderweise kam jene Arbeitsgruppe der Konferenz, die sich mit Agrotreibstoffen auseinandersetzte, zum Schluss, dass diese enormes Potential für ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern aufweisen und zwar als Quelle ökonomischen Wachstums und als Versorger mit Energie. Wichtig dabei sei nur, dass durch gezielte Maßnahmen eine Konkurrenz zwischen Nahrungsmitteln und Energie

¹⁴⁴ FAO, 2007c, 20

¹⁴⁵ Diouf, 2008, 17

¹⁴⁶ FAO, 2008c, 35ff.

verhindert werden soll.¹⁴⁷ Während Agrotreibstoffe also einerseits als Teil der Ursache der Krise verstanden werden, so scheinen sie andererseits auch in die Diskussion für die Lösung dieser zu geraten. Dieser optimistische Umgang mit Agrotreibstoffen erscheint auf einer Konferenz, die sich mit Agrotreibstoffen UND Klimawandel auseinandersetzt, etwas paradox, wenn man bedenkt, dass die Herstellung von Agrotreibstoffen in Form von Monokulturplantagen passiert, einer Art der industriellen Landwirtschaft, die nicht zuletzt auch für den Klimawandel verantwortlich ist.¹⁴⁸

Ein Jahr vor der *High-Level Conference* der FAO fand das *Food Sovereignty Forum-Nyéléni 2007*- in Mali statt. Dort trafen sich Organisationen und Bewegungen, welche sich mit Ernährungssouveränität auseinandersetzen. Das Forum half dabei, ein gemeinsames internationales Programm zu formulieren und legte dar, wie Ernährungssouveränität in den einzelnen Ländern erreicht werden soll. Mitglieder des *International Planning Committees for Food Sovereignty* (IPC) bereiteten ein Statement mit der Überschrift *No more „failures-as-usual“*¹⁴⁹ vor, welches 600 Organisationen und Bewegungen in nur 2 Wochen unzeichneten. Der enthaltene Aktionsplan für Nahrung und Landwirtschaft sollte bei der *High-Level Conference* durch das IPC diskutiert werden. Er enthält unter anderem die Forderung nach einem globalen Paradigmenwechsel hin zu Ernährungssouveränität.¹⁵⁰ Auch wenn diesbezügliche Diskussionen stattgefunden haben sollten, so werden sie in der Deklaration der *High-Level Conference* mit keinem Wort erwähnt.

Die kritische Situation, welche die Nahrungsmittelkrise durch den Anstieg der Nahrungsmittelpreise hervorrief, führte zu vielen weiteren Treffen. Im Mai 2008 beispielsweise organisierte der Menschenrechtsrat eine *special session on the Right to Food and the world food crisis* auf Anfrage von Olivier de Schutter, Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung. Dieser betonte, dass internationale und nationale Maßnahmen die Ursache der Verletzung des Menschenrechts auf Nahrung und der Nahrungsmittelkrise sind, und erinnerte an den *General Comment 12* der Konvention über wirtschaftliche, soziale und kulturelle Rechte und die darin beschriebene Verpflichtung für Staaten, das Recht auf Nahrung zu respektieren, zu schützen und auszuüben. De Schutter weist aber auch gleichzeitig darauf hin, dass nicht nur die einzelnen Staaten Verantwortung tragen, sondern dass das Recht auf Nahrung nur durch internationalen Dialog und

¹⁴⁷ FAO, 2008c, 33

¹⁴⁸ Grain, 2007, 4f.

¹⁴⁹ International Planning Committee for Food Sovereignty, 2008

¹⁵⁰ Forum for Food Sovereignty, 2007, 6ff.

Zusammenarbeit realisiert werden kann.¹⁵¹ Die *special session* sollte erneut das Bewusstsein stärken, dass die Nahrungsmittelkrise eine massive Verletzung des Rechts auf Nahrung ausgelöst hat, und stellte das Recht auf Nahrung in der Debatte wieder mehr in den Vordergrund.

Im Jahre 2009 stieg die Anzahl der unterernährten Menschen weltweit auf 1,02 Milliarden an. Die Grundnahrungsmittelpreise auf lokalen Märkten waren zu dieser Zeit noch immer hoch, während sie auf dem Weltmarkt in Folge der Finanzkrise absanken. Auch die Folgen der Wirtschaftskrise Ende 2008 wirkten sich negativ auf Entwicklungsländer aus: durch sinkende Auslandsüberweisungen und Exportgewinne, weniger Auslandsdirektinvestitionen und nachlassende Entwicklungszusammenarbeit.¹⁵² Im Hintergrund dieser sich verschlimmernden Zustände fand der 3. Welternährungsgipfel der FAO im November 2009 statt.

Dort wurden die Ziele des WFS und der MDG erneut bekräftigt, obwohl diese längst außer Reichweite lagen. Zentrale Punkte in der WFS Deklaration sind die Anhebung der Investitionen in den Landwirtschaftssektor der Entwicklungsländer sowie Produktions- und Produktivitätssteigerung. Auch Kleinbauernförderung, die Anhebung der ODA und Kohärenz durch *global governance* waren unter den Zielen des WFS. Auf das Recht auf Nahrung wurde in der Deklaration explizit hingewiesen.¹⁵³ Dennoch gab es keine wirklichen finanziellen Bekenntnisse, wie sie von Diouf gewünscht worden wären. Dieser appellierte für USD 44 Milliarden pro Jahr von den G8 für die Eliminierung des chronischen Hungers. Doch, obwohl diese Summe ein Bruchteil von dem Geld darstellt, welches die OECD beispielsweise an Unterstützung für ihre landwirtschaftlichen Produzenten 2007 ausgegeben hat, konnte nichts dergleichen vereinbart werden. Weiters gibt es weder eine klare Aussage zum Thema Agrotreibstoffe und Spekulationen, noch wurde das Thema Land Grabbing angesprochen, welches im Kontext von Welternährung nicht ignoriert werden sollte. Auch wurde den Anliegen zivilgesellschaftlicher Organisationen in der Deklaration kein Platz eingeräumt.¹⁵⁴

Frauen und Männer aus den verschiedensten CSOs von der ganzen Welt organisierten auch in diesem Jahr ein Forum parallel zum WFS. „*Food Sovereignty now: Young people creating their future*“ war der Slogan, der das Anliegen nach Nahrungsmittelsouveränität

¹⁵¹ De Schutter, 2008a, n.n.

<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=8477&LangID=E>

¹⁵² FAO/WFP, 2009, 4-9

¹⁵³ FAO, 2009c, 1ff.

¹⁵⁴ Mukherjee- Reed, 2009, n.n.; FAO, 2009c, 1ff.

<http://southasia.oneworld.net/weekend/the-failed-food-summit-an-analysis>

und einschließenden Entscheidungsprozessen sichtbar und hörbar machen sollte.¹⁵⁵

Ein sehr wichtiges Dokument, welches im Jahr 2009 publiziert wurde, und welches von vor allem zivilgesellschaftlichen Organisationen immer wieder als Referenz dient, wenn es um Themen wie die zukünftige landwirtschaftliche Entwicklung geht, ist der Synthesis Report des *International Assessment of Agriculture Knowledge, Science and Technology for Development* (IAASTD). Er entstand in Zusammenarbeit von FAO, WB, Weltgesundheitsorganisation (WHO), Organisation der Vereinten Nationen für Erziehung, Wissenschaft und Kultur (UNESCO), Umweltprogramm der Vereinten Nationen (UNEP), Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen (UNDP) und der Globalen Umweltfazilität (GEF). Ziel des Reports war es, die Einflüsse von gegenwärtigem, vergangenem und zukünftigem landwirtschaftlichen Wissen, landwirtschaftlicher Technologie und Wissenschaft einzuschätzen in Bezug auf Hunger- und Armutsreduktion, Verbesserung der ländlichen Lebensbedingungen und menschlicher Gesundheit und in Bezug auf faire soziale, ökologische und ökonomische Entwicklungen. Im Report werden vor allem die Wichtigkeit von traditionellem Wissen, regionalen Märkten, dem Schutz natürlicher Ressourcen, Diversität, Agroökologie und der Rolle der Frau in der Landwirtschaft betont.

Weiters hebt der Report die Multifunktionalität von Landwirtschaft hervor. Nur wenn diese anerkannt wird, können nachhaltige Entwicklung und Produktionssteigerung simultan passieren.¹⁵⁶ Der holistische Blickwinkel, der im Report vermittelt wird, seine facettenreiche Analyse und seine neuen Erkenntnisse können als wichtiger Beitrag zur Debatte um Ernährungssicherung und Landwirtschaft gewertet werden, ganz besonders mit dem Hintergrund der Krise. Leider wird der Report viel zu wenig als Grundlage für diesbezügliche Maßnahmen herangezogen.

¹⁵⁵ Civil Society Organizations Forum, 2009a, 1

¹⁵⁶ IAASTD, 2008, vif.

4 Land Grabbing

Das Verständnis der Ursachen der verheerenden Nahrungsmittelkrise, die Ende 2007/Anfang 2008 ihren Höhepunkt erreicht hat, ist wesentlich für die folgende Auseinandersetzung mit dem Phänomen des Land Grabblings. Weiters sind Wissen über die Entwicklung des Diskurses über Ernährungssicherung von seiner Entstehung bis heute und Kenntnis über die Herangehensweise multilateraler Organisationen (allen voran der FAO) bei der Schwerpunktsetzung der Diskurslinien in Bezug auf Ernährungssicherung wichtig, um das Puzzle im 3. Teil wieder zusammenzusetzen.

In diesem Teil wird anfangs auf die fortschreitende Kommerzialisierung von Land eingegangen - eine Entwicklung, wodurch Land Grabbing überhaupt erst möglich gemacht wurde. Darauf folgend wird der Begriff „Land Grabbing“ für diese Arbeit definiert, um im Weiteren darüber diskutieren zu können, wo die Grenze hin zur Auslandsdirektinvestition besteht und ob Land Grabbing ein neues Phänomen ist oder doch etwas, das in der ein oder anderen Form immer schon existiert hat.

Danach wird auf die Ursachen des steigenden Interesses an Landkäufen eingegangen und Rechtfertigungs- bzw. Erklärungsmuster werden beleuchtet.

Am Schluss des Kapitels wird noch ein Überblick darüber gegeben, wer denn eigentlich die Akteure und die Betroffenen sind, welche Motive hinter den Landkäufen stehen, wie weit das Phänomen schon fortgeschritten ist und welche Auswirkungen das Land Grabbing auf die Lebensrealität der betroffenen Gruppen haben kann.

4.1 Die fortschreitende Kommerzialisierung von Land

Die Bedeutung und der Nutzen von Land kann für die Menschen sehr vielfältig sein. Land kann einen ökonomischen oder ökologischen Wert für die Sicherung des Lebensunterhaltes haben. Es kann identitätsstiftend sein und auch eine soziale, kulturelle oder spirituelle Bedeutung haben.¹⁵⁷ Historische, politische und auch sozio-kulturelle Umstände formen die Art und Weise, wie wir Land wahrnehmen und mit Land umgehen.

Die wichtigste Funktion erfüllt Land als Grundlage für die Produktion dessen, was die Menschheit am Leben erhält, nämlich Nahrung.

Im Laufe der Zeit kam es zu einem entscheidenden Bedeutungswandel dieser Ressource in

¹⁵⁷ Der Synthesis Report von IAASTD weist besonders auf die Multifunktionalität der Landwirtschaft hin, wozu auch „non-commodity“ outputs gehören. IAASTD, 2009, 4; Siehe auch African Union et al., 2009, 22

vielen Ländern. Grundlegend dafür war die Industrialisierung, die im Laufe des 20. Jahrhunderts stattfand. Subsistenzwirtschaft wurde vielerorts abgelöst durch großflächige, mechanisierte Landwirtschaft und Bauern wurden in diesem Prozess oftmals zu Arbeitern oder beschäftigten sich in anderen Sektoren. Zwischen dem 2. Weltkrieg und den 1980er verringerte sich der weltweite Prozentanteil derer, die in der Landwirtschaft tätig waren um ein Vielfaches. In Japan beispielsweise sank die Zahl von 52 auf 9 Prozent. Dies kann als Konsequenz der Ausbreitung des Kapitalismus über die ganze Welt betrachtet werden.¹⁵⁸

In vielen Teilen Afrikas, Asiens und Lateinamerikas wurden während der Kolonialzeit und auch noch kurz danach riesige, vom Ausland kontrollierte Plantagen gegründet, um Produkte wie Bananen, Zucker, Tee und Cocoa anzubauen.

In den 1980er und 1990er kam es zu einer Verlagerung hin zu landwirtschaftlicher Kontraktarbeit und zu Investitionen (auch aus dem Ausland) in landwirtschaftliches Kapital wie Saatgut, Düngemittel, Maschinen, verarbeitende Industrie und in den Handel.

Trotz der raschen Veränderungen der Besitzverhältnisse bei Grund und Boden im 20. Jahrhundert wird Land in weiten Teilen Afrikas weiterhin durch unterschiedliche Formen des Gewohnheitsrechts verwaltet. Dennoch hat sich das Gewohnheitsrecht an die sich wandelnde Lebensumwelt, z.B. das Bevölkerungswachstum und den dadurch vermehrt spürbaren Druck auf Land, weitgehend angepasst. Wachsende Individualisierung und Kommerzialisierung von Landrechten haben sich in Folge mit Formen des Gewohnheitsrechts vermischt.¹⁵⁹

Ein wichtiger Aspekt beim Thema Boden und Besitzverhältnisse, dem eine Veränderung in der Wahrnehmung von Land zugrunde liegt, ist das neue Interesse daran, Land im Ausland für Produktionszwecke selbst zu besitzen, anstatt wie zuvor in andere Teile der Produktionskette zu investieren (verarbeitende Industrie, Handel,...). Das Interesse an transnationalen Investitionen in Land an sich hat sich erst in den letzten Jahren verstärkt entwickelt, als man Profitchancen im Nahrungs- und Energiebereich wahrnahm und gleichzeitig die Handels- und Investitionsbarrieren immer mehr sanken.¹⁶⁰ Diese Entwicklung hat einerseits mit dem Anstieg der Nahrungsmittel- und Energiepreise zu tun und andererseits ist ein generell wachsender Druck auf Land zu spüren: Durch Bevölkerungswachstum und Klimawandel ist die Begrenztheit dieser Ressource spürbar. Taylor und Bending von der Organisation *International Land Coalition* (ILC) gehen weiter

¹⁵⁸ Siehe Shepard/Mittal, 2009, 11

¹⁵⁹ Daley/Englert, 2010, 93f.

¹⁶⁰ Taylor/Bending, 2009, Mythos 4

und sagen, dass diese Entwicklung für alle von der Natur zur Verfügung gestellten Güter gilt:

„The ‘rush for the world’s farmland’ is one component of a wider convergence of investment-related opportunities on land and natural resources that is attracting interest in agricultural, forest, mineral- rich, and tourism-related lands.“¹⁶¹

Für Andreas Exner zeugt diese aufkommende Entwicklung auch von einer Krise der kapitalistischen Produktion. In seiner Publikation¹⁶² beschreibt er den Zusammenhang zwischen dem Wandel der Vorstellungen vom Ursprung des Reichtums und dem Wandel der kapitalistischen Produktionsweise, beginnend mit dem Physiokratismus im 17.- 18. Jhdt. (Landbewirtschaftung als Quelle des Reichtums). Darauf folgte die Durchsetzungsperiode (Smith, Ricardo) und schließlich die Einführung eines vermögensbasierten Akkumulationsregimes (Finanzprodukte). Durch die gegenwärtige multiple Krise, so Exner, kommt es zu einer „Flucht in die Physis“, was sich in den wachsenden Investitionen in Land, Rohstoffe und Wasser zeigt.¹⁶³

Die gegenwärtig fortschreitende Kommerzialisierung von Land, die in Land Grabbing ihren Ausdruck findet, hat demnach mit der Rückbesinnung auf das Handfeste, auf die echte Materie sozusagen, zu tun. Das hängt damit zusammen, dass nach dem Platzen der Immobilienblase nach neuen Anlagemöglichkeiten gesucht wird und zwar in Bereichen, die sichere und krisenfeste Nachfragen erzeugen (Land als Erzeuger von Nahrung und Bioenergie). Auch spielt die Sicherung von Ressourcen eine Rolle.¹⁶⁴

Für Exner ist die gegenwärtige Aneignung von Land *„der Knotenpunkt einer Reihe von Krisensträngen in den Bereichen der Energieversorgung, des Klimawandels, der Profitproduktion und der Ernährung.“¹⁶⁵*

Man kann also schlussfolgern, dass die Krise die Kommerzialisierung von Land (und anderen natürlichen Ressourcen) beschleunigt hat. Durch den Anstieg der Nahrungsmittel- und Ölpreise (und die damit verbundene Abwertung des Geldes), den steigenden Bedarf an Nahrungs- und Futtermitteln, kombiniert mit Bevölkerungswachstum, Klimawandel und

¹⁶¹ Taylor/Bending, 2009, Mythos 5

¹⁶² Exner, 2010, n.n.

¹⁶³ Exner, 2010, n.n.

¹⁶⁴ Exner, 2010, n.n.

¹⁶⁵ Exner, 2010, n.n.

dem Platzen der Immobilienblase, ist die Rentabilität von Investitionen in Land enorm gestiegen.

In einem Artikel zum Thema wird der gegenwärtige Prozess wie folgt beschrieben:

„Die Devise lautet: Wer sein Geld vermehren will, der kauft Güter, die sich nicht vermehren lassen, die aber immer mehr Menschen haben wollen.“¹⁶⁶

In dem Prozess rund um die fortschreitende Kommerzialisierung von Land ist es auch wichtig, internationale und nationale Abhängigkeits- und Herrschaftsverhältnisse und deren Zustandekommen mitzudenken.

Auf internationaler Ebene ist die Rolle der Weltbank und des Internationalen Währungsfonds (IMF) besonders wichtig. Diese Institutionen bestimmen im Rahmen der Strukturanpassungsprogramme (SAP) seit dem Ende der siebziger Jahre die Wirtschaftspolitik und die nationale Gesetzgebung von Schuldnerländern, vor allem in Afrika, maßgeblich mit. Die Vergabe von Krediten wurden an Konditionen gebunden, und zwar in folgenden Bereichen: Handelsliberalisierung, Währungsabwertung, monetäre und fiskalische Antiinflationpolitik, Lohnstops, Verbesserungen für ausländische Investoren, Privatisierung öffentlichen Eigentums.¹⁶⁷ Diese neoliberale Politik, die vor allem durch Privatisierung und Deregulierung, aber auch durch Konsumentensouveränität und Wettbewerb gekennzeichnet ist, war ausschlaggebend für eine vermehrte Vermarktung und Monetarisierung von Land.

Die Maßnahmen durch die SAP hatten das vorrangige Ziel, die Zahlungsfähigkeit der Länder wieder herzustellen, damit sie ihren Schuldendienst leisten können. Haushaltseinsparungen waren somit auch Teil der Strukturanpassungsmaßnahmen und betrafen vor allem den landwirtschaftlichen Sektor.¹⁶⁸ In den 80er und 90er förderte die Weltbank dort Reformen und band diese an den Erhalt von neuen Krediten. Die Reformen sollten die Rolle der Staates im Landwirtschaftsbereich reduzieren, indem sie öffentliche Investitionen sowie Nahrungsmittelsubventionen unterdrückten. Spezielle Krediteinrichtungen für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Förderungsagenturen wurden dabei abgeschafft. Insgesamt sanken die Ausgaben der betreffenden Regierung für

¹⁶⁶ Unser Land, 2010, 4

¹⁶⁷ Exner, 2010, n.n.

¹⁶⁸ Reichert, 2009, 30

den Landwirtschaftssektor beträchtlich.¹⁶⁹

Hier lässt sich ein Zusammenhang mit dem heutigen Land Grabbing herstellen, denn die dringend notwendige Investition in Landwirtschaft heute, die als Argument für den Kauf von Land im Ausland angeführt wird, ist zurückzuführen auf die jahrelange Vernachlässigung, die durch die Weltbank vorangetrieben wurde. Heute preist die WB die Notwendigkeit der Investition in die Landwirtschaft und präsentiert den Kauf von Agrarland als eine Möglichkeit, diesen Trend (siehe oben) wieder rückgängig zu machen.

Auch die Privatisierungsmaßnahmen durch die Strukturanpassungsprogramme führten in vielen Fällen zur leichteren Verfügbarkeit von Land für ausländische Investoren. Jedoch ist dies nicht immer der Fall, wenn man bedenkt, dass im gegenwärtigen Prozess vor allem Regierungen „öffentliches“ Land (Land mit nicht anerkannten Rechten der Benutzer z.B. Gemeinschaftsrechte, traditionelle Nutzungsrechte oder tatsächlich ungenutztes Land) verkaufen. Was aber augenscheinlich ist- und da kommen nationale Abhängigkeits- und Machtverhältnisse ebenso ins Spiel- ist der Kauf von Land durch lokale Eliten im Zuge der Strukturanpassungsprogramme (Privatisierung), was wiederum zu vermehrter Akkumulation von Land und den sich darauf befindenden Ressourcen führte.

Auf lokaler Ebene in Afrika, Asien und Lateinamerika wurde beobachtet, dass Eliten in das erworbene Land investieren oder damit Spekulation betreiben. ILC Mitarbeiter gehen davon aus, dass auch Synergien mit ausländischen Investoren eingegangen wurden und werden.¹⁷⁰ Somit führten die Privatisierungsmaßnahmen von Land über den Umweg der Synergien mit lokalen Eliten oder der Kauf des Landes von ebendiesen doch zu mehr Verfügbarkeit von Land für ausländische Investoren. In anderen Worten:

„Through the enforcement of private property regimes, SAPs facilitated the concentration of land, wealth and resources into the hands of national and transnational elites.“¹⁷¹

Weiters birgt die Privatisierung von Land in Gebieten, wo kommunale Ressourcenmanagementsysteme (wie z.B.: Terrassen, Kleinbewässerungsanlagen) bestehen, die Gefahr, dass zunehmende Konkurrenz zwischen den Individuen diese Systeme zerstört und es als Folge zu beschleunigter Bodendegradation kommt. Der momentane Prozess der Landkonzentration in vielen Ländern zeigt, dass die Maßnahmen,

¹⁶⁹ Mittal, 2008, 13

¹⁷⁰ Taylor/Bending, 2009, n.n.

¹⁷¹ Nicholson et. al., 2009, 10

die im Landwirtschaftssektor durchgeführt werden, für die Kleinbauern wenig Vorteile bringen.¹⁷²

4.2 Was ist Land Grabbing?

Land Grabbing heißt wortwörtlich *land-an-sich-reißen* oder *nach-Land-greifen*, wie schon in der Einleitung erwähnt wurde. Ins Deutsche kann der Begriff sinngemäß mit *Landraub*, *Landaneignung* oder *Landnahme* übersetzt werden. Der Begriff ist höchst umstritten, da er die Konnotation von etwas Unrechtmäßigem trägt, wenn gleich es sich meistens nicht unbedingt um eine gesetzeswidrige Handlung dreht.

Der Begriff „Land Grab“ wurde als erstes von der „Rights and Resources Initiative“ verwendet.¹⁷³ Sie ist eine globale Vereinigung, welche versucht die forstlichen Besitzansprüche mit einem *pro-poor* Ansatz zu verbessern, sowie Politik- und Marktreformen, vorrangig in Entwicklungsländern anstrebt.¹⁷⁴

Trotz dem (oder gerade weil) der Begriff eine gewisse Polemik in sich trägt, hat er die Debatte über das gegenwärtige Phänomen des massiven Kaufs oder Leasings von großen Landflächen geprägt und seinen Weg nicht nur in die mediale Berichterstattung gefunden, sondern auch in die wissenschaftliche Debatte.

Auf Grund seiner negativen Wertigkeit herrscht jedoch auch Ablehnung diesem Begriff gegenüber, besonders bei jenen Institutionen, welche die Chancen dieser großflächigen Investitionen in Land unterstreichen wollen. Es ist auch denkbar, dass mangelnde Objektivität und Wissenschaftlichkeit weitere Gründe sind.

Folgende Synonyme werden für den Begriff „Land Grabbing“ gerne verwendet: großflächige Investition in Land (large-scale investment), (trans)nationale kommerzielle Landtransaktion, großflächige Landgeschäfte, Landakquisition oder Leasing und Land Expansion. In der vorliegenden Arbeit soll der Begriff trotz seiner negativen Konnotation verwendet werden, die in manchen Situationen ungerechtfertigt scheint, was aber der Verharmlosung des Phänomens mit der Bezeichnung als „Investition“ Vorschub leistet.

Was die Definition des Begriffs betrifft, so gibt es auch hier unterschiedliche Ansätze in Bezug darauf was dazu gehört und was nicht. Das *Oakland Institute* zum Beispiel definiert Land Grabbing wie folgt:

¹⁷² Windfuhr, 2002. n.n.

¹⁷³ Haralambous et al., 2009, 6

¹⁷⁴ <http://www.rightsandresources.org> (Stand 28.10.2010)

*“(...) The term land grab refers to the purchase or lease of vast tracts of land by wealthier, food-insecure nations and private investors from mostly poor, developing countries in order to produce crops for export”.*¹⁷⁵

Demnach wird Land Grabbing von wohlhabenderen und nahrungsmittelunsicheren Nationen oder von privaten Investoren getätigt. Die Motivation ist der Export von Nahrungsmitteln. Damit schließt es den Anbau von Bioenergiepflanzen und die Teilhabe von energiehungrigen Staaten, welche abhängig von Ölimporten sind aus und konzentriert sich lediglich auf die Nahrungsmittelproduktion.

FIAN, eine internationale Menschenrechtsorganisation, fasst das Motivationsspektrum breiter:

*„(...) land grabbing is defined as taking possession of and/or controlling a scale of land for commercial/industrial agricultural production which is disproportionate in size in comparison to the average land holding in the region.“*¹⁷⁶

Sie spricht von kommerzieller, industrieller landwirtschaftlicher Produktion und meint damit alles was auf dieser Basis produziert wird, also auch Agrargüter, die nicht für den Verzehr angebaut werden (non-food crops). Auch die Größe der Landflächen ist ein herausragendes Merkmal in der Definition. FIAN benennt zwar die Akteure nicht, im dazugehörigen Dokument spricht sie aber von mächtigen ausländischen staatlichen oder privaten Investoren, welche ein Übereinkommen mit heimischen Staaten schaffen.

GRAIN, eine Nonprofit Organisation, die mit ihrer Arbeit Kleinbauern und soziale Bewegungen unterstützt, spricht bei der Motivation wiederum auch nur von Grundnahrungsmitteln, die für den Export produziert werden, wenngleich die Dokumente und Berichte auf seiner Homepage weit mehr beinhalten. GRAIN bringt aber eine weitere wichtige Komponente ins Spiel und zwar die Zeitliche. Typisch für dieses Phänomen sind nämlich die Verträge auf langfristiger Basis.

*„The acquisition (lease, concession, outright purchase) by cooperations or states of large areas of farmland (>10,000 ha), in another country and on a long-term basis (often 30-99 years) for the production of basic foods that will then be exported“*¹⁷⁷

¹⁷⁵ Daniel/Mittal, 2009, 1

¹⁷⁶ FIAN, 2010, 8

Sucht man in Wörterbüchern nach dem Begriff, so findet man ihn oftmals mit „aggressiver Wegnahme“ von Land oder mit Landraub beschrieben.¹⁷⁸ Dies lädt ein Land Grabbing als illegale Handlung zu verstehen. Die Orientierung an legaler bzw. illegaler Abwicklung der Deals um Land Grabbing von anderen Landgeschäften auseinanderzuhalten ist jedoch irreführend, denn die nationalen Landgesetze werden nicht unbedingt verletzt. Das Land um das es sich in vielen Fällen handelt ist Land unter Gewohnheitsrecht, welches in der Landgesetzgebung oftmals ignoriert wird. So schreiben Taylor und Bending von der „International Land Coalition“:

*„Where the customary rights of local land users are ignored, this is a function of land legislation not recognising customary use rights, rather than outright illegal allocation or acquisition.“*¹⁷⁹

Ob Land Grabbing also legal oder illegal ist, kommt auf die Gesetzeslage des Ziellandes an. Die Kategorie ist demnach eher unbrauchbar, wenn man danach strebt das Phänomen zu erfassen. Die folgende Graphik ist der Versuch einer Typologisierung der verschiedensten Formen von Landnahmen.

¹⁷⁷ GRAIN, 2009a, Folie 2

¹⁷⁸ Siehe: thefreedictionary.com, answers.com, wordnik.com, yourdictionary.com

¹⁷⁹ Taylor/Bending, 2009, n.n.

Typology of land acquisitions:

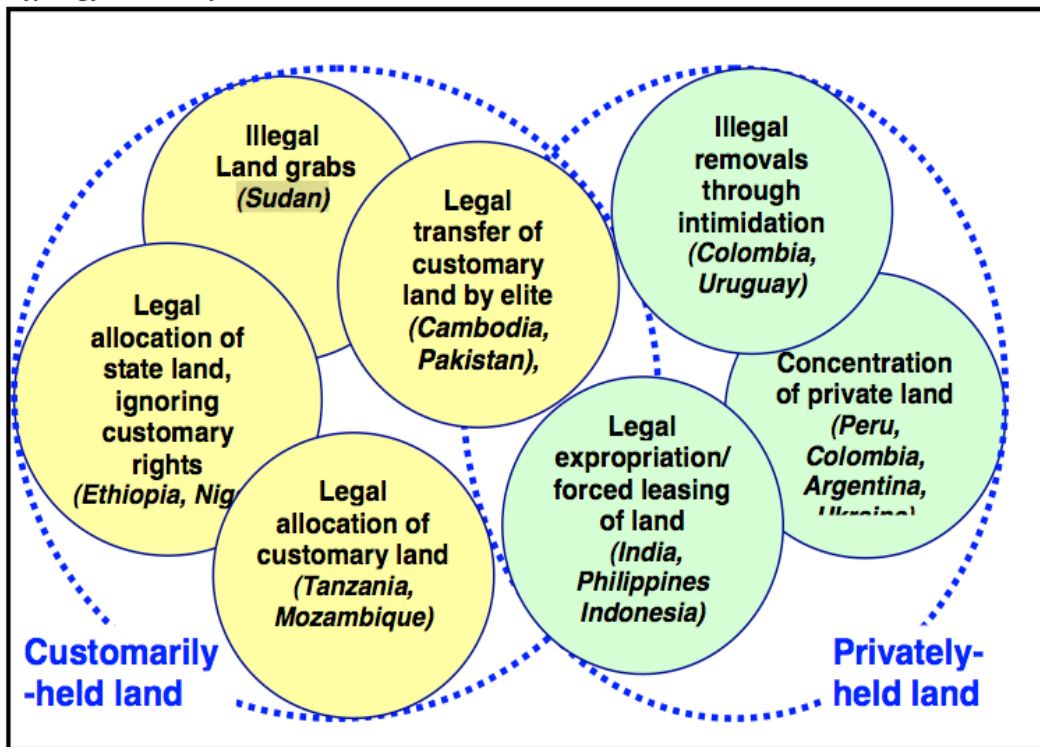


Abbildung 4: Typologie der Land Akquisitionen¹⁸⁰

Die in der Graphik dargestellte Einteilung in legal und illegal hat jedoch nichts mit dem hier beschriebenen Phänomen zu tun, sondern beschreibt lediglich Formen der Landaneignung vor dem Hintergrund der Gesetzeslage. Wie man sieht ist der illegale Teil nur ein Bruchstück. Die meisten Landnahmen spielen sich also im legalen Bereich ab. Dies ist jedoch deshalb nicht weniger besorgniserregend, denn dadurch bleibt den Betroffenen wenig Handlungsspielraum. Sie können sich nicht auf geltendes Recht berufen.¹⁸¹

In einigen Publikationen wird geäußert, dass der Begriff „Land Grabbing“ missverständlich oder unglücklich gewählt ist¹⁸², was zutreffen mag, wenn man von seriösen und transparenten Landinvestitionen spricht, in wessen Durchführung alle Beteiligten eingewilligt haben. Wäre dies immer so passiert, hätte es vermutlich keine derartige Explosion von Landnahmen gegeben. Diese Explosion ist es einerseits, die Land Grabbing zu einem Phänomen macht, andererseits ist es die Art wie diese „Deals“ abgewickelt werden und die Konsequenzen für die unmittelbar Betroffenen. Die neu aufgekommene Investitionsmotivation aus dem Hintergrund der Ernährungs,- Energie- und

¹⁸⁰ Abbildung 4: Taylor/Bending, 2009, n.n.

¹⁸¹ Bei illegalen Landaneignungen hat dies oftmals aber auch keinen Sinn.

¹⁸² Aarts, 2009, 9; Taylor/Bending, 2009, n.n.

Wirtschaftskrise und die dafür günstigen Strukturen lassen es zu, dass die Grenze zwischen Investition und Land Grabbing ein wenig verschwimmt.

Wie kann man „Land Grabbing“ nun mittels Definition erfassen? Die oben angeführten Definitionen beschreiben jeweils Teile von dem was man unter Land Grabbing versteht, lassen jedoch auch wichtige Aspekte vermissen. Beispielsweise wird das lokale Land Grabbing, also jenes, welches im Land selber passiert durch lokale Elite, oder in Zusammenarbeit mit ausländischen Investoren nicht angeführt,. Lokale Eliten sind jedoch wichtige Schlüsselfiguren. Auch ist nirgends die Rede von eventuellen Auswirkungen auf die lokale Bevölkerung. Weiters kann sich Land Grabbing, neben dem Anbau von Bioenergiepflanzen und Nahrungsmittel auch durch andere Investitionsinteressen auszeichnen, nämlich der Ausbeutung von Ressourcen (z.B.: Holz, Wasser, Bodenschätze), Tourismus, Spekulation, Jagd und dem Kohlenstoffhandel.

Im Folgenden wird eine Arbeitsdefinition für den Begriff aufgestellt. In diesem Sinne soll „Land Grabbing“ von nun an verstanden werden:

Land Grabbing“ bezeichnet die langfristige in Besitznahme und/oder Kontrolle von großen Landflächen (>10,000 ha) durch (inter)nationale Akteure (Regierungen, private Investoren und Mischformen) auf Grund eines Investitionsinteresses, welches ohne dem vollen Einverständnis der lokalen Bevölkerung, die das besagte Land in irgendeiner Weise nutzt, realisiert wird und wodurch diese- in Folge- einen Nutzungsverlust erleidet.

Im nächsten Kapitel soll diskutiert werden, ob Land Grabbing ein neues Phänomen ist, oder etwas, dass in der ein oder anderen Form immer schon existiert hat.

4.3 Eine neue Entwicklung?

Wirft man einen Blick in die Geschichte, so kann man erkennen, dass der Kolonialismus oder die Ausbeutung von Ressourcen dem hier besprochenen Phänomen in seiner Grundlage sehr ähnlich sind. Bei beiden geht es um die Inbesitznahme von Land oder der sich darauf befindenden Ressourcen, um daraus Profit zu schlagen bzw. es für Eigeninteressen zu nutzen. Und bei beiden Phänomenen war und ist der Nutzungsverlust der dort angesiedelten Bevölkerung nicht ausgeschlossen. Nicht umsonst hört man in den Medien immer wieder von Agrokolonialismus oder Neokolonialismus.

Der größte Unterschied zu damals ist, dass heute andere Strukturen und Mechanismen am Werk sind, die dieser Entwicklung zu Grunde liegen. Auch werden die Diskussionen durch die veränderten Umstände anders geführt. Weiters sind die Akteure unabhängige Staaten, mit souveränen Rechten und Entscheidungsmacht¹⁸³, wodurch das Einverständnis beider Seiten gegeben sein muss.¹⁸⁴ (Dieser Unterschied lässt sich aber leicht abschwächen, wenn man an das wirtschaftliche und finanzielle Abhängigkeitsverhältnis zwischen Nord und Süd denkt.)

Die veränderten Umstände heißen aber nicht, dass sich die Art der Landaneignung seit damals maßgeblich verändert hat. Tatsache ist, dass „Land Grabbing“ im Wesen kein neues Phänomen ist. Wie auch schon in der Einleitung besprochen, sind neben dem Kolonialismus auch illegale Landaneignungen, Besetzungen, umstrittene Landreformen und anderes dem, was hier behandelt wird, sehr ähnlich.

„Land Grabbing“ passierte in der ein oder anderen Form immer wieder in der Geschichte, auch noch lange nach dem Kolonialismus und vor der aktuellen Thematisierung in den Medien, beispielsweise nach dem Zerfall der Sowjetunion 1991, als sich ausländische Investoren ehemaliges staatseigenes Land aneigneten. Auch die „Bananenrepubliken“ sind ein Beispiel für vom Ausland kontrolliertes Land (in diesem Fall Obstplantagen), das in die hier verwendete Definition von Land Grabbing fällt.¹⁸⁵

Doch warum ist nun jenes Land Grabbing, welches die aktuelle Debatte prägt, anders? Warum beschäftigen sich so viele Dokumente und Artikel mit dem Thema, wenn ähnliche Aktionen noch vor ein paar Jahren keine Medienresonanz fanden?

The Economist sieht die maßgeblichen Unterschiede vor allem in der Größe der Flächen, um die es sich handelt, in der Beteiligung der Regierungen, in der Investition in Grundnahrungsmittel und Energie anstatt in Industrie und in dem neuen Ziel der Eigenvorsorge, um den Weltmarkt umgehen zu können.¹⁸⁶

Dazu kommt die Geschwindigkeit, mit welcher diese Deals passieren. Laut Weltbank kam es in weniger als einem Jahr zu 464 Verträgen und zu Interessensbekundungen an 42 Millionen Hektar insgesamt.¹⁸⁷ Laut IFPRI handelt es sich um etwa 37- 49 Millionen

¹⁸³ Anmerkung: Wie es tatsächlich mit den Machtverhältnisse innerhalb der Staatengemeinschaft und auch innerhalb der betroffenen Länder steht ist weitaus komplexer. Im Endeffekt ist die Verhandlungsmacht auf Seiten der Wohlhabenderen, was das Bild des Investitionslandes als souveränen Entscheidungsträger etwas verzerrt.

¹⁸⁴ Ein Einverständnis zumindest zwischen den offiziellen Verhandlungspartnern.

¹⁸⁵ *The Economist*, 2009, <http://www.economist.com/node/13692889>; Meizen-Dick/Markelova, 2009, 70

¹⁸⁶ *The Economist*, 2009, <http://www.economist.com/node/13692889>

¹⁸⁷ Weltbank, 2010, 35

Acre¹⁸⁸, die zwischen 2006 und 2009 in Entwicklungsländern von ausländischen Investoren übernommen worden sind.¹⁸⁹

Und dies ist nur die Zahl der bekannten Investitionen. Auf Grund mangelhafter Transparenz kann davon ausgegangen werden, dass die Anzahl weitaus größer ist. In der Zeitschrift wird sehr treffend von der „*current round of land acquisitions*“ gesprochen, was andeuten soll, dass es sich um kein neues Phänomen handelt, aber dass es neue Aspekte beinhaltet.¹⁹⁰

GRAIN schreibt folgendes zu den neuen Land Grabbern:

*„The new land grabbers, (...) want to enclose more of the commons. They want to dismantle our relationships and connections. They no longer need to invade: they can make commercial deals. They no longer have to carry the burden of maintaining slaves; they can rely on a ready supply of low-wage labour. They are no longer responsible for crushing the rebellious; the host governments will deal with those issues. If they do not, appropriate international companies will provide the service through informal gunmen.“*¹⁹¹

Hier werden weitere wichtige Punkte angesprochen, die das gegenwärtige Land Grabbing charakterisieren: a) der halblegale Abwicklungsablauf, der durch das neoliberale System gewährleistet wird. Denn die Regierungen des Anbieterlandes erlauben beziehungsweise unterstützen in vielen Fällen die Ausbeutung der Arbeitskraft (Arbeitsplatzkreierung) und die Vertreibung jener Menschen, die das Land zuvor nutzten. b) Auch kümmert sich die Regierung um die Unterdrückung von Protesten (Schaffung eines sicheren Investitionsklimas). Somit bleibt ein großer Teil der Verantwortung auf Seiten des Landes mit den Landressourcen.

Man kann Land Grabbing für die Produktion von Nahrungsmittel und Agrotreibstoffen auch als *outsourcing* bezeichnen, so wie es Richard Ferguson, ein Analyst für Nomura Sicherheit, tut. Und zwar spricht er von einer dritten Auslagerungswelle („outsourcing’s third great wave“), folgend auf jene der verarbeitenden Industrie in den 1980er (1. Welle)

¹⁸⁸ Das sind ca. 149 734- 198 296 km²

¹⁸⁹ IFPRI zitiert in: The Economist, 2009, <http://www.economist.com/node/13692889>

¹⁹⁰ The Economist, 2009, <http://www.economist.com/node/13692889>

¹⁹¹ GRAIN, 2010, <http://farmlandgrab.org/11498>

und jene der Informationstechnologie in den 1990er (2. Welle).¹⁹²

Die Frage nach den Auswirkungen auf die heimische Industrie ist bei allen Auslagerungstätigkeiten brisant. Dennoch ist die Auslagerung der landwirtschaftlichen Produktion noch viel ambivalenter, da sie eine potentielle Gefährdung der Ernährungssicherung mit sich bringt, indem sie die Ernährungssouveränität der betroffenen Ländern untergräbt und die Struktur der Landwirtschaft nachhaltig verändert.

Hobbelink, der Co-Begründer von GRAIN, warnt vor dieser Entwicklung und davor, die Kontrolle über die eigene Nahrungsmittelproduktion aus der Hand zu geben:

“Do we really want to put the fate of food production and the fate of agriculture in the world in the hands of these private companies, many of them being banks?”¹⁹³

In dieser Aussage spielt er auch auf private Firmen an, die zusammen mit Regierungen oder auch im Alleingang derartige Investitionen in die Landwirtschaft tätigen. Auch der Privatsektor der Weltbank, das internationale Finanzinstitut (*International Finance Cooperation*), spielt eine wesentliche Rolle dabei (siehe Kapitel 5).

Doch nicht alle sehen diese Art von Investition in den landwirtschaftlichen Sektor so negativ. Ein Beispiel ist IFAD-Präsident Kanayo Nwanze, der auch den Begriff „Land Grab“ unpassend findet:

“It is the wrong language to call them land grabs. They are investments in farmland like investments in oil exploration (...). The fact there are distortions does not suggest this should be banned.”¹⁹⁴

Die eigentliche Frage in der öffentlichen Debatte über diese Art von Landaneignung im Ausland dreht sich also darum, ob es ein Investment ist, das beiden Seiten Gewinn bringt, oder, ob es ähnlich wie bei der Kolonialisierung, zu Ressourcenverlust und Außenkontrolle führt. Dabei werden die Risiken der Investoren im Allgemeinen weitaus kleiner eingeschätzt als die möglichen negativen Konsequenzen für die ansässige Bevölkerung. Entwicklung für das Zielland, vor allem im Agrarsektor, ist dabei nicht direktes Ziel, sondern diese soll durch die begleitenden Investitionen, die der Landübernahme folgen,

¹⁹² Fergusen zitiert in: The Economist, <http://www.economist.com/node/13692889>

¹⁹³ Busani, 2009, <http://ipsnews.net/africa/nota.asp?idnews=48982>

¹⁹⁴ Kanayo, Nwanze zitiert in: Abdirashid : <http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/rc20100429a5.html>

vorangetrieben werden (z.B. Infrastrukturentwicklung). Denn der Kauf oder das Leasing von Land allein ist noch keine Investition.¹⁹⁵

4.4 Land Grab oder Auslandsdirektinvestition?

Was ist also der Unterschied zwischen einem „Land Grab“ und einer „Investition“ in Agrarland?

In der öffentlichen Debatte werden diese zwei Begriffe oftmals synonym verwendet beziehungsweise entscheidet die eigene Wertung über das Thema, welcher Begriff letztendlich verwendet wird. Hier scheinen sich zwei Lager gebildet zu haben:

„Während die vom internationalen Staatensystem unterstützten Akteure (UN- und Bretton Woods-Institutionen) vorrangig von „Investitionen in die Landwirtschaft“ sprechen, und damit auf eine legalistisch-technische Verhandlung im Rahmen eines Nachhaltigkeitsdiskurses zielen, der Harmonie und linearen Fortschritt unterstellt, haben einige NGOs und Bauernorganisationen seit 2008 den Gegenbegriff des „Land Grabbing“ geprägt. Dieser hat auch in den medialen Diskurs Einzug gehalten.“¹⁹⁶

Doch abgesehen von der persönlichen Grundhaltung zu dem Thema gibt es auch eine formale Unterscheidung zwischen Land Grabbing und Auslandsdirektinvestition.

Eine Investition kann Ressourcen (vor allem finanzielle) in ein Land hineinbringen, wovon der jeweilige Sektor (in diesem Fall der Landwirtschaftssektor) profitiert (z.B. im Sinne von Produktivitätssteigerung, Arbeitsplatzbeschaffung, Infrastrukturentwicklung). Das Wesentliche am Land Grabbing ist, wie auch die Arbeitsdefinition besagt, ein unfreiwilliger Nutzungsverlust für die ansässige Bevölkerung, welche von dem jeweiligen Land zuvor Gebrauch machte (sei es durch Bewirtschaftung, Grasens der eigenen Herden, Nutzung der Ressourcen, etc.).

Eine Direktinvestition, welche im Ausland stattfindet, ist gemäß der Brock Haus Definition folgendes:

„Langfristige Kapitalanlagen im Ausland, die im Rahmen unternehmerischer Zielsetzungen vorgenommen werden, um in einem anderen Land Immobilien und Unternehmen zu erwerben, Filialen oder Tochterunternehmen zu errichten oder

¹⁹⁵ Künnemann, 2009, 52

¹⁹⁶ Exner, 2010, n.n.

Beteiligungen an ausländischen Unternehmen zu erwerben, die eine dauerhafte und unmittelbare Einflussnahme auf die Geschäftsführung der Kapital nehmenden Unternehmen gewährleisten (Gegensatz: Portfolioinvestition).

*Beweggründe für Direktinvestitionen sind u.a. kostengünstigere Produktion (v.a. bezogen auf Arbeitskosten), Erschließung, Ausbau und Sicherung von Absatz- und Beschaffungsmärkten, Inanspruchnahme von Steuervorteilen und Subventionen, Umgehung von Handelshemmnissen (z.B. Zölle) und anderen staatlichen Auflagen (z.B. Arbeits- und Umweltschutzbestimmungen), internationale Kooperation in Forschung und Entwicklung.*¹⁹⁷

Liest man diese Definition Schritt für Schritt durch, so wird man feststellen, dass die Investition in Land oder in andere natürliche Ressourcen mit keinem Wort erwähnt wird. Es geht vor allem um den Erwerb von Immobilien und Unternehmen und nicht von Ressourcen wie etwa Land.

Weiters kommt klar heraus, dass bei einer Investition die Beweggründe im Vordergrund stehen, die auf eine Gewinnmaximierung abzielen, und dass es nicht darum geht, dem Land, in das man investiert, Vorteile zu bringen. Dessen mögliche Vorteile bei einem Landkauf von ausländischen Akteuren resultieren vor allem aus Gegenleistungen für die Kontrollübernahme, die mit den wirtschaftlichen Interessen der Investoren und den Zielen die sie dort verfolgen zusammenhängen. Auch Investitionen in die Verarbeitungsindustrie und das Zur-Verfügung-Stellen von finanziellen Leistungen sind Teil mancher Deals und können als Gegenleistung betrachtet werden.

Dennoch ist es schwierig, sich auf Auslandsdirektinvestitionen (FDI) in Land zu beziehen, weil es bis dato noch keine offizielle Definition gibt, die diese Art von Investment beschreibt.¹⁹⁸ Nichtsdestotrotz wird in vielen Publikationen auf ganz selbstverständliche Weise von FDI in Land gesprochen.

Die GTZ (Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit) hat einen Versuch gestartet, Auslandsdirektinvestitionen in Land verbal zu erfassen:

“FDI in land by a foreign company or state is based on a lasting interest in taking control over land use rights. The transaction includes either rights of land-use or land-ownership.

¹⁹⁷ Der Brockhaus, 2008, 133

¹⁹⁸ Görgen et al. 2009, 9

The land-use rights are generally valid for a limited period and can possibly be extended.”¹⁹⁹

Diese Definition spricht zwar explizit über Land, dennoch sagt sie nichts über den Investmentcharakter einer FDI in Land aus, sondern beschreibt lediglich das Interesse des „Investors“, die Kontrolle über die Landnutzungsrechte oder das Land selbst zu erhalten. Bei der Frage, ob dies allein schon ein Investment ist oder nicht, scheiden sich die Geister. Im Prinzip handelt es sich lediglich um Kauf oder Pacht.

Je nach Richtung wird der Begriff „Investition“ ein wenig anders gebraucht. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht handelt es sich bei einer Investition um den Einsatz von Geldmitteln zur Beschaffung von Sachkapital auf langfristiger Basis zum Zweck der Güterproduktion.²⁰⁰ Zwar geht es hier auch nicht um Naturkapital, wie Land eines ist, dennoch sind zwei Komponenten hier wichtig, die eine Direktinvestition ausmachen und zwar Zeit und Zweck. Der Zeitfaktor ist bei der Definition der GTZ auch enthalten („lasting interest“), dennoch fehlt der Zweck völlig. Geldmittel werden nämlich eingesetzt, um *etwas zu produzieren*, und das auf lange Zeit. In diesem Sinn soll FDI im Weiteren verstanden werden- der Übergang zu Land Grabbing ist aber fließend. Es stellt sich nämlich die prekäre Frage, wann eine FDI in den Agrarsektor zu einem Land Grab wird und wie es dazu kommen kann.

Bei dieser Frage rücken menschenrechtliche Faktoren ins Bild, wenn man an die Eingangsdefinition denkt, die besagt, dass ein Land Grab mit einem Nutzungsverlust einhergeht. In anderen Sektoren als der Landwirtschaft haben durch FDI finanzierte Projekte in vielen Fällen zu Verletzung von politischen, zivilrechtlichen, ökonomischen, sozialen und kulturellen Rechten (inkludiert das Recht auf Nahrung) geführt.²⁰¹ Bei der FDI in Land kann es zu ähnlichen Konsequenzen kommen, mit besonderer Beachtung der Verletzung des Rechts auf Nahrung. Findet ein Nutzungsverlust statt, kann die Existenzgrundlage der im betroffenen Gebiet ansässigen Bevölkerung in Gefahr geraten, denn das für lebenswichtige Funktionen dienende Land kann durch den Kauf oder das Leasing vom Ausland im Normalfall nicht mehr in gleicher Weise verwendet werden wie zuvor. Auch Entschädigungen mit einer gleichwertigen Lebensgrundlage fallen oftmals

¹⁹⁹ Görgen et al, 2009, 9

²⁰⁰ Rieger, 2009, 2

²⁰¹ Künnemann, 2009, 52

unter den Tisch,²⁰² was die Betroffenen in eine gefährliche Lage bringen kann.

Wenn also keine Rücksicht auf diese Aspekte genommen wird, führt der Kauf oder das Leasing von Land zu Menschenrechtsverletzungen. Es geht also um die Bedingungen der Investitionen (Wie wird investiert? Wird auf Menschenrechte und auf bestehende formale und nichtformale Landrechte Rücksicht genommen? Werden alle Beteiligten in den Prozess miteinbezogen?) und deren Auswirkungen (Was kommt danach? Ist die Investition angepasst und sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltig?), die darüber entscheiden, ob es sich um einen Land Grab handelt oder nicht.

Wenn Land also vom Ausland gekauft oder geleast wird, mit der Intention dieses auf produktive Weise zu nutzen, jedoch ohne Einwilligung oder angemessene Entschädigung jener Menschen, die entweder formale oder nicht formale Rechte auf das Land haben oder es direkt oder indirekt, auf eine nicht ausbeuterische Weise für die Sicherung ihres Lebensunterhaltes nutzen, dann sprechen wir nicht mehr von einer Investition, sondern von einem Land Grab.

Darüber hinaus könnte man abgesehen vom ökonomischen Nutzen, der ohnedies im Vordergrund steht, noch mehr Investitionskategorien schaffen, zum Beispiel soziale und ökologische Verträglichkeit der Investition. Denn selbst wenn es zu einer Einwilligung der lokalen Bevölkerung in die Investition kommt, kann eine totale Umfunktionierung des Landes zu nachhaltigen Schäden des Bodens (und zum Absinken des Grundwasserspiegels) führen, beispielsweise durch Verwendung von Anbauarten, die zukünftige Pflanzengenerationen beeinflussen. Die Investition kann dann zwar einige Zeit wirtschaftlich rentabel sein, sich aber auf viele andere Sektoren negativ auswirken. Dies wäre dann zwar kein Land Grab, dennoch werden durch die veränderten Nutzungsverhältnisse die Produktions- und Arbeitsstrukturen nachhaltig umgewandelt.

4.5 Die neuen Landbesitzer und der Ansturm auf landwirtschaftliche Nutzflächen

Wer sind denn nun eigentlich die Akteure und welche Länder sind am attraktivsten für Land Grabs? Wofür werden die Flächen verwendet und wie weit hat sich Land Grabbing schon ausgebreitet? Und vor allem, was sind die bisher erfassten Konsequenzen für die Betroffenen? Im folgenden Kapitel wird auf diese Fragen eingegangen werden.

²⁰² Weltbank, 2010, xxi

4.5.1 Die Akteure und ihre Motivation

Prinzipiell gibt es zwei Hauptmotivationen für das Geschäft mit Land: Eine liegt in der Produktion von Nahrungsmitteln sowie Futtermitteln und die andere in der Produktion von Agrotreibstoffen.²⁰³ Die Akteure können, so wie die WB vorschlägt, in drei Kategorien eingeteilt werden. Diese sind:²⁰⁴

1. Regierungen:

vor allem die Golf Staaten (Saudi Arabien, Vereinigte Arabische Emirate, Katar, Kuwait und Bahrain), China, Japan, Südkorea, Nord Afrika (Libyen, Ägypten), Russland, die USA und EU Länder wie z.B. England²⁰⁵

2. Finanzeinheiten:

Anlagebanken, Hedge-Fonds, Pensionsfonds, Staatsfonds und privates Eigenkapital

3. Traditionelle oder industrielle landwirtschaftliche Betreiber und Händler

Diese haben Anreize erfahren ihren Tätigkeitsumfang auszuweiten oder Vorwärts- bzw. Rückwärtsintegration zu betreiben und Land selbst zu akquirieren. Agribusiness Akteure und industrielle Gewerbe (z.B.: Zuckerrohr- und Palmölindustrie) fallen in diese Kategorie.

Anders könnte man die Akteure auch in Regierungen, private Akteure und Mischformen einteilen. Dabei sind die Regierungen die gleichen wie oben. Zu den privaten Akteuren zählen bei dieser Einteilung vor allem Anlagebanken, Hedge-Fonds, Pensionsfonds, privates Eigenkapital, Agribusiness, industrielle Gewerbe, Rohstoffhändler und Bergbauunternehmen, aber auch lokale Eliten. Zu den Mischformen zählen vor allem die Staatsfonds.²⁰⁶

Je nach Akteur lassen sich unterschiedliche Interessen und Motive erkennen. Auch gibt es Unterschiede in der Frage, wo investiert wird und was produziert wird.

Agribusiness und Industrie machen den größten Teil der Investoren aus, wobei Agribusiness sich mehr auf Agrargüter spezialisiert und das industrielle Gewerbe eher auf Agrotreibstoffe.²⁰⁷ Land wird auch als Finanzobjekt zum Schutz vor Inflation verwendet,

²⁰³ Spielfeld/Murphy, 2009, 42

²⁰⁴ Weltbank, 2010, 3

²⁰⁵ Weltbank, 2010, 36; Smaller/Mann, 2009, 6

²⁰⁶ Siehe Smaller/Mann, 2009, 6

²⁰⁷ Weltbank, 2010, 36

denn die Investoren gehen davon aus, in der Zukunft große Einnahmen damit erzielen zu können, da man annehmen kann, dass die Preise für Land steigen werden.²⁰⁸

Die Investitionen des Privatsektors aus Europa, den USA und Japan suchen weltweit nach Land für den Anbau von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Agrotreibstoffen. Die Golf Staaten tendieren dazu, Land in jenen Staaten zu kaufen bzw. zu leasen, mit welchen sie eine kulturelle oder historische Bindung haben oder auch eine geographische Nähe. Ihnen geht es vor allem um Nahrungsmittelproduktion für den Rückimport ins eigene Land. China, Japan und Südkorea spezialisieren sich eher auf Afrika und Asien bei ihrer Suche nach geeignetem Land für die Produktion von Nahrungsmitteln, Futtermitteln und Agrotreibstoffen und zwar ebenfalls mehrheitlich für die Konsumation im eigenen Land.²⁰⁹

Wie schon erwähnt, sind Ernährungs- und Energiesicherheit treibende Faktoren für das steigende Interesse an Land. Die Unsicherheit über das Nahrungsangebot in Folge der Krise wurde auch durch schrumpfende landwirtschaftliche Produktion in einigen Gebieten hervorgerufen. Saudi Arabien beispielsweise war durch weitreichende Subventionen und wasserintensive Produktion bis vor Kurzem noch unabhängig von Weizenimporten. 2007 fing es wieder an, Weizen zu importieren, und bis 2016 wird die Weizenproduktion ganz eingestellt werden. Grund dafür ist die langjährig praktizierte, wasserintensive Landwirtschaft, welche den Grundwasserspiegel absinken hat lassen, wodurch die Produktivität vermindert wurde.²¹⁰ Derzeit unterstützt die Regierung in Saudi Arabien landwirtschaftliche Investitionen durch saudische Unternehmen im Ausland im Rahmen der „*King Abdullah Initiative for Saudi Agricultural Investment Abroad*“ mit dem Zweck, die Ernährungssicherung für die eigene Bevölkerung sicherzustellen. Strategische Anbaupflanzen sind dabei etwa Reis, Weizen, Gerste, Mais, Zucker, Grünfutter.²¹¹

Auch Südkorea, ein Nettonahrungsmittelimporteur, zeigte sich besorgt um seine nationale Nahrungsmittelversorgung auf Grund der hohen Preise und der Versorgungsengpässe im Zuge der Krise. Es hat angekündigt, Land im Ausland zu erwerben, um Nahrungsmittel für den heimischen Konsum anzubauen. Zielländer sind unter anderem die Mongolei und Russland.²¹² In Katar ist nur 1% der gesamten Fläche für den Anbau geeignet. Deshalb kaufte der Staat im Zuge der Krise 40 000 Hektar Land in Kenia für den Pflanzenanbau. Auch in Vietnam und Kambodscha hat Katar Land für die Reisproduktion erworben, sowie

²⁰⁸ Weltbank, 2010, 3

²⁰⁹ Smaller/Mann, 2009, 6

²¹⁰ Cotula et al., 2009, 53

²¹¹ Vermeulen/Cotula, 2010, 23

²¹² Spieldoch/Murphy, 2009, 42

im Sudan für den Anbau von Ölfrüchten, Weizen und Mais. Die Vereinigten Arabischen Emirate (UAE), welche 85% ihrer Nahrungsmittel importieren müssen, kauften im Juni 2008 324 000 Hektar Land im Pakistan. China und Japan haben ebenfalls Interesse daran, Land zu erwerben, und zwar als Teil einer Langzeitstrategie für Ernährungssicherung. China will seine Reisproduktion von 2009 bis 2014 auf das 5-fache steigern, wofür es 101 171 Hektar Land in Zimbabwe erworben hat.²¹³

Neben dem Interesse, nationale Nahrungsmittelverfügbarkeit sicherzustellen, gibt es ein starkes Interesse an Land für die Produktion von Agrotreibstoffen zur Energiegewinnung, aber auch an neuen Rohstoffquellen für Fertigprodukte. Die Nachfrage nach Agrotreibstoffen ist in den letzten Jahren stark angestiegen, da sich einige, von Öl abhängige Staaten ambitionierte Ziele für die Agrotreibstoffproduktion setzten und Biodiesel und Bioethanol neben den traditionellen Transporttreibstoffen etablieren wollen. Die EU beispielsweise hat sich zum Ziel gesetzt, 10 Prozent des Treibstoffes für den Straßengüterverkehr bis 2020 durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen.²¹⁴ Es ist anzunehmen, dass dieses Ziel zum Großteil über Agrotreibstoffe erreicht werden soll.²¹⁵ Die meisten Landnahmen für die Agrotreibstoffproduktion passieren durch private Unternehmen, hauptsächlich aus der EU, Japan und den USA. Die britische Firma *Sun Biofuels* hat beispielsweise 80 000 ha in Äthiopien, 8000 ha in Tansania und 5000 ha in Mozambique für den Anbau von *Jatropha* erworben. Eine ebenfalls britische Firma mit dem Namen *CAMS Group* kaufte 45 000 ha in Tansania, um Ethanol aus Sorghum zu produzieren. China ist eine Ausnahme, denn dort haben staatseigene Firmen (und nicht private) 2,8 Millionen ha Land in der Demokratischen Republik Kongo für die Produktion von Palmölplantagen erworben.²¹⁶

Private Investoren sind in vielen Fällen nicht genau von Regierungen zu trennen. Privatakteure werden nämlich oftmals von Regierungen oder Staatsfonds gesponsert. Auch bietet das Vorantreiben der Agrotreibstoffe als Teil der politischen Strategie der EU (wie schon oben erwähnt), aber auch Indiens, Brasiliens und der USA eine Motivation für private Akteure, in diesen Sektor einzutreten, da der Markt dafür garantiert zu sein scheint. Auch finanzielle Anreize wie Subventionen und Steuervergünstigungen werden geboten,²¹⁷ wodurch die Trennung von privat und öffentlich verschwimmt. Das Motiv für

²¹³ Daniel/Mittal, 2009, 3

²¹⁴ Daniel/Mittal, 2009, 4

²¹⁵ Friends of the Earth, 2010, 8

²¹⁶ Friends of the Earth, 2010, 12

²¹⁷ Meizen-Dick/Markelova, 2009, 70f.

Investitionen in Land ist beim privaten Sektor das Erzielen von Gewinnen. Durch die steigenden Nahrungsmittelpreise wurde der Erwerb von Land für die Produktion von Nahrungsmitteln, Agrotreibstoffen oder anderen landwirtschaftlichen Produkten zu einer attraktiven Option. Dabei geht es weniger um kurzfristige Erwägungen, sondern um die Erzielung von Gewinnen über einen längeren Zeitraum hindurch.²¹⁸ Finanzinvestoren, welche nach Investitionsmöglichkeiten außerhalb des Banken- und Immobiliensektors suchen, haben in landwirtschaftlichen Märkten Investitionsmöglichkeiten gesehen, da der Wert von Nahrung und fruchtbarem Land steigen wird. Eine Anzahl von Anlagebanken, einschließlich BlackRock (US), Deutsche Bank (Deutschland), Goldman Sachs (US) und Knight Frank (UK) haben landwirtschaftliche Investitionsfonds eingerichtet.²¹⁹

Die Privatsektorinvestoren sind mehrheitlich Investitions- oder Beteiligungsunternehmen und keine Spezialisten im Bereich Landwirtschaft und Anbau. Das bedeutet, dass die Expertise für das Management großer Farmen erst erworben werden muss.²²⁰

Für Agribusiness hat der Eintritt in die direkte Produktion einerseits den Vorteil, dass einerseits nicht mehr vom Markt gekauft werden muss (der Marktpreis enthält nämlich auch die Anteile für die Händler) und andererseits das Angebot gesichert ist (falls Marktpreise steigen oder Exportrestriktionen die Verfügbarkeit am Weltmarkt minimieren). Durch diese Vorteile werden die Risiken, die der Besitz von großen Landflächen im Ausland mit sich bringt, ausgeglichen. Weiters ist Land in vielen Teilen Afrikas noch sehr billig, was sich in naher Zukunft schnell ändern könnte. Wenn der Wert von Land steigt, kann zusätzlicher Gewinn durch den Ertrag der landwirtschaftlichen Produkte erzielt oder aber auch Profit mit dem Land selbst gemacht werden. Dies gilt für heimische und ausländische Investoren gleichermaßen.²²¹

4.5.2 Globales Ausmaß der Landnahmen

Land Grabs bzw. Investitionen in große Landflächen haben sich seit der Krise (und in einem geringeren Ausmaß auch schon davor) in vielen Ländern zugetragen.

Laut Schätzungen der Weltbank, die ihre Informationen wiederum aus Medienberichten zusammengetragen hat, gab es in nur weniger als einem Jahr (1.10.2008 und 31.8.2009) Interesse an 42 Millionen Hektar Land durch Investoren weltweit. 75 Prozent davon waren in Subsahara-Afrika (32 Millionen Hektar). Länder mit reichlich vorhandenem, nicht

²¹⁸ Cotula et al., 2009, 56f.

²¹⁹ Smaller/Mann, 2009, 4

²²⁰ Hallam, 2009a, 4

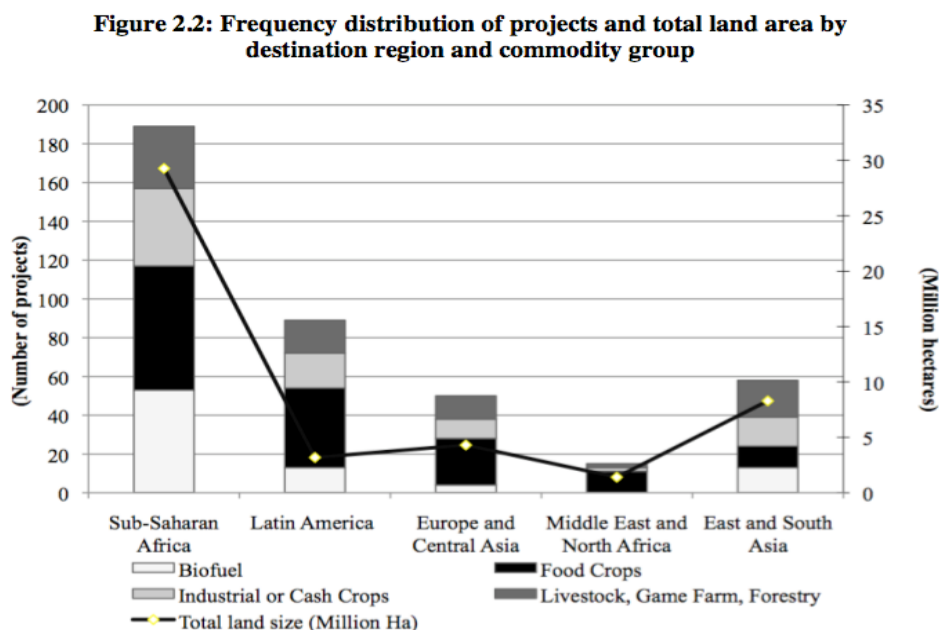
²²¹ Cotula et al., 2009, 57

bewaldetem und nicht kultiviertem Land, welches landwirtschaftliches Potential aufweist, haben die meisten Investoren angezogen.²²²

Zwischen 1.10. 2008 und 31.8.2009 hat es 464 Projekte gegeben, welche sich in 81 Ländern zugetragen haben. Neben Ländern in Subsahara-Afrika sind auch die Regionen Südostasien, Europa (vor allem Osteuropa) und Zentralasien und Lateinamerika begehrte Investitionsziele.

Der Mittelwert bei der Größe erworbenen Landes beträgt 40 000 Hektar! Was den Anbau betrifft, so gibt es von 405 Projekten Informationen über das Anbauprodukt. 37% konzentrieren sich demnach auf Nahrungsmittel, 21% auf Agrotreibstoffe, nochmals 21% auf cash crops und Industriepflanzen und der Rest auf Viehhaltung, Wildreservate und anderes.²²³

Die Linie in der folgenden Graphik zeigt, wo die meiste Fläche vergeben wird. Die Höhe der Balken weist auf die Anzahl der Projekte hin.



Note: The histogram for the frequency of projects is drawn for the 405 projects for which the purpose and the destination region are known. The total areas are computed based on the 202 projects for which the size is known.
Source: Media reports posted on the GRAIN website between 1 October 2008 and 31 August 2009.

Abbildung 5: Verteilung der Projekte und Größe der Landflächen auf die unterschiedlichen Gebiete mit Information über die Anbauprodukte²²⁴

Die Weltbank nennt die Länder, für welche die meiste Nachfrage bei Investoren besteht. In Subsahara-Afrika sind das der Sudan, Äthiopien, Nigeria, Ghana und Mozambique.

²²² Weltbank, 2010, xiv

²²³ Weltbank, 2010, 35

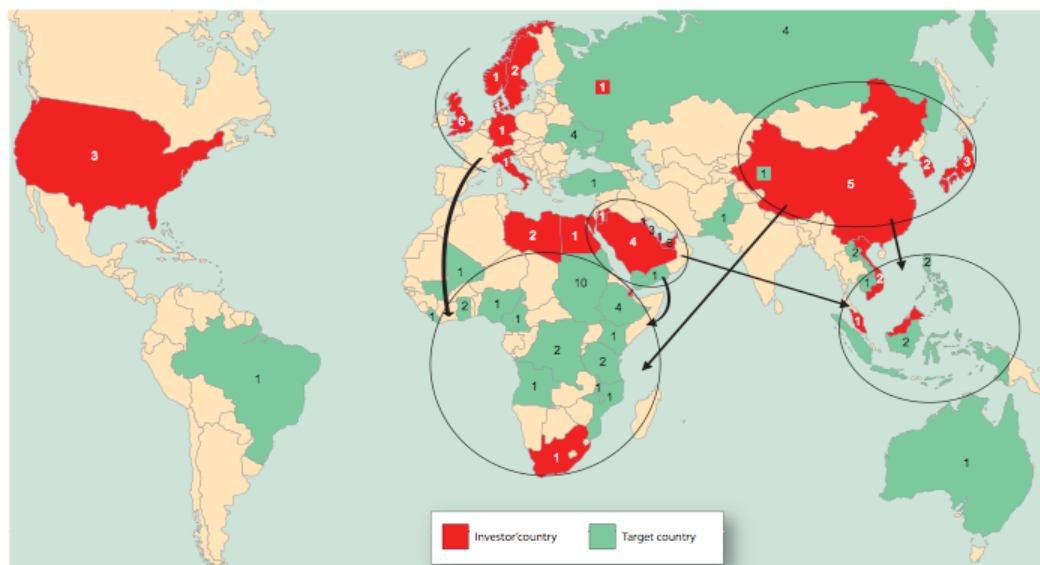
²²⁴ Abbildung 5: Weltbank, 2010, 35

Gemeinsam haben sie bisher 23 Prozent der gesamten Projekte erworben. 21 Prozent der Projekte wurden mit lateinamerikanischen Ländern vereinbart (hauptsächlich mit Brasilien und Argentinien), 11 Prozent mit Europa und Zentralasien (Russland, Kasachstan, Ukraine) und 10 Prozent mit Südostasien (Philippinen, Kambodscha, Laos, Indonesien).

Olivier De Schutter orientiert sich bei der Benennung der Hauptzielländer eher an der Größe der erworbenen Flächen, wodurch teilweise andere Länder in den Vordergrund treten. Das sind in Subsahara-Afrika demnach: Kamerun, Äthiopien, die Demokratische Republik Kongo, Ghana, Madagaskar, Mali, Somalia, Sudan, Tansania und Sambia. In Mitteleuropa, Asien und Lateinamerika sind es vor allem Brasilien, Kambodscha, Indonesien, Kasachstan, Pakistan, die Philippinen, Russland und die Ukraine.²²⁵ Weitere Staaten, welche Investoren anlocken, sind Sierra Leone, Benin, Australien, Angola, Malawi und Swaziland.

Die nachstehende Abbildung gibt einen Überblick über die Investor- und Zielregionen in Bezug auf überseeische Investitionen für die landwirtschaftliche Produktion.

Figure III.14. Investor and target regions and countries in overseas land investment for agricultural production, 2006–May 2009
(Number of signed or implemented deals)



Source: UNCTAD.

Notes: This map covers only confirmed deals that have been signed, some of which have been implemented. However, not all signed deals have been implemented, and all signed deals that were rescinded by one or both parties before the end of May 2009 are excluded. Prospective deals reported in the press, but which have not progressed to the stage of agreement are excluded. The total number of deals was 48, shown by both source and destination countries.

Abbildung 6: Investor- und Zielregionen in Bezug auf überseeische Investitionen für die landwirtschaftliche Produktion²²⁶

²²⁵ De Schutter, 2009b, 3

²²⁶ Abbildung 6: UNCTAD, 2009b, 123; Die Karte gibt nur einen groben Überblick, denn nicht alle der erwähnten Länder sind darin eingezeichnet.

Das nächste Unterkapitel wird sich näher mit den Konsequenzen und potentiellen Risiken für die Bevölkerung in den Zielländern auseinandersetzen.

4.5.3 Konsequenzen und Risiken für die betroffene Bevölkerung

Die Motivation der verschiedensten Investoren für die Landgeschäfte im Ausland und der Nutzen, den sie sich davon erhoffen, wurden in den vorangehenden Kapiteln immer wieder dargestellt und werden auch weiterhin Thema bleiben.

An dieser Stelle wird der Fokus auf jene Menschen und deren Lebensumfeld gerichtet, welche die Auswirkungen der Investitionen (positiv oder negativ) direkt zu spüren bekommen. Dadurch, dass es sich bei den besagten Investitionen um Geschäfte handelt und nicht um Wohltätigkeitsmaßnahmen, steht der Nutzen für die Investoren im Vordergrund. Dennoch wird der potentielle Nutzen der oft umstrittenen Investitionen für die heimische Bevölkerung immer wieder herausgestrichen. Dieser Nutzen sollte sich vor allem durch den Technologietransfer, welcher zu Innovation und Produktivitätssteigerung führt, Kapitalzuflüsse, Infrastruktureinrichtungen, Verbesserung der heimischen Produktion, Qualitätsverbesserung, Schaffung von Arbeitsplätzen und Einkommen, Exporterträge und mögliche Anhebung der Nahrungsmittelverfügbarkeit für den heimischen Markt und den Export aufbauen. Auf diese Weise sollten Investitionen in Landwirtschaft die Ernährungssicherung im Land vorantreiben.²²⁷

Viele Studien zeigen aber auf, dass diese vorteilhaften Folgeeffekte sich nicht im gewünschten Ausmaß in die Realität umsetzen. Forschungsergebnisse aus diversen Publikationen zum Thema berichten über die folgenden Auswirkungen:

- **Verlust von Zugang zu Land**

Wird ein Land gekauft oder geleast, so stellt sich die Frage, wie und von wem es vorher genutzt wurde. In vielen Ländern und speziell in Subsahara-Afrika werden Besitzverhältnisse über die verschiedensten Formen von Gewohnheitsrecht geregelt. Das heißt, dass die Nutzer keine klassischen Eigentumstitel auf das Land haben, auch deshalb nicht, weil Grund und Boden in vielen Ländern offiziell dem Staat gehört. Infolge der unklaren Rechtslage kam es im Zuge von Landinvestitionen zu unzureichender Rücksprache mit der lokalen Bevölkerung und zu unfreiwilligen Landverlusten. Besonders gefährdet sind Kleinbauern, darunter vor allem Frauen, aber auch Indigene, Viehhalter und

²²⁷ Hallam, 2009b, 33

Fischer. Diesen werden auch oftmals im Gewohnheitsrecht keine Rechte zugesprochen.²²⁸

In Bezug auf Frauen wurde weiters beobachtet, dass ihnen von den Investoren wenig Chance auf ein Arbeitsverhältnis zugestanden wird und dass sie auch bei Entscheidungsprozessen rund um die Investition vernachlässigt werden.²²⁹

Ein weiteres Problem ist die Annahme, dass es in Subsahara-Afrika viel ungenutztes Land gibt und viel Land, dessen volles Potential nicht ausgeschöpft wird. Dabei wird oft nicht mitbedacht, dass auch, wenn Land nicht zur Gänze ausgelastet ist, es dennoch benützt wird und ein Anspruch der ansässigen Bevölkerung darauf besteht. Konzepte, die Land mit Kategorien wie „available“, „idle oder „waste land“ versehen, um die Verteilung an Investoren zu rechtfertigen, nehmen auf diese Tatsachen keine Rücksicht.²³⁰ Auch in Ländern, wo es ausreichend Land gibt, erzeugt der verminderte Zugang zu Land und den sich darauf befindenden Ressourcen Beunruhigung.²³¹ Wenn Land beispielsweise nicht mehr für das Grasens von Viehherden verwendet werden kann oder Wasserstellen nicht mehr zugänglich sind, so hat dies mögliche Auswirkungen auf die Ernährungssicherung. Offensichtlich ist dies auch, wenn die Kontrolle über die Nahrungsmittelproduktion verloren geht. Die oftmals unklare Rechtslage über ein Stück Land und das Ignorieren von traditionellen Rechten durch Investoren und Regierungen können dazu führen, dass keine Rechtsmittel zu Verfügung stehen, wenn vormalige Nutzer vertrieben werden und keine angemessene Kompensation für den Zugangsverlust erhalten.²³²

Ein anderer Aspekt ist die Fruchtbarkeit der Länder, welche gekauft oder geleast werden. Es wurde immer wieder gesagt, dass Agrotreibstoffe wie *Jatropha* und *sweet sorghum* auch auf relativ unfruchtbarem Land wachsen können. Tatsächlich werden aber viele der genannten Agrotreibstoffe auf Agrarland produziert. *Friends of the Earth* berichtet von Fällen in Ghana, Nigeria und Tansania, wo Farmer ihr Land wegen der Produktion von Agrotreibstoffen verlassen mussten.²³³

Tatsache ist, dass es für Investoren immer noch profitabler ist, Kompensationszahlungen an die lokale Bevölkerung zu leisten als weniger fruchtbares Land zu kultivieren. Das erklärt auch, warum in Ländern mit vielen verfügbaren Landflächen wie dem Sudan bei der Verteilung von Flächen für großflächige Produktion auch über die Vereinnahmung von

²²⁸ Daniel/Mittal, 2009, 14

²²⁹ Weltbank, 2010, 50

²³⁰ Cotula et al., 2009, 62

²³¹ Weltbank, 2010, 50

²³² Siehe De Schutter, 2009a, 11

²³³ Friends of the Earth, 2010, 18f.

lokalen Landrechten durch die Investoren und Regierungen berichtet wurde.²³⁴

- **Negative Auswirkungen auf die Umwelt**

Die Landnahmen haben in vielerlei Hinsicht negative ökologische Auswirkungen. Die Umwandlung von Wäldern und Weideland in landwirtschaftliche Monokulturanbauflächen führt zu vermehrter Bodenerosion und dem Verlust von Biodiversität. Weiters tragen sie zum Klimawandel bei, da hohe Kohlenstoffbestände des Bodens dadurch abgebaut werden. Der hohe Verbrauch an Wasser durch großflächige Bewirtschaftung führt zur Reduktion von Wasserverfügbarkeit sowie zur Verminderung der Wasserqualität durch die Verwendung von Pestiziden und Düngemitteln, die mit dieser Bewirtschaftungsform einhergeht. Eine Störung des lokalen Ökosystems kann weiters durch die Einführung von Pflanzen passieren, die nicht Teil des betreffenden Ökosystems sind.²³⁵ Einige Agrotreibstoffe wie z.B. Zuckerrohr, Soja und Palmöl werden direkt in tropischen Gebieten und anderen Biodiversität-Hotspots angebaut.²³⁶ Die Ölpalme unter ihnen ist zwar heimisch in Feuchtgebieten, dennoch führen Ölpalmenplantagen zu Austrocknung und zur Zerstörung der Biodiversität.²³⁷

Außerdem steigt im Fall von Monokulturanbau die Wahrscheinlichkeit, dass sich Pflanzenfäule und Schädlinge unter den Pflanzen ausbreiten.²³⁸

Die *Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit* (GTZ) schreibt, dass umweltfreundliche Produktionsmethoden gesteigert werden könnten, wenn die Investoren nachhaltige Praktiken ins Zielland importieren würden. Außerdem hätten importierte Qualitätsstandards auf die Nahrungsmittelproduktion einen positiven Einfluss.²³⁹ Der relativ kurzfristige Orientierungshorizont der Investoren im Vergleich zu der langfristigen Perspektive, die es braucht, wenn ökologische Auswirkungen der Landnutzung in Betracht gezogen werden²⁴⁰, deutet jedoch nicht in die von der GTZ gewünschte Richtung.

Ein weiteres Thema sind genetisch modifizierte Anbaupflanzen: Der Druck, die Produktion zu steigern, wird von einigen Biotech Firmen als Möglichkeit gesehen, gentechnisch modifizierte Pflanzen einzuführen. Derzeit fließt viel Geld von derartigen Unternehmen in die diesbezügliche Forschung.²⁴¹

²³⁴ Cotula et al., 2009, 62

²³⁵ GTZ, 2009, 24

²³⁶ Actionaid, 2010, 12

²³⁷ Friends of the Earth, 2010, 22

²³⁸ Cotula et al., 2009, 9

²³⁹ Görden et al., 2009, 24

²⁴⁰ Meizen-Dick/Markelova, 2009, 74

²⁴¹ Friends of the Earth, 2010, 24

- **Politische Instabilität**

Der Ankauf oder das Leasing von großen Agrarflächen kann sich darüber hinaus auch auf den sozio-politischen und den ökonomischen Kontext des Ziellandes auswirken. Der Deal mit *Daewoo Logistics* in Madagaskar beispielsweise, wo es sich um 1,3 Millionen Hektar handelte (Genaueres dazu im nächsten Kapitel), hat zu politischer Instabilität und internen sozialen Konflikten geführt. Darüber hinaus können Landinvestitionen zur Verschlimmerung der ohnehin schon angespannten Lage hinsichtlich der politisch umstrittenen Fragen zu Landverteilung und Landrechten beitragen.

Ein weiterer Faktor ist, dass einige der Zielländer von Landinvestitionen Nettoimporteure von Nahrungsmitteln sind und große Mengen an Nahrungsmittelhilfe erhalten. Der Sudan zum Beispiel ist das Land mit der größten Präsenz des WFPs (*World Food Program*) und gleichzeitig eines der Länder mit den größten Deals über Landnahmen, wo Investoren 70 Prozent der Nahrungsmittel wieder exportieren. Solche Fälle werfen im Besonderen Fragen über die Konsequenzen ausländischer Landnahmen auf die Ernährungssicherung der heimischen Bevölkerung auf, besonders wenn fruchtbares Land der lokalen Bevölkerung, genutzt für Nahrungsmittelproduktion, Viehhaltung, Beweidung und andere Aktivitäten, die der Lebenserhaltung dienen, an ausländische Investoren verteilt werden.²⁴² Der zunehmende Konflikt um Ressourcen, der in solchen Fällen verstärkt wird, kann die politische Stabilität gefährden.

- **Enttäuschte Erwartungen**

Wenn es um den Nutzen für das Zielland geht, so stellt sich David Hallam von der FAO folgende Frage:

Wie kann der Nutzen von Landinvestitionen auf den lokalen Sektor des Ziellandes übergreifen, sodass eine synergetische Beziehung zwischen dem Produktionssystem der Kleinbauern und anderen Schlüsselakteuren der Nahrungsmittelproduktion entsteht?

Erfolge in diese Richtung, so schreibt er, haben sich noch nicht entsprechend gezeigt. Hochmechanisierte Produktionstechnologien mit geringer Arbeitsplatzbeschaffung, die Abhängigkeit von Inputs von außen und die folglich begrenzten Multiplikatoreffekte auf lokaler Ebene, schlechte Arbeitsbedingungen, begrenztes Arbeitsrecht und die oben beschriebenen ökologischen Folgen bereiten Anlass zu Sorge.²⁴³

Die viel gepriesenen Jobaussichten für die lokale Bevölkerung, welche Geld in das betroffene Gebiet bringen könnten, werden nicht im erhofften Ausmaß erfüllt. Es handelt

²⁴² Meizen-Dick/Markelova, 2009, 75

²⁴³ Hallam, 2009b, 33

sich oftmals um kurzzeitige Tätigkeiten wie das Freimachen des Landes, um für den Anbau Platz zu schaffen, oder um Beschäftigungen zur Erntezeit.

Auch gibt es Hinweise, dass dort, wo langfristige Arbeitsplätze geschaffen werden, die Bezahlung so gering ist, dass der Lebensstandard nicht verbessert werden kann.²⁴⁴ Weiters kann Analphabetismus von Investoren beim Unterzeichnen der Verträge ausgenutzt werden, beziehungsweise besteht auch die Gefahr, dass sich lokale Eliten an einem guten Angebot bereichern, damit aber anderen Schaden zufügen.

Friends of the Earth berichten von einem norwegischen Unternehmen, welches 38 000 Hektar Land im Norden Ghanas beanspruchen wollte. Das Land gehörte dem lokalen Oberhaupt und Teile davon waren von Kleinbauern gepachtet. Der lokale Chef war Analphabet und unterzeichnete mit seinem Daumenabdruck einen Vertrag mit dem Unternehmen ohne Wissen der Bauern, die das Land kultivierten. In diesem Fall wurde die Vorgangsweise später als ungültig erklärt, dennoch ist dieses Beispiel vermutlich kein Einzelfall.²⁴⁵

4.5 Land Grabbing im Kontext

4.5.1 Berichterstattung und Transparenz

Die Kontroverse über Land Grabbing bzw. Auslandsdirektinvestitionen (Unterschied siehe Kapitel 4.4) in Ländern mit schwacher Wirtschaftsleistung hat große Medienaufmerksamkeit erregt und international zu heftigen Debatten und kritischen Studien über dieses Thema geführt. Eine große Schwachstelle in der Berichterstattung ist jedoch die mangelnde Information über die konkreten Inhalte der Verträge. Das kommt daher, dass die meisten Verträge kaum öffentlich einsehbar sind.²⁴⁶ Falls dies doch möglich ist, so handelt es sich oftmals um kurze, einfache Texte, die in keiner Relation zu der realen Bedeutung der Transaktion stehen.²⁴⁷ Dies stellt ein grundsätzliches Problem dar, weil wichtige Faktoren unter den Tisch gekehrt werden. Es gibt auch so gut wie keine Informationen zu laufenden Verhandlungen. Empirische Studien mit konkreten Informationen sind auf Grund von mangelnder Einsicht in relevante Dokumente daher rar.²⁴⁸ Einen Beweis dafür, wie schwierig es ist, an detaillierte Informationen

²⁴⁴ Friends of the Earth, 2010, 21

²⁴⁵ Friends of the Earth, 2010, 20

²⁴⁶ Smaller/Mann, 2009, 2

²⁴⁷ Cotula et al, 2009, 7

²⁴⁸ Siehe Smaller/Mann, 2002, 3

heranzukommen, liefert die Weltbank, welche 2010 einen umfangreichen Report über das steigende Interesse an Agrarland herausbrachte:

„(...) access to information emerged as much more of a problem than anticipated. Even for data that should not be subject to any restrictions of confidentiality or within government departments, limited data sharing and gaps and inconsistencies in record keeping implied an astonishing lack of awareness of what is happening on the ground even by the public sector institutions mandated to control this phenomenon.“²⁴⁹

Die Schwierigkeit bei der Beschaffung von Informationen ist besorgniserregend. Die „Kultur der Geheimnistuerei“²⁵⁰ rund um die Landgeschäfte lassen daran zweifeln, ob die Regierungen die öffentlichen Interessen ernsthaft vertreten. Die fehlende Transparenz untergräbt die Verantwortung der Regierungen und schafft Raum für Korruption und andere unlautere Geschäfte.²⁵¹

GRAIN hat 2008 eine neue Website gegründet, welche auf die Land Grabs aufmerksam macht. Sie stellt Interviews, Artikel und Reports zur Verfügung und wird täglich aktualisiert. Die Website beschäftigt sich weiters mit der Aufdeckung der Verhandlungs- und Vertragsinhalte und heißt jede Hilfe diesbezüglich willkommen.²⁵² Ihre unabhängigen Recherchen und Analysen sind sehr hilfreich und durch ihre Website sind aktuelle Informationen leicht auffindbar. Auch die Weltbank hat sich in ihrem Report laut GRAIN an dessen Blog www.farmlandgrab.org orientiert, was die Aussage von Smaller und Mann (IISD), „*the dominant source of information is the print media*“²⁵³, unterstreicht. Darüber hinaus werden Informationen auch über Regierungen, Interviews und Investitionsbüros beschafft²⁵⁴, was nicht in allen Fällen funktioniert, da die Kooperation sehr variiert. Einige Institutionen, welche hilfreiche Beiträge zum Thema geliefert haben, sind: Oliver de Schutter (UN Sonderberichterstatter für das Recht auf Nahrung), FAO, WB, *Human Rights Advocates*, *International Land Coalition*, IFAD, *Oakland Institute*, GTZ, *Friends of the Earth*, FIAN und das *Social Innovation Network*.

²⁴⁹ World Bank, 2010, 2

²⁵⁰ Smaller/Mann, 2002, 3

²⁵¹ Siehe Cotula et al, 2009, 7

²⁵² Eifion, 2009, n.n.,

http://www.theecologist.org/News/news_analysis/273844/extent_of_agricultural_landgrab_revealed_on_new_website.html

²⁵³ Smaller/Mann, 2009, 2

²⁵⁴ Die Publikation von Cotula et al. basiert beispielsweise darauf. Cotula et al., 2009, 19f.

Der erste Land Grab, der breite Medienaufmerksamkeit gewann, war der Daewoo Logistics Deal. Es handelte sich um 1,3 Millionen ha Ackerland, die der südkoreanische Konzern für 99 Jahre in Madagaskar leasen wollte. Umgerechnet ist das die Hälfte des ganzen Agrarlandes von Madagaskar. Es sollte für den Anbau von Mais und Palmöl hauptsächlich für den Export genutzt werden und die Hälfte des Maiskonsums von Südkorea abdecken. In Madagaskar erwartete man sich dadurch Arbeitsplätze und Hilfe beim Aufbau der Infrastruktur des Landes. Als der Deal durch eine Pressekonferenz öffentlich wurde und die Massenmedien anfangen davon zu berichten, kam es Anfang 2009 zu Ausschreitungen innerhalb der Bevölkerung und zum Tod von geschätzt 100 Menschen. Durch einen Staatsstreich in Folge wurde die Regierung gestützt und der Vertrag offiziell abgebrochen.²⁵⁵

Dieser wohl bekannteste Fall von versuchtem Land Grabbing zeigt ein paar wichtige Charakteristika auf:

- 1) Es gab keine Rücksprache mit der betroffenen Bevölkerung.
- 2) Keine Transparenz- die Menschen erfuhren über die Medien von dem Deal.
- 3) Die geplante Größe der Flächen war enorm und hätte maßgebliche wirtschaftliche, politische und sozio-kulturelle Veränderungen mit sich gebracht.
- 4) Die Produktion von Nahrungsmitteln war zum Großteil für den Export bestimmt.

In diesem Falle konnte die Durchführung des Deals verhindert werden, aber nicht in allen Fällen kann sich die betroffene Bevölkerung dermaßen Gehör verschaffen.

4.5.2 Landwirtschaft rückt wieder ins Zentrum

Die Investition in Land, die Land Grabbing zur Folge haben kann, verbindet zwei Bedürfnisse miteinander: jenes der nach Ressourcen suchenden Investoren, die durch die Krise verstärktes Interesse am landwirtschaftlichen Sektor zeigen, und jenes der einkommensschwachen Zielländer, die darauf hoffen, dass dieses Interesse in dem seit langem vernachlässigten landwirtschaftlichen Sektor Arbeitsplätze schafft, Infrastrukturentwicklung bewirkt und im weiteren Sinn Armut vermindert. Auch die multilateralen Organisationen, welche für die Erreichung der *Millenium Development Goals* mitverantwortlich sind, sehen die neue Investitionsflut als Chance, diesem Ziel

²⁵⁵ Siehe Ness et al., 2009, 5; Daniel/Mittal 2009, 3; Exner 2010, n.n., Cotula et.al., 2009, 39

näher zu kommen, denn die öffentlichen Gelder (ODA) leisten dafür keinen wesentlichen Beitrag.

Wie schon angedeutet hat sich die ODA für den landwirtschaftlichen Sektor in den vergangenen Jahren stark vermindert. War der Anteil für Landwirtschaft an der gesamten ODA 1979 noch 18 Prozent, so sank er bis 2004 auf 3,5 Prozent (siehe Abbildung 6). Die ODA insgesamt (von allen Gebern) hat sich von 1980 bis 2002 sogar erhöht (sie stieg von 37,1 Milliarden USD auf 61,4 Milliarden USD²⁵⁶), während der Anteil für den landwirtschaftlichen Sektor weiter sank²⁵⁷.

In den 1970er und 80er Jahren floss die landwirtschaftliche ODA hauptsächlich nach Asien, um dort die grüne Revolution zu unterstützen. Danach kam es aber zu einem dramatischen Absturz²⁵⁸, der sich vor allem in den 1990er Jahren vollzog.

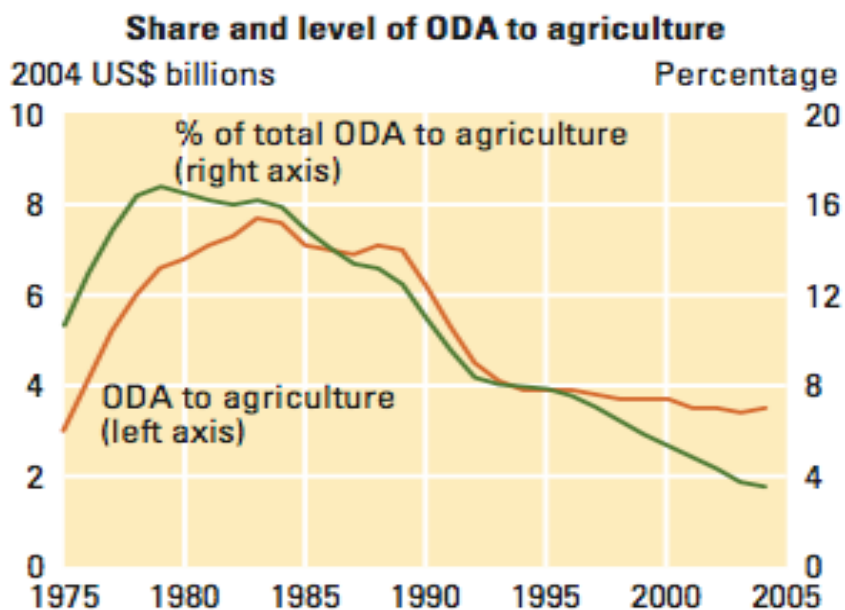


Abbildung 7: ODA Anteil für Landwirtschaft und totale ODA²⁵⁹

Die Gründe für den Rückgang der ODA im Bereich Landwirtschaft und ländliche Entwicklung seitens der Geber sind laut Weltbank folgende:

Fallende internationale Rohstoffpreise (vor 2007) machten Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer nicht rentabel. Dazu kam die steigende

²⁵⁶ Morission et al., 2004, 3

²⁵⁷ Weltbank, 2008, 41

²⁵⁸ Weltbank, 2008, 41

²⁵⁹ Abbildung 7: Weltbank, 2008, 41

Konkurrenz um ODA sowie zahlreiche Katastrophen, auf welche reagiert werden musste. Auch der Widerstand der Landwirte in Geberländern, den Landwirtschaftssektor ihrer Hauptexportmärkte zu unterstützen, trug dazu bei - und zuletzt der Widerstand von Umweltorganisationen, da sie in intensiver Landwirtschaft die Zerstörung natürlicher Ressourcen und ansteigende Umweltverschmutzung sahen.²⁶⁰

Anders begründet das *Department for International Development* (DFID) den Rückgang der ODA für die Landwirtschaft: Erstens führten Frustration und Enttäuschung nach der grünen Revolution zu einem Vertrauensverlust und dadurch zu sinkenden Investitionen in diesen Sektor, zweitens spielen Reformprozesse im Rahmen der SAP eine Rolle, drittens hohe Transaktionskosten und Komplexität, viertens Veränderungen der Prioritäten der internationalen Entwicklungsorganisationen und zuletzt die zunehmende Schwerpunktsetzung auf den sozialen Sektor, wodurch die Landwirtschaft vernachlässigt wurde.²⁶¹

Auch die Auslandsdirektinvestitionen (FDI), die direkt in die afrikanische Wirtschaft flossen, waren in den letzten 30 Jahren gering. Niedrige Produktivität und stagnierende Produktion waren die Folge.²⁶² Der „*World Investment Report 2009*“ gibt einen kleinen Überblick über die Investitionsströme: Zwischen 1989 und 1991 betrugen die Investitionsströme in die Landwirtschaft nur unter einer Milliarde USD jährlich. Ab dem Jahr 2000 kam es zu einem bedeutenden Anstieg der FDI in den landwirtschaftlichen Bereich, speziell in Entwicklungsländern. In den Jahren 2005-2007 betrugen die Investitionen schon mehr als 3 Milliarden USD pro Jahr. Schaut man sich die Länder einzeln an, so spielt die FDI in Landwirtschaft in einigen Ländern eine besonders große Rolle, wie zum Beispiel in Swasiland, Sambia, Malawi, Papa Neu Guinea, Kambodscha, Vietnam und Tansania. In diesen Ländern beträgt der Anteil der landwirtschaftlichen FDI im Jahre 2007 6 bis 16 Prozent. Die Verfügbarkeit von Agrarland und nationale Strukturen (wie die Förderung von Investitionen in diesen Bereich) spielen dabei eine Rolle.²⁶³

FDI in Landwirtschaft ist aber nicht gleichzusetzen mit dem Kauf oder Leasing von Land, sondern kann vielerlei Formen annehmen. Bekannt ist jedoch, dass das meiste Investment in Form von langfristigem Leasing bzw. Kauf von Agrarland für die Produktion von

²⁶⁰ Weltbank, 2008, 42; Ob die Umweltorganisationen zwischen groß- und kleinflächiger Landwirtschaft unterschieden, geht aus dem Dokument nicht hervor.

²⁶¹ Morrison et al., 2004, 15

²⁶² Hallam FAO, 2009a, 2

²⁶³ UNCTAD, 2009b, 111ff.

Nahrungsmitteln passiert.²⁶⁴

Ende 2008 sanken die Nahrungsmittelpreise nach ihrem Hochstand wieder und stabilisierten sich auf einem, wenngleich etwas höherem Level.²⁶⁵ Auch der Ölpreis sank nach 2008 wieder ab. Durch die kurzzeitige Verminderung der Anreize für Landnahmen (durch das Absinken der Preise) und durch die anhaltende Finanzkrise kam es 2009 zu einer Reduktion der FDI in Land. UNCTAD schätzt aber, dass sich der FDI -Fluss langsam wieder erholen und 2012 wieder auf den Stand von 2008 steigen wird.²⁶⁶ Grund dafür sind Langzeitfaktoren wie wachsende Besorgnis über Nahrungsmittel- und Energiesicherheit, die Sprunghaftigkeit der weltweiten Grundnahrungsmittelpreise und das Sorge um die Sicherung über Produktionskapazitäten. Über den Landerwerb (zu Nutzungszwecken) hinaus ist Wasser ein großer Anreiz für Investitionen im Ausland, vor allem als Grundlage für die landwirtschaftliche Produktion.²⁶⁷

Dass FDI in Landwirtschaft ein wichtiger Faktor ist, um die zukünftigen Herausforderungen zu bewältigen, darüber sind sich die meisten internationalen Akteure einig. FAO schätzt, dass die landwirtschaftliche Produktion global um 70 Prozent steigen müsste, um eine Weltbevölkerung von geschätzten 9,1 Milliarden in 2050 ernähren zu können. In selbiger Studie schreibt sie weiter, dass jährlich 83 USD in Form von Nettoinvestitionen in die Landwirtschaft von Entwicklungsländern notwendig wären, um die Ausweitung des landwirtschaftlichen Outputs zu erzielen. Davon sollten 11 Milliarden USD für Afrika südlich der Sahara ausgegeben werden. Im Vergleich dazu sind ganze 29 Milliarden USD für nur zwei Länder, nämlich China und Indien vorgesehen.²⁶⁸ Gerlach und Liu von der FAO haben sich in ihrer Publikation über FDI vorrangig auf afrikanische Länder spezialisiert und meinen, dass ODA und Investition der afrikanischen Länder selbst nicht reichen würde, um die Ziele der Armutsreduktion zu erreichen und weisen auf den potentiellen Nutzen von FDI in den landwirtschaftlichen Sektor hin.²⁶⁹

Auch die Weltbank unterstreicht in „*The World Development Report 2008*“ die Notwendigkeit für Investition in Landwirtschaft, vor allem in Afrika. Sie meint, dass durch Steigerung der Produktivität, höhere Einkommen auf dem Land und niedrigere Nahrungsmittelpreise Ernährungssicherung vorangetrieben wird. Landwirtschaft sei das grundlegende Werkzeug für die Umsetzung der MDG's, nicht zuletzt deshalb, weil 3 von 4

²⁶⁴ Hallam, 2009b, 28ff.

²⁶⁵ Anmerkung: Dieser Preisabfall übersetzte sich nicht gleich auf die lokalen Märkte.

²⁶⁶ UNCTAD, 2010, 19

²⁶⁷ Smaller/Mann 2009, 4f.

²⁶⁸ FAO, 2009b, n.n.

²⁶⁹ Gerlach/Liu, 2010, 5

Menschen in Entwicklungsländern in ländlichen Gebieten leben und direkt oder indirekt von der Landwirtschaft abhängen.²⁷⁰

Auch beim dritten Welternährungsgipfel in Rom stand die Nahrungsmittelkrise auf der Tagesordnung, wobei beschlossen wurde, öffentliche und private Investitionen in Landwirtschaft und ländliche Infrastruktur zu mobilisieren. Beim G8 Gipfel im Juli 2009 in L'Aquila war die Rede von mehr als 20 Milliarden USD für den Kampf gegen Hunger. Der Schwerpunkt wurde auf Handel und Investitionen gesetzt. Im Schlussdokument ist zu lesen:

*„Recovery needs a strong international trade component to be viable. (...) We will maximise efforts and steps to promote and facilitate trade and investment.“*²⁷¹

Auch UNCTAD will der Nahrungsmittelknappheit in Entwicklungsländern mit mehr Investitionen in die landwirtschaftliche Produktion entgegenwirken.²⁷²

Für viele internationale Akteure ist die Investition in den landwirtschaftlichen Sektor (wobei es vor allem um Produktions- und Produktivitätssteigerung geht) also ein zentraler Lösungsansatz, um der Krise zu begegnen. Dabei tut sich die Frage auf, warum Investitionen in die Landwirtschaft der Entwicklungsländer erst jetzt zur neuen Doktrin werden, wenngleich Armut und Ernährungssicherung schon lange auf der Agenda stehen. Und warum wurden nicht schon viel früher Anreize für solche Investitionen geschaffen und die ODA zu Gunsten der Landwirtschaft umgestaltet? Graham, Aubry und andere Autoren von FIAN erklären sich das folgendermaßen:

*„(...) the renewed interest in agricultural investment by the World Bank and others was not expressed in 2004 when it had become clear that the MDG on hunger will not be achieved, but in 2008, at the time of the agrofuels boom and the boom of the food prices on the international markets.“*²⁷³

Dies könnte eine Antwort sein, bedenkt man, dass die Krise die Themen Energie und Ernährungssicherung zu sehr dringenden Angelegenheiten gemacht hat. Bleibt man beim Thema Ernährungssicherung, stellt sich die Frage, um wessen Ernährungssicherung es

²⁷⁰ Weltbank, 2008, 94, xiii

²⁷¹ G8 Summit, 2009c, Absatz 45

²⁷² UNCTAD, 2010, 91

²⁷³ Graham et al., 2009-2010, 22

denn geht. Erstes Ziel der MDG's ist es, extreme Armut und Hunger zu bekämpfen. Zielgruppe ist dabei jene Bevölkerung, die laut Definition „arm“ ist und nicht ausreichend Nahrung zu sich nehmen kann. Auf der anderen Seite hat die Krise den Anreiz verstärkt, Land im Ausland zu kaufen, um die Ernährungssicherung im eigenen Land zu erreichen, wobei die Käufer zumeist Länder sind oder aus Ländern stammen, die noch keine akuten Ernährungssicherungsprobleme haben. Weltbank und FAO reden von *global food security*“ und spezialisieren sich damit nicht mehr nur auf bestimmte Regionen. Es scheint, als ob durch die Verknappung der Ressourcen, gepaart mit der „Mehrfachkrise“²⁷⁴ und dem Bevölkerungswachstum, die Sorge der Ernährungssicherung nicht mehr allein bei den LDC's vorhanden ist. Wie eingangs schon erwähnt, verbinden sich hier zwei Bedürfnisse: jenes der Entwicklungsländer, die sich von Investitionen in ihre Landwirtschaft eine Verbesserung ihrer derzeitigen Lage erwarten, und jenes der Investoren, die sich um ihre zukünftige Nahrungs- und Energiesicherheit sorgen (und das Interesse der Spekulanten, die Profit aus dieser Situation schlagen). Die Frage nach dem *wie* wird dabei viel zu wenig behandelt bzw. nicht wirklich ernst genommen. Eine Studie der Weltbank besagt, dass jene Länder, in welchen Landrechte weniger anerkannt werden, generell interessanter für Landkäufe sind.²⁷⁵ Das lässt Zweifel aufkommen, ob solche Investitionen auch wirklich die Erwartungen der Zielländer erfüllen können. Dennoch könnten diese sich überschneidenden Bedürfnisse unter Umständen auch eine Chance für alle Beteiligten darstellen. In der Debatte über Land Grabbing spricht man von einem *Win-Win-Szenario*. Dabei geht es darum, das neue Interesse an Landkäufen im Ausland so umzusetzen, dass beide Seiten davon profitieren. Fraglich ist, ob sich dies durch Land Grabbing verwirklichen lässt. Hobbelinek, der Koordinator von GRAIN, sieht dabei folgendes Problem:

*"Yes, we need investment in agriculture, but we need investment in a way that the majority of farmers in the world are being held (onto) and not thrown off the land. If we are talking about monoculture and big plantations, at least for Africa, we are heading in the wrong direction."*²⁷⁶

Damit spielt er auf die Verdrängung der lokalen Bevölkerung an, die in vielen Fällen mit

²⁷⁴ Exner, 2010, n.n.

²⁷⁵ Weltbank, 2010, 37

²⁷⁶ Hobbelinek Henk zitiert in: Bafana, 2009, <http://ipsnews.net/africa/nota.asp?idnews=48982>

Land Grabbing einhergeht, und auf die Umstrukturierung von kleinbäuerlichen Strukturen auf Monokulturanbau.

Olivier de Schutter warnte schon 2008 davor, dass der Schwerpunkt für die Krisenbewältigung zu sehr auf die Produktions- und Produktivitätssteigerung gelegt wird und dabei die Frage nach den Akteuren, den Motiven und den Kanälen auf der Strecke bleibt:

„The question “for whose benefit?” is at least as important as the question “how to produce more?” But there is a risk, in the current situation, that the latter question will be treated as the most pressing (...). One of the opportunities created by the current crisis is that investment in agriculture (...) will be given in the future the priority it deserves. But how the investments will be channelled, towards whom, and for which purpose, deserves close scrutiny.“²⁷⁷

Dies spiegelt wider, dass im momentanen Diskurs über Land Grabbing die Notwendigkeit von Investitionen (die der Produktionssteigerung dienen sollen) dermaßen im Vordergrund steht, dass Landnahmen als solche weder hinterfragt werden noch präzisiert wird, um welche Art der Investition es sich handelt, zu welchem Zweck sie verwendet wird und aus welchen Quellen sie stammt. Auf Kritik an dieser Art von Investition (die meistens von NGOs kommt, wie etwa FIAN oder GRAIN) wird von den Befürwortern wieder mit dem *Win-Win* Argument geantwortet.²⁷⁸

²⁷⁷ De Schutter, 2008b, 7, para. 8

²⁷⁸ Exner, 2010, n.n.

5 Strategien zur Erreichung von Ernährungssicherung und die Verbindung zu Land Grabbing

Wie im ersten Teil schon erwähnt, gibt es international eine Vielzahl an Organisationen, die es sich zum Ziel gesetzt haben, dem Hunger in der Welt den Kampf anzusagen. Einige davon existieren schon viele Jahrzehnte hindurch. Es finden sich unterschiedliche Ansätze, Philosophien und Überzeugungen in Bezug auf die Frage, wie diesem globalen Problem begegnet werden kann. Die gesetzten Schwerpunkte und die geplanten Strategien der in diesem Bereich tätigen Organisationen beeinflussen nicht zuletzt auch den Erfolg bei der Armutsbekämpfung, welcher stark mit der Ernährungssicherung zusammenhängt. Physischen Zugang zu Nahrungsmitteln erhält man nämlich nur dann, wenn man die ökonomischen Mittel hat, diese zu erwerben, bzw. die landwirtschaftlichen Ressourcen, sich selbst mit Nahrung zu versorgen.²⁷⁹

Wenn die großen Akteure aus unterschiedlichen Überzeugungen handeln und ihre Handlungsweisen nicht aufeinander abstimmen, so können globale Ziele wie die MDG's oder das WFS Ziel nur schwer erreicht werden. Darüber ist man sich schon lange im Klaren, die Krise in den 1970er Jahren hat dies deutlich zum Ausdruck gebracht. Diese Krise war dann auch der Katalysator für den Beschluss zur Gründung des *Committee on World Food Security* (CFS) auf der Welternährungskonferenz 1974.²⁸⁰ Das CFS, dessen Aufgabe es war, Strategien bezüglich Welternährungssicherung zu koordinieren, ihre Umsetzung weiterzuverfolgen und sie zu bewerten war ein Schritt in Richtung eines internationalen Steuerungssystems für Ernährungssicherung (*global governance on food security*). Auf den darauf folgenden Welternährungsgipfeln wurden gemeinsame Zusagen in Bezug auf die Bekämpfung von Hunger und Nahrungsmittelsicherheit gemacht und Strukturen innerhalb der Vereinten Nationen eingerichtet, dieses Ziel voranzutreiben.²⁸¹

In Folge der Nahrungsmittelkrise 2008 und auf Grund der noch mangelnden Koordination wurde das CFS reformiert. Der Prozess war im Oktober 2009 abgeschlossen und der neue Aufgabenbereich folgender:

„As a central component of the evolving Global Partnership for Agriculture, Food Security and Nutrition, the reformed Committee envisions that it will constitute the

²⁷⁹ Und die Notfallhilfe mit Nahrungsmittel ist keine Lösung, die auf Dauer funktioniert.

²⁸⁰ Committee on World Food Security, o.J., <http://www.fao.org/cfs/en/>

²⁸¹ FAO, o.J.a.

foremost inclusive international and intergovernmental platform for a broad range of committed stakeholders to work together in a coordinated manner and in support of country-led processes towards the elimination of hunger and ensuring food security and nutrition for all human beings.“²⁸²

Der grundsätzliche Wille zur Zusammenarbeit und Koordination scheint durch die Krise nochmals verstärkt worden zu sein. Wenn es aber um die Frage geht, was konkret umgesetzt werden soll bzw. wie man der Krise begegnen kann, so scheiden sich in vielen Bereichen die Geister. Das ist nicht weiter verwunderlich, bedenkt man, dass das Thema Ernährungssicherung und damit auch die ganze Nahrungsmittelproduktions- und Verteilungskette durch seine Auswirkungen auf Wirtschaft, Handel, Umwelt, Entwicklung und Gesellschaft stark politisiert ist. Die Problematik der Unterernährung dieser Welt ist eingebettet in eine globale Struktur der Ungleichheit und der ungerechten Verteilung.

Die FAO kritisiert am Welternährungsgipfel 2009 den mangelnden Erfolg bei der Verbesserung der globalen Ernährungssituation, weil Regierungen sich über die Ursachen des Hungers in der Welt nicht einig seien und nur unzureichend zusammengearbeitet hätten.²⁸³

In *The state of food insecurity in the world 2009* schreibt die FAO, gemeinsam mit dem WFP (*World Food Programme*), dass der derzeitige Fokus auf Ernährungssicherung genutzt werden soll, um die Ursachen des Hungers zu beheben. Es soll herausgefunden werden, wie zukünftige Krisen vermieden werden können, und zwar durch das Anpacken von grundlegenden Problemen wie ländliche Armut, die Revision ungeeigneter Methoden und die Förderung von Investitionen in Nahrung und Landwirtschaft. Diese Ziele benötigen schlüssige und koordinierte Handlungen einen langen Zeitraum hindurch. Weiters wird im Report erklärt, dass es gemeinsame Richtlinien, Strategien und Programme braucht, aber auch gestärkte Kapazitäten für die Implementierung und Überwachung der Prozesse, um auf nachhaltige Art und Weise einzugreifen. Daraus wird gefolgert, dass der Kampf gegen Ernährungsunsicherheit auf globaler Ebene stattfinden muss.²⁸⁴

Die Nahrungsmittelkrise 2007/2008 war der Startschuss für einige gemeinsame Projekte, die organisationsübergreifend implementiert wurden und werden. Damit wird das Bild

²⁸² General Assembly 2010, 13

²⁸³ FAO, o.J.a

²⁸⁴ FAO/WFP, 2009, 46

vermittelt, dass alle Akteure an einem Strang ziehen. Die Organisationen (besonders jene, um welche es sich im Folgenden handeln wird) haben dennoch ihre eigenen Programme, in welchen sie die jeweils eigenen Schwerpunkte setzen. Bedingt durch die Nahrungsmittelkrise und die gewachsenen Herausforderungen wurden bei einigen Organisationen neue Ansätze und Strategien definiert. Dennoch lassen sich die Unterschiede in der Herangehensweise durch die differierenden Ausrichtungen der Organisationen nicht wegreden.

Eine Strategie hat sich jedoch bei allen Organisationen in Folge der Nahrungsmittelkrise herauskristallisiert: Die Konzentration auf die Landwirtschaft als Vehikel zur Bekämpfung von Armut und Hunger.

Im folgenden Abschnitt wird die Weltbank - eine Institution, welche Entwicklungsländern finanzielle und technische Unterstützung zur Verfügung stellt, mit dem Ziel der Armutsreduktion - auf ihre Positionen und Strategien für die Erreichung von Ernährungssicherung kritisch analysiert. Als einflussreiche Akteurin in der Entwicklungszusammenarbeit (und das schon seit Jahren) sind die von ihr gesetzten Maßnahmen und die Art der Verteilung ihrer Geldmittel entscheidend für den Fortschritt bei der Realisierung der MDGs und der Ziele des WFS. Entscheidend ist auch, wie sich ihre Maßnahmen tatsächlich auf die betroffenen Menschen und ihre Umwelt auswirken und wo Widersprüche in ihrer Handlungsweise bestehen. In Folge der kritischen Analyse der Maßnahmen werden diese auf Elemente untersucht, welche Land Grabbing vorantreiben könnten.

Im Anschluss an die Weltbank, die als Fallstudie betrachtet werden kann, werden die Schwerpunkte und Strategien der FAO, G8 und EU besprochen und ebenfalls auf Land Grabbing - Elemente geprüft. Die Standpunkte und Anregungen von La Via Campesina als Sprachrohr der Bauern und Bäuerinnen bezüglich Ernährungssicherung werden auch immer wieder in die Diskussion einfließen, um das Bild vollständiger zu machen und der Debatte andersartige Perspektiven für Lösungen jenseits des Organisationsspektrums zur Verfügung zu stellen.

5.1 Die Weltbank

Die Weltbankgruppe existiert seit 1944 und hat ihren Sitz in Washington. Gemeinsam mit dem IMF war sie anfänglich für den Wiederaufbau des zerstörten Europa und Japans zuständig. Heute ist sie eine der einflussreichsten Institutionen, wenn es um

entwicklungspolitische Fragen geht. Dadurch, dass sie Kredite zur Verfügung stellt verschafft sie sich ein gewisses Mitspracherecht in den betroffenen Ländern, erntet aber immer wieder heftige Kritik seitens der Zivilgesellschaft und NGOs für ihre Strategien bei der Armutsbekämpfung.

In Bezug auf Ernährungssicherung ist ihre Haltung zu folgenden Themen interessant: Handel, wirtschaftliches Wachstum, geistige Eigentumsrechte (englisch: *intellectual property rights*= IPRs), Gentechnik und genetisch modifizierte Organismen (GMO), Forschung, Investition und Landreform.

5.1.1 Liberalisierung und Privatisierung

Die Weltbank und der IMF sind in den letzten Jahrzehnten einen einschlägigen Kurs in Richtung Handelsliberalisierung gefahren. Die Strukturanpassungsprogramme der 1980er und 90er Jahre, die viele Schuldnerländer für den Erhalt von Krediten in Kauf nahmen, machten Handelsliberalisierung und Privatisierung öffentlichen Eigentums zu zentralen Punkten. Trotz der mageren Bilanz dieser Maßnahmen für die Armutsreduktion und die steigende Abhängigkeit, die daraus hervorging, hebt die Weltbank immer noch das Potential dieser Richtlinie, wenn nun auch etwas vorsichtiger, hervor. Diese Vorsicht lässt sich beispielsweise im Rahmen des *Comprehensive Framework for Action* (CFA) erkennen, ein gemeinsames Strategiepapier zur Armuts- und Hungerbekämpfung, welches von der UN (inklusive ihrer Unterorganisationen) und den Bretton-Woods Institutionen vereinbart wurde.

Darin wird vorgeschlagen, die Handels- und Steuerregelungen im Hinblick auf ihre Auswirkungen auf die Armen zu überprüfen.²⁸⁵ Die Menschenrechtsorganisation FIAN bleibt skeptisch und glaubt nicht an einen Kurswechsel der internationalen Gebergemeinschaft:

*„Although it recommends reviews of trade and taxation policies regarding their impact on different stakeholders, the outcome of the review obviously is not meant to question liberalisation. All trade related proposals, such as the reduction of import tariffs, subsidies and export restrictions, follow the same neo-liberal pattern.“*²⁸⁶

²⁸⁵ Siehe High-Level Task Force on the Global Food Security Crisis, 2008, 9

²⁸⁶ FIAN, 2008a, 4

Robert B. Zoellick, der Präsident der Weltbank Gruppe, stellte in seiner Rede am 2. April 2008 im Zentrum für globale Entwicklung den *New Deal for Global Food Policy* vor. Dieser plädiert wie eh und je für den Abbau von Handelsverzerrungen wie Subventionen und Handelsbarrieren. Zoellick spricht sich für ein offeneres globales Handelssystem aus, das mehr Vertrauen schaffen soll und die kleinbäuerliche Produktion anregt. Das ambitionöse Ziel ist, so Zoellick, die Zölle von landwirtschaftlichen Produkten und von Fertigerzeugnissen zu reduzieren. Die dahinterstehende Idee ist es, niedrigere Preise zu erzeugen, damit die Armen Zugang zu Nahrungsmitteln haben.²⁸⁷

Auf der anderen Seite spricht der *World Development Report 2008* der Weltbank (WDR) davon, dass Handelsreformen die Möglichkeit bieten, die globalen Kosten der derzeitigen Verfahren zu reduzieren, und zwar, indem die internationalen Preise in der Landwirtschaft steigen und die Entwicklungsländer einen gerechten Anteil davon bekommen.²⁸⁸ Die Weltbank gesteht allerdings im selben Report, dass es bei einer Reform immer Verlierer und Gewinner gibt. Unter einer Handelsliberalisierung mit Preissteigerung von Nahrungsmitteln werden sogenannte „Netto-Käufer“ leiden und „Netto-Verkäufer“ profitieren.²⁸⁹

Insgesamt kann gesagt werden, dass die Strategie der Weltbank differenzierter geworden ist, als sie es in den letzten Jahrzehnten war. Sie gesteht einige der negativen Auswirkungen ein, die bisherige Handelsstrategien für Entwicklungsländer hatten, und akzeptiert, dass nicht alle Länder die gleichen Maßnahmen adaptieren können.²⁹⁰ Es ist aber noch unklar, ob die theoretische Vorsicht gegenüber rigider Liberalisierung auch in konkreten Handlungsweisen der Weltbankakteure ihren Niederschlag findet, bzw. ob die scheinbar neuen Ansätze auch bis zu den Akteuren vor Ort durchdringen.²⁹¹ Weiters kann gesagt werden, dass die Ausrichtung der Weltbank auf Marktintegration und die Verwendung von Düngemitteln und verbessertem Saatgut, welche weiter unten im Text besprochen werden, die Chancen für viele Bauern und Bäuerinnen, Ernährungssouveränität zu erreichen, nicht unbedingt verbessert. Die Herstellung von Ernährungssicherung durch die Versorgung mit heimischen Produkten wird nach wie vor weitgehend abgelehnt.²⁹²

²⁸⁷ Zoellick, 2008, n.n.

²⁸⁸ Weltbank, 2008, 105

²⁸⁹ Weltbank, 2008, 6

²⁹⁰ Siehe Weltbank, 2008

²⁹¹ Siehe Englert 2005, 5

²⁹² Buntzel, 2008, <http://www.inwent.org/ez/articles/082710/index.en.shtml>

5.1.2 Investitionen, Wachstum und Produktivität

Der oben angesprochene *New Deal for a Global Food Policy*, welchen die Weltbank als Antwort auf die Nahrungsmittelkrise ins Leben gerufen hat, beschreibt folgende Hauptsäulen: erstens, die Ausweitung von Sicherheitsnetzen, zweitens, den Produktionsanstieg, und drittens, die Reduktion von Handelsverzerrungen durch Subventionen und Handelsschranken. Innerhalb dieses Deals hat die Weltbank im Jahr 2008 ein Programm erstellt, das umgehend auf die am meisten von der Krise betroffenen Menschen abzielen soll, und zwar das *Global Food Response Programme* (GFRP). Die Maßnahmen der Weltbank wurden mit dem *High-Level Task Force on food Security* (HLTF) der Vereinten Nationen abgestimmt und unterstützen gleichzeitig den CFA. Das GFRP fokussiert vor allem auf eine Steigerung der Nahrungsmittelproduktion besonders durch Belieferung mit Saatgut und Düngemitteln, Verbesserung von Bewässerungssystemen und Aktivitäten, die mit dem Viehbestand der Kleinbauern zu tun haben. Unmittelbare Bedürfnisse sollen durch die oben schon erwähnten Sicherheitsnetze gestillt, und Anreize für langfristige Infrastrukturinvestitionen geschaffen werden (durch zur Verfügung Stellung von Krediten). Weiters soll das Potential des privaten Sektors mit dem Ziel des ökonomischen Wachstums und der Arbeitsplatzbeschaffung gestärkt werden.²⁹³ Die *International Finance Cooperation* (IFC), der Privatsektorarm der Weltbank, hat 2 Milliarden USD in Agribusiness und mit Agribusiness verbundene Sektoren investiert. Insgesamt hat die Weltbank Gruppe (IDA, IBRD, IFC, MIGA, ICSID) 6,1 Milliarden USD im Etatjahr 2010 für den landwirtschaftlichen Sektor, und die damit verbundene ländliche Entwicklung, ausgegeben.²⁹⁴ Dieser Betrag soll weiter auf einen Betrag zwischen 6,2 und 8,3 Milliarden USD in den nächsten 2 Jahren ansteigen.²⁹⁵

Damit legt die Weltbank ihren Schwerpunkt klar auf den landwirtschaftlichen Sektor. Nicht nur der CFA zeigt dies, sondern auch der *Agriculture Action Plan* der Weltbank, der ein Arbeitsprogramm für Landwirtschaft und landwirtschaftliche Entwicklung für die Etatjahre 2010-2012 vorschlägt. Die Hauptanliegen dabei sind:

1) landwirtschaftliche Produktion zu erhöhen durch vor allem verbesserte Technologien, Wassermanagement und Sicherheit über Besitztitel, 2) Kleinbauern an Märkte anzukoppeln, 3) Risikoreduktion durch Sicherheitsnetze, 4) Ein- und Austritt in und aus dem landwirtschaftlichen Sektor zu erleichtern, sowie die Schaffung eines ländlichen

²⁹³ Brock/Paasch, 2009, 13

²⁹⁴ Weltbank, 2011, <http://www.worldbank.org/foodcrisis/bankinitiatives.htm>

²⁹⁵ Weltbank/International Finance Corporation, 2009, vii

nonfarm Einkommens durch die Verbesserung des ländlichen Investitionsklimas und durch Fortbildung, 5) Verbesserung von Umweltleistungen und Nachhaltigkeit.²⁹⁶

Die IFC beteiligt sich dabei durch Unterstützung seiner privaten Agribusiness- Klienten. Diesen wird bei der Vorfinanzierung von Inventar, Saatgut, Düngemittel und Treibstoff geholfen. Außerdem wird Agribusiness- Firmen quer durch die Versorgungskette Finanzierung angeboten. Die *Multilateral Investment Guarantee Agency* der Weltbank (MIGA) bietet Garantien für private Investitionen an und zwar für all jene, die sich gegen nicht kommerzielle Risiken²⁹⁷ in Entwicklungsländern versichern lassen wollen.²⁹⁸

Was die Anhebung der Produktion betrifft, so spielt für die Weltbank die Bereitstellung von Saatgut und Düngemittel eine herausragende Rolle. Das lässt sich aus der Budgetierung des GFRP herauslesen: 60 Prozent der Geldmittel wurden dafür verwendet.²⁹⁹ Produktionssteigerung soll auch erzielt werden, indem der Markt das Land an die produktivsten Besitzer vermittelt, bzw. indem Eigentumsrechte über das Land die Besitzer zu produktivem Wirtschaften animiert.³⁰⁰

Die Weltbank verbindet höhere Wachstumsraten mit einer Reduktion der Armut. Sie schreibt in ihrem *Agricultural Action Plan*, dass in Subsahara-Afrika ca. 7 Prozent an jährlichem Wachstum benötigt wird, um das MDG Armutsreduktionsziel zu erreichen. Dazu werden öffentliche Investitionen benötigt und ein dementsprechender Handlungsrahmen, der auch private Investitionen in den landwirtschaftlichen Sektor fördert.³⁰¹ Auch im *CFA*, der von der Weltbank mitgestaltet wurde, ist das Bestreben, die privaten Investitionen in den Agrarsektor anzuheben, deutlich erkennbar. Diese Investitionen sollen das Wachstum fördern, Arbeitsplätze schaffen und die Kleinbauern an heimische und internationale Nahrungsmittellieferungsketten anbinden.³⁰²

5.1.3 Geistiges Eigentum und GMO in der Landwirtschaft

Internationale Normen bezüglich geistigen Eigentums sind in einer Serie von internationalen Vereinbarungen festgeschrieben, die von der *World Intellectual Property Organization* (WIPO) administriert werden. War es früher durch die *Paris Konvention*

²⁹⁶ Weltbank/International Finance Corporation, 2009, vii

²⁹⁷ Dazu zählt die Weltbank: Nichtkonvertierbarkeit einer Währung und Transferbeschränkungen, Enteignung, Krieg, Unruhen und Vertragsbruch (siehe WB/IFC, 2009, 24).

²⁹⁸ Weltbank/International Finance Corporation, 2009, 24

²⁹⁹ Brock/Paasch, 2009, 18

³⁰⁰ Weltbank, 2008, 138

³⁰¹ Weltbank/International Finance Corporation, 2009, 13; Anmerkung: Im CFA wird davon ausgegangen, dass öffentliche Investitionen die Basis für private Investitionen sind.

³⁰² High-Level Task Force on the Global Food Security Crisis, 2008, 12

(1883) noch akzeptiert, dass unterschiedliche Länder andere Patentgesetze entwickelten, so wurde der Druck nach einheitlichen Patentgesetzen seitens der industrialisierten Länder immer stärker. Sie argumentierten, dass unangepasste IPRs ein nicht tarifäres Handelshemmnis darstellen, und rechtfertigten damit IPRs mit dem internationalen Handel zu verbinden, was das sogenannte *Agreement on Trade Related Aspects of Intellectual Property Rights* (TRIPS) hervorbrachte. Dieses fordert alle WTO Mitglieder auf, einen minimalen Standardschutz für geistiges Eigentumsrecht in allen Bereichen, inklusive der Landwirtschaft (und damit auch Sortenschutz und Schutz für Erfindungen im Biotechnologiebereich), festzulegen. Einige TRIPS Bestimmungen unterschieden sich stark von jenen in einigen Entwicklungsländern und führten dazu, dass die lokale Bevölkerung und Bauern stark beschränkt wurden in der Weise, wie sie ihre Ressourcen zuvor gehandhabt haben.³⁰³

Die Debatte über die Verbindung zwischen Ernährungssicherung und IPR wurde durch den Anstieg der Nahrungsmittelpreise wieder aktuell. Seit Jahren gibt es 2 gegensätzliche Positionen:³⁰⁴

- Die eine vertritt den Standpunkt, dass sich der Schutz geistigen Eigentums negativ auf die Biodiversität und die weltweite Ernährungssicherung auswirke, da sich der Zugang von Bauern zu Saatgut verschlechtere, was sich wiederum nachteilig auf die bäuerliche Züchtung und die Nahrungsmittelproduktion auswirke. Außerdem werde die Souveränität der Bauern gefährdet.
- Der andere Standpunkt meint, dass dem Nahrungsmittelangebot am besten durch neue Technologien und Produktionsmethoden beizukommen sei. Wenn Bauern modernes Saatgut verwenden und ihre Erntezeiten genau einhalten würden, dann wären genug Nahrungsmittel für alle da.

Die Position der Weltbank befindet sich zwischen den beiden Polen. Denn einerseits anerkennt sie die unvorteilhaften Auswirkungen strenger IPRs auf Entwicklungsländer wegen der ungleichen Verhandlungspositionen von Wissensproduzenten und Konsumenten, andererseits bemerkt sie auch den Kontrollverlust für Bauern im Vergleich zu privaten Unternehmen. Sie rät deshalb nur Ländern mit großen Wirtschaftssektoren und Potential für biotechnologische F&E (Forschung und Entwicklung) strenge geistige

³⁰³ Bhat G., 1996, 207

³⁰⁴ GTZ, 2009, 5; Madeley, 2002, 124; Meyer/Von Lossau, 2010
<http://www.inwent.org/ez/articles/169306/index.en.shtml>

Eigentumsrechte, wie die UPOV 1991 einzuführen.³⁰⁵ Andererseits setzt die Weltbank in ihrer Armutsbekämpfungsstrategie auf Investitionen von privaten Unternehmen. Und diese wiederum werden, so die Weltbank, bis zu einem gewissen Grad von der Art der IPR bestimmt.³⁰⁶ Die Weltbank will ein gutes Investitionsklima fördern und Investitionsanreize schaffen, wozu sie den Schutz des geistigen Eigentums zählt. Der Link zur Forschung im Bereich der GMO³⁰⁷ (*genetically modified organism*) ist hier besonders relevant, da die Möglichkeit GMO Pflanzen patentieren zu lassen, die Biotechnologieforschung in den landwirtschaftlichen Bereich getrieben hat. Und durch das Patent bekommt der Patentanmelder ein temporäres Nutzungsmonopol auf seine „Erfindung“.³⁰⁸

Der Einfluss der Weltbank auf die Forschung zeigt sich dadurch, dass sie als größtes internationales Finanzinstitut von nicht-OECD Ländern, den öffentlichen landwirtschaftlichen Forschungssektor stark mitbestimmen. Auch ist sie Co-Sponsorin der *Consultative Group on International Agricultural Research (CGIAR)*.³⁰⁹

Der höchst umstrittene Standpunkt der Weltbank, dass GMO beachtenswertes Potential habe die Produktivität von bäuerlichen Kleinbetrieben zu verbessern und den Armen Bevölkerungsschichten in Entwicklungsländern nahrhaftere Nahrungsmittel zukommen zu lassen, zeigt sich darin, dass ein gehöriger Anteil ihrer Forschungsgelder in diesen Bereich fließen. Brian Tokar, ein Autor von *Z Magazine*, einer unabhängigen Zeitschrift, die sich gegen Ungerechtigkeit, Unterdrückung und für Freiheit einsetzt, schrieb 2004, dass die Weltbank von den ca. 2,3 Milliarden USD ihrer Direktkredite für Forschung ca. 50 Millionen USD für Biotechnologie nutzt. Dieser Anteil beinhaltet auch weniger kontroverse Methoden, wie zum Beispiel die Gewebekultur, aber eben auch die umstrittene Genkartierung und die Arbeit mit transgenen Zellen.³¹⁰ Auch bzw. vor allem private Investoren beeinflussen die zukünftige Entwicklung der Biotechnologie stark. Die *Bill and Melinda Gates Foundation* beispielsweise, bekannt für ihr Engagement GMO Saatgut in Afrika durchzusetzen, sponserten die CGIAR mit 61 Millionen US Dollar im Jahr 2009

³⁰⁵ Weltbank, 2008, 167

³⁰⁶ War die Weltbank 1999 noch mehr überzeugt von der kausalen Beziehung zwischen Investition und IPR, so sah sie 1996 nur noch eine schwache Verbindung zwischen den beiden.

Lele et al., 2000, v; Weltbank, 2006, 53

³⁰⁷ GMO's sind Teil der modernen Biotechnologie. Dabei werden die Erbanlagen von Organismen verändert, indem Transgene mittels rekombinanter DNA Techniken in Genome eingefügt werden.

³⁰⁸ Koos, 1999, 5

³⁰⁹ Fresco/Rabbinge, 1997; Lele et al., 1999, 76f.

³¹⁰ Tokar, 2004,

<http://www.zcommunications.org/the-world-bank-biotechnology-and-the-next-green-revolution-by-brian-tokar>

(2008 waren es noch 43 Millionen US Dollar)³¹¹ und kaufte vor kurzem 500 000 Aktienanteile von Monsanto.³¹²

Dabei wird in vielen Dokumenten bestätigt, dass sich die private GMO Forschung nicht an den Bedürfnissen von Kleinbauern orientiert.³¹³ Insgesamt fließen die meisten Investitionen für Biotechnologie in den privaten Sektor, motiviert durch kommerzielle Interessen.³¹⁴ Der IAASTD Report warnt davor, den Forschungsschwerpunkt auf die moderne Biotechnologie zu legen, ohne die Forschung in anderen landwirtschaftlichen Bereichen zu unterstützen. Dies könnte das Bildungs- und Trainingsprogramm nachhaltig verändern und die Anzahl der Spezialisten in anderen landwirtschaftlichen Kernbereichen reduzieren.³¹⁵

Während die Weltbank vorschlägt, dass die F&E für Nahrungsmittelpflanzen bäuerlicher Kleinbetriebe durch den öffentlichen Sektor angeführt wird, stärkt der IFC seine Unterstützung für die Agribusinessunternehmen.³¹⁶

Einige Ungereimtheiten über die Rolle der kleinbäuerlichen Betriebe und der Agribusinessunternehmen lassen sich auch im WDR 2008 der Weltbank (Agriculture for Development) erkennen. Dieser konzentriert sich besonders auf die Landwirtschaft als Vehikel zur Armutsreduzierung. Dabei soll Landwirtschaft eine zentrale Rolle bei der Wachstumssteigerung und bei der Verbesserung der Produktivität der Bauern einnehmen. Dennoch, so schreibt die Weltbank, ist es eine dynamische und effiziente Agroindustrie die Wachstum in der Landwirtschaft erzielen kann. Die Verbindung von Agroindustrie und Bauern kann dabei die rurale Armut lindern.³¹⁷ Dies bestätigt die Befürchtung von Anderson, die für die *Agribusiness Action Initiatives* (AAI) schrieb:

*„While much of the rhetoric in global food security initiatives is about helping smallholders, the main strategy seems to be integrating farmers into global supply chains.“*³¹⁸

³¹¹ Macdonald/Aquino, 2009, 56

³¹² Guardian.co.uk., 2010,

<http://www.guardian.co.uk/global-development/poverty-matters/2010/sep/29/gates-foundation-gm-monsanto>

³¹³ Siehe Coulibaly 2009, 11-12, Weltbank, 2008, 163

³¹⁴ Weltbank, 2008, 163

³¹⁵ IAASTD, 2009, 8

³¹⁶ World Bank/International Finance Corporation, 2009, xvi

³¹⁷ World Bank, 2008, 135

³¹⁸ Anderson, 2009, 3

Der private Sektor zeigt schon jetzt eine zunehmenden Konzentration durch die ganze Versorgungskette (Produktion, Handel, Weiterverarbeitung, Marketing und Vertrieb) hindurch auf. Die Projektionen von IAASTD deuten auf eine Straffung der weltweiten Nahrungsmittelmärkte, auf eine weitere Marktkonzentration in einigen wenigen Händen und einen Anstieg der Handelsketten in allen Entwicklungsländern hin. Weiters wird die steigende Ressourcenknappheit negative Auswirkungen auf die Ernährungssicherung haben.³¹⁹ Bezüglich der IPR meint der IAASTD Report, dass Patente in Entwicklungsländern ausschließende Kosten haben können und auch die Möglichkeit des Experimentierens mit Saatgut durch Bauern/Bäuerinnen oder unabhängige ForscherInnen beeinträchtigt werden kann. Nicht zuletzt besteht die Gefahr, dass die Ernährungssicherung und die ökonomische Nachhaltigkeit durch die Verhinderung in der Anwendung lokaler Praktiken und Methoden beeinträchtigt werden.³²⁰

Es gibt also einen Trend hin zu strengeren IPR's die vor allem von Agribusiness Firmen befürwortet werden, aber auch indirekt von der Weltbank. Gleichzeitig kommt es zur Wende von öffentlicher zu vermehrt privater Finanzierung von F&E und zu einer stärkeren Konzentration wirtschaftlicher Macht. Ein Diskussionspapier zum Thema fasst die oben beschriebenen Themen nochmals mit Bezug auf Ernährungssicherung zusammen und regt eine weitreichende Debatte an:

„In Anbetracht der möglichen Auswirkungen von Patenten und Schutzrechten für Pflanzensorten auf die Zukunft der Ernährung und der Besorgnis über Ernährungssysteme, in denen die Konzentration wirtschaftlicher Macht rapide voranschreitet, ist eine ausgiebige und weitreichende Debatte gefordert. Nur so kann eine Politik entwickelt werden, die in einem globalen System für zukünftige Ernährungssicherheit sorgt, die jedermann dient.“³²¹

5.1.4 Landreform

Die Weltbank hat Mitte der 1990er Jahre strukturelle Änderungen in ihrer Vorgangsweise angekündigt und ihren Schwerpunkt auf die Armutsbekämpfung gelegt.³²² In diesem Kontext entstand auch die Wiederentdeckung von Landreformen als Maßnahme für eine gerechtere Umverteilung, um so das Wirtschaftswachstum des Landes voran zu treiben.

³¹⁹ IAASTD, 2009, 22

³²⁰ IAASTD, 2009, 42

³²¹ Tansey, 1999, 27

³²² Dies geschah nach heftiger Kritik über ihre neoliberale Politik, sowie die SAP.

Der Zugang der Weltbank war die sogenannte *market-assisted* Landreform (MALR), die auf dem „willing seller/willing buyer“ Konzept basiert. Es wurden also keine Großgrundbesitzer enteignet, sondern auf ihre freiwillige Beteiligung gesetzt, durch das Prinzip von Angebot Nachfrage.

Durch die MALR wurde Land als produktive Ressource und als handelbares Gut gesehen. Politische und soziokulturelle Aspekte und Bedeutungen wurden nicht berücksichtigt.³²³

Die Umsetzung der marktgestützten Landreformen passierte in Form von Titulierung und Privatisierung. Eine vom Staat geführte Agrarreform lehnte die Weltbank ab. Die gesicherten Eigentumsverhältnisse, die durch die Landreform hervorgingen, sollten Anreiz für Investitionen schaffen, da die Weltbank fürchtete, dass durch unsichere Eigentumsverhältnisse oder Restriktionen beim Leasing von Land, produktivitätsfördernde Mietgeschäfte sich nicht verwirklichen können oder die Armen ausgeschlossen werden.³²⁴

Das geläufige Agrarmodel der Weltbank beinhaltet gemäß Pereira die folgenden 4 Handlungsschwerpunkte: 1) Anreize für Leasing von Land 2) Anreize für Handel mit Land 3) Privatisierung und Individualisierung von Eigentumsrechten und 4) Privatisierung von öffentlichen Land und Land unter Gewohnheitsrecht.³²⁵

Dem Zugang der Weltbank, vor allem mit der marktgestützten Landreform wurden viele kritische Stimmen, besonders von NGOs, Bauern- und Landlosenorganisationen entgegen. Auf der Agrarkonferenz 2001 in Bonn wird diese Ablehnung in der Abschlusserklärung wie folgt begründet:

„The international community and national governments must recognize that Market-Assisted Land Reform policies (...) are insufficient instruments in the context of highly unequal societies and thus cannot replace redistributive agrarian reforms which expropriate, within the framework of the law, land from large landowners and redistributes such land to the poor and landless.“³²⁶

Was Ernährungssicherung betrifft, so wird das Modell der marktgestützten Landreform dem Menschenrecht auf Nahrung nicht gerecht. „Zugang“ zu Land wird darin nicht als

³²³ Pereira, 2007, 24; siehe auch Paasch, 2002, <http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez1102-7.htm>

Anmerkung: Umgesetzt wurde die MALR in Kolumbien, Süd Afrika, Brasilien, Guatemala, Honduras, Mexiko, Malawi, Zimbabwe, El Salvador und auf den Philippinen.

³²⁴ Weltbank, 2008, 141 f.

³²⁵ Pereira, 2007, 22

³²⁶ International Conference on „Access to Land“, 2001, Principle 18

Menschenrecht verstanden, sondern dem Spiel des freien Marktes überlassen.³²⁷ Weiters erschweren die Liberalisierungsmaßnahmen dem jeweiligen Staat seiner Verpflichtung gegenüber den Menschenrechten nachzukommen. Denn das Recht auf Nahrung, beinhaltet den Zugang zu Ertrag bringenden Ressourcen, sowie die Implementierung der am Welternährungsgipfel verabschiedeten Verpflichtungserklärung.³²⁸

Ein sehr wahrscheinliches Ergebnis der Privatisierungsmaßnahmen von Land, wie sie die MARL vorgesehen hat, ist, dass Landverfügbarkeit für viel weniger Menschen gewährleistet wird und sich Land in den Händen weniger konzentriert. Das erklärt sich dadurch, dass die Privatisierung mehr Möglichkeiten für die Mächtigen schafft. In Kenia beispielsweise, wo Privatisierungsmaßnahmen seit einigen Jahrzehnten durchgeführt werden, kam es vermehrt zu Landkonzentration und Landlosigkeit, anstatt zu höheren Investitionsraten und steigender Produktivität, so wie angenommen.³²⁹

Die MARL wurde in vielen sehr unterschiedlichen Ländern eingeführt. Die Beispiele Brasilien und Südafrika zeigen, dass durch die Einführung der MALR bisherige, vom Staat durchgeführte Modelle der umverteilenden Landreform untergraben wurden. Außerdem hat sich gezeigt, dass es durch eine freiwillige Beteiligung an der Landreform nicht zu einer Umverteilung im großen Ausmaß gekommen ist. Eher das Gegenteil ist der Fall. In Brasilien beispielsweise war der Trend hin zu Landkonzentration in den 1990er Jahren schneller, als jener der Umverteilung von Land. In Südafrika ist es so, dass die ungerechte Landverteilung durch die Apartheid nicht durch eine marktgesteuerte Landreform zu lösen ist. Denn das heißt, dass Südafrikaner ihr Land, das sie unter dem Apartheidsregime verloren haben, zurückkaufen müssten.³³⁰

Als die negativen Auswirkungen des Weltbank Ansatzes bezüglich Landreform offensichtlich wurden, hat diese einige Veränderungen in ihrem *Policy Research Report: Land Policies for Growth and Poverty Reduction 2003* angekündigt.

Ihre Position gegenüber Land unter Gewohnheitsrecht änderte sich dahingehend, dass dieses nicht mehr als minderwertig und statisch angesehen wurden. Der Vorschlag der Weltbank diese Länder zu teilen und Besitztitel zu vergeben, wurde von selbiger im Report: *Land Policy and Administration: Lessons learned and new challenges for the Bank's development agenda*³³¹ revidiert. Im WDR 2008 schreibt die Weltbank, dass sich

³²⁷ Paasch, 2006, 9,

³²⁸ Windfuhr, 2002, n.n.

³²⁹ Englert, 2005, 1f

³³⁰ Windfuhr 2002, n.n.

³³¹ Deininger, 2001, 6

voran gegangene Interventionen vorrangig auf individuelle Titulierung konzentrierten, um Besitzansprüche zu sichern. Diese Maßnahme könne jedoch kommunale und sekundäre Rechte, so wie jene von Frauen im Speziellen schwächen. Weiters könne die Titulierung Land Grabbing von lokalen Eliten und Bürokraten hervorrufen. Deshalb schlägt die WB vor, individuelle Titulierung mit neuen Ansätzen zu komplimentieren um Besitzansprüche zu schützen.³³² Dieser neue Ansatz ist die Anerkennung von Land unter Gewohnheitsrecht – was eine Formalisierung, Demarkierung und Registrierung mit sich bringt. Kritiker dieser „neuen“ Ausrichtung der Weltbank sehen jedoch die Gefahr, dass diese offizielle Registrierung von Gewohnheitsrechten einer de facto Umwandlung in private Besitztitel gleichkommen würde und Gewohnheitsrechte damit ihre ursprüngliche Bedeutung verlieren würden.³³³

5.2 Die Weltbank und Land Grabbing

Die Weltbank als langjähriger internationaler Akteur der Armutsbekämpfung steht in vielen Punkten in Verbindung mit dem Phänomen des Land Grabbings. Das beginnt damit, dass sie das neue Interesse am Kauf von Agrarland als Chance für ländliche Entwicklung in Entwicklungsländern sieht und damit eine Verbindung zwischen Armutsreduktion und Land Grabbing (in der Sprache der Weltbank: Investition in großflächiges Agrarland) herstellt.

*„(...) host countries have an opportunity to use investor interest to help them utilize the resources at their disposal in a way that can increase smallholder productivity and improve local livelihoods“.*³³⁴

Die Armutsreduktion ist das Mandat der Weltbank und somit spielt sie eine entscheidende Rolle bei den Fragen rund um Land Grabbing.

Die Weltbank hat vor kurzem (September 2010) ihre lang ausstehende Publikation veröffentlicht, die sich mit dem steigenden Interesse in Agrarland beschäftigt. Dabei ist auffällig, dass sie den Begriff „Land Grabbing“ nur im Zusammenhang mit lokalen Eliten gebraucht. Handelt es sich um Land Grabbing von ausländischen Akteuren (Staaten, Banken, Fonds, ...) so spricht die Bank von *large scale agricultural land acquisition* oder

³³² Weltbank, 2008, 139

³³³ Siehe Englert, 2005, 5

³³⁴ Weltbank, 2010, 93

*large scale agricultural land investment.*³³⁵

Das Gesamtbild des Reports ist trotzdem nicht einheitlich und schafft Unklarheit darüber, wie die Weltbank das Phänomen tatsächlich einschätzt. Denn einerseits nennt sie zahlreiche Risiken, welche die globalen Landnahmen haben können, wie z.B.: Nicht Anerkennung bzw. ignorieren von lokalen Rechten, keine Kompensationszahlungen, Konflikte über Ressourcen und deren Verlust³³⁶ (um nur einige zu nennen). Andererseits steht sie dieser kontroversen Investitionsform recht positiv gegenüber:

*When done right, larger scale farming systems can (...) promote sustainable agricultural and rural development, and can directly support smallholder productivity (...).*³³⁷

Um die Risiken auszuschalten, hat die Weltbank gemeinsam mit FAO, IFAD und UNCTAD die sogenannten *Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources* (RAI) formuliert, einen freiwilligen Verhaltenskodex (*Code of Conduct*), welcher sieben Punkte enthält. In selbigem Dokument werden die Risiken dieser globalen Landnahmen nochmals sehr klar dargestellt. Es werden beschrieben: die Verminderung von Ernährungssicherung, von Nährstoffverfügbarkeit, des Lebensstandard, der Möglichkeiten für ärmere Bevölkerungsschichten Land zu erwerben, sowie vermehrte Korruption, soziale Polarisierung, politische Destabilisierung und Umweltschäden. Es scheint bizarr, auf das neue Interesse an Agrarland mit einem freiwilligen Verhaltenskodex zu antworten, wenn solche Investitionen dermaßen weitreichende Risiken beinhalten. Die Weltbank selber meint, dass sich die Chancen von landwirtschaftlichen Investitionen im Ausland nur dann zeigen, wenn alle Beteiligten effektiv miteinander zusammenarbeiten³³⁸, wozu ihr Verhaltenskodex eine Anleitung sein soll. Der Blog *Think India* meint dazu sehr sarkastisch:

*„The bank issues a recommended code of conduct for investors—but from natural resources to mineral industries, we know how well voluntary regulation works.“*³³⁹

³³⁵ Weltbank, 2010, vi

³³⁶ Weltbank, 2010, xv

³³⁷ Weltbank, 2010, vi

³³⁸ Weltbank, 2010, ix

³³⁹ Think India, <http://www.thinkindia.net.in/2010/09/world-bank-warns-of-risks-then-endorses-land-grabs-in-poor-countries-.html>

Geht man also davon aus, dass sich nicht alle Investoren an diese Leitlinien halten, so wie im obigen Zitat befürchtet, ist das Risiko, das die Weltbank bereit ist einzugehen äußerst hoch, vor allem für die betroffenen Menschen in den jeweiligen Gebieten. Weiter oben wurde schon gesagt, dass jene Länder mit schwachen Regierungen sich als besonders interessant für Investoren erwiesen haben; eine Tatsache welche die Weltbank in ihrem Report ausfindig machte.³⁴⁰ Dies ist ein weiteres Indiz dafür, dass Investoren bisher nicht sonderlich interessiert an Formen der ethischen Investitionen waren und fraglich ist, ob sich das in Zukunft ändern würde. So lange die Landdeals also nicht im Sinne der Zielländer verhandelt werden, und ländliche Entwicklung eher blockiert als vorangetrieben wird, kann man nicht von „Investitionen“ sprechen, sondern von Land Grabbing.

Ein weiteres Schlagwort in der Debatte rund um Land Grabbing ist das *Win-Win Szenario*, also eine Situation, in der beide, Investoren und jene von den Investitionen Betroffenen profitieren. Im Idealfall sind dabei die Ziele der Käufer mit den Bedürfnissen des Ziellandes abgestimmt, ohne dass die Interessen der ausländischen Investoren überhand gewinnen und ein eventuelles Machtungleichgewicht missbraucht wird. Laut Weltbank können die Landinvestitionen durch den Verhaltenskodex ein *Win-Win Szenario* herstellen. Haben sich die Möglichkeiten, die das ansteigende Interesse in Agrarland bieten, durch die bisherigen Investitionen noch nicht gezeigt, so könnten sie sich in der Zukunft realisieren, wenn sich alle Beteiligten dem Verhaltenskodex verpflichtet fühlen.

An diesem Punkt muss gesagt werden, dass es verschiedene Verhaltenskodexe gibt. Die RAI von WB, FAO, IFAD und UNCTAD beinhalten die folgenden Punkte: Respekt vor Rechten auf Land und Ressourcen, Ernährungssicherung garantieren, Transparenz, *good governance* und ein angemessenes Umfeld, Konsultation und Partizipation, verantwortungsvolle Agroinvestitionen, soziale und ökologische Nachhaltigkeit. Er unterscheidet sich von den „*FAO Guidelines for the Responsible Governance of Land and Natural Resources Tenure*“ (VG) vor allem dadurch, dass RAI keinen Bezug zu den Menschenrechten beinhaltet, während VG explizit auf die internationalen Menschenrechtsverpflichtungen hinweist in Bezug auf Land und Ressourcen.³⁴¹ Die Antwort der Weltbank auf Land Grabbing mit einem Verhaltenskodex wird von GRAIN, FIAN, La Via Campesina, dem Land Research Action Network (LRAN) und anderen lokalen Organisationen heftig kritisiert. Sie fordern in der Petition *Stop Land Grabbing now*, das Land Grabbing zu beenden, anstatt es durch einen Verhaltenskodex zu

³⁴⁰ Weltbank, 2010, 102

³⁴¹ Vergleich siehe FIAN et al., o.J.

legitimieren. Auch Olivier De Schutter kritisiert die Fokussierung der internationalen Gemeinschaft darauf, wie verantwortungsvoll investiert werden kann, anstatt solche Investitionen in einem größeren Zusammenhang und als Teil einer breit angelegten Strategie zu sehen.³⁴² De Schutter formuliert ebenfalls Richtlinien in Bezug auf die Aneignung von großen Landflächen, nur geht er von den internationalen Menschenrechten als Basis aus und sieht die Realisierung des Rechts auf Nahrung als Ziel dieser Investitionen. Er zeigt auf, auf welchem Weg Auslandsdirektinvestitionen (FDI) in Land zur Durchführung dieses Rechts beitragen können. Die Richtlinien und Maßnahmen gelten für Zielländer und Investoren gleichermaßen. Dadurch sollen alle Involvierten dazu angehalten werden, solche Investitionen an Hand der Menschenrechte zu formen (einschließlich des Rechts auf Nahrung, des Rechts von Landnutzern, speziell der indigenen Bevölkerung, des Rechts auf Selbstbestimmung und Nutzung natürlicher Ressourcen und des Rechts auf Entwicklung).³⁴³

In ihrem Report bedauert die Weltbank, dass in der Debatte rund um großflächige Landinvestitionen, das eigentliche Ziel, nämlich faires Wachstum und Armutsreduzierung in den Zielländern und die Einbindung dieser Investitionen in deren Entwicklungsstrategie nicht ausreichend zur Sprache kommen. Sie meint gleichzeitig, dass eine vorausgehende Einschätzung darüber Auskunft geben solle, ob solche Investitionen zu Ernährungssicherung, Arbeitsplatzbeschaffung, regionaler Entwicklung und Zugang zu Technologien beitragen kann.³⁴⁴ Man könnte entgegen des Eindrucks der Weltbank meinen, dass die von ihr angeführten Ziele sehr stark die Debatte dominieren, obwohl ihr bisheriger Beitrag für die Armutsreduzierung eher kontraproduktiv war.

Aus dem oben Gesagten lässt sich schließen, dass es ein schmaler Grad ist von Investition hin zu Land Grabbing. Das Land Grabbing, das heute in vielen Ländern passiert, hat seine Vorgeschichte aber nicht nur in der Nahrungsmittelkrise und dessen Auslöser, welche im 1. Teil behandelt wurden, sondern auch in den Maßnahmen der SAP's und *Poverty Reduction Strategy Papers* (PRSP). Für Exner ist die Weltbank ein zentraler Land Grabbing Akteur und zwar in dreierlei Hinsicht: Erstens durch die Umsetzung der neoliberalen SAP (und gewissermaßen auch der PRSP), welche Schuldnerländer dazu anhielten ihre Währung gegen den Dollar abzuwerten, Import- und Exportrestriktionen zu beseitigen, Budgetüberschreitungen zu meiden und Preiskontrollen und Subventionen zu

³⁴² De Schutter, 2010, 1

³⁴³ De Schutter, 2009b, 2

³⁴⁴ Weltbank, 2010, 94

beseitigen. Zweitens durch ihren Einfluss bei der Umgestaltung nationaler Gesetzgebungen, den sie unter anderem auch dahingehend geltend machte, indem sie FDI's in die Landwirtschaft begünstigte und noch immer begünstigt. Und drittens als wirtschaftliche Akteurin und Vermittlerin für den Kauf bzw. das Leasing von Landflächen.³⁴⁵ Letzteres, auf das später genauer eingegangen werden soll, ist Teil ihrer Strategie zur Förderung von Ernährungssicherung. Denn es legitimiert sich dadurch, dass die Produktion angekurbelt werden soll und Investitionen dringend gebraucht werden.

Doch um den Einfluss der Weltbank auf das Phänomen zu fassen, ist es von Vorteil ihre, dem Phänomen vorangegangenen Maßnahmen anzuschauen. Dabei kommt man an den Strukturanpassungsmaßnahmen nicht vorbei. Es wurde schon im vorigen Kapitel angedeutet, dass die Weltbank durch die SAP in vielen Schuldnerländern Strukturen geschaffen hat, die Land Grabbing heute erleichtern bzw. vorantreiben. Sie hat beispielsweise die Staaten dazu angehalten, ihre Ausgaben für den landwirtschaftlichen Sektor zu senken. Gleichzeitig hat sie ihre eigenen Kredite für den Sektor von 18 Prozent im Jahre 1990 auf nur 7 Prozent in 2000 gesenkt.³⁴⁶ Auch die ODA wurde, wie schon erwähnt, für diesen Bereich stark reduziert. Die Vernachlässigung des landwirtschaftlichen Sektors wird im Land Grabbing Diskurs von der Weltbank immer wieder als Argument angeführt, dass diese Art von Investition zu einer Revitalisierung des landwirtschaftlichen Sektors führen könne, was wiederum die Nahrungsmittelproduktion vorantreibe und somit Ernährungssicherung gewährleiste. Die Bank selbst, hat jedoch diese Vernachlässigung mitzuverantworten.

Auch die Privatisierungsmaßnahmen, die durch die SAP vorangetrieben wurden, haben Veränderungen in der Landverfügbarkeit mit sich gebracht, wie ebenfalls schon angedeutet. Durch Privatisierungsmaßnahmen auf lokaler Ebene in Afrika, Asien und Lateinamerika, kam es vermehrt zu Landkonzentration in den Händen lokaler Eliten, welche verstärkt mit ausländischen Investoren zu kooperieren begannen. Somit bekamen ausländische Investoren auch auf diesem Weg Zugang zu Land.³⁴⁷ Auch in Kenia war es so, dass durch die Privatisierung in Form von Titulierung die Landkonzentration und Landlosigkeit erst recht zunahmen. Außerdem sind die Ländereien größtenteils auf den Namen des Familienoberhauptes geschrieben, welcher in den meisten Fällen ein Mann ist.

³⁴⁵ siehe Exner, 2010, n.n.

³⁴⁶ Diouf, Jacques zitiert in: Windfuhr 2002, n.n.
<http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/de202-5.htm>

³⁴⁷ Siehe Taylor/Bending, 2009, n.n.

Dadurch kam es zu einer weiteren Marginalisierung von Frauen.³⁴⁸

Die Liberalisierung der Landmärkte hatte einen ähnlichen Effekt. Im Kongo beispielsweise führte diese Liberalisierung dazu, dass private Makler nun offiziell ihre Landgeschäfte abwickeln konnten. Auf diese Weise wurde Land in der urbanen Peripherie zu einer gehandelten Ware, die von privaten Vermittlern beherrscht wurden.³⁴⁹ Annelies Zoomers drückt es in ihrem Artikel: *Globalisation and the foreignisation of space* wie folgt aus:

„The global land grab is to a large extent the result of the liberalisation of land markets, which became a major policy goal in the course of the 1990s and has contributed to the commoditisation of land and other natural resources (Brenner and Theodore 2007). Along with the spread of the neoliberal model, and with the support of donors, many governments in Asia, Latin America and Africa started to give more priority to creating dynamic, free and transparent land markets (Deininger 2003, Zoomers and van der Haar 2000).“³⁵⁰

Durch den marktorientierten Fokus der SAP's wurden Land und natürliche Ressourcen verstärkt als Ware behandelt, entgegen der Bedeutung von Land unter Gewohnheitsrecht, welches zwar von Staat zu Staat unterschiedlich gehandhabt wird und verschieden wichtige Rollen spielt; dennoch wird es gemeinschaftlich verwaltet und unterliegt damit keiner Form des Wettbewerbs.

Im Prinzip geht es vor allem um die Unterordnung, in die Schuldnerländer von den Maßnahmen der Weltbank getrieben wurden und das Machtungleichgewicht, das sich durch die Konditionalitäten und damit durch die politische und wirtschaftliche Einmischung in die jeweiligen Staaten ergab.³⁵¹ Exner sieht in der Unterordnung der proletarischen Klassen durch nationale Staatsapparate und den SAP einen Zusammenhang zum heutigen Land Grabbing:

„Wesentlich für ein Verständnis der globalen Landnahme ist jedenfalls der Umstand, dass das internationale Hilfsregime seit den 1960er Jahren die Subordination der in unterschiedlichem Grad proletarisierten oder von Proletarisierung bedrohten Klassen des globalen Südens, vermittelt über die jeweiligen nationalen Staatsapparate der

³⁴⁸ Daley/Englert, 2010, 12

³⁴⁹ Tostensen, 2001, 184

³⁵⁰ Zoomers, 2010, 431

³⁵¹ Siehe auch Mercer, 2003, 745

*Entwicklungsländer, wesentlich mitorganisiert und über die Strukturanpassungsprogramme vertieft hat.*³⁵²

Mercer argumentiert, dass sich die SAP in Afrika nun mit einem anderen Namen fortsetzen. Der IMF hat die *Poverty Reduction Growth Facility* (PRGF) ins Leben gerufen und die Weltbank einen *Programatic Structural Adjustment Credit* (PSAC-1). Die Entschuldungsmaßnahmen unter der *Heavily Indebted Poor Countries Initiative* (HIPC), welcher 1996 entstand und dafür bestimmt war, hoch verschuldeten Ländern Schuldenerlass zu gewähren, ist durch Konditionen an die PRGF und den PSAC-1 gebunden. Das heißt, dass ein Schuldenerlass jederzeit aufgehoben werden kann, wenn ein Land die geplanten strukturellen Reformen, welche im PRGF oder im PSAC-1 festgeschrieben sind nicht einhält.³⁵³

Für Exner ist die Weltbank auch ein Land Grabbing Akteur, weil sie großen Einfluss auf nationale Gesetzgebungen hat und diese Möglichkeit auch dazu genutzt hat und noch immer nutzt, um FDI's in Landwirtschaft zu begünstigen.³⁵⁴ Die Weltbank hat aber schon allein deswegen Einfluss auf „ärmere“ Länder, weil sie ein internationales Finanzinstitut ist, welches Kredite zur Verfügung stellt und im Bereich der Entwicklungszusammenarbeit dadurch sehr einflussreich ist, dass sie Themen und Lösungsansätze zu Armuts- und Ernährungsfragen weitgehend mitbestimmt. Auch wirkt sich ihr Standpunkt zu diversen Fragen auch auf andere Organisationen, wie die WTO, G8, UNO, etc aus. Durch ihre finanzielle Unterstützung von Forschungsinstituten wie dem CGIAR, oder der Unterstützung von speziellen Privatunternehmen macht sie ihren Einfluss auch in diesen Bereichen geltend.

Im Moment ist sie auch Hauptorganisatorin der *Multilateral Agriculture and Food Security Initiative*, welche durch das Herantreten der G20 an die Weltbank zustande kam, mit der Bitte mit interessierten Gebern und Organisationen zusammen zu arbeiten um einen Spezialfonds zur Unterstützung der milliardenschweren Initiative einzurichten.³⁵⁵

Am entscheidendsten für das Land Grabbing ist aber die Rolle der Weltbank als aktive Unterstützerin vom Landkauf in Entwicklungsländern. Zum einen durch gezielte Hilfestellung an private Investoren für einen Land Erwerb und zum anderen durch die Auswirkungen ihrer Maßnahmen für die Schaffung von Ernährungssicherung im Zuge der

³⁵² Exner, 2010, n.n.

³⁵³ Mercer, 2003, 745f.

³⁵⁴ Exner, 2010, n.n.

³⁵⁵ World Bank, 2009, <http://go.worldbank.org/D5RW1TW390>

Krise. Die Nahrungsmittelkrise, welche die Zahl der Hungernden drastisch in die Höhe getrieben hat, stellt eine Akutsituation dar, die der Weltbank neue Handlungsspielräume eröffnet. Aus ihren oben diskutierten Strategien, wie der Krise begegnet werden kann, ergibt sich vor allem *ein* zentraler Leitsatz und dieser lautet: die Produktion durch erhöhte Auslandsdirektinvestitionen anzukurbeln. Der Fokus ist dabei eindeutig auf den landwirtschaftlichen Sektor gerichtet. Besonders dem privaten Sektor wird das Potential eingeräumt die Produktion und Produktivität zu steigern, Arbeitsplätze zu schaffen und das Wachstum so anzukurbeln, dass die MDG's wieder in Reichweite rücken, während die Kleinbauern in den Markt integriert werden sollen. Auch das Landreformmodell der Weltbank zielt darauf ab, Investitionen anzulocken und die Produktivität durch sichere Besitztitel zu steigern. Verbessertes Saatgut, Düngemittel, der (geplante) Einsatz von GMO (der wiederum das Saatgut betrifft), verbesserte Bewässerungssysteme und Marktintegration sind weitere Meilensteine zu einer Produktions- und Produktivitätssteigerung. Was Investitionen betrifft, so scheint es, als ob die Weltbank prinzipiell jegliche Form von Investition begrüßt. Die Investition in den Aufbau großflächiger, mechanisierter Landwirtschaft durch den Kauf oder das Leasing von Flächen wird dabei nicht in Frage gestellt, sondern prinzipiell befürwortet. Ob es zu „Entwicklung“ beitragen kann, hängt laut Weltbank vom Staat ab, in welchen investiert wird:

„Whether large-scale investment in agriculture or land acquisition will enhance opportunity and contribute to broader development will depend on a country's endowments and traditions, as well as its policy, legal, and institutional framework and its capacity to protect its resources and people.“³⁵⁶

Gleichzeitig ist es aber gerade das institutionelle Defizit, die Korruption und der Mangel an Kapazitäten in vielen Ländern, wodurch auch die Einhaltung eines Verhaltenskodex zum Scheitern verurteilt ist.³⁵⁷

Weiters stimmen die Ziele der Käufer (Nahrungs- und Energiesicherheit im eigenen Land) oftmals nicht mit den Bedürfnissen der lokalen Bevölkerung überein. Das ungleiche Machtverhältnis zwischen den Vertragspartnern führt in Folge dazu, dass das Zielland keine Investitionen ablehnt, wie dies zum Beispiel in Äthiopien, einem

³⁵⁶ Weltbank, 2010, 94

³⁵⁷ Siehe Scoones, 2010, <http://www.tni.org/article/investing-land-commentary-world-bank-report>

Nahrungsmittelhilfe empfangendem Land, der Fall ist.³⁵⁸

Auch ist die Aufteilung der Verantwortung, die die Weltbank mit der oben stehenden Aussage suggeriert, problematisch, denn auch der Investor ist zur Einhaltung der internationalen Menschenrechte verpflichtet, und damit auch für den Schutz der Lebensgrundlage der betroffenen Menschen mitverantwortlich. Eventuelle Nutzen für das Zielland sind auch davon abhängig, wie ernst diese Verantwortung von den Investoren genommen wird. Die *Performance Standards on Social & Environmental Sustainability* des IFC für Investoren sind ein Schritt in diese Richtung.³⁵⁹ Sie sollen bei der Finanzierung durch den privaten Sektor soziale Risiken und Umweltschäden abwenden und die Entwicklungsmöglichkeiten verbessern. Das *World Resources Institute*, ein umweltpolitischer *think tank*, sieht aber auch bei diesen Standards einen Mangel an Konformität mit den internationalen Menschenrechten.³⁶⁰

Investitionen in den Landwirtschaftssektor sind also mit Vorsicht zu betrachten, weil die Einhaltung der Menschenrechte auf beiden Seiten nicht gegeben ist: Auf Seiten der Weltbank durch die Einführung eines freiwilligen Verhaltenskodex für die Regulierung dieser Investitionen. Dieser ist nicht nur unzureichend, weil er freiwillig ist und die Nicht-Einhaltung keine Konsequenzen nach sich zieht; er ist auch inhaltlich unzureichend, da er keinen Bezug zu den Menschenrechten beinhaltet. Das gleiche gilt für die Performance Standards. Auf Seiten der Zielländer mangelt es in vielen Fällen an politischen, rechtlichen und institutionellen Rahmenbedingungen. Korruption und ein ungleiches Machtverhältnis (was die Durchsetzung eigener Interessen erschwert bzw. in Verhandlungen einen Nachteil bringt) tragen in einigen Ländern weiters dazu bei, dass Menschenrechte nicht eingehalten werden.

Es ist deshalb bizarr, den Kauf bzw. das Leasing von Landflächen, was von der Weltbank als Investition in Landwirtschaft bezeichnet wird, als Teil ihres Programms für Ernährungssicherheit zu präsentieren, wenn durch die Gefahr der Nicht-Einhaltung der Menschenrechte, genau das Gegenteil passieren kann, nämlich der Verlust der Lebensgrundlage der ansässigen Bevölkerung. Auch die in den 90er Jahren von der Weltbank vorangetriebene Liberalisierung, hat, wie schon von Zoomers analysiert, das Land Grabbing begünstigt. Auch heute sind die Liberalisierung von Märkten (darunter auch Landmärkten), die Privatisierung (von Landrechten durch Individualisierung) und der

³⁵⁸ Ephrem, 2011, <http://abbaymedia.com/News/?p=6097>

³⁵⁹ Der Performance Standard 5 handelt von Land Akquisition und unfreiwilliger Umsiedlung.

³⁶⁰ World Resources Institute, 2010, 6

Abbau von Handelsschranken Teil der Weltbank Strategie zur Herstellung von Ernährungssicherung. Der Investitionsanstieg der dadurch erreicht werden soll, kann unmittelbar in eine Beschleunigung des Land Grabblings umschlagen. Andere Maßnahmen zur Hungerbekämpfung, wie jene, die auf die Steigerung der Produktion abzielen, erhöhen ebenfalls den Druck auf Land, ohne dabei die strukturellen Probleme zu lösen:

„Although studies have shown that hunger is in fact not the result of insufficient production, but of structural problems like the unequal distribution of and lack of access to resources (land, water, credit), most programmes are exclusively focussed on enhancing production. The real problems and reasons for hunger are not addressed and policy responses ignore the human rights aspects of the food crisis.“³⁶¹

Der Fokus der Weltbank auf Produktionssteigerung hat in Folge dem privaten Sektor vermehrt Kompetenzen eingeräumt in Bereich der Ernährungssicherung. Wie schon erwähnt, wurde das Budget für die *International Finance Cooperation* (IFC) stark aufgestockt um die Privatsektorentwicklung und damit die Produktion zu fördern.

Es ist wichtig dabei zu beachten, dass die IFC wie eine Bank, die eigenen Geldmittel nur verborgt oder sie in ihre Kunden investiert. Damit verspricht sie sich einen gewissen Gewinn für ihre globalen Portfolio Projekte. IFC und das *Foreign Investment Advisory Service* (FIAS), ebenfalls eine Tochterorganisation der Weltbank, die jedoch zur Abteilung des IFC gehört, bieten Investmentkredite und Beratungsdienste für Investoren und Regierungen an. Weiters wollen sie das Investitionsklima durch technische Kooperationsprojekte verbessern, um ausländische Investoren anzulocken und Investitionen zu vereinfachen. Diese Projekte werden durch IFC selbst, oder durch Geberländer finanziert.³⁶² Das höher stehende Ziel ist es regulatorische Reformen einzuleiten, um die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investoren zu verbessern. Dafür gibt es auch ein Beratungsdienstpaket (ein sogenanntes “Advisory Service Product“) zum Thema: Zugang zu Land. Das Paket hat sich auf Grund von Studien ergeben, welche besagen, dass die Beschränkung beim Zugang zu Landmärkten den privaten Investoren am meisten Kopfzerbrechen bereiten. Das Team für dieses Beratungsdienstpaket ist spezialisiert darauf, Regierungen bei der Umsetzung von kurzfristigen, investitionsbegünstigenden Landreformen zu unterstützen und die Basis für langfristige Reformen

³⁶¹ Brock/Paasch, 2009, 21

³⁶² Daniel/Mittal, 2010, 8

zu schaffen. Dabei geht es besonders um **Zugang zu Land** (für ein System, dass Land verfügbar macht für neue Investitionen), um **Sicherung von Land** (einfachere Prozesse für Investoren Land zu kaufen und sicherer Besitztitel dafür zu erhalten) und um die **Landentwicklung** (Zeit und Kosten für Investoren zu reduzieren, beim Nachkommen der Vorschriften in Bezug auf Verzonung, Umwelt- und Sicherheitsanforderungen, etc.).³⁶³ Im Prinzip ist die Philosophie, dass eine business-freundliche Umgebung zu ökonomischen Wachstum und damit zur Armutsreduktion führt. Durch eingeleitete Reformen verspricht man sich wirtschaftliche Ineffizienzen im Zielland zu beseitigen und das Wachstum voranzutreiben.

*„The enormous inefficiencies holding back growth must be addressed mostly with microeconomic rather than macroeconomic policy, such as through broad legal and regulatory reforms.“*³⁶⁴

Die zahlreich angebotenen Produkte des IFC/FIAS und die Investitionswerbung die es betreibt, zeigen dabei, dass ihre Prioritäten eindeutig beim Investor liegen und Kooperationen mit den Regierungen des Ziellandes nur das Ziel haben den Zugang zu vereinfachen. Dazu meinen Daniel und Mittal vom Oakland Institute, dass es daher nicht überrascht, wenn durch die Präsenz der IFC/FIAS Land Grabbing in Gang gesetzt wird und sich infolgedessen negativ auf die lokale Bevölkerung auswirkt.³⁶⁵

Durch eine Studie über IFC/FIAS Aktivitäten in Sierra Leone, Liberia und Äthiopien haben Daniel und Mittal herausgefunden, dass dessen Beratungsdienste in diesen Ländern in legislativen und behördlichen Reformen resultierten und damit den Zugang für Investoren zu Landmärkten anhoben.³⁶⁶ FIAS selbst ist stolz auf die durchgeführten Reformen und meint über Sierra Leone, wo es die Gesetzeslage über Landeigentum veränderte:

*„Sierra Leone is one of the first countries in Africa to introduce such progressive legislation“.*³⁶⁷

³⁶³ Siehe IFC Homepage:

http://www.ifc.org/ifcext/fias.nsf/Content/AdvisoryServicesProducts_AccesstoLand

³⁶⁴ IFC/WB/MIGA, 2009, 1

³⁶⁵ Daniel/Mittal, 2010, 21

³⁶⁶ Daniel/Mittal, 2010, 22ff.

³⁶⁷ IFC: http://www.ifc.org/ifcext/fias.nsf/Content/FIAS_Projects_Sub-Saharan_Africa

Der Abbau von Barrieren sollte dem Anlocken der Investoren dienen und Geld ins Land holen. Der nachteilige Effekt ist aber, dass es damit auch den Land Grabbern leichter gemacht wird, Land zu erwerben. Man könnte es auch so ausdrücken, dass die Investitionen in Land, welche durch die Reformen des IFC/FIAS angestrebt werden, mehr auf die Bedürfnisse der Investoren zugeschnitten sind und damit zu Land Grabs ausarten können. Daniel und Mittal stellen in einer umfassenden Graphik die Aktivitäten des IFC und FIAS den Land Grabbing Aktivitäten im selben Land gegenüber. Dies soll zeigen wie die IFC und FIAS Aktivitäten das Investitionsklima beeinflusst haben, in Ländern wo es Land Grabbing Vorfälle gegeben hat bzw. im Anschluss an die Reformen dazu kam. Im folgenden ein Auszug von Sierra Leone:

SIERRA LEONE	
YEAR, TYPE OF IFC/FIAS PROJECT	IFC/FIAS SERVICE
2008: Investment Policy & Promotion	FIAS established the Sierra Leone Business Forum, which aims to support the government's reform efforts by providing a platform for the private sector to promote investment-friendly policies and to sensitize the government and the general public on important business issues. [2]
2003-2007: Diagnostic, IP&P, Investment Law; Administrative Barriers	In 2003, FIAS reviewed the legal principles, content, and clarity of the draft Investment Law. Then in 2004, FIAS conducted a diagnostic review of the country's investment climate customizing the recommendations for a post-conflict environment. This was followed by a 2005 assessment identifying administrative barriers to investment and formulating a plan of action to remove these barriers. In 2007, legislation was passed establishing a new investment promotion agency (IPA) to address growing worldwide demand among country governments for support in improving their Doing Business rankings. [1,3]
2007: Access to Land	FIAS in collaboration with MIGA and PEP-Africa, designed and assisted in the implementation of the institutional foundation of land holding in Sierra Leone. Further, FIAS advised on the reform of foreign national land ownership legislation in Sierra Leone, one of the first countries in Africa to introduce such legislation. [1]
LAND GRABBERS(S)	LAND GRAB DETAILS
Addax Bioenergy (Switzerland)	According to February 2009 reports, the government of Sierra Leone signed a US\$400 million lease agreement with Swiss-based Addax Bioenergy, to produce 100,000 cubic meters of bioethanol from sugar cane within two years alone. http://worldradio.ch/wrs/news/switzerland/bringing-jobs-energy-to-sierra-leone-or-another-af.shtml?17958
Saudi Arabia	In December 2009, Sierra Leone signed a Memorandum of Understanding with Saudi Arabia for Saudi investment in the production of rice for home consumption and export. http://www.sierraexpressmedia.com/archives/4246

Abbildung 8: Sierra Leone: IFC/FIAS Einsatz und Land Grabbing³⁶⁸

Dieser tiefe Einschnitt in die Souveränität anderer Staaten (Sierra Leone ist nur ein Beispiel) und das Desinteresse an den Auswirkungen für die betroffenen Menschen zeigt, dass nicht einmal die Weltbank selbst ihren Verhaltenskodex einhalten kann bzw. will.

³⁶⁸ Abbildung 8: Daniel/Mittal, 2010, 32ff

Auch andere Weltbankinstitutionen wie z.B. MIGA ist verwickelt in das Land Grabbing Phänomen, da sie Risikoversicherungen für die Deals anbietet. Und den Erfahrungen von Vaughan- Smith und Howard zu Folge, scheint auch MIGA sich kaum um die lokale Bevölkerung zu sorgen, wie folgender Auszug aus dem Artikel von Carter zeigt:

*„Messrs. Vaughan-Smith and Howard admit that political risks in Africa are significant but can be mitigated by investing in multiple countries. Also, both plan to use insurance offered by the World Bank's Multilateral Investment Guarantee Agency. If problems arise, “you'll have the World Bank on your side,” Mr. Vaughan-Smith said. “They're going to have enormous clout if there are any difficulties.”*³⁶⁹

Insgesamt scheint innerhalb der Weltbank Gruppe eine enorme Diskrepanz zu herrschen, zwischen ihrer Rhetorik in vielen Berichten - insbesondere ihrer Publikation zum Thema *Rising Global Interest in Farmland*, welche die Rücksicht auf und die Absprache mit der lokalen Bevölkerung bei Landkaufsabsichten betont - und dem was in der Praxis wirklich gemacht wird. Weiters erwähnt sie des Öfteren die gefährlichen Auswirkungen, die großflächige Investitionen in Land haben können, antwortet darauf aber lediglich mit einem freiwilligen Verhaltenskodex. Ihre persönliche Partizipation in Form von Beratungsdiensten und der Vergabe von Investmentkrediten für Investoren und Regierungen, spiegelt ihre Prioritäten wider, nämlich die Intensivierung von Investitionen und Produktion. Das Argument, dass alle Beteiligten davon profitieren können, lässt sich nur theoretisch aufrecht erhalten. Dass diese Maßnahmen teil ihres Strategiepakets für das Vorantreiben von Ernährungssicherung sind, scheint nach näherer Analyse wie ein Paradoxon. Gerade auch deshalb, weil im Besonderen das Recht auf Nahrung in ihren Strategien und Vorschlägen nicht ausreichend berücksichtigt wird. Die gewünschten verantwortungsvollen Investitionen, welche zu Infrastrukturentwicklung und zur Arbeitsplatzkreierung beitragen, haben bislang eine enttäuschende Bilanz gezogen. Davis von der *Internationalen Union für die Bewahrung der Natur und natürlicher Ressourcen* (IUCN) in Nairobi betont:

³⁶⁹ Carter, 2010, <http://farmlandgrab.org/12218>

Vaughan-Smith ist der Haupt Investment Verantwortliche von SilverStreet Capital LLP, einer Investmentmanagement Firma, welche sich hauptsächlich auf Afrika und den landwirtschaftlichen Sektor konzentriert.

„In theory foreign investment can bring new technology, infrastructure and better access to inputs. But, in practice, I haven't seen it.“³⁷⁰

Auch Daniel und Mittal weisen darauf hin, dass die Aktivitäten des IFC/FIAS, insbesondere die Beratungsdienste, den Industrieländern und eventuell den Regierungen der Zielländer mehr Vorteile bringen und dass die lokale Bevölkerung darunter am meisten leidet. FDI löse nicht die unmittelbaren Probleme von Armut, Hunger und den Bedarf für eine Landreform. Indem Investoren Zugang zu Land verschafft wird, anstatt zu allererst die Einhaltung der Menschenrechte anzupacken, verfehlt die FDI ihre Wirkung.³⁷¹

5.3 Land Grabbing und die Strategien der FAO, G8, EU und La Via Campesina im Vergleich

Wie eingangs des Kapitels schon erwähnt wurde, folgt anschließend an die Fallstudie der Weltbank die Analyse der Ernährungssicherungsstrategien und Schwerpunkte der FAO, den G8 und der EU. Auch diese werden gleichermaßen, wenn auch nicht so detailliert wie oben, auf Land Grabbing Elemente geprüft. Die Standpunkte und Anregungen von La Via Campesina werden dabei in die Diskussion einfließen. Im Unterschied zur Weltbank Fallstudie werden die folgenden Organisationen vergleichend diskutiert, wobei die Weltbank als Referenz dient.

Ein wesentlicher Akteur neben der Weltbank sind die G8, die Gruppe der am meisten industrialisierten Demokratien der Welt, bestehend aus Frankreich, Großbritannien, Deutschland, Italien, Japan, USA, Russland und Kanada. Die europäische Union (EU) ist ebenfalls durch den Präsidenten der europäischen Kommission und dem Ratspräsidenten vertreten, sie nehmen aber an den politischen Diskussionen nicht teil. Die Gruppe der G8, ohne permanentes Personal, Budget und ohne Headquarter ist eine informelle Körperschaft, dessen Mitglieder mittels Diskussion und Einflussnahme versuchen, die globalen Herausforderungen in Angriff zu nehmen.³⁷² Zur Verfügung stehen ihnen finanzielle Mittel, welche sie über bilaterale und multilaterale Kanäle ausbezahlen. Damit haben sie auch Einfluss in andere Körperschaften, wie z.B. in die Vereinten Nationen, denn innerhalb der G8 Gruppe befinden sich die größten Geberländer des UN Budgets.

³⁷⁰ Davies, Jonathan zitiert in: Agazzi, <http://ipsnews.net/wap/news.asp?idnews=51094>

³⁷¹ Daniel/Mittal, 2010, 31

³⁷² BBC, 2010, http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/country_profiles/3777557.stm

Auch das CGIAR wird von den G8 mitgesponsert. Die Schwerpunkte der G8 in Bezug auf Ernährungssicherung wurden am G8 Gipfel 2009 im so genannten *L'Aquila* Joint Statement on Global Food Security erneut definiert. Dabei ist „nachhaltige Landwirtschaft“ das Schlagwort und die Maßnahmen auf welche man sich geeinigt hat sind vor allem:³⁷³

- die Steigerung von Produktion und Produktivität um ländliches Wachstum zu erreichen
- Investitionen für kurz-, mittel- und langfristige landwirtschaftliche Entwicklung und auch für die Erhöhung der Produktion im Weltmaßstab, öffentlich-private Partnerschaften
- Anhebung der ODA
- offene Märkte, Vermeidung von Protektionismus, keine Barrieren für Handel und Investitionen, Abschließen der Doha Runde
- *Global Governance*
- Reformprozesse (FAO, CFS, CGIAR)
- Notfallhilfe, soziale Schutzmechanismen und Sicherheitsnetze
- Leichter Zugang zu Saatgut und Düngemittel, besseres Management von Wasser, Wald und natürlichen Ressourcen

Weiters werden regionale Initiativen wie das *Comprehensive Africa Agriculture Development Program* (CAADP) gefördert, welches von der Afrikanischen Union gegründet wurde durch seine *New Partnership for African Development* (NEPAD) Initiative. Das Programm soll zu ökonomischem Wachstum in afrikanischen Ländern beitragen und zwar durch landwirtschaftliche Entwicklung, die Hunger und Armut reduziert und Ernährungssicherung gewährleistet. Die G8 spricht sich ebenfalls aus für die Implementierung des *Global Partnership for Agriculture and Food Security* (GPAFS), das die Kooperation bei der Erreichung globaler Ernährungssicherheit fördern und die Koordination auf Länderebene verbessern soll.³⁷⁴ Bezüglich der Einrichtung des GPAFS gab es einige Unstimmigkeiten, die sich am *Madrid High-Level Meeting on Food Security* im Januar 2009 bemerkbar machten. Einige CSO meinen, dass Industrieländer versuchen würden, das Mandat der FAO zu beschränken und die Wichtigkeit des CFS zu reduzieren, welches ja eigentlich die Koordination der Aktivitäten rund um Ernährungssicherung steuert. Im selben Zug kommt der Vorwurf an die G8, das Nahrungsmittelsystem unter

³⁷³ G8 Summit, 2009a, n.n.

³⁷⁴ G8 Summit, 2009a, n.n.

eigene Kontrolle bringen zu wollen.³⁷⁵ Laut Anderson von der *Agribusiness Action Initiative* (AAI) äußerten sich einige G8 Länder gegen die FAO als Kanal für die Unterstützung der Plattform, während die FAO selbst, zivilgesellschaftliche Organisationen und NGO's meinen, dass jeglicher Fortschritt bei der Einrichtung dieser Plattform von FAO, IFAD, WFP und CGIAR getragen werden soll um auch somit den Zustimmungsprozess „one country, one vote“ zu gewährleisten.³⁷⁶ Kritik an der Plattform kam vor allem von zivilgesellschaftlichen Organisationen, von Kleinbauern und einigen Regierungen des Südens, die darin einen Versuch der G8 sehen, ihren Einfluss am Nahrungsmittelsystem zu stärken, indem sie das multilaterale System umgehen und Produktionsmodelle verhängen, welche landwirtschaftliche Kleinbetriebe unter die Kontrolle des privaten Sektors bringen. Obwohl es viele Opponenten des GPAFS bei der Diskussion gab, einigte man sich schlussendlich darauf, diese doch zu etablieren, jedoch unter der Bedingung es stark an das CFS zu binden. Somit hat das CFS erheblichen Einfluss auf dessen Gestaltung.³⁷⁷ Im April 2009 wurde die Reformierung des CFS beschlossen und dessen Unterstützung durch die G8 im Juli desselben Jahres, im *L'Aquila Joint Statement on Global Food Security* festgemacht.

Um den globalen Hunger zu bekämpfen und die geplanten Maßnahmen umzusetzen spricht sich die G8 in L'Aquila für die Mobilisierung einer Summe von USD 20 Milliarden aus, die in den drei Jahren nach dem Gipfel 2009 verfügbar gemacht werden sollen. Dabei handelt es sich jedoch vermutlich nur teilweise um „frisches Geld“, so die Befürchtung von Pignatelli (ActionAid)³⁷⁸. Auch ist unklar, ob das Geld tatsächlich für ländliche Entwicklung und Ernährungssicherung ausgegeben wird. FIAN artikuliert schon im Zuge des G8 Gipfels im Vorjahr seine Besorgnis über die Verteilung der Gelder durch die G8. Vorstandsmitglied Wolfgang Sterk warnte davor, dass das Geld vorwiegend für chemische Düngemittel, GMO Saatgut, Nahrungsmittelhilfe und Importsubventionen ausgegeben wird und kritisierte, dass die Grundursachen der Krise wie Agrotreibstoffe, Handelsliberalisierung, die ungleiche Verteilung von Land und Spekulation nicht berücksichtigt wurden.³⁷⁹ Für die Forschung in Agrotreibstoffe wird im Gegenteil sogar Geld aus dem Ernährungssicherungstopf zur Verfügung gestellt, obwohl die G8 die Verbindung zwischen dem Anbau von Agrotreibstoffpflanzen und Hunger anerkannt

³⁷⁵ Civil Society Organization Forum, 2009b, 2

³⁷⁶ Anderson, 2009, 19; Civil Society Organizations Forum, 2009b, 2

³⁷⁷ Civil Society Organization Forum, 2009b, 3

³⁷⁸ Pignatelli, 2009, <http://www.actionaid.org/main.aspx?PageID=1354>

³⁷⁹ Sterk, Wolfgang zitiert in: FIAN, 2008b, <http://www.fian.org/news/press-releases/g8-helpless-towards-food-crisis/?searchterm=G8>

hat.³⁸⁰ Interessant in diesem Zusammenhang ist ebenfalls die Tatsache, dass der G8 Gipfel in Japan an sich allein über USD 600 Millionen gekostet hat, während im Vergleich dazu das jährliche Budget der FAO USD 400 Millionen beträgt.³⁸¹

Was die Maßnahmen der G8 bezüglich Ernährungssicherung betrifft, so werden diese von manchen als Strategiewechsel interpretiert, denn es ist abzulesen, dass der Schwerpunkt von der Nahrungsmittelhilfe hin zu einer Förderung von Bauern und Landwirtschaft vor allem im afrikanischen Raum verlagert wird.³⁸² Andere jedoch sehen in den G8 Maßnahmen dieselben alten Entwicklungsformeln, verpackt in einem neuen Gewand.³⁸³ In Wahrheit besteht die Gefahr, dass der geplante Anstieg der landwirtschaftlichen Produktion darauf hinaus läuft, dass es vermehrt zur Verbreitung und Anwendung von Kunstdünger und züchterisch bearbeitetem Höchstleistungssaatgut kommt und dass noch mehr auf Intensivlandwirtschaft gesetzt wird. Diese ist aber bereits jetzt schon für 30 Prozent der Treibhausgase verantwortlich, so Bernhard Walter von Brot für die Welt.³⁸⁴ Der IAASTD Report, dessen zentraler Fokus es ist, die Multifunktionalität der Landwirtschaft hervorzuheben und diese nicht von seiner ökologischen und sozialen Rolle zu entkoppeln, schlägt ein Modell der Produktions- und Produktivitätssteigerung vor, das eben diese Komponenten mit einbezieht. Empfehlungen sind zum Beispiel Farmdiversifizierung, agro-ökologische Systeme und Unterstützung für den Schutz der Biodiversität. Außerdem brauche es eine Entwicklung hin zur Wertschätzung von lokalen Saatgutssystemen, lokalem Wissen, des Managements medizinischer Pflanzen unter anderem durch Bauern.³⁸⁵

Mittal kritisiert am G8 Ansatz, dass der Anstieg der an Hunger leidenden Menschen als eine Angebot/Nachfrage Krise ausgelegt wird, wodurch der Lösungsansatz der G8 hauptsächlich auf der landwirtschaftlichen Produktionssteigerung fokussiert ist. Die G8 streben ebenfalls an, Zugang zu Nahrungsmitteln durch die Liberalisierung des Handels im Landwirtschaftssektor zu gewährleisten, eine Maßnahme die, wie schon im 1. Teil besprochen, schon seit Jahrzehnten zu einer Unterminierung von Ernährungssicherung

³⁸⁰ Pignatelli, 2009, <http://www.actionaid.org/main.aspx?PageID=1354>; G8 Summit, 2009b, 6 (Tabelle)

³⁸¹ Mittal, 2009b, http://www.fpif.org/articles/g8_summit_feed_the_hungry_or_fuel_hunger

³⁸² Focus online, 2009,

http://www.focus.de/politik/ausland/g8-gipfel-20-milliarden-und-ein-rueffel_aid_415858.html

³⁸³ Mittal, 2009b, http://www.fpif.org/articles/g8_summit_feed_the_hungry_or_fuel_hunger

³⁸⁴ Walter, Bernhard zitiert in: FIAN, 2009,

http://www.fian.de/online/index.php?option=com_content&view=article&id=183:agrarministertreffen-der-g8-&catid=56:pressemitteilungen&Itemid=59

³⁸⁵ IAASTD, 2009, 5f

geführt hat.³⁸⁶ Was Land Grabbing betrifft, so ist die Antwort der G8 ähnlich jener der Weltbank, nämlich einen gemeinsamen Vorschlag zu entwickeln für einen Leitfaden und für ein optimales Verfahren beim Umgang mit internationalen Investitionen in den Landwirtschaftssektor.³⁸⁷ Japans damaliger Ministerpräsident, Taro Aso, betont in einem Artikel der Financial Times, dass ein bindendes Regelwerk nicht erstrebenswert sei, da es auch die „guten“ Investitionen abschrecken würde. Er baut sein Argument darauf auf, dass langfristige Investitionen der einzige Weg hin zu einer nachhaltigen Zukunft seien.³⁸⁸ La Via Campesina, eine internationale Bauernbewegung, hat am Welternährungsgipfel 1996 die Idee der sogenannten Ernährungssouveränität vorgestellt. Diese ist unvereinbar mit dem Ansatz von Taro Aso. Ernährungssouveränität ist definiert als das Recht von Menschen und souveränen Staaten über ihre Landwirtschafts- und Ernährungspolitik selbst zu bestimmen.³⁸⁹ Investitionen in Land und damit die Übernahme der Entscheidung darüber, was auf diesem Land passiert, sind unversöhnlich mit der Idee von Ernährungssouveränität, außer es wird von der Gemeinschaft wirklich gewünscht und unterstützt die lokale Nahrungsmittelproduktion.³⁹⁰

Die lokale Nahrungsproduktion- und Konsumation haben nämlich äußerste Priorität und Nahrungsmittel dürfen nicht, so wie es im Zuge des derzeitigen Land Grabbing Phänomens passiert, wieder exportiert werden. Grundvoraussetzung für Ernährungssouveränität ist für La Via Campesina eine genuine Agrarreform. Dadurch soll agrarwirtschaftliches Land an Landlose und Kleinbauern verteilt werden, was bedeutet, dass die Regierung agro-ökologische, kleinbäuerliche Methoden akzeptiert, nationale und lokale Märkte vor internationalen Waren und Finanzmärkten schützt und lokale Vorratslager schafft.³⁹¹ Lokaler Zugang zu Land ist also ein wesentliches Element in der Vision von Via Campesina und die Voraussetzung um das Hungerproblem in den Griff zu bekommen. Die Organisation plädiert für die Implementierung der Vereinbarungen, die auf der *International Conference on Agrarian Reform and Rural Development* (ICARRD)

³⁸⁶ Mittal, 2009b, http://www.fpif.org/articles/g8_summit_feed_the_hungry_or_fuel_hunger

³⁸⁷ G8 Summit, 2009c, n.n.

³⁸⁸ Aso, 2009, <http://farmlandgrab.org/post/view/6018>

³⁸⁹ Siehe IAASTD Report, La Via Campesina, 2011, http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=27&Itemid=44

³⁹⁰ Konvertierung und Übernahmen sollen nicht erlaubt werden ohne volle, freie, sachkundige und vorausgehende Zustimmung der Gemeinschaft. (La Via Campesina Website)

³⁹¹ La Via Campesina, 2010a, http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=951:csa-statement-on-30th-fao-aprc&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38

getroffen wurden. Der Punkt 6 bezieht sich auf den *Zugang* und die ihm zugeschriebenen Auswirkungen auf nachhaltige Entwicklung und lautet wie folgt:

*„We reaffirm that wider, secure and sustainable access to land, water and other natural resources related to rural people’s livelihoods, especially, inter alia, women, indigenous, marginalized and vulnerable groups, is essential to hunger and poverty eradication, contributes to sustainable development and should therefore be an inherent part of national policies.“*³⁹²

Landnahmen durch ausländische Investoren, welche Agrarflächen langfristig für sich beanspruchen, sind daher kontraproduktiv für die Umsetzung einer weitreichenden Agrarreform, welche ja den Zugang zu Ressourcen für die ländliche Bevölkerung verbessern soll. In diesem Zusammenhang stellt sich auch die Frage, was für Auswirkungen Landnahmen auf lange Sicht auf die ländlichen Strukturen und damit einhergehend, auf das soziale Gefüge eines Landes haben. Denkt man Land mit dem Hintergrund seiner weitreichenden Bedeutung als ökonomische, soziale, kulturelle und ökologische Ressource, so ergeben sich andere Projektionen für die Zukunft, als wenn man Land als rein ökonomische Ressource betrachtet. Während Investitionen in Agrarland von den meisten Akteuren als Möglichkeit gesehen werden der Armut langfristig entgegen zu wirken, so setzt Via Campesina beispielsweise auf ganz andere Strategien der Armuts- und Hungerbekämpfung. Sie baut unter anderem auf die Entwicklung nationaler Ernährungssicherungsprogramme, welche die nationale Selbstversorgung priorisieren, auf Familienbetriebe, mit einer nachhaltigen, organischen und ökologischen Wirtschaftsweise, auf die Unterstützung von Forstwirtschaft, Fischerei und Pastoralismus und die Investition in die Entwicklung lokaler, nationaler und regionaler Lebensmittelhilfe. Die Organisation führt die Nahrungsmittelkrise auf die Zerstörung von Lebensmittelsystemen zurück, durch die neoliberalen Reformen in ärmeren Ländern, wodurch sich auch ausländische Agribusiness Unternehmen im Land ausdehnen konnten.³⁹³ Deren Verdichtung gefährde die Biodiversität, nachhaltige Produktionsweisen und die Existenzgrundlage von Kleinbauern. Deshalb stellt sich Via Campesina gegen die weitere Verbreitung des Agribusiness Modells:

³⁹² International Conference on Agrarian Reform and Rural Development, 2006, 2

³⁹³ La Via Campesina, 2010a,

http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=951:csso-statement-on-30th-fao-aprc&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38

„So, if there is a real political will to provide solutions to the food crisis, in which around 1 billion people are suffering from hunger, it is urgent that agricultural policies start supporting small-scale sustainable producers and move away from sustaining an agribusiness model.“³⁹⁴

Doch nicht alle Akteure sind so zielgruppenorientiert wie Via Campesina. Zwar ist Kleinbauernförderung in aller Munde, dennoch werden enorme Ressourcen in die Erweiterung des Agribusiness Sektor investiert. Das von den G8 geförderte CAADP beispielsweise geht davon aus, dass sich ein effizientes Forschungssystem dadurch auszeichnet, dass es dem Agribusiness Sektor neben Bauern und anderen Klienten eine bedeutendere Rolle bei der Finanzierung und Steuerung einräumt. Dadurch könne die landwirtschaftliche Produktivität enorm verbessert werden.³⁹⁵ Auch die Weltbank scheint, was Produktivität betrifft, mehr in private Agribusiness Sektoren zu vertrauen, was sich in der Verteilung ihrer Geldmittel zeigt (wie oben schon erwähnt hat das IFC 2 Milliarden US Dollar in Agribusiness und mit Agribusiness verbundenen Sektoren investiert). Der CFA schlägt ebenfalls vor, Investitionen und Kredite für Agribusiness Dienstleistungen zu erhöhen,³⁹⁶ eine Maßnahme, die vermutlich durch den starken Einfluss der Weltbank Einkehr in den CFA gefunden hat. Die internationale Menschenrechtsorganisation FIAN bemerkt nämlich, dass zwischen den Bretton-Woods und den UNO Institutionen ein beträchtliches Ungleichgewicht vorherrscht was das Budget und die Prioritätensetzung im CFA betrifft. So haben FAO und IFAD wesentlich weniger Ressourcen zur Verfügung für die Umsetzung ihrer Programme (FAO USD 588 Millionen, IFAD USD 11 Millionen), als die WB und der IMF (USD 8 Milliarden). Auch der Inhalt des CFA lässt, laut FIAN, auf eine dominante Stellung der WB schließen (neoliberale Strategien, marktorientiert, ..).³⁹⁷ Andererseits gibt es innerhalb der FAO auch ein *Agribusiness Development Programme*, welches Firmen im Agribusiness Sektor assistiert um deren Wettbewerbsfähigkeit und Koordination und deren Verbindungen zu anderen Businesspartnern zu fördern.³⁹⁸ Doch abgesehen von dieser direkten Unterstützung profitieren Agribusiness Konzerne

³⁹⁴ La Via Campesina, 2010b,

http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=955:land-grabbing-causes-hunger-let-small-scale-farmers-feed-the-world&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38

³⁹⁵ NEPAD, 2002, 89

³⁹⁶ High-Level Task Force on the Global Food Security Crisis, 2008, 38

³⁹⁷ Brock/Paasch, 2009, 30

³⁹⁸ FAO, o.J.b, <http://www.fao.org/ag/ags/agribusiness-development/en/>

überproportional von der Nahrungsmittelkrise und den diesbezüglich vorherrschenden Lösungsansätzen, welche stark an Produktivitätssteigerung durch landwirtschaftliche Inputs, wie Düngemittel, Saatgut und Pestizide orientiert sind. GRAIN hat dazu folgende Tabelle erstellt, welche die Gewinne der größten Saatgut/Pestizid Unternehmen im Prozentsatz vom Jahr 2007 (Zeitraum vor der Krise) auf das Jahr 2008 veranschaulicht.

Table 3: Profits* for some of the world's largest seed/pesticide companies

Company	Profits 2008 (US\$ million)	Increase from 2007 (per cent)
Monsanto	2,926	120
Syngenta	1,692	19
Bayer	1,374	40
Dow	761	63
BASF	894	37
*Profits = Earnings before taxes		

Abbildung 9: Gewinne der weltgrößten Saatgut/Pestizid Firmen von 2007 auf 2008³⁹⁹

GRAIN zeigt aber noch ein anderes Problem auf: Die Monopolstellung, die Agribusiness Konzerne oftmals über gewisse landwirtschaftlich Inputs besitzen, erhöhen den Druck auf Bauern (und verringern damit ihre Verhandlungsmacht):

*„The suppliers of agricultural inputs may be the biggest winners from this crisis. With their quasi- monopoly control over seeds, pesticides, fertilisers and machinery, they were able to maximise the squeeze on farmers.“*⁴⁰⁰

Laut IAASTD ist aber die Verwendung von agro- chemischen Inputs, wie Pestiziden und synthetischen Düngemitteln nicht der Weg hin zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung. Eher sollten Anreize für die Anwendung nachhaltiger landwirtschaftlicher Praktiken geschaffen werden. Beispielsweise können Marktmechanismen dafür verwendet werden, Belohnungen für besseres Management von

³⁹⁹ Abbildung 9: GRAIN, 2009b, 23

⁴⁰⁰ GRAIN, 2009b, 23

natürlichen Ressourcen zu generieren und zu regulieren. Eine andere Anregung ist die Internalisierung der Kosten für die Umwelt, die durch unnachhaltige Praktiken entstehen.⁴⁰¹ Der Report verknüpft ökologische und soziale Belange eng aneinander, weshalb er auch Konsequenzen für die Ernährungssicherung sieht, wenn nicht umweltverträglich gewirtschaftet wird.

Die FAO hat im Mai 2008 die *Initiative for Soaring Food Prices* ins Leben gerufen. Auch in dieser spielen landwirtschaftliche Inputs eine große Rolle. In dem USD 1,7 Milliarden Programm, gehen USD 950 Millionen an die Schaffung von Sicherheitsnetzen. Das heißt, dass Bauern durch besseren Zugang zu, und vermehrter Verwendung von Inputs, Überschüsse erwirtschaften sollen. Diese können vermarktet werden und stellen damit eine zusätzliche Einkommensquelle dar. Für die Landlosen wurden *food for work* bzw. *food for cash* Programme geplant, um deren Einkommen durch Tätigkeiten für den Ausbau der Infrastruktur zu verbessern. Dabei handelt es sich speziell um jene Bereiche, die der Nahrungsmittelproduktion zu Gute kommen (Bewässerungsanlagen, Straßenbau, etc.).⁴⁰²

Was die landwirtschaftlichen Inputs betrifft, so sollte nicht unerwähnt bleiben, dass diese auch am meisten von Regierungen nachgefragt werden. So schreibt die FAO in ihrem Programmdokument, dass zwanzig Länder nach Versorgung mit landwirtschaftlichen Inputs angefragt haben. Dabei handelt es sich vor allem um Saatgut, aber auch Düngemittel und Pestizide.⁴⁰³

Die *Initiative for Soaring Food Prices* beinhaltet noch einen weiteren gewichtigen Programmpunkt, und zwar geht es darum, die Ernteverluste mittels einem effektiven Ernte-Nachbearbeitungssystems einzuschränken. Das heißt, dass Kapazitäten aufgebaut werden sollen um die Produktionsschritte nach der Ernte zu optimieren (z.B.: Fähigkeiten und Wissen der Bauern, Händler und Bearbeiter verbessern beim Umgang mit Kulturpflanzen; Lagerung und Verarbeitung).⁴⁰⁴ Dieser Ansatz macht durchaus Sinn, wenn man bedenkt, dass in vielen ärmeren Ländern, große Teile der Ernte auf Grund von Infrastrukturmängeln verloren gehen. Aber auch Naturkatastrophen, wie Unwetter, Dürre oder Schädlingsbefall, der voranschreitende Klimawandel und Erosion durch un-nachhaltige Produktionsweisen sind Ursachen von Ernteverlusten- oder gar Ausfällen. Der IAASTD Report schlägt die Anwendung von agro-ökologischen Methoden und Waldfeldbau vor und die Züchtung von

⁴⁰¹ IAASTD, 2009, 29

⁴⁰² FAO, 2008b, 7

⁴⁰³ FAO, 2008b, 22

⁴⁰⁴ FAO, 2008b, 10

salztoleranter Sorten, um die Auswirkungen des Klimawandels zu lindern.⁴⁰⁵ Gleichzeitig können angepasste Anbaumethoden, die den Boden schonen, mehr Schutz vor Naturkatastrophen bieten. Neben landwirtschaftlichen Inputs sieht aber die FAO noch andere Möglichkeiten, um die Produktion zu steigern. Bodenfruchtbarkeitsmanagement, Pestmanagement, die Diversifizierung von Feldfrüchten und eine verbesserte Resilienz gegenüber Schocks sind einige davon.⁴⁰⁶

Wie die FAO großflächiger FDI in Land gegenübersteht, entspricht keiner klaren Linie. 2008 verglich Diouf diese Art von Investment noch mit einer Neo-Kolonialisierung,⁴⁰⁷ um dann als Antwort auf diesen Investment Trend in Agrarland nur mit einem freiwilligen Verhaltenskodex zu reagieren. Der gemeinsame Report von FAO, IIED und IFAD (durch die Autoren Cotula, Vermeulen et al.) im Jahre 2009 spiegelt diese Haltung wider. Er macht auf die immensen Risiken, aber auch auf die Möglichkeiten solcher Investmentformen aufmerksam und schließt mit Empfehlungen für die beteiligten Akteure ab.⁴⁰⁸

Dass Investitionen in den Landwirtschaftssektor unbedingt notwendig sind, um die 9,1 Milliarden Menschen zu ernähren, welche die FAO für das Jahr 2050 prognostiziert, ist ein klares Statement der Organisation. Ihre Schätzungen ergeben, dass netto Investitionen in den Landwirtschaftsbereich jährlich USD 83 Milliarden überschreiten müssen, um die zukünftige Nachfrage zu befriedigen. Davon verspricht man sich einen globalen landwirtschaftlichen Produktionsanstieg von 70 Prozent bis 2050.⁴⁰⁹ Während der Kauf bzw. das Leasing von großen Agrarflächen nicht die einzige Möglichkeit der landwirtschaftlichen Investition darstellt, so gilt das neue Interesse am Landwirtschaftssektor doch zu einem großen Teil dieser Art von Investition.⁴¹⁰ Alternative Investitionsmodelle, welche die Bedürfnisse der Investoren und der Zielländer mehr aneinander angleichen, wurden von der FAO immer wieder angedacht- doch gleichzeitig scheint sie die Einstellung zu vertreten, dass jede Art von Investition, unter Einhaltung bestimmter Regeln, begrüßt werden soll. 2010 wurde ein Report von FAO und anderen Organisationen veröffentlicht, welcher einen kleinen Richtungswechsel vermuten lässt.

⁴⁰⁵ IAASTD, 2009, 29

⁴⁰⁶ FAO, 2008b, 8ff.

⁴⁰⁷ Diouf, Jacques zitiert in: Huggins, 2010, <http://www.commercialpressuresonland.org/press/commercial-land-rush---human-rights-based-versus-corporate-social-responsibility-models>

⁴⁰⁸ Siehe Cotula et al., 2009

⁴⁰⁹ FAO Investment Centre, 2011, <http://www.fao.org/tc/tci/whyinvestinagricultureandru/en>

⁴¹⁰ Vermeulen/Cotula, 2010, 13

Die Verfasser erkennen an, dass großflächige Akquisitionen von Land nicht unbedingt vorteilhaft für die Zielländer sind:

„From a host country perspective, the plantation model may be perceived as economically inequitable and politically unpalatable, being a throwback to colonial era. For local people, the main expected benefit in return for loss of land and access to grazing, water, wild and cultural resources is employment. But jobs may be unskilled and low-paid, and are often short-term or part-time without social security benefits.“⁴¹¹

Außerdem wird bekräftigt, dass der Beitrag für ländliche Entwicklung und Armutsreduktion größer ist, durch das Mitwirken der lokalen Bevölkerung in der Rolle von Kleinbauern, als in der Rolle von Arbeitern. Der Report versucht auch die langfristigen Konsequenzen aufzuzeigen, die das Leasing oder der Kauf von großflächigem Agrarland nach sich ziehen würden: Wenn die lokale Bevölkerung über mehrere Generationen aus dem Kleinbauerntum ausgeschlossen wäre, so könnte das das Ende der traditionellen Bewirtschaftung und Viehhaltung bedeuten und sich damit negativ auf die Fähigkeit der lokalen Bevölkerung, für ihre eigene Ernährungssicherung zu sorgen, auswirken.⁴¹²

Deshalb werden Alternativen zu dieser Form der Investition vorgeschlagen, welche sind:⁴¹³

- **Kontraktfarming:** Vorvereinbarung über Lieferabkommen zwischen Bauer und Käufer (Subunternehmen)
 - **Leasing und Management Verträge:** Bewirtschaftung von Land, dass jemand anderem gehört unter Gewinnbeteiligung
 - **Joint Venture:** Miteigentümerschaft eines Unternehmens von zwei unabhängigen Akteuren
 - **Farmer-owned businesses:** Businessstrukturen, wo Bauern in spezifische Teile der Produktionskette eintreten können (z.B.: Marketing, Verarbeitung)
 - **Naturalpacht (sharecropping):** Bauern bewirtschaften das Land von Agribusinesses oder anderen Bauern und erhalten dafür Teil der Ernte bzw.
- Farmpachten:** mit fixer Miete
- **Aufsteigende und absteigende Business Verbindungen:**

⁴¹¹ Vermeulen/Cotula, 2010, 24

⁴¹² Vermeulen/Cotula, 2010, 24

⁴¹³ Vermeulen/Cotula, 2010, 29f.

Alle Geschäftsmöglichkeiten, die über die Produktion hinaus für Agribusiness, Kleinbauern und kleine lokale Unternehmen gelten

Diese Alternativmodelle sollen keine optimalen Vertragsmodelle anbieten, sondern mögliche Formen mit ihren Vor- und Nachteilen aufzeigen.⁴¹⁴

Ein anderer wichtiger Akteur, welcher die Schwerpunktsetzung bezüglich Ernährungssicherung weitgehend mitbestimmt, und wessen politische Entscheidungen auch in die Land Grabbing Debatte mit einfließen, ist die **Europäische Union**. Sie ist nicht klar abzugrenzen von einigen anderen Akteuren wie den G8, der FAO und der Weltbank, da EU Mitgliedsstaaten in diesen Organisationen mitwirken, dennoch hat sie ein anderes Mandat und arbeitet unter anderen Voraussetzungen und Strukturen.

Die Europäische Kommission (EC) hat 2007 ein Diskussionspapier herausgegeben, welches Vorschläge zur EU-AU Kooperation hinsichtlich der Förderung landwirtschaftlicher Entwicklung erarbeitet hat. Als Ziel im sogenannten *Advancing African Agriculture* (AAA) Dokument ist festgeschrieben, einen gemeinsamen Handlungsrahmen für die EU und seine Mitglieder zu schaffen für den Kampf gegen Hunger und Unterernährung, sowie die zur Verfügung stehenden finanziellen Ressourcen an Hand dieses Handlungsrahmen zu verteilen. Zivilgesellschaftliche Organisationen haben maßgeblich zur Gestaltung des Dokuments beigetragen.⁴¹⁵

Schwerpunkte sind vor allem:

- Anerkennung von landwirtschaftlicher Entwicklung als wesentlichen Teil der Strategie für Wachstum und Armutsreduktion
- Stärkung landwirtschaftlicher *Sector Governance* durch Neudefinierung der Rolle von Staat, Privatsektor und Zivilgesellschaft und durch die Verbesserung ihrer Fähigkeiten, um bei der Formulierung und Implementierung von Strategien aktiv partizipieren zu können
- Produktivitätssteigerung durch Forschung, Wissenssysteme und deren Verbreitung
- Handel, mit Fokus auf regionale Märkte und landwirtschaftliche Erzeugnisse
- Management natürlicher Ressourcen
- Risikomanagement in Bezug auf Schädlinge, Krankheiten, Preisfluktuationen, Marktunsicherheiten, Klimawandel und Naturkatastrophen

⁴¹⁴ Vermeulen/Cotula, 2010, 3

⁴¹⁵ European Commission 2007a; European Commission 2007b; European Civil Society Organizations, 2008.

Der AAA Ansatz ist stark auf Wachstum und Produktivitätssteigerung fokussiert, setzt aber dabei auf die kleinbäuerliche Landwirtschaft. Es wird hervorgehoben, dass Märkte zur Armutsreduktion dienen sollen und Handelsvereinbarungen (z.B.: *Economic Partnership Agreements*), Chancen für afrikanische Länder bieten sollen. Die Partizipation der Zivilgesellschaft bei Entscheidungsprozessen relevanter Programme und Maßnahmen wird als wichtig erachtet, sowie die Produktion von Grundnahrungsmitteln für vorzugsweise lokale und regionale Märkte.

Kritik seitens der CSO⁴¹⁶ gab es vor allem bezüglich der schwachen Umsetzung dieser Vorhaben. Eine aktive Mitentscheidung der Zivilgesellschaft in Bezug auf die Verteilung der finanziellen Ressourcen auf den landwirtschaftlichen Sektor sei nicht erreicht worden. Genau so wenig hat sich der Handel mit europäischen Staaten als vorteilhaft für die afrikanische Landwirtschaft erwiesen. Die europäischen Handelspolitiken für Afrika werden noch immer von Freihandel und *Economic Partnership Agreements* (EPA) dominiert, welche die kommerziellen Interessen Europas und dessen Unternehmen verteidigen (siehe weiter unten). Dazu kommt, dass das neoliberale Marktsystem mit Exportsubventionen und Schutz europäischer Märkte sich negativ auf Ernährungssicherung in afrikanischen Ländern ausgewirkt hat.⁴¹⁷

Als direkte Reaktion auf die Nahrungsmittelkrise Ende 2007/2008 etablierte die EU einen 1 Milliarden Euro Fonds. Diese sogenannte *Food Facility* (FF), sollte die Auswirkungen der Krise durch kurz- und mittelfristige Programme abschwächen. Auch hier war es das Ziel die landwirtschaftliche Produktion voranzutreiben, Sicherheitsnetze aufzubauen, die Produktionsleistung zu steigern und *sector governance* zu stärken. Die CSO bemängelte an der FF, dass sie als Nothilfeinitiative Projekte sponsert, welche eine langfristige Perspektive haben. Die Produktionsförderung beispielsweise, benötige längerfristige Unterstützung um nachhaltige Unternehmen zu gründen. Auch könne die Stärkung von *governance* im landwirtschaftlichen Sektor nicht als kurzfristig betrachtet werden, da diese ein wesentlicher Teil beim Prozess zur Erreichung von Ernährungssicherung ist. Weiters gäbe es in dem Text zur FF Regulierung keinen Anknüpfungspunkt an das AAA der Europäischen Kommission, welches als langfristiger Unterstützungsrahmen und als strategische Richtlinie für die Verteilung von EU Geldern auf die afrikanische

⁴¹⁶ Zivilgesellschaftliche Organisationen überwachten die Implementierung jener Punkte, auf die man sich 2007 in EC's Communication "Advancing African Agriculture" (AAA) geeinigt hatte. Es gab einen Review für das Jahr 2008 und einen für 2009-2010.

⁴¹⁷ European Civil Society Organizations, 2008, 2f.

Landwirtschaft gilt. Kohärenz und Kontinuität zwischen kurz- und langfristigen Maßnahmen müsse aber gegeben sein um die Wiederholung der Krise zu verhindern.⁴¹⁸

2010 wurde ein neuer EC Ernährungssicherungskommunikationsplan (*An EU policy framework to assist developing countries in addressing food security challenges*⁴¹⁹) herausgebracht, nachdem die Gegebenheiten durch die Nahrungsmittelkrise und die zukünftigen Herausforderungen neue, gemeinsame Ernährungssicherungsstrategien benötigen, welche die EU Führerschaft im globalen Ernährungsdiskurs weiter stärken solle.

Dieser Plan erkennt an, dass Ernährungssicherungsstrategien *country-owned* und *country-specific* sein müssen, und dass ein angemessenes Gleichgewicht vorherrschen muss, zwischen der Unterstützung nationaler Produktion und der Belieferung mit Nahrungsmittel durch den internationalen Handel. Der Handlungsrahmen des neuen Plans widmet sich den Herausforderungen bezüglich Ernährungssicherung in Entwicklungsländern an Hand der vier international anerkannten Eckpfeiler:

- Verfügbarkeit von Nahrungsmittel steigern (Verfügbarkeit)
- Zugang zu Nahrungsmittel verbessern (Zugang)
- Sicherstellung adäquater Nährstoffverfügbarkeit in der Nahrungsaufnahme (Qualität)
- Krisenprävention und Management verbessern (Stabilität)

Innerhalb dieser Eckpfeiler werden wiederum vier Dimensionen besonders hervorgehoben und bevorzugt behandelt. Diese sind die Verbesserung der Resilienz von bäuerlichen Kleinbetrieben und ländlichen Haushalten, die Förderung von *effective governance*, die Unterstützung von regionaler Landwirtschaft und regionalen Ernährungssicherungsmaßnahmen und der Ausbau von Unterstützungsmechanismen für besonders gefährdete Bevölkerungsgruppen.⁴²⁰ *Effective governance* bedeutet in diesem Kontext unter anderem, die Unterstützung der Entwicklung von *best practice* Richtlinien und Verhaltenskodexe für großflächige Investitionen in Agrarland. Dabei soll auch die Implementierung der AU *Land Policy Guidelines*⁴²¹, welche im Juli 2009 verabschiedet wurden, unterstützt werden.

In ihrem Ernährungssicherungskommunikationsplan hebt die EU im Vergleich zu anderen Organisationen die Zugangskomponente verstärkt hervor, und damit zusammenhängend das Recht auf Nahrung. In diesem Kontext werden die „*Voluntary Guidelines to support*

⁴¹⁸ Tommaso/Terra, 2009-2010, 8, 26

⁴¹⁹ European Commission, 2010a.

⁴²⁰ European Commission, 2010a, 8f.

⁴²¹ AU/ADB/ECA, 2009

the progressive realisation of the Right to Food in the context of national food security“⁴²² erwähnt und das Vorhaben der EU, deren weitere Umsetzung zu unterstützen. Damit möchte sie Maßnahmen fördern, welche die Grundursachen des Hungers bekämpfen und marginalisierte Bevölkerungsgruppen ermächtigen.⁴²³

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die EU wichtige Punkte in ihrem aktuellen Plan angesprochen hat, welche bei anderen Organisationen teilweise oder zur Gänze fehlen. In ihrer strategischen Reaktion auf die Krise lassen sich Anhaltspunkte finden, wie zum Beispiel die Unterstützung von regionaler Landwirtschaft und regionalen Ernährungssicherungsmaßnahmen, oder die Verbesserung der Resilienz von bäuerlichen Kleinbetrieben, welche der Durchsetzung des Rechts auf Nahrung dienlich sein könnten. Würden die freiwilligen Richtlinien für die Realisierung des Rechts auf Nahrung darüber hinaus wirklich umgesetzt werden, so könnte die EU einen wichtigen Beitrag zu weltweiter Ernährungssicherung beitragen, ohne Methoden vorzuschlagen, welche Landnahmen in Entwicklungsländern begünstigen. Jedoch wird diese Hoffnung wieder getrübt, wenn man einige Maßnahmen genauer analysiert. Auch Ziele in anderen strategischen Arbeitsbereichen der EU, welche nicht mit der Schaffung von Ernährungssicherung zu tun haben, stehen teilweise im Widerspruch zu den eben genannten Maßnahmen, da sie direkt oder indirekt großflächige Landnahmen von außen fördern. Im folgenden soll kurz darauf eingegangen werden:

Economic Partnership Agreements (EPA)

Wirtschaftspartnerschaftsabkommen sind Abkommen über Freihandelszonen zwischen der EU und Entwicklungsländern aus dem afrikanischen, karibischen und pazifischen Raum (AKP Staaten). Im September 2002 wurden die Verhandlungen zwischen der EU und den ACP Staaten in Brüssel offiziell eröffnet. Diese sollten innerhalb von fünf Jahren das Handelsregime der beiden Gruppen neu definieren und die Lomé Abkommen ersetzen. Die neuen Vereinbarungen sollten mit den WTO Auflagen kompatibel sein⁴²⁴ und haben das Ziel einer reibungslosen und allmählichen Integration der ACP Staaten in die Weltwirtschaft, wodurch- so das Abkommen- nachhaltige Entwicklung gefördert und Armut bekämpft werden könne.⁴²⁵

In den Verhandlungen wurde von der EU vorgeschlagen, dass ACP Länder bis zu 20

⁴²² Diese *Voluntary Guidelines* wurden 2004 von der FAO verabschiedet.

⁴²³ European Commission, 2010a, 5

⁴²⁴ Karl, 2002, 21f.

⁴²⁵ European Commission, 2010b, Artikel 34.1.

Prozent ihrer Handelsprodukte vom Liberalisierungsprozess ausschließen können, während die EU selbst all ihre Handelsprodukte liberalisiert, so dass durchschnittlich 90 Prozent des Handels zwischen den beiden Regionen zur Gänze liberalisiert ist. Laut der EU sei dies das Mindestmaß an Liberalisierung entsprechend der WTO Auflage.⁴²⁶ Anders formuliert, müsste der jeweilige Markt für alle europäischen Produkte geöffnet werden und nur 20 Prozent (sogenannte „sensitive products“) können ausgenommen werden.

Ein weiteres Standbein ist die „*most favored nation clause*“ welche die Länder verpflichtet der EU dieselben Zollbegünstigungen zu gewähren, wie den jeweiligen Haupthandelspartnern. Außerdem laufen Verhandlungen über die Einführung der UPOV (*Union for the Protection of New Varieties of Plants*) 1991 für den Schutz von Patenten und biotechnologischen Erfindungen. Das würde bedeuten, dass Bauern am Austausch und der Aufbewahrung ihres Saatguts gehindert werden, wodurch die Abhängigkeit von Saatgutfirmen und deren geistigen Eigentumsrechte, die sie für sich beanspruchen, steigt.⁴²⁷

An den EPAs wird vor allem kritisiert, dass sie schwerwiegende Konsequenzen auf die Ernährungssicherung der Bevölkerung haben können. Der Wettbewerb mit europäischen Importgütern auf den lokalen Märkten würde zu allererst Kleinbäuerinnen treffen, da diese ohnehin schon marginalisiert werden und oft nur kleine Landflächen bewirtschaften. In vielen Fällen sind Frauen auch noch für die Nahrungsbeschaffung innerhalb der Familie verantwortlich, wodurch eine Verdrängung von Land weitreichende Folgen auf die Ernährungssicherung haben kann⁴²⁸ und damit auch auf die Verwundbarkeit bezüglich zukünftiger Krisen:

*„If, (...), the EU continues to push for Economic Partnership Agreements with ACP countries it will never put African countries in the condition to respond to another crisis.“*⁴²⁹

Weiters wurde das alte Abkommen nicht durch ein neues ersetzt, sondern, es werden mit verschiedenen regionalen Blöcken (Karibik, Zentralafrika, Südafrika, Westafrika, Ostafrika, Pazifik Region) unterschiedliche Abkommen verhandelt. Verschiedenartige Handelsbeziehungen der ACP Staaten zu Europa könnte die regionale Integration in Afrika

⁴²⁶ Reichert, 2009, 37

⁴²⁷ Graham et al, 2009-2010, 61

⁴²⁸ Acord, o.J., <http://www.acordinternational.org/our-work/a/livelihoods/trade/epas/>

⁴²⁹ Tommaso/Terra, 2009-2010, 8

erschweren.⁴³⁰ Bis dato wurden 31 von 78 Handelsübereinkommen getroffen. Mit Ausnahme der Karibik wurden die Verträge mehrheitlich als Übergangslösung abgeschlossen.⁴³¹ Dieser Stand veranschaulicht die Skepsis der ACP Länder gegenüber den EPAs.

Zivilgesellschaftliche Organisationen argumentieren, dass einige Elemente der EPAs weitere Anreize für Land Grabbing liefern, denn EPAs erschweren es den Staaten ihre Ressourcen und Märkte zu schützen und die lokale Nutzung zu priorisieren. Die Gefahr, dass transnationalen Unternehmen des Nordens noch mehr Kontrolle über die Märkte des Südens erlangen und zwar über die Kontrolle von Saatgut und damit im weiteren Sinne über die Kontrolle der Landwirtschaft, lässt Besorgnis aufkommen, dass Land Grabbing dadurch vorangetrieben wird.⁴³²

Renewable Energy Directive (RED)

Es wurde im 1. Teil erwähnt, dass die Nachfrage nach Agrotreibstoffen zum Anstieg der Nahrungsmittelpreise beigetragen hat und damit auch ein Mitauslöser der Krise war. Nichtsdestotrotz hat die EU im Dezember 2008 die sogenannte *renewable energy directive* durchgesetzt, welche anstrebt bis 2020 10 Prozent des Treibstoffes der EU für den Straßengüterverkehr durch nachwachsende Rohstoffe zu ersetzen. Diese können aus Biomasse, Wind- und Solarenergie, Wasserkraft, aber auch aus Agrotreibstoffen erzeugt werden.⁴³³ Vermutet wird, dass letzteres die treibende Kraft sein wird, da es einen sicheren Markt für Produzenten erzeugt.⁴³⁴ Ein weiterer Anreiz für die Produktion von den umstrittenen Agrotreibstoffen ist somit gegeben (siehe auch Kapitel 4.5.1).

Da die Richtlinie rechtskräftig ist und nicht freiwillig, haben einige Mitgliedstaaten eine Reihe von Unterstützungsmaßnahmen eingerichtet um die Ziele zu erreichen. Beispiele sind Anreize für den Konsum (Reduktion der Treibstoffsteuer), Produktionsanreize (Steueranreize, Bürgschaften, Subventionen) und obligatorische Konsumationsauflagen. Die *British Government's Renewable Transport Fuel Obligation* etwa, fordert von UK Treibstofflieferanten, dass ein gewisser Prozentsatz vom Absatz aus Agrotreibstoffen

⁴³⁰ Acord, o.J., <http://www.acordinternational.org/our-work/a/livelihoods/trade/epas/>

⁴³¹ Rudloff/Weinhardt, 2011, 3

⁴³² Graham et al, 2009-2010, 62

⁴³³ European Commission, 2010c, n.n.

<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en>

⁴³⁴ Friend of the Earth, 2010, 8

hergestellt wird.⁴³⁵

Um sicherzustellen, dass die Agrotreibstoffe wirklich zur Reduktion von Treibhausgasen beitragen und nicht von Wäldern, Feuchtgebieten und Naturschutzgebieten kommen, hat die EU Nachhaltigkeitskriterien aufgestellt. Diese Kriterien beziehen sich ausschließlich auf ökologische Auswirkungen, jedoch nicht auf die sozio-ökonomischen Konsequenzen für die lokale Bevölkerung.⁴³⁶

Durch die Richtlinie steigt die Nachfrage nach Land für den Anbau von Agrotreibstoffen und mit ihr die Anzahl der Menschen die ihr Land dafür aufgeben müssen.

Bilateral Investment Treaties (BITs)

International Investment Agreements (IIAs) sind Verträge zwischen Staaten, welche einen Investor, der in das Gebiet eines anderen Staates investiert mit einem speziellen Schutz unter internationalem Recht ausstattet. Eine Form des IIAs sind *Bilateral Investment Treaties* (BITs).⁴³⁷ Sie sind eine Möglichkeit einen ansprechenden Investitionsrahmen für Investoren zu schaffen, da sie Investitionen von Staatsbürgern oder Unternehmen eines anderen Landes juristischen Schutz bieten- beispielsweise in einer Umgebung mit schwacher Regierungsführung.⁴³⁸ Dies soll Investitionen in Entwicklungsländer anlocken. In den letzten Jahren verzeichneten die BITs einen Boom in Afrika. Die Zahl der unterzeichneten Verträge stieg von 193 in 1995 auf 687 in 2006 an.⁴³⁹ 2008 wurden 59 neue BITs beschlossen, in 46 davon waren Entwicklungsländer involviert. Die totale Nummer der BITs stieg Ende 2008 auf 2 676 an.⁴⁴⁰ Deutschland hat mit mehr als 140 Staaten derartige Abkommen abgeschlossen und hat damit die Vorreiterrolle eingenommen.⁴⁴¹ Auch einige andere europäische Länder sind unter den Top 10.

⁴³⁵ Graham et al, 2009-2010, 48

⁴³⁶ GRAIN, 2007, 8

⁴³⁷ Smaller/Mann, 2009, 11

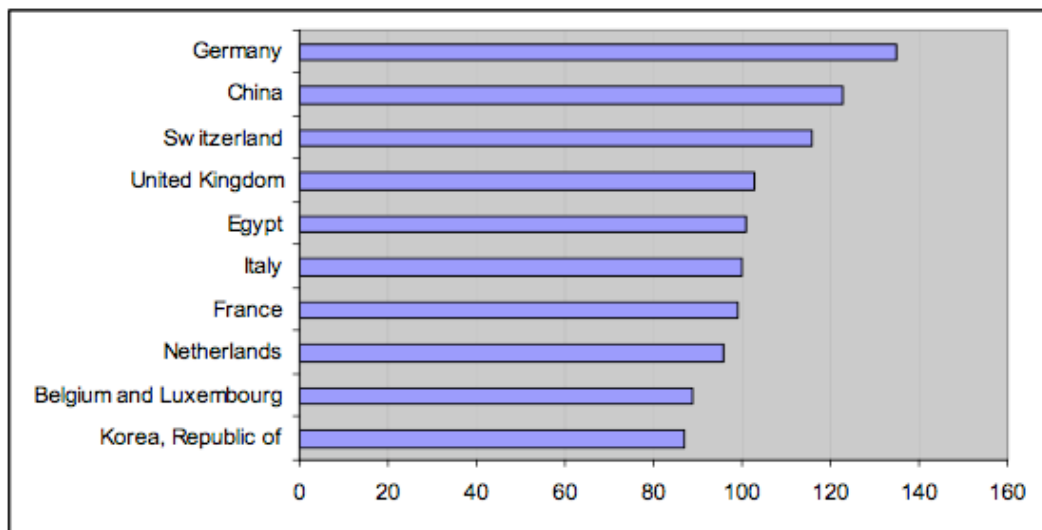
⁴³⁸ Görgen/Rudloff, 2009, 14

⁴³⁹ Cotula et al., 2009, 32

⁴⁴⁰ UNCTAD, 2009c, 2

⁴⁴¹ FDCL, o.J., <http://land-grabbing.de/fallbeispiele/fallbeispiel-5-investitionsschutzabkommen-verhindern-landreformen/>

Figure 2. Top ten total signatories of BITs up to end 2008



Source: UNCTAD (www.unctad.org/iaa).

Abbildung 10: Länder mit den meisten *Bilateral Investment Treaties*⁴⁴²

Die wichtigsten Bestimmungen der Verträge sind die folgenden:⁴⁴³

- **Anspruch auf nationale Behandlung:** Bekenntnis des Ziellandes ausländische Investoren nicht weniger gefällig zu behandeln wie heimische Investoren
- **Anspruch auf „most-favored-nation“ Behandlung:** Die Ausweitung der Behandlung des *most-favored foreign investor* auf alle anderen ausländischen Investoren
- **Faire und gleiche Behandlung:** Verbot von willkürlichen und diskriminierenden Handlungen
- **Verbot der Enteignung ohne Kompensation:** Falls es zu einer Enteignung kommen sollte, muss angemessene Kompensation gewährleistet werden
- **Recht auf Export der produzierten Produkte**
- **Schutzklausel:** Einige IIAs enthalten Bestimmungen, die dem Zielland erlauben die Exporte der Investoren zu limitieren im Falle einer Wirtschafts- oder Finanzkrise. Für andere Arten von Krisen, wie zum Beispiel Nahrungsmittelknappheit, gibt es keine solchen Bestimmungen
- **Nationale Sicherheit:** Fast alle IIAs enthalten Bestimmungen darüber, dass Verpflichtungen abgelöst werden dürfen, falls Besorgnis über die nationale Sicherheit

⁴⁴² Abbildung 10: UNCTAD, 2009b, 3

⁴⁴³ Smaller/Mann, 2009, 11f.

besteht

- **Mechanismen für die Beilegung einer Streitigkeit:**

Erlaubnis für ausländische Investoren ein schiedsrichterliches Verfahren zu initiieren um bei Streitigkeiten untersuchen zu können, ob die Bestimmungen des Vertrags verletzt wurden.

BITs sind Abkommen zwischen Staaten, durch welche die rechtlichen Rahmenbedingungen für Investitionen bestimmt werden. Sie garantieren den Investoren eine Auswahl an Rechten (siehe oben), zusätzlich zu jenen der nationalen Gesetzgebung. Diese Rechte werden über nationales Recht gelegt und jegliches Gesetz oder andere Regierungsaktivitäten müssen mit der Vereinbarung kompatibel sein, sonst können sie vom Investor angefochten werden.⁴⁴⁴

Auf Grund von großer Konkurrenz zwischen Entwicklungsländern bezüglich FDI passiert es, dass Ansprüche und Regulierungen für Investoren niedrig gehalten werden. Die ungleichen Machtverhältnisse führen dazu, dass den Investoren viele Rechte zugestanden werden, sie aber gleichzeitig wenig Verpflichtungen auferlegt bekommen.⁴⁴⁵ Diese Tatsachen bergen folglich die Gefahr, dass der Handlungsspielraum der lokalen Gemeinschaft untergraben wird. Des Weiteren können es die BITs den nationalen Regierungen erschweren ihre Verpflichtungen bezüglich des Rechts auf Nahrung einzuhalten, da der sichere Zugang zu Ressourcen oftmals nicht mehr gewährleistet werden kann, womit Land Grabbing gefördert wird.

Zusammengefasst kann gesagt werden, dass die Politik der EU ein sehr widersprüchliches Bild zeichnet:

Ihre Programme beinhalten Strategien für die Bekämpfung von Armut und Hunger, welche primär die Kleinbauern unterstützen sollen, wie z.B. die Verbesserung der Resilienz von bäuerlichen Kleinbetrieben und ländlichen Haushalten und die Unterstützung von regionaler Landwirtschaft und regionalen Ernährungssicherungsmaßnahmen. Sie bezieht sich auch auf die FAO *Voluntary Guidelines on Responsible Governance of Land Tenure and other Natural Resources* und hebt das Recht auf Nahrung mit Betonung auf den *Zugang* besonders hervor. Damit scheint es zumindest in der Theorie keinen Hinweis auf Aktivitäten zu geben, die mit dem Land Grabbing Phänomen in Verbindung stehen.

⁴⁴⁴ Smaller/Mann, 2009, 11

⁴⁴⁵ Graham et al, 2009-2010, 59

Erste Widersprüche lassen sich bei ihrer Positionierung bezüglich der Bedeutung des regionalen Handels für die Armutsbekämpfung erkennen. Denn einerseits erkennt sie die Wichtigkeit von regionalen Märkten und Erzeugnissen für die Armutsbekämpfung an, während sie andererseits annimmt, mit EPAs die landwirtschaftlichen Handelsmöglichkeiten afrikanischer Staaten zu verbessern.⁴⁴⁶ Wie diese sich jedoch auf die Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung auswirken können, wurde bereits oben beschrieben.

Wenn die EPAs weiters Teil der Ernährungssicherungsstrategie sein sollen, so müssten sie laut eigenem Statement *country owned* sein. Die tendenzielle Skepsis in afrikanischen Ländern gegenüber der EPAs zeigt aber, dass dies nicht der Fall ist.

Eine potentielle Verbindung zwischen den EPAs und Land Grabbing besteht, wie schon oben angedeutet, durch die Wechselwirkung zwischen dem großen Interesse an Land und Ressourcen und die verminderte Möglichkeit für das Zielland diese zu schützen.

Ähnlich verhält es sich mit den oben beschriebenen BITs. Durch die großzügigen Zugeständnisse an Investoren, können lokale Interessen untergraben, und der lokale Zugang zu Ressourcen gefährden werden.

Die ebenfalls problematische *Renewable Energy Directive* ist zwar nicht Teil des Ernährungssicherungskommunikationsplans der EU, steht aber in Widerspruch zu dessen Umsetzung, vor allem aber, und nicht zuletzt auch, weil sie die Entstehung von Land Grabbing damit begünstigt.

⁴⁴⁶ European Commission, 2007b, 7

6 Schluss

Die vorliegende Arbeit beschreibt das Verhältnis zwischen den vorherrschenden Ernährungssicherungsstrategien von ausgewählten Organisationen und dem Phänomen des Land Grabblings.

Die Arbeit wurde so aufgebaut, dass zuerst auf die Nahrungsmittelkrise 2007/08 eingegangen wurde. Ihre lang- und kurzfristigen Ursachen haben wesentlich dazu beigetragen, dass Landerwerb wieder attraktiv wurde. Darauf folgend wurde das Konzept der „Ernährungssicherung“ diskutiert, welches im Kontext mit Land Grabbing eine wesentliche Rolle spielt. Über das Konzept der Ernährungssicherung wird im letzten Kapitel der Bogen zu den Organisationen gespannt, da diese mit der Formulierung und Umsetzung diesbezüglicher Strategien betraut sind. Das Thema Land Grabbing wird im vierten Kapitel behandelt, mit Schwerpunkt auf die Schärfung des Begriffs, um die Strategien zur Schaffung von Ernährungssicherung der Organisationen in weiterer Folge auf Aspekte zu untersuchen, welche das Land Grabbing vorantreiben, und damit Ernährungssicherung untergraben könnten.

Die Schaffung von Ernährungssicherung haben sich alle hier behandelten Organisationen zum Ziel gesetzt. Unter Ernährungssicherung versteht man seit dem WFS 1996 die Gewährleistung eines anhaltenden physischen und ökonomischen (später dann auch eines sozialen) Zugangs zu ausreichender, sicherer und nährstoffreicher Nahrung für alle Menschen. Diese soll weiters dem jeweiligen Nährstoffbedarf und den jeweiligen Nahrungsmittelpräferenzen entsprechen.⁴⁴⁷ Durch die Nahrungsmittelkrise wurde ein großer Rückschlag bei der Erreichung dieses Zieles verzeichnet. Gleichzeitig war diese auch der Auslöser eines neu aufkommenden Interesses an Land (und den sich darauf befindlichen Ressourcen), worin von den Organisationen Chancen für die Armuts- und Hungerbekämpfung gesehen wurde. Dieses Interesse an Land hat in Form von großflächigem Kauf oder Leasing von Agrarflächen in Entwicklungsländer seinen Ausdruck gefunden, und gleichzeitig eine intensive Debatte über dessen mögliche Auswirkungen, besonders im Hinblick auf Ernährungssicherung, ausgelöst. Die Auswirkungen von Landinvestitionen haben nämlich eine weite Spannbreite: Sie könnten Geld, Expertise, Technologie und Infrastruktur ins Land bringen, und damit im weiteren

⁴⁴⁷ FAO, 1996, 1

Sinne zu einer Verbesserung der Lebenssituation der Bevölkerung beitragen. Sie können aber auch zum Verlust der Existenzgrundlage und damit zu einer Verschlimmerung der Ernährungssituation führen. Die Uneinigkeit über Potential und Gefahr der Landnahmen haben dazu geführt, dass sie von den einen als nutzbringende „Auslandsdirektinvestitionen“ gesehen werden, während andere sie als „Land Grabbing“ bezeichnen, wenngleich die Begriffe nicht gleichgesetzt werden können.

In der Arbeitsdefinition wird Land Grabbing vor allem dadurch von Auslandsdirektinvestitionen in Land unterschieden, dass jene Menschen, die das Land zuvor nutzten einen unfreiwilligen Zugangsverlust zu Ressourcen durch die Investition erleiden. Bedenkt man wie unterschiedlich Land genutzt wird und werden kann (für Landwirtschaft, Grasen von Viehherden, Zugang zu Wasserstellen, Sammeln von Feuerholz etc.) kann der Übergang zu Land Grabbing sehr fließend sein. Hinzu kommen die Undurchsichtigkeit der Verträge, Korruption und ungeklärte Nutzerrechte, welche dazu führen können, dass der lokalen Bevölkerung der Zugang in Folge einer „Investition“ verwehrt wird.

Das Element des Zugangs zu Nahrung, welches auch in der Definition von Ernährungssicherung des WFS zentral ist, spielt eine große Rolle bei der Erreichung von Ernährungssicherung. Die Aufrechterhaltung des Zugangs der lokalen Bevölkerung wird aber gleichzeitig aufs Spiel gesetzt für Investitionen vom Ausland. Es scheint so, als ob Ernährungssicherung riskiert wird um Ernährungssicherung zu erreichen.

In der Arbeit wurde versucht die Relation zwischen den derzeitigen Strategien für Ernährungssicherung von ausgewählten Organisationen und dem Phänomen des „Land Grabbings“ zu untersuchen und Widersprüche aufzudecken.

Das Verständnis von großflächigen Landinvestitionen in Entwicklungsländern als Chance für Produktions- und Produktivitätssteigerung und damit von mehr Verfügbarkeit von Nahrungsmitteln, für Arbeitsplatzschaffung und Infrastrukturentwicklung hat Landinvestitionen zu einem Teil der Entwicklungszusammenarbeit gemacht. Die hier behandelten Organisationen begrüßen mehrheitlich jede Form der Investition in den Landwirtschaftssektor um dessen Vernachlässigung in den letzten Jahrzehnten wieder rückgängig zu machen. Dabei scheint es keine Rolle zu spielen, dass die Eigeninteressen der Investoren im Vordergrund stehen (diese sind vor allem die Nahrungsmittel- und Agrotreibstoffproduktion für den Export) und die Bedürfnisse der Zielländer an diese angepasst werden. Damit kommt es zu einer Diskrepanz zwischen den Investitionen die

getätigt werden und jenen die wirklich gebraucht werden. Die Eigeninteressen der Investoren alleine wären aber nicht das Problem, wenn es sich nicht auch um die Lebensgrundlage von Menschen handeln würde, welche gefährdet werden könnte. Weiters problematisch sind die Rahmenbedingungen, in welchen sich die Landgeschäfte abspielen. In vielen Zielländern ist die Einhaltung der Menschenrechte nicht gewährleistet und Korruption ist verbreitet, womit ein vorteilhaftes Investitionsklima für beide Seiten oftmals nicht gegeben ist. Folglich kann ein Anstieg von großflächigen Landinvestitionen unweigerlich zu einem Anstieg von Land Grabbing führen. Mit den verschiedensten freiwilligen Verhaltenskodexen wird zwar versucht dem Land Grabbing vorzubeugen, dennoch scheint diese Antwort unverhältnismäßig im Vergleich zu den möglichen Auswirkungen (kurz- und langfristig) vom Kauf oder Leasing großer Landflächen vor allem in Entwicklungsländern.

Die Weltbank wurde in der Arbeit als Fallbeispiel herangezogen und besonders eingehend untersucht. Sie hat mehrere Schnittstellen zu Land Grabbing (wie z.B. die SAP, MARL, PSAC, welche in der Arbeit beschrieben wurden). In Bezug auf ihre Ernährungssicherungsstrategien ergeben sich jedoch die folgenden:

Die zentrale Strategie der Weltbank, Ernährungssicherung durch die Steigerung von Produktion und Produktivität zu erreichen, resultiert in ihrer Unterstützung für Auslandsdirektinvestitionen in die Landwirtschaft, einschließlich dem Kauf und Leasing von Land durch Investoren. Schutz vor Land Grabbing ist nicht gegeben, da sie zur Regulierung dieser Investitionen lediglich einen freiwilligen Verhaltenskodex (RAI) vorschlägt, der sich nicht auf die Einhaltung der Menschenrechte beruft und die strukturellen Rahmenbedingungen für diese Art der Landinvestitionen in vielen Zielländern nicht gegeben sind. Durch ihren Fokus auf Produktionssteigerung hat sie weiters dem privaten Sektor im Bereich der Ernährungssicherung vermehrt Kompetenzen eingeräumt. Das Budget für die *International Finance Cooperation* (IFC) wurde stark aufgestockt um die Privatsektorentwicklung und damit die Produktion zu fördern. IFC und auch FIAS sind unter anderem damit betraut, nationale Gesetzgebungen in Zielländern so umzugestalten, dass die wirtschaftlichen Rahmenbedingungen für Investoren verbessert werden und der Zugang zu Land erleichtert wird. Privaten Investoren wird weiters Finanzierung und eine Versicherung gegen nicht kommerzielle Risiken in Entwicklungsländern angeboten. Durch die Weltbank kommt es also zu einer

Ermöglichung, Absicherung und Förderung der Landnahmen⁴⁴⁸, welche in den Rahmenbedingungen in welchen sie passieren, zu Land Grabbing ausarten können. Die Ausrichtung nach den Interessen der Investoren stellt dabei weiters das Potential solcher Investitionen für die Hunger- und Armutsbekämpfung in Frage.

Die EU, G8 und FAO setzen ähnlich wie die Weltbank auf Produktions- und Produktivitätssteigerung und stellen die hier behandelte Form der FDI in den Landwirtschaftssektor als Strategie zur Armuts- und Hungerreduktion nicht in Frage. Einzig bei der FAO ist 2010 ein Umdenken feststellbar. Dies zeigt sich durch ihren Report, welcher alternative Investitionsmodelle, die den Kleinbauern mehr nutzen könnten, beschreibt und auch in der Anerkennung der langfristig negativen Konsequenzen dieser Investitionen auf die Ernährungssicherung der lokalen Bevölkerung durch steigende Abhängigkeit. Weiters, im Unterschied zur Weltbank, bezieht sich die FAO in ihren *Voluntary Guidelines on Land and Natural Resources* auf die Einhaltung der Menschenrechte.

Die EU setzt in ihrer Strategie auch auf die Förderung der Produktion, will aber dabei die regionale Landwirtschaft und regionale Ernährungssicherungsmaßnahmen unterstützen und eng mit zivilgesellschaftlichen Organisationen zusammenarbeiten. Außerdem hebt sie die Orientierung an den vier international anerkannten Eckpfeilern hervor (Verfügbarkeit, Zugang, Qualität, Stabilität). Im Widerspruch dazu stehen Maßnahmen, wie gewisse Wirtschaftspartnerabkommen (EPAs), die *Renewable Energy Directive* (RED) und die *Bilateral Investment Agreements* (BITs), die sich zwar nicht zu ihren Ernährungssicherungsstrategien zuordnen lassen, welche aber verhindern könnten, dass die diesbezüglichen Ziele erreicht werden. Die negativen Auswirkungen, welche EPAs, BITs und die RED auf die jeweilige lokale Bevölkerung und dessen Zugang zu Ressourcen haben könnten, fördern gleichzeitig das Land Grabbing. Die G8 hebt ebenfalls die Wichtigkeit von landwirtschaftlicher Produktionssteigerung und von Investitionen in den Landwirtschaftssektor der Entwicklungsländer für die ländliche Entwicklung hervor. Sie unterstützt regionale Initiativen wie das CAADP (*Comprehensive Africa Agriculture Development Program*), welches stark auf Wachstum fokussiert ist.

⁴⁴⁸ Siehe auch Exner, 2010, n.n.

Alle genannten Organisationen ignorieren weitgehend die Vorschläge des IAASTD Reports, welcher ein Modell der Produktions- und Produktivitätssteigerung vorstellt, das die ökologische und soziale Rolle der Landwirtschaft mit einbezieht.

Bei den Maßnahmen von La Via Campesina sind keine Aspekte enthalten, die das Land Grabbing fördern könnten. Ihre Vision von Ernährungssouveränität widerspricht weitgehend dem Kauf oder Leasing von Land durch ausländische Akteure. Eine genuine Agrarreform, wodurch agrarwirtschaftliches Land an Landlose und Kleinbauern verteilt wird, kann nicht, oder nur schwer durchgeführt werden, wenn große Teile von fruchtbarem Land nicht mehr in Besitz des Staates, oder Staatsangehöriger sind.

Land Grabbing, als die mögliche Folge großflächiger Investitionen in Land und als Folge von Land als Spekulationsobjekt hat negative Auswirkungen auf den Zugang zu Land für die ländliche Bevölkerung. Ohne der grundsätzlichen Gewährleistung von angemessenem Zugang zu Land könnte es schwer werden, Hunger und Armut zu reduzieren und ländliche Entwicklung voranzutreiben:

„(...) without assuring adequate access to land, the most basic productive resource, the goal of eradicating poverty, reducing hunger and promoting more broad-based and inclusive rural economic development will remain elusive.“⁴⁴⁹

Schlussendlich kann gesagt werden, dass sich meine anfangs gestellte Hypothese bestätigt hat und die strategischen Antworten auf die Nahrungsmittelkrise der analysierten Organisationen, mit Ausnahme von La Via Campesina, tatsächlich Aspekte beinhalten, welche das Land Grabbing vorantreiben. Einer der größten Widersprüche in dem Vorhaben der Organisationen Ernährungssicherung zu schaffen ist, dass der Zugang zu Ressourcen, welche wichtig für den Erhalt der Ernährungssicherung sind, dafür riskiert wird. Denn großflächige Investitionen in Land mit dem Ziel der Steigerung von Wachstum und Reduktion von Armut und Hunger können gleichzeitig eben diesen Zugang gefährden. Damit stehen die Investitionen, die mit dem Kauf oder Leasing von großflächigem Agrarland einhergehen im Widerspruch zu den eigentlichen Zielen der Organisationen.

⁴⁴⁹ IFAD 2001 zitiert in: Windfuhr, 2002, n.n.

7 Literaturverzeichnis

Abdirashid, Dulane. 2010. Let's welcome Japanese Investors. In: The Japan Times. April, 29.

<http://search.japantimes.co.jp/cgi-bin/rc20100429a5.html> (15.6.2010)

Agazzi, Isolda. 2010. Africa: Foreign Investors Safeguarded From Obligations to Locals. In: Inter Press Service. April, 19.

<http://ipsnews.net/wap/news.asp?idnews=51094> (31.3.2011)

Agency for Cooperation and Research in Development (ACORD). o.J. Economic Partnership Agreements: EPAs in a Time of Global Crisis.

<http://www.acordinternational.org/our-work/a/livelihoods/trade/epas/> (25.3.2011)

Allgemeine Erklärung der Menschenrechte. 1948. Resolution 217 A (III) der Generalversammlung vom 10. Dezember. Artikel 25.

Anderson, Molly D. 2009. A Question of Governance: To Protect Agribusiness Profits or the Right to Food? o.O.: AAI.

Aso, Taro. 2009. The World must Learn to Live and Farm Sustainably. In: Financial Times. Juli, 5. Online unter: <http://farmlandgrab.org/post/view/6018> (3.4.2011)

AU (African Union); ADB (African Development Bank); ECA (Economic Commission for Africa). 2009. Framework and Guidelines on Land Policy in Africa. Addis Ababa: o.V.

Bafana Busani. 2009. Could Regulation Ease Fears Over Land Grabs? European Development Days Stockholm. Oktober, 23.

<http://ipsnews.net/africa/nota.asp?idnews=48982> (27.7.2010)

BBC. 2010. Profile: G8. In: BBC News. Juni, 6.

http://news.bbc.co.uk/2/hi/americas/country_profiles/3777557.stm (2.4.2011)

Bhat, G. Mahadev. 1996. Trade-Related Intellectual Property Rights to Biological Resources: Socioeconomic Implications for Developing Countries. In: Ecological Economics. Florida: Environmental Studies Department, 205-217.

Boto, Isolina; La Peccerella, Camilla. 2009. A Reader: Resources on ACP Food Security and the Global Economic Crisis. Brüssel: CTA.

Brock, Andrea; Paasch, Amin. 2009. International Responses to the Global Food Crisis: Assessments from a Right to Food Perspective. Heidelberg: FIAN International.

Brot für die Welt. 2000. Ernährungssicherung. In: Global Lernen. 2/2000, 1-12.

Buntzel, Rudolf. 2008. After the Crisis. In: D+C.
<http://www.inwent.org/ez/articles/082710/index.en.shtml> (3.4.2011)

Carter, Drew. 2010. Fertile Ground for Investment: European Pension Funds target Farmland in Emerging Markets. In: Pensions and Investments. April, 19.
<http://www.pionline.com/article/20100419/PRINTSUB/304199989> (3.4.2011)

Civil Society Organizations (CSO) Forum. 2009a. Food Sovereignty now: Young People Creating their Future: Final Declaration of the Youth Caucus. 13.11.-17.11. Rom: People's Food Sovereignty.
http://www.mijarc.org/fileadmin/MIJARC/World/Neuismeldungen/Final_declaration.large.Youth_Forum.en.pdf (3.4.2011)

Civil Society Organizations (CSO) Forum. 2009b. Working Group: Who decides about Food and Agriculture? Discussion Paper – Draft. 13.11.-17.11. Rom: People's Food Sovereignty.

Committee on Economic, Social and Cultural Rights. 1999. The Right to Adequate Food (Art.11). UN Doc. E/C.12/1999/5. Mai, 12.
<http://www.unhchr.ch/tbs/doc.nsf/0/3d02758c707031d58025677f003b73b9> (3.4.2011)

Committee on World Food Security. o.J. CFS Home.
<http://www.fao.org/cfs/en/> (3.4.2011)

Cotula, Lorenzo; Vermeulen, Sonja; Leonard, Rebeca; Keeley, James. 2009. Land Grab or Development Opportunity? Agricultural Investment and International Land Deals in Africa. London/Rom: FAO, IIED, IFAD.
http://www.ifad.org/pub/land/land_grab.pdf (2.8.2010)

Coulibaly, Ibrahima. 2009. GMOs Do Not Address the Needs or Concerns of African Farmers. In: Mittal, Anuradha; Moore Melissa (eds.): Voices from Africa: African Farmers and Environmentalists speak out against a New Green Revolution in Africa. Oakland: The Oakland Institute. S.11-12.

Daley, Elizabeth; Englert, Birgit. 2010. Securing Land Rights for Women. In: Journal of Eastern African Studies. Vol. 4, 91-113.

Deininger Klaus. 2001. Land Policy and Administration: Lessons learned and New Challenges for the Bank's development agenda. Washington: The World Bank.

Demeke, Mulat; Pangrazio, Guendalina; Maetz, Materne. 2009. Initiative on Souring Food Prices: Country Responses to the Food Security Crisis: Nature and Preliminary Implications of the Policies pursued. o.O.:FAO.

Der Brockhaus. 2008. Wirtschaft, Betriebs- und Volkswirtschaft, Börse, Finanzen, Versicherungen und Steuern, Lexikonredaktion des Verlages V.A. Brockhaus, 2. Aufl., Mannheim.

De Schutter, Olivier. 2010. Principles for Responsible Investment in Agriculture. High Level Session. 26.4. Genf: UNCTAD.

De Schutter, Olivier. 2009a. Large-Scale Land Acquisitions and Leases: A Set of Minimum Principles and Measures to Adress the Human Rights Challenge. Human Rights Council: UN.

De Schutter, Olivier. 2009b. Large-Scale Land Acquisitions and Leases: A set of Core Principles and Measures to Address the Human Rights Challenge. Juni, 11. o.O.: UN.

De Schutter, Olivier. 2008a. Statement of the Special Rapporteur on the Right to Food, Mr. Olivier de Schutter. Mai, 22. Genf: UNHRC.
<http://www.ohchr.org/EN/NewsEvents/Pages/DisplayNews.aspx?NewsID=8477&LangID=E> (3.4.2011)

De Schutter, Olivier. 2008b. Promotion and Protection of all Human Rights, Civil, Political, Economic, Social and Cultural Rights, including the Right to Development. Human Rights Council. o.O.: UN.

Diouf, Jaques. 2008. Report of the Conference. In: High- Level Conference on World Food Security: The Challenges of Climate Change and Bioenergy. Juni 3.-5. Rom: FAO. S. 17-20.

Eifion, Rees. 2009. Extent of Agricultural Land- Grab Revealed on New Website. In: Ecologist. Juni, 22.
http://www.theecologist.org/News/news_analysis/273844/extent_of_agricultural_landgrab_revealed_on_new_website.html (24.3.2011)

Englert, Birgit. 2005. The World Bank and Land Rights in Africa: An Analysis of the Policy Research Report on Land (PRR 2003). In: Occasional Paper, Nr. 3/Juli 2005. Wien: Internationale Entwicklung.

Ephrem, Madebo. 2011. More Talks on the Land Grab. Jänner, 4. In: Abbay Media: The Ethiopian Information Bank.
<http://abbaymedia.com/News/?p=6097> (3.4.2011)

European Civil Society Organizations. 2008. European Commission's Proposal for Advancing African Agriculture (AAA). Monitoring Report. o.O.:o.V.

European Commission. 2010a. An EU Policy Framework to Assist Developing Countries in addressing Food Security Challenges. Communication from the Commission to the Council and the European Parliament. COM(2010)127 final. Brüssel: EC.
<http://eurlex.europa.eu/LexUriServ/LexUriServ.do?uri=COM:2010:0127:FIN:EN:PDF> (2.2.2011)

European Commission. 2010b. Second Revision of the Cotonou Agreement- Agreed Consolidated Text. März, 11. Artikel 34.1.
http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/second_revision_cotonou_agreement_20100311.pdf (25.3.2011)

European Commission. 2010c. Commission sets up System for certifying Sustainable Biofuels. MEMO/10/247. Juni, 10. Brüssel.
<http://europa.eu/rapid/pressReleasesAction.do?reference=IP/10/711&format=HTML&aged=0&language=en&guiLanguage=en> (25.3.2011)

European Commission. 2007a. Advancing African Agriculture: Proposal for Continental and Regional Level Cooperation on Agricultural Development in Africa. Discussion Paper. o.O.: EC.

European Commission. 2007b. Advancing African Agriculture: Proposal for Continental and Regional Level Cooperation on Agricultural Development in Africa. Brüssel: EC.

Exner, Andreas. 2010. Flucht in die Physis: Land Grabbing als Knotenpunkt der Mehrfachkrise. o.O.: Social Innovation Network.

FAO Investment Centre. 2011. Increased Agricultural Investment is critical to Fighting Hunger.
<http://www.fao.org/tc/tci/whyinvestinagricultureandru/en/> (3.4.2011)

FAO. 2009a. The State of Agricultural Commodity Markets: High Food Prices and the Food Crisis: Experiences and Lessons learned. Rom: FAO.

FAO. 2009b. How to Feed the World in 2050. Dokument zum FAO Expertentreffen. Juni. Rom: FAO.
http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/docs/expert_paper/How_to_Feed_the_World_in_2050.pdf (3.4.2011)

FAO. 2009c. World Summit on Food Security: Declaration of the World Summit on Food Security. 16.11. - 18.11. Rom: FAO.
http://www.fao.org/fileadmin/templates/wsfs/Summit/Docs/Final_Declaration/WSFS09_Declaration.pdf (3.4.2011)

FAO. 2008a. The State of Food Insecurity in the World 2008: High Food Prices and Food Security- Threats and Opportunities. Rom: FAO.

FAO. 2008b. Initiative on Soaring Food Prices: Aiming to reduce the Food Insecurity caused by Soaring food Prices. o.O.: FAO

FAO. 2008c. High- Level Conference on World Food Security: The Challenges of Climate Change and Bioenergy, 3.-5. Juni. Rom: FAO.

FAO. 2007a. Announcement. International Conference on Organic Agriculture and Food Security. 3.-5.Mai. Rom: FAO.
ftp://ftp.fao.org/paia/organicag/announcement_en.pdf (3.4.2011)

FAO. 2007c. Organic Agriculture and Food Security. International Conference on Organic Agriculture and Food Security. 3.-5.Mai. Rom: FAO.
<http://www.chs.ubc.ca/archives/files/International%20Conference%20on%20Organic%20Agriculture%20and%20Food%20Security.pdf> (3.4.2011)

FAO. 2006a. The State of Food Insecurity in the World 2006: Eradicating World Hunger: Taking stock 10 years after the World Food Summit. Rom: FAO.

FAO. 2006b. Food Security.
ftp://ftp.fao.org/es/ESA/policybriefs/pb_02.pdf (12.3.2009)

FAO. 2003. Trade Reforms and Food Security: Conceptualizing the Linkages. Rom: FAO.

FAO. 2002. Declaration of the World Food Summit: Five years later.
<http://www.fao.org/DOCREP/MEETING/005/Y7106E/Y7106E09.htm#TopOfPage>
(3.4.2011)

FAO. 1996. Rome Declaration on World Food Security and World Food Summit Plan of Action. World Food Summit 13.-17. November. Rom: FAO.
<http://www.fao.org/docrep/003/w3613e/w3613e00.htm> (3.4.2011)

FAO. 1992. World Declaration on Nutrition. Artikel 11
<http://www.fao.org/docrep/u9920t/u9920t0a.htm> (3.4.2011)

FAO. 1983. World Food Security: A Reappraisal of the Concepts and Approaches. Director General's Report. Rom: FAO.

FAO. 1975. Report of the World Food Conference. 5.–16. November. Rom; New York: FAO.

FAO. o. J.a. Global Governance of Food Security. Rom: FAO.
<ftp://ftp.fao.org/docrep/fao/meeting/018/k6367e.pdf> (3.4.2011)

FAO. o.J.b. Agribusiness Development: The Importance of Agribusiness
<http://www.fao.org/ag/ags/agribusiness-development/en/> (10.2.2011)

FAO/WFP. 2009. The State of Food Insecurity in the World: Economic Crisis - Impacts and Lessons Learned. Rom: FAO.

FIAN. 2010. Land Grabbing in Kenya and Mozambique: A Report on two Research Missions- and a Human Rights Analysis of Land Grabbing. Heidelberg: FIAN

FIAN. 2009. Agrarministertreffen der G8: Produktionssteigerung allein löst Hungerproblem nicht. In: FIAN. April, 21.
http://www.fian.de/online/index.php?option=com_content&view=article&id=183:agrarministertreffen-der-g8-&catid=56:pressemitteilungen&Itemid=59 (3.4.2011)

FIAN. 2008a. Time for a Human Right to Food Framework for Action: FIAN Position on the Comprehensive Framework of Action of the High Level Task Force on the Global Food Crisis. Heidelberg: FIAN International.

FIAN. 2008b. G8 helpless towards Food Crisis. 14.7.
<http://www.fian.org/news/press-releases/g8-helpless-towards-food-crisis/?searchterm=G8>
(3.4.2011)

FIAN et al. o.J. A Comparison Between FAO Guidelines for the Responsible Governance of Land and Natural Resources Tenure and Principles for Responsible Agricultural Investment that Respects Rights, Livelihoods and Resources. o.O.: The Global Campaign for Agrarian Reform Land Research Action Network.

Focus Online. 2009. G8 Gipfel: 20 Milliarden und ein Rüffel. In: Focus Online. Juli, 10.
http://www.focus.de/politik/ausland/g8-gipfel-20-milliarden-und-ein-rueffel_aid_415858.html (3.4.2011)

Forschungs- und Dokumentationszentrum Chile-Lateinamerika e.V. (FDCL). o.J. Schutzschirm für Land Grabber?
<http://land-grabbing.de/fallbeispiele/fallbeispiel-5-investitionsschutzabkommen-verhindern-landreformen/> (26.3.2011)

Forum for Food Sovereignty. 2007. Nyéléni 2007. 23.-27.2. Sélingué: o.V.

Fresco, Louise O; Rabbinge, Rudy. 1997. Keeping World Food Security on the Agenda: Implications for the United Nations and the CGIAR. Washington DC: CGIAR.

Friends of the Earth Europe. 2010. Africa: Up for Grabs: The Scale and Impact of Land Grabbing for Agrofuels. Brüssel: Friends of the Earth.

G8 Summit. 2009a. „L’Aquila“ Joint Statement on Global Food Security: L’Aquila Food Security Initiative (AFSI)
[http://www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/LAquila_Joint_Statement_on_Global_Food_Security\[1\].0.pdf](http://www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/LAquila_Joint_Statement_on_Global_Food_Security[1].0.pdf) (3.4.2011)

G8 Summit. 2009b. G8 Preliminary Accountability Report: L’Aquila G8 Summit. 8.7.-10.7.
http://www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/G8_Preliminary_Accountability_Report_8.7.09.0.pdf (3.4.2011)

G8 Summit. 2009c. Responsible Leadership for a Sustainable Future.
http://www.g8italia2009.it/static/G8_Allegato/G8_Declaration_08_07_09_final.0.pdf
(3.4.2011)

General Assembly. 2010. Agriculture Development and Food Security: Report of the Secretary –General. o.O.: UN
http://www.un.org/esa/dsd/resources/res_pdfs/res_ga65_unedited/N1047762-English.pdf
(3.4.2011)

Gerlach, Ann-Christin; Liu, Pascal. 2010. Resource-seeking Foreign Direct Investment in African Agriculture: A Review of Country Case Studies. Commodity and Trade Policy Research Working Paper. Rom: FAO.
http://www.fao.org/fileadmin/templates/est/PUBLICATIONS/Comm_Working_Papers/ES_T-WP31.pdf (3.4.2011)

Global Donor Platform for Rural Development. 2008. The Future of Smallholder Agriculture. Oktober, Nr. 2. o.O.: o.V.

Görgen, Matthias (et.al). 2009. Foreign Direct Investment (FDI) in Land in Developing Countries. Eschborn: GTZ.

Graham, Alison; Aubry, Sylvain; Künnemann, Rolf; Suárez, Sofia Monsalve. 2009-2010. Advancing African Agriculture” (AAA): The Impact of Europe’s Policies and Practices on African Agriculture and Food Security: Land Grab Study. o.O.:FIAN.

GRAIN. 2010. Land Grabbing in Latin America.
<http://farmlandgrab.org/11498> (27.7.2010)

GRAIN. 2009a. Land Grabbing and the Global Food Crisis. PPT
www.grain.org/o_files/landgrabbing-presentation-11-2009.ppt (19.2.2011)

GRAIN. 2009b. Corporations Are Still Making a Killing from Hunger. In: Seedling: Biodiversity, Rights and Livelihood. April. S. 22-23.
http://www.grain.org/seedling_files/seed-09-04-hi-res.pdf (12.2.2011)

GRAIN. 2007. Stop the Agrofuel Craze! In: Seedling: Biodiversity, Rights and Livelihood. Juli. Barcelona: GRAIN, S. 2-9.

Guardian co.uk. 2010. Why is the Gates Foundation investing in GM giant Monsanto? September, 29.
<http://www.guardian.co.uk/global-development/poverty-matters/2010/sep/29/gates-foundation-gm-monsanto> (3.4.2011)

Hallam, David. 2009a. Foreign Investment in Developing Country Agriculture: Issues, Policy Implications and International Response: Global Forum on International Investment. 7-8. Dezember. o.O.: OECD.

Hallam, David. 2009b. International Investments in Agricultural Production. In: Kugelman Michael; Levenstein, Susan L. (eds.): Land Grab? The Race for the World's Farmland. Washington DC: Woodrow Wilson International Centre for Scholars. S. 27-38.

Haralambous, S.; Liversage, H.; Roman, M. 2009. The Growing Demand for Land: Risks and Opportunities for Smallholder Farmers. Rom: IFAD.

High-Level Task Force on the Global Food Security Crisis. 2008. Outcomes and Actions for Global Food Security. o.O.: FAO; IFAD; IMF et al.

Hiller Norbert. 2009. Der Einfluß der Agrarsubventionen in Europa und den USA auf die globale Nahrungsmittelkrise. Hamburg: Igel Verlag.

Holt-Giménez, Eric; Peabody, Loren. 2008. From Food Rebellions to Food Sovereignty: Urgent Call to Fix a Broken Food System. In: Food First Backgrounder. Volume 14,1. Oakland: Institute for Food and Development Policy.

Huggins, Chris. 2010. The Commercial „Land Rush“- Human Rights-based versus corporate social responsibility models. Mai, 23.
<http://www.commercialpressuresonland.org/press/commercial-‘land-rush’---human-rights-based-versus-corporate-social-responsibility-models> (3.4.2011)

Human Rights Advocates. 2008. Land Grabbing for Food & Fuel Outsourcing: A Rising Threat to the Right to Food. Berkeley: University of San Francisco School of Law's

IAASTD. 2009. Synthesis Report: Agriculture at a Crossroads. Washington DC: Island Press.

IFC (International Finance Corporation); MIGA (Multilateral Investment Guarantee Agency); WB (World Bank). 2009. Lessons for Reformers: How to Launch, Implement and Sustain Regulatory Reform: An Analysis of six case Studies in Developing and High-Income Countries. Washington DC: The World Bank Group.

Institute for Agriculture and Trade Policy. 2005. Planting the Rights Seed: A Human Rights Perspective on Agriculture Trade and the WTO. Backgrounder Nr. 1 in the Thread Series. o.O.: IATP.

International Conference on Agrarian Reform and Rural Development. 2006. Final Declaration. 7.3.-10.3. 2006. Porto Alegre: FAO.

International Conference on „Access to Land“: Innovative Agrarian Reforms for Sustainability. 2001. Access to Land: The Bonn Statement. 19.-23. März. Bonn: BMZ, GTZ, DWHH, AKA.

International Covenant on Economic, Social and Cultural Rights. 1966. Artikel 11 <http://www2.ohchr.org/english/law/cescr.htm> (3.4.2011)

International Monetary Fund (IMF). 2008. World Economic Outlook October 2008: Financial Stress: Downturns and Recoveries. Washington DC: IMF.

International Planning Committee for Food Sovereignty (IPC). 2008. Civil Society Statement on the World Food Emergency: No More „Failures-as-Usual“! o.O: o.V.

International Service for Human Rights. o.J. World Food Summit: five years' later. 10.-13. Juni. <http://olddoc.ishr.ch/hrm/archive/FAO/FAO-WFSfyl.pdf> (14.3.2011)

Karl, Kenneth. 2002. Economic Partnership Agreements: Hopes, Fears and Challenges. In: The Courier: The Magazine of ACP-EU Development Cooperation. Nr. 195, S. 21-24. http://ec.europa.eu/development/icenter/repository/195_ACP_EU_01_en.pdf (25.3.2011)

Kjell, Havnevik. (o.J.). Biofuel and Africa- Some Important Issues and Knowledge Gaps. The Nordic Africa Institute. http://www.nai.uu.se/livelihood/papers/biofuel_and_africa (27.7.2010)

Koos, Neefjes. 1999. Genetically Modified Crops, World Trade and Food Security. Position Paper. o.O.: Policy Department of Oxfam.

Künemann, Rolf. 2009. Foreign Investment and the Right to Food. In: Murphy, Sophia (et al.) (Hg.): The Global Food Challenge: Towards a Human Rights Approach to Trade and Investment Policies. Bern (et al.): Bread for all (et. al.). S. 50-59.

Lang, Tim. 2002. Official Definitions of Food Security. In: Shiva, Vandana, Bedi, Gitanjali (Hg.): Sustainable Agriculture and Food Security: The Impact of Globalisation. New Delhi (et.al.): Research Foundation for Science, Technology and Ecology, S. 260-271.

La Via Campesina. 2011. What is La Via Campesina? The International Peasant's Voice. Februar, 9.
http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=category&layout=blog&id=27&Itemid=44 (3.4.2011)

La Via Campesina. 2010a. CSO Statement on 30th FAO APRC: Our Food, Our Future, Our Urgent Calls. Oktober, 4.
http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=951:csso-statement-on-30th-fao-aprc&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38 (3.4.2011)

La Via Campesina. 2010b. Land- Grabbing causes Hunger“ Let small-scale Farmers feed the World! Oktober, 13.
http://www.viacampesina.org/en/index.php?option=com_content&view=article&id=955:land-grabbing-causes-hunger-let-small-scale-farmers-feed-the-world&catid=21:food-sovereignty-and-trade&Itemid=38 (3.4.2011)

La Via Campesina. 2008. An Answer to the Global Food Crisis: Peasants and Small Farmers can Feed the World! Jakarta: o.V.

Lebensministerium. 2005. Freiwillige Richtlinien zum Recht auf Ernährung von FAO angenommen. In: LANDnet. Dezember, 20.
<http://www.landnet.at/article/articleview/17650/1/5121> (15.3.2011)

Lele, Uma; Lesser, William; Horstkotte-Wessler, Gesa (eds.). 1999. Intellectual Property Rights in Agriculture: The World Bank's Role in Assisting Borrower and Member Countries. Washington DC: The World Bank.

Macdonald, A. Norman; Aquino, M. Melba. 2009. Executive Summary of the 2009 CGIAR Financial Results: CGIAR.
http://www.cgiar.org/publications/annual/cgiar-annualreport2010/cgiar-annualreport2010/cgiar_annual_report/2009_CGIAR_Exctv_Smr_Fnncl.pdf (3.4.2011)

Madeley, John. 2002. Food for all: The need for a new Agriculture. London; New York: Zed Books.

Mazoyer, Marcel. 2001. Protecting Small Farmers and the Rural Poor in the Context of Globalisation. Rom: FAO.

Mechlem, Kerstin. 2004. Food Security and the Right to Food in the Discourse of the United Nations. In: European Law Journal. Vol 10, Nr.5. S. 631-648.

Meinzen-Dick, Ruth; Markelova, Helen. 2009. Necessary Nuance: Toward a Code of Conduct in Foreign Land Deals. In: Kugelmann, Michael, Levenstein Susan L. (Hg.): Land Grab? The Race for the World's Farmland, Washington DC: Woodrow Wilson International Centre for Scholars, S. 69-81.

Mercer, Claire. 2003. Performing Partnership: Civil Society and the Illusions of Good Governance in Tanzania. In: Political Geography. Nr. 22. S. 741-763.

Meyer, Hartmut; Von Lossau, Annette. 2010. Dispute over Food Security. In: D+C. April. <http://www.inwent.org/ez/articles/169306/index.en.shtml> (3.4.2011)

Meyer-Renschhausen, Elisabeth. 2003. Vom Boden der uns nährt. In: Zeitschrift für Sozialökonomie, 40/138, S. 12-19.

Mittal Anuradha; Shepard, Daniel. 2009. The great Land Grab: Rush for World's Farmland threatens Food Security for the Poor. Oakland: The Oakland Institute.

Mittal, Anuradha. 2009a. The 2008 Food Price Crisis: Rethinking Food Security Policies. In: G-24 Discussion Paper, Juni, Nr. 56. Geneva; New York: UNCTAD.

Mittal, Anuradha. 2009b. G8 Summit: Feed the Hungry or Fuel Hunger? In: Foreign Policy in Focus. Juli, 8. http://www.fpiif.org/articles/g8_summit_feed_the_hungry_or_fuel_hunger (3.4.2011)

Mittal, Anuradha. 2008. Food Price Crisis: Rethinking Food Security Policies. Genf: Intergovernmental Group of 24.

Morrison, Jamie; Bezemer, Dirk; Arnold, Catherine. 2004. Official Development Assistance to Agriculture. o.O.:DFID.

Mukherjee- Reed, Ananya. 2009. The 'failed' food summit: An Analysis. In: One World South Asia. November, 28. <http://southasia.oneworld.net/weekend/the-failed-food-summit-an-analysis> (3.4.2011)

Ness, Barry; Brogaard, Sara; Anderberg, Stefan; Olsson, Lennart. 2009. The African Land-Grab: Creating Equitable Governance Strategies through Codes-of-Conduct and Certification Schemes. Centre for Sustainability Studies. Lund: Lund University.
ODI. 1997. Global Hunger and Food Security after the World Food Summit. ODI Briefing Paper. London: Overseas Development Institute.

New Partnership for Africa's Development (NEPAD). 2002. Comprehensive Africa Agriculture Development Programme (CAADP). o.O.: o.V.

NGO/CSO Forum for Food Sovereignty. 2002. Final Statement. 8.6-13.6.
http://practicalaction.org/?id=wfs_statements (14.3.2011)

Nicholson, Paul (et al.). 2009. Policies and Actions to Eradicate Hunger and Malnutrition: Working Document. o.O.: o.V.

OECD; FAO. 2009. Agricultural Outlook 2009-2018. o.O.: o.V.

Oltersdorf Ulrich; Weingärtner Lioba. 1996. Handbuch der Welternährung: Die zwei Gesichter der globalen Nahrungssituation, J.H.W Dietz Nachfolger GmbH, Bonn: Deutsche Welthungerhilfe.

Paasch, Armin. 2010. Exportschlager Hungerkrise: Die europäische Agrarpolitik und ihre Opfer. In: Blätter für deutsche und internationale Politik. Oktober.
<http://www.blaetter.de/archiv/jahrgaenge/2010/oktober/exportschlager-hungerkrise> (12.2.2011)

Paasch, Armin. 2006. Marktgestützte Landreformen: Eine Zwischenbilanz aus menschenrechtliche Perspektiven.
http://www.benkhumalo-seegelken.de/dokumente/Armin-Paasch_Marktgestuetzte-Landreformen.pdf (10.5. 2010)

Paasch, Armin. 2002. Zugang zu Land als Menschenrecht: Die marktgestützte Landreform ist gescheitert. In: E+Z- Entwicklung und Zusammenarbeit, November.
<http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/ez1102-7.htm> (3.4.2011)

Pereira, João Márcio Mendes. 2007. The World Bank's 'Market-Assisted' Land Reform as a Political Issue: Evidence from Brazil (1997-2006). In: European Review of Latin American and Caribbean Studies 82, April. S. 21-49.

Pfaff, William (2008). Speculators and soaring food prices, in: New York Times.
http://www.nytimes.com/2008/04/16/opinion/16iht-edpfaff.3.12052202.html?_r=1
(12.12.2009)

Pignatelli, Dario. 2009. G8 2009: What did they deliver? In: ActionAid.
<http://www.actionaid.org/main.aspx?PageID=1354> (3.4.2011)

Pilger, John. 2007. Freedom next time: Resisting the Empire. California: Nation books.

Rae, Isabella; Thomas, Julian; Vidar, Margret. 2005. The Right to Food as a Fundamental Human Right: FAO's Experience, Draft. Juli, 1.

Reichert, Tobias. 2009. Agricultural Trade Liberalisation in Multilateral and Bilateral Trade Negotiations. In: Murphy, Sophia (et al.) (Hg.): The Global Food Challenge: Towards a Human Rights Approach to Trade and Investment Policies. Bern (et al.): Bread for all (et. al.). S. 29-38.

Reichert, Tobias. o.J. Wirkungen der Europäischen Agrarpolitik auf die Ernährungssicherheit in Entwicklungsländern mit Schwerpunkt Afrika. Germanwatch.
<http://www.misereor.de/fileadmin/redaktion/Vorabversion%20Bericht%20GAP%20und%20Entwicklungslaender.pdf> (3.4.2011)

Rice, Tim. 2010. Meals per Gallon: The Impact of Industrial Biofuels on People and Global Hunger. London: Actionaid.

Rieger, Marc. 2009. Veränderung des Konsum- und Investitionsverhaltens auf Grund der Finanz- und Wirtschaftskrise. Norderstedt: GRIN Verlag.

Rudloff, Bettina. 2009. Klimawandel und Ernährungssicherheit: Diskussionspapier
Berlin: Stiftung Wissenschaft und Politik; Deutsches Institut für Internationale Politik und Sicherheit.
http://swp-berlin.org/common/get_document.php?asset_id=5656#6 (27.7.2010)

Rudloff, Bettina; Weinhardt, Clara. 2011. Economic Partnership Agreements between the EU and the African, Caribbean and Pacific Group of States: Status of Negotiations, Conflicts, Resolutions. In: SWP Comments, Nr.3, 1-4.

Scoones, Ian. 2010. Investing in Land: A Commentary on the World Bank Report. September.
<http://www.tni.org/article/investing-land-commentary-world-bank-report> (3.4.2011)

Shenggen, Fan; Heady, Derek. 2008. Anatomy of a Crisis: The Causes and Consequences of Surging Food Prices Dezember. o.O.: IFPRI.

Shiva, Vandana. 2008. The Food Emergency and Food Myths: Why Bush is Wrong in Blaming Indians for the Rise in Food Prices. o.O.: o.V.

Sen, Amartya. 1999. Development as Freedoms. New York: Oxford University Press.

Sen, Amartya. 1981. Poverty and Famines: An Essay on Entitlements and Deprivation. Oxford: Clarendon Press.

Smaller, Karin; Mann, Howard. 2009. A Thirst of Distant Lands: Foreign Investment in Agricultural Land and Water. Manitoba: International institute for Sustainable Development.

Spieldoch, Alexandra; Murphy Sophia. 2009. Agricultural Land Acquisitions: Implications for Food Security and Poverty Alleviation. In: Kugelmann, Michael, Levenstein Susan L. (Hg.): Land Grab? The Race for the World's Farmland, Washington DC: Woodrow Wilson International Centre for Scholars, S. 39-53.

Stevenson, Melinda. 2010. EU Focus: The EU and Food Security.
<http://www.eurunion.org/News/eunewsletters/EUFocus/2010/EUFocus-EU&FoodSecurityMar2010.pdf> (7.3.2011)

Stratmann, Ursula; Mante Juliane. o.J. Was haben biologische Vielfalt und Ernährungssicherung miteinander zu tun? In: Biologische Vielfalt und Ernährungssicherung. S.11-35.

Tansey, Geoff. 1999. Handel, geistiges Eigentum, Nahrungsmittel und Biologische Vielfalt: Ein Diskussionspapier. London: Quaker Peace & Service.
<http://www.uno.org/geneva/pdf/economic/Discussion/Trade-IP-Food-Biodiversity-German.pdf> (3.4.2011)

Taylor, Michael; Bending, Tim. 2009. Increasing Commercial Pressure on Land: Building a Coordinated Response. Rom: International Land Coalition.

The Economist. 2009. Outsourcing's third wave: Buying farmland abroad. In: The Economist, Mai, 21.
<http://www.economist.com/node/13692889> (10.10.2009)

Think India. 2010. World Bank Warns of Risks, Then Endorses Land Grab in Poor Countries. September, 25.
<http://www.thinkindia.net.in/2010/09/world-bank-warns-of-risks-then-endorses-land-grabs-in-poor-countries-.html> (3.4.2011)

Tokar, Brian. 2004. The World Bank, Biotechnology and the „Next Green Revolution“. In: Z Magazine. April.
<http://www.zcommunications.org/the-world-bank-biotechnology-and-the-next-green-revolution-by-brian-tokar> (3.4.2011)

Tommaso, Rondinella; Terra, Nuova. 2009-2010. The Food Facility: Lessons Learned for European Food Security Policies and Programmes. CSO Monitoring 2009-2010. o.O.:o.V.

Tostensen, Arne; Tvedten, Inge; Vaa, Mariken (eds). 2001. Associational Life in African Cities: Popular Responses to the Urban Crisis. Nordiska Afrikainstitutet: Stockholm.

UNCTAD. 2010. World Investment Report 2010: Investing in Low Carbon Economy. New York/Genf: UN.

UNCTAD. 2009a. Trade and Environment Review: Promoting Poles of clean Growth to Foster the Transition to a more Sustainable Economy. New York/Genf: UNCTAD.

UNCTAD. 2009b. World Investment Report 2009. Transnational Corporations, Agricultural Production and Development. New York/Genf: UN.

UNCTAD. 2009c. Recent Developments in International Investment Agreements (2008–June 2009): IIA MONITOR No. 3. Genf/New York: UN.
http://www.unctad.org/en/docs/webdiaeia20098_en.pdf (3.4.2011)

Unicef. 1989. Rights under the Convention on the Rights of the Child. Artikel 27
<http://www2.ohchr.org/english/law/crc.htm> (3.4.2011)

Universal Declaration on the Eradication of Hunger and Malnutrition. 1974. World Food Conference.
<http://www2.ohchr.org/english/law/malnutrition.htm> (3.4.2011)

Unser Land. 2010. Weltweites Rennen um Agrarland. In: Unser Land, Vol.4, 4-6.

Verbände-Plattform. 2010. Für eine grundlegende Reform der EU- Agrarpolitik, Gemeinsames Papier von Verbänden aus Umwelt- und Naturschutz, Landwirtschaft, Entwicklungspolitik, Verbraucherschutz und Tierschutz. Rheinbach/Hamm: o.V.

Vermeulen, Sonja; Cotula, Lorenzo. 2010. Making the most of Agricultural Investment: A survey of Business Models that provide Opportunities for Smallholders. London; Rom; Bern: IIED, FAO, IFAD, SCD.

Vivas, Esther. (o.J.): Causes, consequences and alternatives. International Viewpoint. <http://www.internationalviewpoint.org/spip.php?article1774> (1.3.2011)

Von Braun, Joachim. 2008a. The World Food Situation: New Driving Forces and Required Actions In: Tips. Trade and Industry Monitor, Volume 39, S. 85- 103.

Von Braun, Joachim et al. 2008b. High food prices: The what, who and how of proposed policy actions. Washington DC: IFPRI.

Von Braun, Joachim; Torero, Maximo. 2009. Exploring the Price Spike. In Choices: The magazine of food farm, and resource issues 24 (1), S. 16-21.

Wahl, Peter. 2009. The Role of Speculation in the 2008 food price bubble. In: The global food challenge. Towards a Human Rights Approach to Trade and Investment Policies: Bern (et al.): Bread for all (et. al.), S. 68-77.

World Bank. 2011. Food Crisis. What the World Bank is doing. Januar, 31. <http://www.worldbank.org/foodcrisis/bankinitiatives.htm> (3.4.2011)

Weltbank. 2010. Rising Global Interest in Farmland: Can It Yield Sustainable and Equitable Benefits? Washington DC: The World Bank.

Weltbank. 2009. Agriculture and Food Security Initiative Gains Momentum at G20. World Bank-IMF Meetings. Oktober, 21. <http://go.worldbank.org/D5RW1TW390> (13.1.2011)

Weltbank. 2008. World Development Report 2008: Agriculture for Development. Washington DC: The World Bank.

Weltbank. 2006. Intellectual Property Rights. Designing Regimes to Support Plant Breeding in Developing Countries. Agriculture and Rural Development Department. Washington DC: The World Bank.

World Bank. 1986. Poverty and Hunger: Issues and Options for Food Security in Developing Countries. Washington DC: The World Bank.

Weltbank (WB); International Finance Corporation (IFC). 2009. Implementing Agriculture for Development: World Bank Group Agriculture Action Plan: FY2010-2012. Washington DC: WB, IFC.

Windfuhr Michael. 2002. Agrarian Reform and Rural Development Access to Land is a Key Human Rights Issue. In: D+C Development and Cooperation. März/April. Nr. 2, S. 12-15.
<http://www.inwent.org/E+Z/zeitschr/de202-5.htm> (27.7.2010)

World Resources Institute. 2010. Catching up to the last five years: Recommendations for the IFC's environmental and social sustainability framework. Juni, 21.
http://pdf.wri.org/wri_comments_ifc_performance_standards_06-21-10.pdf (29.7.2010)

Zoellick, B. Robert. 2008. We need a New Deal for Global Food Policy. Speech at the Centre for Global Development. April, 2.
<https://www.wbcsd.org/Plugins/DocSearch/details.asp?DocTypeId=35&ObjectId=MjkzOTE&URLBack=%2Ftemplates%2FTemplateWBCSD5%2Flayout%2Easp%3Ftype%3Dp%26MenuId%3DMTE0Nw%26doOpen%3D1%26ClickMenu%3DLeftMenu%26CurPage%3D3%26SortOrder%3DPubDate%2520DESC> (2.4.2011)

Zoomers, Annelies. 2010. Globalisation and the Foreignisation of Space: Seven Processes driving the current Land Grab. In: Journal of Peasant Studies, 37/2, 429-447.

Webseiten:

FAO Homepage:

www.fao.org

IFC Homepage:

http://www.ifc.org/ifcext/fias.nsf/Content/AdvisoryServicesProducts_AccesstoLand
(2.4.2011)

IFC: Sub- Saharan Africa

http://www.ifc.org/ifcext/fias.nsf/Content/FIAS_Projects_Sub-Saharan_Africa (2.4.2011)

Rights and Resources Initiative:

<http://www.rightsandresources.org> (28.10.2010)

8 Anhang

Zusammenfassung

Die vorliegende Arbeit beschäftigt sich mit der Beziehung zwischen den vorherrschenden Ernährungssicherungsstrategien ausgewählter Organisationen im Zuge der Nahrungsmittelkrise 2007/08 und dem sogenannten Land Grabbing Phänomen. Gegenstand der Untersuchung sind die Weltbank (WB), die Ernährungs- und Landwirtschaftsorganisation (FAO), die Europäische Union (EU), die G8 und die Bauernorganisation La Via Campesina.

Die Arbeit ist so aufgebaut, dass zuerst auf die Nahrungsmittelkrise 2007/08 eingegangen wird. Diese ist vor allem deshalb wichtig, weil sie den Auslöser eines neu aufkommenden Interesses an Land (und den sich darauf befindlichen Ressourcen) darstellt infolgedessen sich Land Grabbing in seiner heutigen Form herausgebildet hat. Darauf folgend wird das Konzept der „Ernährungssicherung“ diskutiert, welches im Kontext mit Land Grabbing eine wesentliche Rolle spielt. Über das Konzept der Ernährungssicherung wird im letzten Kapitel der Bogen zu den Organisationen gespannt, da diese mit der Formulierung und Umsetzung diesbezüglicher Strategien betraut sind. Das Thema Land Grabbing wird im vierten Kapitel behandelt, mit Schwerpunkt auf die Schärfung des Begriffs, um die Strategien zur Schaffung von Ernährungssicherung der Organisationen in weiterer Folge auf Aspekte zu untersuchen, welche das Land Grabbing vorantreiben, und damit Ernährungssicherung untergraben könnten.

Am Ende der Arbeit zeigt sich, dass die strategischen Antworten auf die Nahrungsmittelkrise der analysierten Organisationen, mit Ausnahme von La Via Campesina, tatsächlich Aspekte beinhalten, welche das Land Grabbing vorantreiben, was meine anfangs gestellte Hypothese bestätigt.

Einer der größten Widersprüche in dem Vorhaben der Organisationen Ernährungssicherung zu schaffen liegt in ihrem Verständnis darin, dass der Kauf oder das Leasing großer Landflächen in Entwicklungsländern, Chancen für die Armuts- und Hungerbekämpfung bringen kann. Damit wird der Zugang der ländlichen Bevölkerung zu Ressourcen, welche wichtig für den Erhalt der Ernährungssicherung sind, riskiert. Folglich stehen die Investitionen, die mit dem Kauf oder Leasing von großflächigem Agrarland einhergehen im Widerspruch zu den eigentlichen Zielen der Organisationen.

Abstract

This paper deals with the correlation between the current strategies to achieve food security of selected organizations and the „Land Grabbing” phenomenon.

It first depicts the food crisis in 2007/08 with its short and long term repercussions. This crisis was the trigger for a new interest in agricultural land and the development of land grabbing in its today's form. In conclusion the concept of food security will be discussed, which plays an important role in the context with land grabbing. Through the concept of food security the bridge towards the organizations, which are responsible for formulating and implementing the concerning strategies will be built. Land Grabbing as such will be discussed in the fourth chapter, putting an emphasis on clarifying the term. This will be needed to examine the food security strategies of the organizations to find out if they contain any elements that could promote land grabbing further and therefore threaten food security.

At the end of the paper it shows that the strategic answers to the food crisis of the analysed organizations, except for La Via Campesina really contain aspects, which push land grabbing. This finding confirms my initial thesis.

One of the biggest contradictions in the aim of promoting food security by the organizations is their understanding that the purchase or leasing of farmland in developing countries can actually reduce hunger and poverty. It's contradictory because, in the way it is happening today, it threatens at the same time the access by rural people in developing countries to resources, which are important for their livelihoods. Therefore these investments are contradictory to the actual goals that the discussed organizations aim for.

Curriculum Vitae

Name: Maria Sofaly
Geburtstag: 04.05.1982
Nationalität: Österreich
Familienstand: Ledig
E-Mail: maria_sofaly@yahoo.de

Ausbildung

09/1996 – 06/2000

Oberstufenrealgymnasium (BORG3) Landstrasse, Wien, Abschluss: Matura

08/2000 – 09/2003

Krankenpflegeschule Mistelbach, Niederösterreich, Abschluss: Diplom zur Gesundheits- und Krankenschwester

Ab 10/2004

Studium der Internationalen Entwicklung inklusive Auslandssemester an der Universidad de Agronomia, Buenos Aires

Praktika

09/2006 – 02/2007

Katholische Frauenbewegung Österreich (Kfbö), Wien

07/2007 – 09/2007

International Trade Centre (ITC), Genf

03/2010 – 06/2010

Rathausklub, Wien

Berufserfahrung

Zwischen 2004 und 2006

Hauskrankenpflege, Caritas mobile Dienste, Gänserndorf

02/2005 – 06/2005

Chirurgische Abteilung im Krankenhaus der barmherzigen Schwestern, Wien

07/2010 – 09/2010

Koordinatorin eines Wahlkampfprojektes, Rathausklub Wien

Ab 12/2010

Bezirksrätin 6. Bezirk

Qualifikationen

Sprachen: Deutsch (fließend), Englisch (fließend), Spanisch (fließend), Französisch (moderat), Russisch (Anfängerin)

Engagement, soziale Kompetenz, Verantwortungsbewusstsein, organisatorische Fähigkeiten

